

REICHSKOMMISSARIAT NIEDERLANDE

SCHRIFTENREIHE
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
NUMMER 17

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
herausgegeben von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg
Redaktion: Martin Broszat

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTT GART

KONRAD KWIET

REICHSKOMMISSARIAT
NIEDERLANDE

Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTT GART

D 188
© 1968 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart. Gesetzt aus der
Monotype Walbaum-Antiqua. Umschlagentwurf: Edgar Dambacher.
Gesamtherstellung: Buchdruckerei Georg Appl, Wemding (Bayern)
Printed in Germany. Titelnnummer 1477

INHALT

EINLEITUNG	7
I. VORGESCHICHTE	
A. Die deutschen militärischen Pläne und die Frage der niederländischen Neutralität	15
B. Die Vorbereitung der Militärverwaltung	30
II. DIE KURZE FRIST DER MILITÄRVERWALTUNG UND DIE ERNENNUNG DES REICHSKOMMISSARS	
A. Der Sechs-Tage-Krieg und die ersten Wochen der Besetzung	39
B. Hitlers Befehl zur Einsetzung des Reichskommissars Seyss-Inquart	46
C. Die rechtliche und organisatorische Grundlage des Reichskommissariats	55
Exkurs: Die Frage der Einsetzung eines Reichskommissars in Belgien	61
III. POLITIK, ORGANISATION UND TATSÄCHLICHE MACHT-STRUKTUR DER DEUTSCHEN ZIVILVERWALTUNG	
A. Die anfänglichen Grundsatzserklärungen des Reichskommissars und die niederländischen Generalsekretäre.	69
B. Das Scheitern der Ambitionen des niederländischen Faschistenführers Anton Adriaan Mussert	72
C. Struktur und politische Kräftegruppen des Reichskommissariats	78
1. Die formale Organisation	78
2. Die tatsächlichen Machtverhältnisse	81
a) Der Höhere SS- und Polizeiführer Rauter	82
b) Der Generalkommissar zbV. Fritz Schmidt	86
IV. DIE ANSÄTZE DER NAZIFIZIERUNGSPOLITIK UNTER DER DEUTSCHEN ZIVILVERWALTUNG	
A. Die Instruktionen Hitlers	92
B. Das politische Konzept Seyss-Inquarts	96
1. Die „Niederländische Union“	96
2. Die faschistischen Parteien	105
3. Die „nationalsozialistischen Stillhaltekommissare“	107
C. Intentionen und Maßnahmen der SS	109
V. VERHALTEN UND REAKTION DER NIEDERLÄNDISCHEN BEVÖLKERUNG IN DEN ERSTEN MONATEN DER BESETZUNG	
A. Die politische Verwirrung in den Sommermonaten.	117
B. Der Geburtstag des Prinzen Bernhard von Lippe-Biesterfeld	121

C. Die Reaktion der Sozialdemokraten	126
D. Die Hoffnungen der NSB	129
VI. DIE WEITERE ENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN BESAT- ZUNGSPOLITIK	140
SCHLUSSBETRACHTUNG	152
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	157
VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN	167
VERZEICHNIS DER PERSONEN, INSTITUTIONEN UND ORGANISATIONEN	169

EINLEITUNG

Fünf Jahre nationalsozialistischer „Neuordnungs“- und Gewaltpolitik in den besetzten Niederlanden haben in dem traditionell neutralen, seit den Napoleonischen Kriegen von Fremdherrschaft verschonten Land einen besonders schweren Schock ausgelöst und das Verhältnis zu den Deutschen nachhaltig belastet. Dennoch hat die deutsche Zeitgeschichtsforschung diesem Gegenstand bisher relativ wenig Beachtung geschenkt, während die Holländer selbst sich um eine minutiöse Aufklärung des Geschehens unter deutscher Besatzung bemühten. Dabei spielte sicherlich mit, daß die nationalsozialistische Besatzungspolitik in den Niederlanden im Sinne einer Erkenntnis der eigentlichen hegemonialen Ziele Hitlerscher Machtpolitik weniger charakteristisch und „ergiebig“ erschien als z. B. die nationalsozialistische Politik in den besetzten Gebieten Polens oder der Sowjetunion. Ergibt sich doch eindrucksvoll aus den Quellen, daß Hitler das hauptsächlichliche Ziel nationalsozialistischer Raum- und Expansionspolitik stets im Osten gesehen hat, während die Besetzung Dänemarks und Norwegens, Hollands, Belgiens und Frankreichs offensichtlich primär aus militärisch-strategischen Gründen erfolgte und die nach der Besetzung ventilierten Versuche politischer Neuordnung gleichsam nur experimentellen Charakter hatten und nicht mit Nachdruck und Entschlossenheit in Angriff genommen wurden. Hinzu kommt die offensichtlich verschiedene Qualität der Besatzungspolitik im Osten und Westen. Während in den polnischen und sowjetischen Gebieten der militärischen Eroberung die völkisch-rassische Kriegführung gegen die unterworfenen, als „minderwertig“ klassifizierte slawische Bevölkerung auf dem Fuße folgte und das Besatzungsgebiet alsbald großräumiges Experimentierfeld einer kolonialen Herrenrasenpolitik wurde, die die Vernichtung fremdnationaler Führungsschichten, des Judentums und Bolschewismus, die dauerhafte Unterdrückung und Deklassierung der slawischen Völker und zielstrebige deutsche Siedlungspolitik zur Voraussetzung hatten, unterblieben ähnlich gewaltsame Eingriffe zunächst in den westlichen Besatzungsgebieten.

Auf die Kontinuität des Fernziels hegemonialer Lebensraum-Politik im Osten, das schon 1919/20 in den frühen Reden Hitlers anvisiert wurde, später in „Mein Kampf“ (1924/26), dem „Zweiten Buch“ (1928), in Hitlers „Gesprächen mit Rauschning“ (1932/34), den Hoßbach-Aufzeichnungen (15. 11. 1937) stereotyp als Angelpunkt der außenpolitischen Zielvorstellungen Hitlers wiederkehrte, hat der englische Historiker Trevor-Roper mit besonderem Nachdruck hingewiesen¹. Verglichen mit diesem Kardinalziel Hitlerscher Außenpolitik und Kriegführung, müssen sowohl die bis 1938 im Vordergrund stehende nationale Revisionspolitik wie die

¹ H. R. Trevor-Roper, Hitlers Kriegsziele, in: VJHZG, 8. Jg. 1960, S. 133.

spätere deutsche Besatzungs- und Hegemonialpolitik in Südost-, West- und Nord-Europa als sekundär und subsidär erscheinen. Ernst Nolte hat dies unlängst auf die Formel gebracht, man müsse qualitativ verschiedene Ebenen und „Sinnstufen“ der nationalsozialistischen Außenpolitik und Kriegführung unterscheiden: Während sowohl die Politik zur „nationalen Restitution“ Großdeutschlands als auch der zur Durchsetzung dieses (das europäische Gleichgewicht aufhebenden) Zieles gegen die Westmächte geführte Krieg um die kontinentale Hegemonie, einschließlich der Besetzung neutraler Länder (darunter auch der Niederlande), sich noch in den „alterhergebrachten“ Formen eines „europäischen Normalkrieges“ gehalten haben, sei der schon mit dem Polenfeldzug begonnene, weltanschaulich und rassepolitisch motivierte Eroberungs- und Vernichtungskrieg im Osten etwas grundsätzlich anderes gewesen, wenngleich diese drei verschiedenen Ebenen des Krieges „in jedem Augenblick miteinander verknüpft“ blieben².

Solche systematische, begriffliche Unterscheidung hat unzweifelhaft ihre Berechtigung. Sie unterlegt gleichwohl der nationalsozialistischen Außenpolitik und Kriegführung ein Maß an politisch-ideologischer Rationalität und planvoller Zielstrebigkeit, das im Widerspruch steht zu einem anderen, ebenfalls durchgängigen Merkmal Hitlerscher Politik: Der Schritt für Schritt improvisierten Inangriffnahme neuer Ziele und Machtpositionen, die meist erst nachträglich einer „Weltanschauung“ untergeordnet wurden, die dank ihrer Vieldeutigkeit solche opportunistische Politik des „pouvoir pour pouvoir“ stets neu zu rechtfertigen erlaubte, weil sie selbst Ausdruck mehr einer explosiven machtpolitischen Energie als eines klar fixierten Programms war. Schon 1928 hatte Hitler erklärt: „wo immer unser Erfolg endet, er wird stets nur Ausgangspunkt eines neuen Kampfes sein“³. Aus solcher „Bewegungs“-Philosophie resultierte ein befremdliches Nebeneinander fanatischer Entschlossenheit zu großräumiger Machtexpansion überhaupt, bei gleichzeitiger Flexibilität und Improvisation der jeweiligen Schritte. Nahe Beobachter der Entschlußbildung Hitlers haben darauf frühzeitig aufmerksam gemacht, so z. B. der ehemalige Chefdolmetscher Hitlers, Paul Schmidt, der schon in Nürnberg erklärte: die Durchführung der *allgemeinen*, auf Beherrschung des europäischen Festlandes gerichteten Ziele der Naziführung habe stets „den Eindruck einer Improvisation“ gemacht. „Jeder Schritt erfolgte, wie es den Anschein hatte, jeweils beim Auftauchen einer neuen Sachlage“⁴.

So offenkundig die Vision eines gigantischen Lebensraumes im Osten in Hitlers außenpolitischem Denken eine zentrale und vorrangige Rolle gespielt hat, so enthielt das komplexe Gebilde nationalsozialistischer Weltanschauung doch auch Wunschbilder, die den hegemonialen Machtwillen in andere Richtung lenken konnten.

² E. Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963, S. 432 ff.

³ Hitlers Zweites Buch. Hrsg. v. G.L. Weinberg, Stuttgart 1961, S. 77, Vgl. dazu auch F. Dickmann, *Machtwille und Ideologie in Hitlers außenpolitischer Zielsetzung vor 1933*, in: *Spiegel der Geschichte. Festschrift für M. Braubach*. Hrsg. v. K. Repken und St. Skalweit, Münster 1964, S. 915.

⁴ Vgl. IMT, XXXII, PS-3308. Dazu auch L. Gruchmann, *Nationalsozialistische Großraumordnung*, Stuttgart 1962, S. 74.

Das von Hitler von Anfang an befürwortete und erstrebte Zusammengehen mit dem faschistischen Italien, ebenso wie seine Bemühungen, zwischen der imperialen Übersee-Macht England und einer deutschen Vormacht auf dem Kontinent eine Interessenabgrenzung (auf Kosten der anderen Nationen) zu erzielen, machen evident, daß sowohl die Tendenz zur Blockbildung mit anderen faschistischen Staaten und Regimen wie die rassepolitisch begründete Vorstellung germanischer Partnerschaft zumindest als Nebenmotive und Untertöne der nationalsozialistischen Außenpolitik eine Rolle spielten. Überdies lag schon in dem großdeutschen Programm der NSDAP, ebenso wie dem der Alldutschen vor 1914, die Tendenz, das Großdeutsche zum Großgermanischen Reich zu erweitern und außer Deutschösterreichern, Sudetendeutschen und anderen „Grenz- und Auslandsdeutschen“ auch die vor Jahrhunderten „vom Reich abgefallenen“ Niederländer, wenn nicht gar die Deutschschweizer oder die germanischen Nachbarn des skandinavischen Nordens in einen künftigen orbis Germanicus einzubeziehen.

So war es sicher nicht zufällig, daß Hitler, wenige Tage nach der in den Aufzeichnungen Hoßbachs festgehaltenen Fixierung der künftigen territorialen Expansionsziele vor den Befehlshabern der Wehrmacht, am 23. November 1937 vor den Ordensjunkern in Sonthofen von der Aufgabe sprach, auf der Grundlage der „geschlossenen Volksgemeinschaft“ künftig ein „Germanisches Reich Deutscher Nation“ aufzubauen⁵; oder wenn der Reichsführer-SS Heinrich Himmler nach der Annexion Österreichs und der Sudetengebiete am 8. November 1938 in einer internen Rede erklärte: „Was Deutschland vor sich hat, ist entweder das Großgermanische Imperium oder das Nichts“⁶.

Gewiß: „Germanisches Reich“ – das war zu diesem Zeitpunkt kein territorial klar fixiertes Ziel, sondern vages Synonym für den nationalsozialistischen Hegemonialanspruch schlechthin, wobei die Betonung des „Germanischen“ im eingeweihten Kreis der Ordensjunker und SS-Führer vor allem auch die erstrebte Ausmerzung der Juden kennzeichnen und das Bewußtsein einer „Elite des Blutes“ stärken sollte⁷. Aber die Vokabel vom „Germanischen Reich“, die lange Zeit nur von alldutschen und völkischen Schwärmern gebraucht worden war, hatte unverkennbar seit 1937/38 im Denken der NS-Führung eine aktuellere Bedeutung gewonnen. Nicht mehr der inzwischen komplettierte großdeutsche Nationalstaat, sondern das in den Bereich des Möglichen gerückte Wunschbild eines darüber hinausgehenden Imperiums wurde für Hitler und seine Paladine jetzt zum Gegenstand realer politischer Planungen und Entschlüsse.

Die Unrast, mit der Hitler nach München auf weitere hegemoniale Expansion hinarbeitete, statt sich in das Konzept der großen europäischen Nationalstaaten zu fügen, das die Westmächte mit ihrer Appeasementpolitik anstrebten, macht dies

⁵ U. a. veröffentlicht in: H. Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, hrsg. v. G. Ritter, Bonn 1951, S. 446.

⁶ Zit. nach H. Booms, Der Ursprung des Zweiten Weltkrieges, in: GWU, 16. Jg. 1965, S. 353.

⁷ Vgl. H. D. Looock, Zur „Großgermanischen Politik“ des Dritten Reiches, in: VJHZG, 8. Jg. 1960, S. 38.

deutlich. Die aus dieser Zeit (1938/39) vorliegenden Zeugnisse zeigen, daß das primäre Ziel dabei weiterhin im Osten lag. Aber die „freie Hand im Osten“, das wußte Hitler wohl, mußte mit dem Widerstand der Westmächte rechnen. Und es ist bezeichnend, daß Hitler noch in der Besprechung mit führenden Vertretern der Wehrmacht am 23. Mai 1939, als er seinen Entschluß bekannt gab, „bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen“⁸, nicht sicher war, ob der Kampf um die „freie Hand im Osten“ nicht zuerst gegen den Westen ausgefochten werden müsse („Das Problem ‚Polen‘ ist von der Auseinandersetzung mit dem Westen nicht zu trennen“). Daß die „Erweiterung des Lebensraumes im Osten“ zu suchen sei, begründete Hitler in dieser Besprechung mit dem Hinweis darauf, daß „in Europa keine andere Möglichkeit zu sehen“ sei, zumal die Voraussetzung relativ geringer Besiedlung und daher die Möglichkeit zusätzlicher agrarischer Produktion nur im Osten bestehe.

Hieran wird immerhin deutlich, daß andere Aktionsrichtungen zur expansiven Machterweiterung nicht prinzipiell ausgeschlossen waren. Und es ist weiterhin charakteristisch, daß die Niederlande und Belgien schon zu diesem Zeitpunkt von Hitler als strategische Faustpfänder angesehen wurden, die sich Deutschland sichern müsse, um den Kampf im Osten gegen den Westen abzuschirmen. Betonte Hitler am 23. Mai 1939 auch wiederholt, daß er einen begrenzten Krieg gegen Polen führen und ein Eingreifen der Westmächte verhindern wolle, so war er sich doch bewußt, daß eine westliche Kriegserklärung bestenfalls noch einmal vertagt, schwerlich aber überhaupt vermieden werden könne, da insbesondere England in jeder weiteren deutschen Expansion die „Fundierung einer Hegemonie“ sehen werde, die mit den englischen Interessen unvereinbar sei. Deutschland müsse sich deshalb auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit England vorbereiten, bei der es um „Leben und Tod“ gehe. In diesem Zusammenhang führte Hitler aus: In diesem Falle müssen von Deutschland, um das besonders exponierte Ruhrgebiet vor möglichen englisch-französischen Angriffen zu sichern, „die holländischen und belgischen Luftstützpunkte militärisch besetzt werden“, wobei „auf Neutralitätserklärungen“ dieser Länder „nichts gegeben werden“ könne. Und an anderer Stelle: „Wir müssen daher, wenn bei polnischem Krieg England angreifen will, blitzartig Holland angreifen. Erstrebenswert ist es, eine neue Verteidigungslinie auf holländischem Gebiet bis zur Zuider See zu gewinnen.“ Gelänge es bei einem etwa eintretenden großen Krieg mit den Westmächten „Holland und Belgien zu besetzen und zu sichern und Frankreich zu schlagen, dann ist die Basis für einen erfolgreichen Krieg gegen England geschaffen“.

Diese Ausführungen Hitlers vom 23. Mai 1939 enthalten bereits klar das strategische Grundkonzept, das schließlich verbindlich bleiben sollte, nachdem der Angriff gegen Polen wider Hitlers Erwarten am 3. September mit der englisch-französischen Kriegserklärung gegen Deutschland beantwortet wurde, und mithin der

⁸ Aufzeichnung über die Besprechung vom 23. 5. 1939 u. a. abgedruckt in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP), Serie D, Bd. VI, Nr. 433.

Polenfeldzug sich zum europäischen Krieg ausweitete. Das primär strategisch-militärische Motiv der schon im Mai 1939 ins Auge gefaßten Besetzung der Niederlande ist evident. Aber es lag auch nahe, daß der Erfolg einer solchen Aktion den Wunsch nach *dauernder* Verbesserung der strategischen Position Deutschlands im Nordwesten eingeben, d.h. das Bestreben nach einer wie immer gearteten Eingliederung der Niederlande in den machtpolitischen Hoheitsbereich des Reiches auslösen könnte.

Damit ist der primäre Ansatz der vorliegenden Untersuchung gekennzeichnet. Es geht ihr nicht darum, das Gesamtgeschehen der deutschen Besetzung der Niederlande in allen Einzelheiten aufzurollen; sie versucht vielmehr, herauszuarbeiten, wie aus den anfänglichen militärischen Zielsetzungen bei der Besetzung der Niederlande, sehr schnell politische Herrschaftskonzeptionen hervorwuchsen, die in der Ablösung der Militärverwaltung durch die politische Besatzungsverwaltung des Reichskommissars für die besetzten Niederlande (Dr. Arthur Seyss-Inquart) sinnfälligen Ausdruck fanden. Den Anfängen der Jahre 1940/41, als die deutsche Vormacht in Europa den Zenit erreichte, und auch in den Niederlanden eine *politische* Lösung der deutschen Hegemonie am ehesten möglich schien und von deutscher Seite am stärksten versucht wurde, gilt dabei das besondere Augenmerk dieser Studie. Die spätere Entwicklung, die in zunehmendem Maße im Zeichen einseitiger Gewaltmaßnahmen stand und damit indirekt das Scheitern staatlich-politischer Neuordnungsversuche bestätigte, soll dagegen am Schluß nur in kurzer Zusammenfassung dargestellt werden. Die Untersuchung will neben der Charakterisierung der politischen Zielsetzungen und Herrschaftskonzeptionen, die auf deutscher Seite nach der Besetzung der Niederlande entstanden, besonders auch das Instrumentarium, d.h. vor allem das organisatorische, personelle und Kompetenz-Gefüge des Reichskommissariats darstellen, mit Hilfe dessen versucht wurde, diese Ziele zu verwirklichen. Sie geht dabei davon aus, daß entsprechend der Improvisations-Natur nationalsozialistischen Machtwillens zwischen konzeptionellen und organisatorischen Unklarheiten und Gegensätzen innerhalb des NS-Regimes ein enger Zusammenhang bestand und daß die organisatorisch, soziologisch oder weltanschaulich bedingte Permanenz einander ablösender und miteinander rivalisierender Herrschafts-Improvisationen überhaupt erst den „Mechanismus“ und die Schubkraft jener für die nationalsozialistische Besatzungspolitik in den Niederlanden wie anderer unterworfenen Länder charakteristischen Eskalation der Gewalt ausmachte. Insofern erscheint uns die Besetzung der Niederlande durchaus als ein typisches Beispiel nationalsozialistischer Machtexpansion und Hegemonialpolitik, wenn auch mit den „germanischen“ Nachbarn anders verfahren wurde als mit den „minderwertigen“ Ostvölkern.

Um die Abgrenzung des Themas und die Konzentration auf die Anfangszeit der deutschen Besatzungspolitik einsichtig zu machen, ist schließlich noch auf einen weiteren Zusammenhang hinzuweisen. Hitler hatte geglaubt, den Polenfeldzug dadurch lokalisieren und die Westmächte von einem Eingreifen abhalten zu können, daß er sich mit Stalin arrangierte. Das deutsch-sowjetische Geheimabkommen vom

23. August 1939 über die Abgrenzung beiderseitiger Interessengebiete in Osteuropa, das schließlich Grundlage des nach dem Polenfeldzug am 28. September abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages wurde, bedeutete aber zugleich, daß Hitler die vollkommen „freie Hand im Osten“ nicht erreicht hatte, sondern, wenigstens zeitweilig, die einer großräumigen deutschen Ostexpansion jetzt von der UdSSR gesetzten Grenzen, die sowohl die Ukraine wie das Baltikum ausschlossen, respektieren mußte.

Diese Konstellation stellte eine erhebliche Trübung und Enttäuschung jener ursprünglichen nationalsozialistischen Vorstellungen dar, bei denen die territoriale Expansion nach Osten stets im Zusammenhang mit einem antisowjetischen Kreuzzug gedacht worden war. Gerade weil aber die im September 1939 im Osten erzielte Lösung die nationalsozialistische Führung nicht voll befriedigte, wandte sich auch ihr politisches Kriegszielinteresse im Frühjahr 1940 denjenigen Gebieten zu, die nunmehr im Zuge der Ausweitung des militärischen Krieges nach Norden (Skandinavien) und Westen unter deutsche Herrschaft gelangen sollten.

Die Zeit vom Frühjahr 1940 bis zum Winter 1940/41, als der Beschluß zum Angriff auf die Sowjetunion die alte Priorität der Ostraum-Konzeption wiederherstellte, war folglich derjenige Zeitabschnitt, in dem auch andere territoriale und politische Neuordnungskonzeptionen, nicht zuletzt die Vorstellung des Großgermanischen Reiches, für die nationalsozialistische Führung am meisten Bedeutung erlangten. Schon im Dezember 1939, als Hitler den Führer der kleinen norwegischen faschistischen Partei (Nasjonal Samling) Vidkun Quisling empfangen und das OKW angewiesen hatte, eine Studie über die Möglichkeiten einer militärischen Besetzung Norwegens auszuarbeiten, erklärte er: das Jahr 1940 würde ein „Jahr des Kampfes um das deutsch-germanische Reich“ sein⁹. Und als schließlich am 9. April 1940 die deutschen Truppen in Dänemark und Norwegen landeten, verkündete er im Kreise seiner getreuen Gefolgsleute: „So wie aus dem Jahre 1866 das Reich Bismarcks entstand, so wird aus dem heutigen Tage das Großgermanische Reich entstehen“¹⁰.

Die norwegischen Erfahrungen sollten allerdings sehr schnell deutlich machen, daß für ein germanisches Reich unter nationalsozialistischer Führung nur kleine faschistische „Bruderparteien“ zu gewinnen waren, deren politische Tragfähigkeit äußerst problematisch war. Ein von Quisling am 9. 4. 1940 inszenierter Staatsstreich in Oslo, durch den sich der Führer der Nasjonal Samling an die Spitze der einheimischen Regierung gestellt hatte, war von Hitler zunächst gebilligt worden. Aber binnen weniger Tage wurde klar, daß Quisling fast von der gesamten norwegischen Bevölkerung abgelehnt und dadurch auch der militärische Widerstand Norwegens eher verstärkt wurde. Schon am 15. April mußte Quisling deshalb auf Betreiben des deutschen Gesandten Bräuer und des Auswärtigen Amtes seinen Rücktritt erklären. An seiner Stelle entsandte Hitler den rheinischen Gauleiter und Oberpräsident Terboven, einen energischen „Alten Kämpfer“ der NSDAP, als „Reichskommissar“

⁹ U. v. Hassell, Vom anderen Deutschland, Freiburg 1946, S. 110.

¹⁰ Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs. Hrsg. v. H. G. Seraphim. Göttingen 1956, S. 104.

nach Norwegen, der mit Hilfe des einheimischen Administrationsrates künftig die politische Gleichschaltung und „Befriedung“ des Landes in die Wege leiten sollte.

Diese ersten negativen Erfahrungen bei dem Versuch, großgermanische Reichspolitik mit Hilfe einheimischer faschistischer Gruppen zu betreiben, lagen schon vor, als am 10. Mai 1940 der Angriff auf Holland, Belgien und Frankreich begann. Sie bestärkten Hitler offensichtlich in der Abneigung, ein ähnliches Experiment zu wiederholen. Sie veranlaßten ihn aber nicht, die aus militärischen Gründen aufgestellten Pläne zur gewaltsamen Neutralitätsverletzung und Besetzung der Niederlande zu modifizieren, wodurch von vornherein die politischen Kollaborationsmöglichkeiten im Lande ähnlich wie in Norwegen auf ein Minimum reduziert werden mußten. Dieses Festhalten an der absoluten Vorrangigkeit einer möglichst perfekten militärischen Lösung, war als solches aber selbst eine, wenn auch negative, *politische* Entscheidung. Das Anfangskapitel der Untersuchung wird genauer darlegen, wie auf diese Weise schon durch die militärische Planung, die von der Nichtberücksichtigung der holländischen und belgischen Neutralität ausging und bald auch die ursprüngliche Absicht einer nur begrenzten Teilbesetzung der Niederlande umstieß, die künftige Besatzungspolitik präjudiziert wurde.

Die vorliegende Arbeit beruht hauptsächlich auf der Auswertung eines umfangreichen, in Deutschland noch teilweise unbekanntem Archivmaterials, das mir im Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie Amsterdam zugänglich war. Ein Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und der niederländischen Regierung ermöglichte mir 1963/64 einen 12monatigen und im Herbst 1966 einen 4wöchigen Studienaufenthalt in Amsterdam. Den genannten Institutionen, insbesondere aber der Leiterin der Stipendienabteilung im DAAD, Frau von Reinersdorff, und der Leiterin der Abteilung „Internationale Culturele Betrekkingen“ im niederländischen „Ministerie van Onderwijs, Kunsten en Wetenschappen“, Mej. Mr. E. Talsma, möchte ich dafür meinen aufrichtigen Dank sagen.

Besonderen Dank schulde ich dem Direktor des Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Herrn Professor Dr. Louis de Jong, für seine unermüdliche Hilfsbereitschaft und für die freundliche Aufnahme in seinem Institut. Ebenso bin ich allen seinen Mitarbeitern, vor allem Herrn und Frau Groeneveld, Frau Heukemeijer, den Herren van der Leeuw, Paape, Rijser, Stuldreher, Swerissen, Sijes, In't Veldt, Zwaan und Frau Fraenkel-Verkade sowie den Damen des Sekretariats für ihre zahlreichen Anregungen und Hinweise zu großem Dank verpflichtet.

Ferner möchte ich mich bei denjenigen bedanken, die mir in Deutschland bei der Beschaffung neuen Quellenmaterials behilflich waren, so Herrn Regierungsdirektor Magen, der Direktorin des Berlin Document Center, Frau L.M. Petterson, Frau Grohmann und Herrn Muranka, sowie dem Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München, Herrn Dr. H. Krausnick, und dem Archivar des Instituts, Herrn Dr. A. Hoch.

Ein besonderer Platz in dieser Danksagung gebührt Herrn Dr. M. Broszat, der diese Studie durch kritische Überarbeitung entscheidend gefördert und dazu bei-

getragen hat, die begrenzte Fragestellung des Themas in einen allgemeinen Zusammenhang zu stellen. Für zahlreiche Anregungen und Hinweise danke ich Herrn Dr. H. D. Loock vom Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin. Ganz besonders aber danke ich meinem akademischen Lehrer, Herrn Prof. Dr. H. Herzfeld, der diese Arbeit angeregt und mit nie ermüdendem Interesse verfolgt hat. Sie wurde 1967 unter dem Titel „Die Einsetzung der deutschen Zivilverwaltung in den Niederlanden und die Anfänge ihrer Nazifizierungspolitik“ von der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin als Dissertation angenommen.

I. VORGESCHICHTE

A. Die deutschen militärischen Pläne und die Frage der niederländischen Neutralität

Der schnelle militärische Erfolg in Polen bestärkte Hitler in der Annahme, durch eine ähnliche Blitzkrieg-Operation auch Frankreich und England vernichtend schlagen zu können. Die Blitzkriegstrategie lieferte aber ein weiteres Argument dafür, daß eine Aktion im Westen den schnellen Durchmarsch deutscher Truppen durch Belgien und zumindest den südwestlichen Teil der Niederlande ohne Rücksicht auf die Neutralität beider Länder nötig mache. Am 27. September 1939, unmittelbar nach der Kapitulation Warschaws, als Hitler den Oberbefehlshabern der Wehrmacht den Entschluß bekannt gab, noch in diesem Jahr die militärische Initiative im Westen zu ergreifen, führte er aus, daß eine deutsche Offensive im Westen auch den (niederländischen) Maastrichter Zipfel durchqueren müsse. Er hoffe jedoch, diese Frage, da ein Angriff auf die Niederlande nicht beabsichtigt sei, *politisch* regeln zu können¹. Tatsächlich verfolgte aber Hitler diesen für die überraschte Generalität² so beruhigenden Gedanken einer „politischen Lösung“ der niederländischen Frage zunächst nicht weiter. In der am 9. Oktober 1939 erlassenen Weisung Nr. 6 gab er vielmehr als grundsätzliche Richtlinie den Befehl, am Nordflügel der Westfront mit starken Kräften eine Angriffsoperation durch den luxemburgisch-belgischen und holländischen Raum vorzubereiten³. Und aufgrund dieser Weisung begann das Oberkommando des Heeres, unter dem Decknamen „Fall Gelb“ einen entsprechenden Angriffsplan auszuarbeiten, der für eine politische Lösung der holländischen Frage faktisch nicht mehr viel Raum ließ. Obwohl der Chef des Generalstabes des Heeres, General Halder, noch am 15. Oktober 1939 in sein Tagebuch notierte⁴, man wolle „Holland friedlich zu regeln versuchen“, sah die erste am 19. Oktober 1939 vom OKH herausgegebene (ausgesprochen improvisierte) Aufmarschanweisung „Gelb“⁵ vor: „starke Teile des französischen Heeres und seiner Verbündeten zu schlagen und *möglichst viel holländischen*“⁶, belgischen und nordfranzösischen Raum als Basis für eine ausreichende Luft- und Seekriegführung gegen England und als

¹ Nach H. A. Jacobsen, Fall Gelb, Wiesbaden 1957, S. 8f.

² OKW. Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtsführungsstab). Hrsg. v. P. E. Schramm in Zusammenarbeit mit A. Hillgruber, W. Hubatsch und H. A. Jacobsen. 4 Bde. Frankfurt/M. 1961–1965. Bd. I, S. 951. Aktennotiz vom 27. 9. 1939 (zitiert: OKW KTB I).

³ Vgl. Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939–1945. Hrsg. v. W. Hubatsch. Frankfurt/M. 1962. S. 32f.

⁴ F. Halder, Kriegstagebuch Bd. I, Bearbeitet v. H. A. Jacobsen. Stuttgart 1962, S. 106 (zit. Halder KTB I).

⁵ Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzuges. Hrsg. v. H. A. Jacobsen, Göttingen-Berlin-Frankfurt/M. 1956. S. 41f.

⁶ Hervorhebung durch den Verfasser.

weites Vorfeld des Ruhrgebietes zu gewinnen“. In den Niederlanden sollte die für die Besetzung des Landes bereitgestellte Armeeabteilung Nord⁷ über die IJssel auf Utrecht vorstoßen, die Grebbe-Linie durchbrechen und dann Amsterdam und Rotterdam erobern.

Wenige Tage später wurde dieser Plan, der praktisch auf eine Gesamtbesetzung der Niederlande herauslief, allerdings wieder fallengelassen. Das OKW hielt den Durchbruch durch die stark befestigte Grebbe-Linie für wenig aussichtsreich und rechnete damit, daß die Niederländer im Falle eines deutschen Einmarsches weite Teile ihres Landes unter Wasser setzen würden⁸. Die zweite Aufmarschanweisung „Gelb“⁹ des OKH vom 29. Oktober 1939 sah deshalb nur noch die Besetzung des Durchmarschgebietes vor. Im Gegensatz zur ersten Aufmarschanweisung wurde jetzt versucht, das hauptsächliche „politisch-strategische Ziel“ außerhalb Hollands zu erreichen. Es gelte vor allem: „möglichst starke Teile des französischen Heeres und seiner Verbündeten auf nordfranzösischen und belgischen Boden zur Schlacht zu stellen und zu schlagen und damit günstige Voraussetzungen für die Weiterführung des Krieges zu Lande und in der Luft gegen England und Frankreich zu schaffen“. Ziel der Operation war es, den Gegner nördlich der Somme zu vernichten und bis zur Kanalküste vorzustoßen. Nur um dieses Ziel zu erreichen, sollte die 6. Armee (Generaloberst von Reichenau) der Heeresgruppe B (Generaloberst von Bock) zwischen Venlo und Aachen den Maastrichter Zipfel durchstoßen, die Maas überqueren und den Angriff weiter auf Brüssel vorantreiben. Obwohl der Chef des Generalstabes der Luftwaffe, General Jeschonnek, am 30. Oktober dem Führer die Bedenken Görings wegen eines möglichen englischen Angriffs auf die niederländischen Flugplätze vortrug¹⁰, blieb es vorerst bei diesem Entschluß, nur den südöstlichen Zipfel der Niederlande zu besetzen.

Am 5. November legte Hitler, nach einer dramatischen Aussprache¹¹ mit dem Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, den Beginn des Westfeldzuges auf den 12. November fest und befahl die Okkupation ganz Belgiens sowie die „friedliche Teilbesetzung“ der Niederlande.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Niederlande bereits von den verschiedensten Seiten vor einem bevorstehenden deutschen Überfall gewarnt worden. Dennoch konnte sich die seit dem 10. August 1939 amtierende Koalitionsregierung de Geer nicht entschließen, die seit Jahren verfolgte, traditionelle Neutralitätspolitik aufzugeben. Diese Neutralität, die von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gebilligt und bis zum 10. Mai 1940 nach allen Seiten verteidigt wurde, „ergab

⁷ Im Falle einer Nichtbesetzung der Niederlande sollte die Armeeabteilung Nord OKH-Reserve bleiben. Vgl. Halder KTB I, v. 15. 10. 1939.

⁸ Halder KTB I, v. 22. und 25. 10. 1939. Vgl. auch Jodl-Tagebuch v. 21. 10. 1939. In: Die Welt als Geschichte 1952, S. 274 ff. und 1953, S. 58 ff. (Für die Zeit vom 13. 10. 1939 bis 30.1.1940.) Für die Zeit vom 1. 2. 1940 bis 26. 5. 1940, in: IMT XXVII, PS-1809, S. 397 f.

⁹ Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzuges. Hrsg. v. H. A. Jacobsen, a. a. O., S. 46 ff. Vgl. Fall Gelb, a. a. O., S. 36 ff.

¹⁰ Jodl-Tagebuch v. 31. 10. 1939.

¹¹ Vgl. H. A. Jacobsen, Fall Gelb, a. a. O., S. 46 f.

sich aus der Zwangslage, in der sich das Land befand“¹². Der Völkerbund hatte nicht vermocht, den kleinen Staaten in einem System der kollektiven Sicherheit Unabhängigkeit und Freiheit zu garantieren. Seit 1933 hatten die Niederlande den Aufstieg des Nationalsozialismus besorgt verfolgt. Die Besorgnisse vergrößerten sich seit dem 1. September 1939 zunehmend. Dennoch glaubte die holländische Regierung von einem militärischen Bündnis mit Frankreich und England absehen zu müssen. Man fürchtete, daß ein solches Bündnis die sofortige militärische Intervention Deutschlands nach sich ziehen würde¹³, während andernfalls die Aussicht bestehe, daß Hitler seine der niederländischen Regierung wiederholt ausgedrückten Versicherungen einhalten und die Unabhängigkeit des Landes respektieren werde¹⁴. Diese Zusicherungen und öffentlichen Beteuerungen nährten bei den meisten Niederländern den Glauben¹⁵, daß sich nur über den Weg der strikten Neutralität das „Wunder von 1914“ wiederholen könne¹⁶.

In den Niederlanden war vorsorglich bereits am 28. August 1939 die Allgemeine Mobilmachung der Armee angeordnet worden¹⁷, aber noch am Abend desselben Tages hatten Königin Wilhelmina und der belgische König Leopold III. ihre „guten Dienste“¹⁸ angeboten, um den drohenden Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges zu verhindern. Und als es dann doch zum Kriege kam, war am 3. September die offizielle Verkündigung der niederländischen Neutralität¹⁹ erfolgt. Gleichwohl wurde die Armee in Alarm- und Verteidigungsbereitschaft versetzt²⁰, und es verstärkte sich die Furcht vor einer deutschen Westoffensive. Schon am 2. September berichtete der deutsche Gesandte Graf Zech nach Berlin, daß in der niederländischen Bevölkerung ein klares „anti-deutsches Sentiment“ heranwachse²¹.

Die niederländische Regierung gab jedoch ihre Friedensbemühungen und Vermittlungsversuche nicht auf. Veranlaßt durch alarmierende Nachrichten über eine

¹² L. de Jong, Die Niederlande im Zweiten Weltkrieg, O.J., S. 2. Vgl. auch Nederland in de Tweede Wereldoorlog, in: Algemene Geschiedenis der Nederlanden. XII, Utrecht 1958.

¹³ Vgl. Halder KTB I, v. 27. 9. 1939.

¹⁴ Vgl. ADAP D VII, Nr. 372, S. 240. Ribbentrop an die Botschaft in Brüssel v. 25. 8. 1939. und Enquêtecommissie Regeringsbeleid 1940–1945. Verslag houdende de uitkomsten van het onderzoek. 8 dln., 's Gravenhage 1949–1956. Bd. II A, S. 14ff. De handhaving van de neutraliteitspolitiek. (zit. Enquêtecommissie).

¹⁵ „... Das neue Reich hat die traditionelle Freundschaft“, so erklärte Hitler in seiner „Friedensrede“ am 6. 10. 1939, „zu Holland weiterzuführen versucht, es hat keine Differenzen zwischen beiden Staaten übernommen und keine neuen Differenzen geschaffen“, in: 1939–1945. Der Zweite Weltkrieg. Hrsg. v. H. A. Jacobsen, a. a. O., S. 192.

¹⁶ Vgl. dazu J. Vanwelkenhuysen, Die Niederlande und der Alarm im Januar 1940, in: VJHZG, 8 Jg., 1960, S. 17ff.

¹⁷ Enquêtecommissie II C, S. 8. Beilage Nr. 2. Vgl. auch ADAP D VII, Nr. 371, S. 310. Aufzeichnung Woermanns vom 25. 8. 1939.

¹⁸ ADAP D VII, Nr. 390, S. 322. Brief Zechs an das A. A. vom 28. 8. 1939. Vgl. auch Nr. 443, S. 364. Aufzeichnung v. Rinteln v. 30. 8. 1939 und Nr. 441, S. 363. Telegramm Weizsäcker an Zech v. 29. 8. 1939.

¹⁹ Enquêtecommissie II A, S. 15.

²⁰ Ebd., I A, S. 33f.

²¹ RvO, Amsterdam. CDI-Collectie 1 L. Telegramm Zechs an das A. A. v. 2. 9. 1939.

bevorstehende deutsche Invasion boten die niederländische Königin und der belgische König am 7. November 1939 abermals den kriegführenden Mächten ihre „guten Dienste“ an²². Dieses Vermittlungsangebot wurde noch am selben Tag von Erich Kordt, Legationsrat im Auswärtigen Amt, dem „Führer“ überbracht, der kurz vor seiner Abreise zur traditionellen „Novemberfeier“ in München stand und für die Demarche nur noch „ironische“ und „hämische“ Kommentare übrig hatte²³, nachdem er zwei Tage zuvor bereits den Angriffstermin des Westfeldzuges festgesetzt hatte²⁴.

Die Hoffnungen, die sich in den Niederlanden und in Belgien an das Vermittlungsangebot knüpften, sollten demnach bald enttäuscht werden. Aber da auch die englische und französische Regierung das Angebot ablehnten, war es für Hitler leicht, diesen die Verantwortung aufzubürden. Nachdem er aus München zurückgekehrt und der Angriffstermin schon vorher wegen der schlechten Wetter- und Transportlage erneut verschoben worden war, erklärte Hitler am 11. November 1939: „Ich muß daher zu meinem Bedauern feststellen, daß England und Frankreich es mir unmöglich gemacht haben, auf die Anregung des Telegramms vom 7. November einzugehen“²⁵.

An dieser Stelle verdient die bis heute nicht völlig aufgeklärte Vorgeschichte des belgisch-niederländischen Vermittlungsangebotes einige Bemerkungen: Unbestritten ist, daß das Angebot der „guten Dienste“ Inhalt eines Briefes war, den die niederländische Königin unter Hinweis auf die „ernste Bedrohung der Niederlande“ an König Leopold übersandte²⁶. Über die dahinter stehenden Anlässe äußerte sich

²² ADAP D VII, Nr. 332, S. 301. Aufzeichnung Siegfrieds v. 7. 11. 1939. Anlage: Telegramm des Königs der Belgier und der Königin der Niederlande an den Deutschen Reichskanzler vom 7. 11. 1939.

²³ Nach Erich Kordt, Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950, S. 373, reagierte Hitler mit den Worten: „Wir müssen jetzt fort. Man soll den Niederländern sagen, daß ich auf Reisen sei und daß man mich nicht habe erreichen können. Man braucht auf diese Anzapfung nicht gleich zu antworten.“ Vgl. dazu Halder KTB I v. 8. 11. 1939: „Etzdorf (teilt mit): Demarche ironisch und hämisch. Sie (Belgien und Holland) müssen zerkleinert werden. Anweisung an Dietrich. Ganz klein bringen (zweite Seite): er verreise, sei für niemanden zu sprechen . . .“

²⁴ Die Festsetzung des Angriffsbeginns auf den 12. November wurde allerdings am 7. 11. 1939 vom OKW wieder zurückgezogen, da Hitler sich nach Vortrag „der Wetter- und Transportlage“ entschlossen hatte, den Angriff auf den 15. November zu verschieben. Zu den wiederholten Verschiebungen der Westoffensive vgl. H. A. Jacobsen, Fall Gelb, a. a. O., S. 141 und IMT XXXIV, 072–C, S. 284ff.

²⁵ E. Kosthorst, Die deutsche Opposition gegen Hitler. 3. Aufl., Bonn 1957, S. 104. Noch am selben Tage wies Ribbentrop den deutschen Botschafter in Brüssel und den deutschen Gesandten in Den Haag an, den betreffenden Außenministern zu erklären, daß Hitler das Telegramm erhalten habe und daß der Inhalt sorgfältig geprüft werde. ADAP D VII, Nr. 332, S. 301 und S. 302, Anm. 3. Erst vier Tage später teilte Ribbentrop dem belgischen Botschafter Davignon und dem niederländischen Gesandten Haersma de With mit, daß nach der brüskten Ablehnung des Friedenschrittes des belgischen Königs und der Königin der Niederlande durch die englische und französische Regierung auch die deutsche Reichsregierung diese Vorschläge als erledigt ansehe. ADAP D VII, Nr. 356, S. 319f. und S. 321, Anm. 6.

²⁶ H. A. Jacobsen, Fall Gelb, a. a. O., S. 277, Anm. 25 (mit weiterer Literatur).

u. a. der ehemalige deutsche Botschafter in Belgien, Bülow-Schwante, der in den Verhandlungen des amerikanischen Militärgerichtshofes IV in Nürnberg gegen Staatssekretär Ernst von Weizsäcker (sog. Wilhelmstraßenprozeß) aussagte: Ende Oktober 1939 sei Carl Goerdeler nach Brüssel gekommen und habe ihm mündlich die Bitte Weizsäckers übermittelt, auf eigene Initiative der belgischen Regierung den außerordentlichen Ernst der Lage klar zu machen und sie zu ermutigen, trotz aller bisherigen Enttäuschungen weiterhin auf eine friedliche Regelung hinzuwirken²⁷. Bülow-Schwante berichtet, er sei daraufhin zunächst nach Den Haag gefahren, wo er den Grafen Zech unterrichtet und gebeten habe, sich mit der niederländischen Regierung vertraulich in Verbindung zu setzen. Nach seiner Rückkehr habe er dann den Sekretär des belgischen Königs eingeladen. Bereits am nächsten Morgen²⁸ sei er vom König zu einer geheimen Aussprache empfangen worden, in der er Leopold bat, einen Brief an seinen Vetter, den englischen König, zu schreiben.

Ob dieser Brief geschrieben worden ist, ließ sich bisher nicht feststellen²⁹. Sicher ist jedoch, daß am 5. November 1939 der englische Gesandte in Den Haag, Sir Neville Bland, dem niederländischen Außenminister van Kleffens³⁰ einen „sehr ernststen Bericht“ zukommen ließ³¹. Noch am gleichen Abend wurde der Oberbefehlshaber der niederländischen Land-, Luft- und See-Streitkräfte General Reynders ins Außenministerium gerufen und durch van Kleffens und dem Verteidigungsminister Dijxhoorn von der englischen Warnung unterrichtet³². Und bereits am 6. November 1939 fand unter Vorsitz der Königin in Gegenwart des Vorsitzenden des Ministerrates, des Außen- und Verteidigungsministers sowie des Oberbefehlshabers eine Besprechung statt, in der erste Vorkehrungen für die zu erwartende deutsche Invasion erörtert wurden. Der belgische König, der am Morgen des gleichen Tages das persönliche Schreiben der niederländischen Königin erhalten hatte, traf am Abend in Den Haag ein³³.

Insofern kann das niederländisch-belgische Vermittlungsangebot vom 7. November 1939 schwerlich allein oder primär als „unmittelbare Konsequenz der Intervention Bülow-Schwantes“ gelten³⁴. Vielmehr sahen sich offenbar Königin Wilhelmina und König Leopold zu diesem Schritt veranlaßt, weil sie in diesen Tagen von den verschiedensten Seiten vor einem kurz bevorstehenden deutschen Überfall gewarnt

²⁷ Vgl. dazu E. Kosthorst, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, a. a. O., S. 102f. In seinen „Erinnerungen“, München-Leipzig-Freiburg/Br. 1950, S. 272, erzählt E. v. Weizsäcker, daß Bülow-Schwante und Zech im Einvernehmen mit ihm und gegen Ribbentrops und Hitlers Wissen „im Hintergrund“ an diesem Vermittlungsangebot beteiligt gewesen seien.

²⁸ Vgl. dazu H. A. Jacobsen, *Fall Gelb*, a. a. O., S. 224 und S. 312, Anm. 37.

²⁹ E. Kosthorst, *Die deutsche Opposition*, a. a. O., S. 104.

³⁰ Aussage v. Kleffens, *Enquêtecommissie IC*, S. 286.

³¹ Aussage Reynders, ebd. IC, S. 24, IIC, S. 250 und S. 440.

³² I. H. Reynders, *De wisseling in het opperbevel van Land-en Zeemacht in Februari 1940*, S. 27f. Den Haag 1947. Im Februar 1940 wurde General Reynders durch General Winkelman abgelöst.

³³ ADAP D VII, Nr. 334, S. 503. Telegramm Bülow-Schwantes an das A. A. v. 8. 11. 1939.

³⁴ So E. Kosthorst, *Die deutsche Opposition*, a. a. O., S. 104.

worden waren. Den entscheidenden Anstoß zu der Demarche gab wohl die Warnung des englischen Gesandten an den niederländischen Außenminister. Hinzu kam, daß am gleichen Tage (5. 11. 1939) der belgische Militärattaché in Berlin, Oberst Goethals, nach Brüssel meldete, daß der deutsche Angriff unmittelbar bevorstehe³⁵. Diese Warnung des belgischen Militärattachés erfolgte unabhängig von der späteren Meldung seines niederländischen Kollegen in Berlin, Major G.J. Sas. Dieser war schon seit Oktober 1939 vom Leiter der Zentralabteilung im Amt Ausland/Abwehr des OKW, Oberst Oster, ebenfalls über die vorangegangenen militärischen Planungen unterrichtet worden³⁶, befand sich aber zu diesem Zeitpunkt in den Niederlanden. Erst am Morgen des 7. November traf Sas wieder in Berlin ein, kehrte aber, nachdem er von dem inzwischen festgelegten Termin durch Oster erfahren hatte³⁷, noch am selben Abend mit dem Nachtzug nach Den Haag zurück und berichtete persönlich dem „kleinen Ministerrat“, bestehend aus Ministerpräsident de Geer, Außenminister van Kleffens, Verteidigungsminister Dijkhoorn und General Reynders, daß Hitler den Angriff für den 12. November befohlen habe.

Diese verschiedenen Warnungen, zu denen auch die Intervention Bülow-Schwantes zählte, mußten die niederländische Königin und den belgischen König davon überzeugen, daß Hitler entgegen seinen wiederholten Zusicherungen zum bewaffneten Bruch der Neutralität ihrer Länder entschlossen war. Dabei deutet aber manches darauf hin, daß die von Weizsäcker initiierte Mission Bülow-Schwantes nicht nur der Warnung beider Länder diene. Jedenfalls ist bezeugt, daß Graf Zech den Generalsekretär im niederländischen Außenministerium, Snouck Hurgronje, Anfang November 1939³⁸ zu einem vertraulichen Gespräch aufsuchte und ihn fragte, ob es „möglich wäre, die deutschen Truppen durchzulassen“³⁹. Nach späteren Aussagen Snouck Hurgronjes hatte der deutsche Gesandte als Grenze des Durchmarschgebietes „eine Linie südlich der niederländischen Stadt Roermond“ genannt, während er, der Generalsekretär, einen solchen Durchmarsch deutscher Truppen als „absolut unannehmbar“ bezeichnet und deutlich zu verstehen gegeben habe, daß die niederländische Regierung jede Grenzverletzung mit Waffengewalt beantworten würde. Außerdem habe er erklärt, es sei schwer vorstellbar, daß Süd-Limburg von deutschen Truppen besetzt würde, während der übrige Teil des Landes „in Frieden mit Deutschland“ lebe.

Der unverzüglich unterrichtete niederländische Außenminister billigte Snouck Hurgronjes Stellungnahme. Trotzdem schnitt Graf Zech noch einmal bei Snouck

³⁵ H. A. Jacobsen, Fall Gelb, a. a. O., S. 223.

³⁶ Aussage Sas, Enquêtecommissie IC, S. 209.

³⁷ Vgl. H. Graml, Der Fall Oster, in: VJHZG, 14. Jg., 1966.

³⁸ Snouck Hurgronje konnte vor der niederländischen Untersuchungskommission keinen genauen Termin dieser Zusammenkunft angeben. Er nahm sogar an, daß sie nach dem 11. November 1939 stattfand. Vgl. Enquêtecommissie IIC, S. 18 und S. 167. Demgegenüber erklärte van Kleffens, der sich auch nicht an ein genaues Datum erinnern konnte, daß es Anfang November gewesen sei. Vgl. Brief van Kleffens an die Enquêtecommissie v. 16. 7. 1948., II C, S. 12.

³⁹ Aussage Snouck Hurgronje, ebd., IIC, S. 18.

Hurgronje und später auch gegenüber Außenminister van Kleffens⁴⁰ die Frage des deutschen Durchmarsches durch den Maastrichter Zipfel an. Aber auch dabei ließen die Niederländer keinen Zweifel daran, daß sie ihre Neutralität nach allen Seiten und mit allen Mitteln verteidigen würden. Von dieser „Demarche“ des deutschen Gesandten wurden jedoch weder Ministerpräsident de Geer, noch die anderen Kabinettsmitglieder und General Reynders unterrichtet. Erst nach der Befreiung ihres Landes erfuhren sie von den „vertraulichen Anfragen“ des Gesandten⁴¹.

Graf Zech, der seit fast 17 Jahren in den Niederlanden lebte und als Gegner des Naziregimes bekannt war⁴², stand in einem guten, beinahe freundschaftlichen Verhältnis zu dem niederländischen Generalsekretär. Nach dem Krieg gab Snouck Hurgronje dann auch vor der niederländischen Untersuchungskommission zu Protokoll, daß der Gesandte aus eigener Initiative zu ihm gekommen sei und den friedlichen Durchmarsch als „persönlichen Vorschlag“ bezeichnet habe. Diese Version dürfte jedoch kaum der ganzen Wahrheit entsprechen; denn die vertraulichen Anfragen des Gesandten fielen genau in die Zeit, in der tatsächlich nur die „friedliche“ Besetzung des Durchmarschgebietes beabsichtigt war und Hitler hoffte, die niederländische Regierung zu einer Tolerierung des deutschen Durchmarsches bewegen zu können. Man wird daher annehmen müssen, daß durch die Anfragen des Grafen Zech auf diplomatischem Wege im niederländischen Außenministerium „getestet“ werden sollte, ob die Niederländer ihre Neutralität unter allen Umständen verteidigen und ob sie sich gegebenenfalls mit der Besetzung eines begrenzten Durchmarschgebietes abfinden würden. Doch ob es sich nun um einen „persönlichen Vorschlag“ Zechs oder um einen, im offiziellen Auftrag ausgeführten „Test“ gehandelt hat, die eindeutigen Antworten Snouck Hurgronjes und van Kleffens bestätigten jedenfalls die feste Absicht der Niederlande, ihre Neutralität und Unabhängigkeit in jedem Fall zu wahren und zu verteidigen.

Das negative Ergebnis der Anfragen des deutschen Gesandten blieb auch für die deutsche Seite nur ein diplomatisches Zwischenspiel. Daß die späteren operativen Planungen für die Westoffensive von dem ursprünglichen Gedanken des territorial eng begrenzten Durchmarsches abkamen, wurde primär von anderen Ursachen bestimmt.

Nach den ersten Verschiebungen der Angriffstermine und nach dem Grenzzwischenfall bei Venlo⁴³, den Hitler ein halbes Jahr später zum Anlaß nahm, den Nie-

⁴⁰ Aussage van Kleffens, ebd., IIC, S. 286.

⁴¹ Mit Recht stellte die Untersuchungskommission (IIA, S. 24) fest, „daß diese sog. deutschen Schritte in einer Zeit wie der Mobilisierungsperiode 1939–1940 nicht als so unwichtig angesehen werden durften wie die Herren van Kleffens und Snouck Hurgronje das anscheinend getan haben“.

⁴² Aussage Snouck Hurgronje, Enquêtecommissie II C, S. 18.

⁴³ Am Nachmittag des 9. November 1939 wurden in der Nähe von Venlo die beiden englischen Geheimdienstoffiziere Best und Stevens, ihr niederländischer Chauffeur Lemmens sowie der niederländische Geheimdienstoffizier Klop vor dem Café Backus, das wenige Meter von der deutschen Grenze entfernt lag, von dem SD-Sonderkommando Naujocks auf Befehl Himmlers überfallen und nach Düsseldorf verschleppt. Best, Stevens und Klop waren in eine

derländern „fortgesetzte Neutralitätsverletzungen“ vorzuwerfen⁴⁴, machte die Luftwaffe beim OKW erneut die „Notwendigkeit“ einer allgemeinen Besetzung der Niederlande geltend⁴⁵. Am 15. November 1939 erließ daraufhin das OKW die sogenannte „Holland-Weisung“⁴⁶, in der es u. a. hieß:

„Die Sicherung des Ruhrgebietes durch möglichst weites Vorschieben der Flugmeldeorganisationen und der Luftabwehr in den holländischen Raum ist für die Gesamtkriegführung von nicht unerheblicher Bedeutung. Je mehr holländischer Raum von uns besetzt wird, umso wirksamer kann die Verteidigung des Ruhrgebietes gestaltet werden.“

Fünf Tage später gab das OKW die Weisung Nr. 8 heraus, aus der hervorgeht, daß Hitler dem Drängen der Luftwaffe nachgegeben und befohlen hatte, den „holländischen Raum einschließlich der vorgelagerten westfriesischen Inseln vorerst ohne Texel, . . . zunächst bis zur Grebbe-Maas-Linie“ zu besetzen. Da die Haltung der niederländischen Wehrmacht nicht im Voraus zu übersehen sei, solle, sofern kein Widerstand geleistet werde, dem Einmarsch der „Charakter einer friedlichen Besetzung“ gegeben werden. Mit dieser Weisung, die auch den Schwerpunkt der Operation (Verlagerung von Heeresgruppe B zur Heeresgruppe A) neu regelte und den Einsatz von Fallschirm- und Luftlandetruppen⁴⁷ vorsah, war „die erste Periode der operativen Planungen“ der Westoffensive abgeschlossen. Dabei

Falle gelaufen, die der SD sorgfältig vorbereitet hatte. In dem Glauben, daß sie mit deutschen Widerstandskämpfern Kontakt hätten, die „Friedensmöglichkeiten“ mit England erkunden wollten, waren sie an diesem Tag wieder an die deutsch-niederländische Grenze gefahren. Klop, der vom niederländischen Geheimdienstchef, General Oorschot, den beiden englischen Geheimdienstoffizieren zugeteilt worden war, nach Abbruch dieser Kontakte aber auf eigene Faust weitergearbeitet hatte, wurde während des blitzartigen Überfalls verwundet und starb wahrscheinlich noch auf der Fahrt nach Düsseldorf an den Folgen seiner Verletzungen. Zur Vorgeschichte, zum Ablauf und zum Hintergrund des „Venloer Zwischenfalls“ vgl. P. S. Best, *The Venlo incident*. London 1947 und W. Schellenberg, *Memoiren*. Köln 1951. Die niederländische Untersuchungskommission hat zum Venloer Grenzzwischenfall zahlreiche Personen vernommen (IIC), umfangreiches Quellenmaterial veröffentlicht (IIB, S. 18–127) und ihre Ergebnisse in einem Bericht (IIA, S. 34f.) zusammengefaßt, da der Vorwurf der Neutralitätsverletzungen von den Nationalsozialisten nicht zuletzt mit dem Venloer Zwischenfall begründet worden war. – Zu dem Gesamtproblem jetzt auch: Harold C. Deutsch, *The conspiracy against Hitler in the twilight war*, Minneapolis 1968.

⁴⁴ Bereits am 23. November 1939 erklärte Hitler in seiner vielzitierten Ansprache vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht: „Hinweis auf den Zwischenfall bei Venlo: der Mann, der erschossen wurde, ist nicht ein Engländer, sondern ein holländischer Generalstabsoffizier. Dies ist in der Presse verschwiegen worden. Die holländische Regierung hat gebeten, daß die Leiche des holländischen Offiziers ausgeliefert wird. Dies ist eine ihrer größten Dummheiten. Die holländische Presse spricht nicht mehr von dem Zwischenfall. Zur gegebenen Zeit werde ich alles das ausnutzen und mein Vorgehen motivieren.“ 1939–1945. *Der Zweite Weltkrieg*. Hrsg. v. H. A. Jacobsen, a. a. O., S. 138.

⁴⁵ Jodl-Tagebuch v. 11. 11. 1939.

⁴⁶ Vgl. *Nederland in Oorlogstijd*. 4. Jg., 1949, S. 9 und *Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzuges*. Hrsg. v. H. A. Jacobsen, a. a. O., S. 155.

⁴⁷ Vgl. H. A. Jacobsen, *Fall Gelb*, a. a. O., S. 154f. und L. de Jong, *Die deutsche fünfte Kolonne im zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1959, S. 178.

blieb allerdings die Ausdehnung der Besetzung der Niederlande weiterhin ungeklärt. Erst am 16./17. Januar 1940, als Hitler sich nach der „Mechelen-Affaire“⁴⁸ zur weiteren Verschiebung der Offensive auf das Frühjahr entschloß, erteilte er gleichzeitig dem OKH den Befehl, „Gesamt-Holland“ in den Angriff einzubeziehen⁴⁹.

Bezeichnend für die Präponderanz militärischer Überlegungen in dieser Phase (zu denen als wesentliches Element der Blitzkriegstrategie das Überraschungsmoment zählte) war die Unterlassung aller nachdrücklichen – wenn auch gewiß nicht aussichtsreichen – Versuche, auf politischem oder diplomatischem Wege die Niederländer zu einer Duldung der deutschen Besetzung zu bewegen. Stattdessen beschäftigte sich Hitler, ähnlich wie vor dem Polenfeldzug, mit der Vorbereitung eines diplomatischen Tricks, der in letzter Minute ausgespielt werden und unterstreichen sollte, daß das deutsche Vorgehen nur als „bewaffnete Sicherung der holländischen Neutralität“⁵⁰ anzusehen sei. Es ist sehr fraglich, ob Hitler wirklich glaubte, durch ein solches Manöver in letzter Minute, entgegen der eindeutigen Lagebeurteilung des Gesandten Zech⁵¹, die niederländische Regierung veranlassen zu können, auf militärischen Widerstand zu verzichten und eine „friedliche“ Besetzung des Landes hinzunehmen, um „unnötiges Blutvergießen“ zu vermeiden⁵². Vieles spricht dafür, daß es bei der geplanten diplomatischen Mission in letzter Minute nur um ein Alibi für die Weltöffentlichkeit ging.

Einen ersten Anhaltspunkt über den Plan liefert das Tagebuch des Chefs des Wehrmachtsführungsamtes im OKW, General Jodl, der am 1. Februar 1940 notierte: „F. (Führer) will, daß Major Kiewitz (im Text: Kieritz) mit Sonderauftrag von hier rechtzeitig entsandt wird“⁵³. Dieser „Sondergesandte“ Hitlers sollte am Tage des deutschen Einmarsches der niederländischen Königin „einen Brief mit der üblichen Mischung aus Drohungen und Schmeicheleien“⁵⁴ überreichen und ihr den

⁴⁸ H. A. Jacobsen, a. a. O., S. 93f.; Ders., Der 10. Januar 1940 – Die Affaire Mechelen, in: Wehrwiss. Rundschau 1954 und J. Vanwelkenhuysen, Die Niederlande und der Alarm im Januar 1940, a. a. O., S. 17f.

⁴⁹ Halder KTB I, v. 17. 1. 1940. Vgl. dazu auch die dritte Aufmarschanweisung „Gelb“ und die Weisung für den „Sofort-Fall“ vom 30. 1. 1940, in: Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzuges, a. a. O., S. 59 und S. 63. Die letzte Fassung der Aufmarschanweisung „Gelb“ (sog. „Sichelschnittplan“) wurde schließlich am 24. 2. 1940 herausgegeben. Ebd., S. 64. Vgl. Ders., Fall Gelb, a. a. O., S. 112f.

⁵⁰ Halder KTB I, v. 1. 2. 1940.

⁵¹ ADAP D VIII, Nr. 308, S. 275. Brief Zechs an das A. A. v. 27. 10. 1939. Nr. 322, S. 290. Telegramm Zechs an das A. A. v. 2. 11. 1939. ADAP D IX, Nr. 101, S. 121. Telegramm Zechs an das A. A. v. 13. 4. 1940. Vgl. ADAP D VIII, Nr. 555, S. 538. Aufzeichnung v. Weizsäcker v. 19. 1. 1940.

⁵² Die militärische Auseinandersetzung mit Belgien hielt Hitler jedoch schon seit Beginn der operativen Planungen für unvermeidlich. Vgl. dazu die Vortragsnotiz v. 31. 10. 1939. (OKW KTB I, a. a. O., S. 952–954): „Mit militärischem Widerstand gegen die Besetzung ist in Luxemburg nicht, in Belgien mit Sicherheit zu rechnen. In Holland ist wesentlicher Widerstand nicht wahrscheinlich.“

⁵³ Jodl-Tagebuch v. 1. 2. 1940. Vgl. auch Halder KTB I, v. 1. 2. 1940.

⁵⁴ L. de Jong, Die deutsche fünfte Kolonne, a. a. O., S. 178.

Vorschlag unterbreiten, „gegen die einrückenden Truppen keinen Schießbefehl zu erteilen“⁵⁵.

Werner Kiewitz⁵⁶, der selbst dem diplomatischen Dienst angehört hatte, gegenwärtig aber in der Gegend von Aachen ein Bataillon ausbildete, erhielt wahrscheinlich noch im Februar 1940 vom Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaloberst Keitel, den Befehl, sich sofort in Berlin zu melden⁵⁷. „Weswegen Sie bestellt sind“, erklärte Keitel, „weiß ich selbst nicht. Warten Sie in Berlin, schlafen Sie sich gut aus, Sie werden es nötig haben“. Erst Ende April 1940 wurde Kiewitz von Ribbentrop über seine bevorstehende „Mission“ unterrichtet. „Für Sie ist eine Sondermission vorgesehen“, teilte ihm der Reichsaußenminister mit, „Sie sollen evtl. zur Königin von Holland fahren und in Verbindung mit dem Gesandten . . . eine Audienz bei der Königin von Holland herbeiführen, in der Sie ihr etwas zu eröffnen haben, worüber ich jetzt noch nicht sprechen kann, worüber Sie noch weitere Instruktionen erhalten werden“⁵⁸. Halten Sie sich von jetzt ab bereit. Sie werden wieder bestellt werden“.

Wenige Tage vor Ausbruch der Westoffensive wurde Kiewitz wieder zu Ribbentrop gerufen und aufgefordert, seinen „Sonderministerialpaß“ von der Paßabteilung des Auswärtigen Amtes in Ordnung bringen zu lassen, damit er jederzeit mit dem D-Zug, der etwa um 13 Uhr aus Berlin abfuhr, nach Den Haag fahren könne. Am Morgen des 7. Mai 1940 wurden auf der niederländischen Gesandtschaft in Berlin „dringende“ Visumanträge für den „Gesandten des Führers und Reichskanzlers“ Werner Kiewitz und für vier weitere Personen⁵⁹ bestellt. Da Oberst Oster jedoch

⁵⁵ Aussage v. Kiewitz, Enquêtecommissie IIB, S. 130 f.

⁵⁶ Kiewitz hatte auch der polnischen Regierung das Ultimatum überbracht. Aussage Sas, Enquêtecommissie IC, S. 211. Zum Lebenslauf Kiewitz vgl. RvO, Amsterdam. Nürnberg-Collectie N. 119/1. IS Nr. 4232.

⁵⁷ Nach der Aussage v. Kiewitz, Enquêtecommissie IIB, S. 130.

⁵⁸ Am 18. 3. 1955 teilte Kiewitz dem deutschen Historiker Hans-Adolf Jacobsen mit, daß sein Auftrag schließlich lautete: „Die Königin ist zu veranlassen, den Durchmarsch deutscher Truppen zu tolerieren und ein Schießverbot für die holländische Armee zu erteilen, um zweckloses Blutvergießen zu vermeiden.“ Deutschland wünsche lediglich, „die bewaffnete Sicherung der holländischen Neutralität zu übernehmen“. Vgl. H. A. Jacobsen, Fall Gelb, a. a. O., S. 314 f., Anm. 60 und: War die deutsche Westoffensive eine Präventivmaßnahme? In: Wehrwiss. Rundschau 1958, S. 288, Anm. 62. Demgegenüber erklärte Kiewitz am 8. 12. 1947 dem Niederländer Fred Rodell (Enquêtecommissie IIB, S. 130): „Eine endgültige Instruktion habe ich nicht erhalten, da die Aktion nicht stattfand.“

⁵⁹ Vgl. dazu die Aussagen des niederländischen Gesandtschaftsrates de Beus und des Militärattachés Sas, Enquêtecommissie IC, S. 628 und S. 211. Unter den vier Personen sollen sich der am 17. 3. 1940 zum Minister für Bewaffnung und Munition ernannte Fritz Todt und der frühere Staatssekretär des Äußeren Dr. v. Kühlmann befunden haben. Die Wahl des erfahrenen Diplomaten v. Kühlmann, der in seinen „Erinnerungen“ (Heidelberg 1948) mit keinem Wort die Kiewitz-Mission erwähnt, ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß er vor dem Ersten Weltkrieg als Gesandtschaftsrat und 1915/16 als Gesandter in Den Haag tätig war und gute Verbindungen zu politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kreisen in den Niederlanden hatte. Vgl. dazu Fr. Meinecke, Ausgewählter Briefwechsel, Stuttgart 1962 S. 67 f. und : Erlebtes 1862–1919, Stuttgart 1964. S. 294 f.

einen Tag zuvor dem niederländischen Militärattaché Sas mitgeteilt hatte, daß der Angriff wahrscheinlich am 8. Mai beginnen würde und gleichzeitig der belgische Militärattaché Goethals die Niederländer unterrichtet hatte, daß im Reichsaußenministerium ein Dossier über die Neutralitätsverletzungen beider Länder zusammengestellt werde⁶⁰, war es der niederländischen Gesandtschaft nicht schwer, den Zusammenhang der „Mission Kiewitz“ mit der bevorstehenden Offensive zu erraten. Die dringenden Visumsanträge wurden deshalb zunächst dilatorisch behandelt⁶¹. Am späten Nachmittag des 7. Mai erhielt die Berliner Gesandtschaft der Niederlande aus Den Haag die Weisung, die Visa auszustellen, gleichzeitig aber dem Auswärtigen Amt zu erklären, daß die deutschen Diplomaten mit der Bahn reisen und mitteilen sollten, wann sie die Grenze passieren würden, damit ihre Sicherheit garantiert werden könne. Dem immer ungeduldiger werdenden Hofrat Reimke von der Paßabteilung des Auswärtigen Amtes wurde außerdem mitgeteilt: Sollte der Gesandte Kiewitz doch versuchen, mit dem Flugzeug zu kommen, das schon auf dem Flughafen Tempelhof bereitstand, so würde er in Holland keine Landeerlaubnis erhalten. Kurz darauf teilte das Auswärtige Amt mit, daß Kiewitz am nächsten Tag abreisen werde. Am Abend des 7. Mai erhielt die niederländische Gesandtschaft jedoch eine erneute Warnung vor dem bevorstehenden deutschen Überfall⁶², die es so gut wie sicher erscheinen ließ, daß Kiewitz Königin Wilhelmina ein entsprechendes Ultimatum überreichen sollte. Daraufhin wurden in den Niederlanden Vorkehrungen getroffen, um die Reise des „Sondergesandten“ zu verhindern. Am Nachmittag des 9. Mai 1940 erhielten alle Grenzbrigaden den Befehl, dem Gesandten Werner Kiewitz und dem Staatssekretär a. D. Dr. Richard von Kühlmann die Durchreise „unter allen Umständen“ zu verweigern⁶³. Die Ankunft der beiden Deutschen, die für die Nacht

⁶⁰ Jodl-Tagebuch v. 3. 5. 1940: „Vorbereitetes Weißbuch über nicht neutrales Handeln Hollands und Belgiens scheint A. A. nicht ganz genug. M. E. ist das Material reichlich genug“. Vgl. auch NG-3945. Affidavit Dr. Friedrich Gaus. Bei diesem „Dossier“ handelte es sich um das Memorandum der deutschen Reichsregierung v. 9. 5. 1940 und um die Berichte des RMDI v. 29. 3. 1940 und OKW v. 4. 5. 1940. Vgl. S. 27 dieser Arbeit.

⁶¹ Aussage de Beus, Enquêtecommissie IC, S. 268. Vgl. auch IIB, S. 134. Overzicht van de gebeurtenissen te Berlijn gedurende de laatste dagen voor den Duitschen inval.

⁶² Diese Warnung stammt von dem ehemaligen deutschen Gesandtschaftsrat in Washington, Graf Albrecht von Bernsdorff. Mitteilung Dr. de Jong an den Verfasser. Sie wurde im Briefkasten der Gesandtschaft gefunden. Auf Grund „privater Quellen“ erwähnt H. Rothfels, Die deutsche Operation gegen Hitler, Fischerbücherei 198, S. 195f., Anm. 84, daß Bernsdorff auf Veranlassung des Generalstabes den Niederländern Berichte zukommen ließ. B. Warnungen stimmten meist mit denen von Sas überein, trafen aber fast immer erst einige Tage später in der Gesandtschaft ein. Neben Sas und Bernsdorff wurden die Niederländer öfter auch noch von einem niederländischen Journalisten, der einen „sehr guten Freund“ hatte, und von „ein oder zwei Mitgliedern“ des Auswärtigen Amtes gewarnt. Vgl. dazu die Aussage de Beus, Enquêtecommissie IC, S. 625.

⁶³ Enquêtecommissie IIB, S. 136. Ein niederländischer Sergeant von der 2. Kompanie der 2. Grenzbrigade in Maalbeek erklärte bei seiner Gefangennahme, daß er am 9. Mai um 16 Uhr 45 von seinem Kompanieführer den Befehl erhalten habe, den Gesandten Kiewitz und den Staatssekretär Dr. v. Kühlmann unter keinen Umständen durchzulassen. RvO, Amsterdam. FOSD 109. 114 840. Telegramm v. 11. 5. 1940.

vom 9. zum 10. Mai oder „später“ erwartet wurde, sollte unverzüglich nach Den Haag mitgeteilt werden. Kiewitz und Kühlmann sollten jedoch mit „Ehrerbietung“ behandelt werden.

Hitler und dem OKW blieb das Mißtrauen der Niederländer nicht verborgen. Da somit das Überraschungsmoment verspielt war, wurde das „Kiewitz-Unternehmen“ am Vorabend der Westoffensive abgeblasen⁶⁴. In den frühen Morgenstunden des 10. Mai traf der „Gesandte des Führers“ wieder bei seinem Bataillon ein, gerade rechtzeitig, um mit seiner Truppe in Holland einmarschieren zu können⁶⁵.

Auf Grund der alarmierenden Nachrichten der niederländischen Gesandtschaft in Berlin waren bereits am 7. Mai 1940 in den Niederlanden die Urlauber zurückgerufen⁶⁶, die Truppenkommandanten gewarnt und Sprengladungen an den strategisch wichtigen Brücken⁶⁷ angebracht worden. Einen Tag später standen auf dem Flughafen Schiphol alle Flugzeuge startbereit. Die Brücken über die Autobahn Amsterdam-Den Haag waren durch Soldaten besetzt. In Den Haag wurde das Regierungsviertel, die Straße zum Flughafen Ypenburg und der Eingang zum königlichen Palais Huis ten Bosch abgesperrt und militärisch gesichert. Vor sämtlichen Banken und öffentlichen Gebäuden zogen Posten auf. In Scheveningen wurden Häuser und Strand abgeblendet. Diese Abwehrmaßnahmen der Niederländer wurden noch am selben Tag dem Auswärtigen Amt und dem OKW durch mehrere Fernschreiben des Gesandten Zech und des Militärattachés Wenninger mitgeteilt⁶⁸. Hitler, durch die Befürchtung beunruhigt, daß der Angriffstermin dem Gegner durch „Verrat“⁶⁹ bekannt werden könnte, befahl am 8. Mai, den Angriff am 10. Mai durchzuführen⁷⁰. Gleichzeitig erteilte er nun der 22. Luftlande-Division den

⁶⁴ Am 8. Mai wurde die Abreise von Kiewitz noch auf den 9. Mai verschoben. Vgl. Jodl-Tagebuch v. 8. 5. 1940.

⁶⁵ Aussage Kiewitz, Enquêtecommissie IIB, S. 131. Die „Kiewitz-Mission“ scheiterte also keineswegs daran, daß „Königin Wilhelmina rechtzeitig das Land verlassen hatte“. So bei H. A. Jacobsen, War die deutsche Westoffensive eine Präventivmaßnahme? a. a. O., S. 288, Anm. 62. Die niederländische Königin verließ erst am 13. Mai 1940 das Land. Vgl. S. 40 dieser Arbeit.

⁶⁶ Halder KTB I, v. 7. 5. 1940.

⁶⁷ Als verhängnisvoller Fehler des niederländischen Oberkommandos erwies sich das Fehlen von Sprengladungen an den Brücken von Moerdijk und Dordrecht. Die Niederländer hatten dort, trotz verschiedener Warnungen, nicht an eine Landung deutscher Fallschirmjäger geglaubt. Zum anderen hatten sie gehofft, daß ihnen über diese Brücken die französischen Truppen zu Hilfe kommen würden. Den deutschen Fallschirmtruppen gelang es am Morgen des 10. Mai diese strategisch so wichtigen Brücken im Handstreich zu nehmen und sie bis zum Eintreffen der schnellen Panzerverbände offen zu halten. Vgl. Beknopt overzicht van de krijgsverrichtingen der Koninklijke Landmacht 10–19 mei 1940, Leyden 1947, S. 29.

⁶⁸ RvO, Amsterdam. CDI-Collectie 120. 16507. Vgl. dort auch (16508 u. 16503) Abschrift Fernschreiben Zech-Wenninger v. 8. 5. 1940 und Abschrift Fernschreiben v. Otzen-Zech v. 9. 5. 1940.

⁶⁹ Jodl-Tagebuch v. 7. 5. 1940 und Halder KTB I v. 8. 5. 1940.

⁷⁰ Jodl-Tagebuch v. 8. 5. 1940.

Befehl, „an drei Stellen um Den Haag zu landen, die Regierung auszuschalten und die Königin gefangenzunehmen“⁷¹.

Dieser „Führerbefehl“ zeigt, daß Hitler die Schwierigkeiten, die ihm der norwegische König beim Einmarsch der deutschen Truppen bereitet hatte, in den Niederlanden von vornherein vermeiden wollte. Hoffte Hitler auf der einen Seite vielleicht doch noch durch die „Kiewitz-Mission“ die reibungslose militärische Besetzung „Gesamt-Hollands“ erreichen zu können, deren schneller Ablauf für das Gelingen der Offensive wichtig war, so ließ er auf der anderen Seite keinen Zweifel daran, daß er im Falle eines Mißlingens dieses Unternehmens Regierung, Generalstab und Staatsoberhaupt unverzüglich ausschalten werde⁷².

Die endgültige Entscheidung über den Beginn dieses „Blitzkrieges“ fiel jedoch erst am 9. Mai 1940. Nachdem gegen Mittag der Befehl zum Angriff für den 10. Mai, morgens 5 Uhr 35, erteilt worden war und Hitler um 17 Uhr mit einem Sonderzug Berlin in Richtung auf sein neues Hauptquartier Münstereifel verlassen hatte, gab das OKW um 21 Uhr das Stichwort „Danzig“ aus⁷³. In den frühen Morgenstunden des 10. Mai überschritten die deutschen Truppen ohne Kriegserklärung und unter rücksichtsloser Verletzung der Neutralität die belgische, luxemburgische und niederländische Grenze.

Während deutsche Flugzeuge Den Haag bombardierten und Fallschirmjäger in der Nähe der Flughäfen um Rotterdam und Den Haag absprangen, wurde um 5 Uhr 30 der niederländische Gesandte in Berlin, Haersma de With, von Legationsrat Wagner aufgefordert, sich unverzüglich zum Reichsaußenminister zu begeben⁷⁴. Knapp eine Stunde später übergab Ribbentrop dem Gesandten ein Memorandum der deutschen Regierung⁷⁵, das in virtuoser Vermischung von historischen Argumenten und plumpen Fälschungen den deutschen Neutralitätsbruch zu „rechtfertigen“ suchte. So „unwiderlegbar“ die „Unterlagen“ und „Belege“ für die angeblichen Neutralitätsverletzungen Belgiens und der Niederlande angeblich waren, so sahen doch die Verfasser des Memorandums selbst davon ab, den bereits im Gange befindlichen Einmarsch allein mit diesen „Beweisen“ zu motivieren. Stattdessen stellten sie zusätzlich die von der historischen Forschung inzwischen völlig widerlegte Behauptung auf, daß es das „Hauptziel der britischen und französischen Kriegspolitik“ sei, ihren sorgsam vorbereiteten und nunmehr unmittelbar bevorstehenden Angriff gegen Deutschland im Westen über „belgisches und niederländisches Gebiet nach dem Ruhrgebiet“ voranzutreiben. Deutschland habe, so argumentiert man weiter, die Integrität Belgiens und der Niederlande anerkannt

⁷¹ Zitiert nach H. A. Jacobsen, Fall Gelb, a. a. O., S. 165.

⁷² Vgl. dazu auch L. de Jong, Die deutsche fünfte Kolonne . . . , a. a. O., S. 182f. Ders., De Bezetting I, Amsterdam 1961, S. 44.

⁷³ Jodl-Tagebuch v. 9. 5. 1940.

⁷⁴ Brief Haersma de With an van Kleffens v. 22. 5. 1940, in: Enquêtecommissie IIB, S. 132.

⁷⁵ ADAP D IX, Nr. 214, S. 245. Vgl. auch die dem Memorandum beigegeführten Berichte des RMdI v. 29. 3. 1940 und OKW v. 4. 5. 1940. Gedr. Enquêtecommissie IIB, S. 18 ff. und Dokumente der Deutschen Politik VIII/1. Nr. 17, Nr. 18 und Nr. 19.

und respektiert unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß diese beiden Länder im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und England-Frankreich die strikteste Neutralität bewahren würden. Da aber Belgien und die Niederlande „diese Bedingungen nicht erfüllt“ hätten und die Reichsregierung nicht gewillt sei, in „diesem dem deutschen Volke von England und Frankreich aufgezwungenen Existenzkampf den Angriff Englands und Frankreichs in deutsches Gebiet hineinragen zu lassen“, habe sie den deutschen Truppen den Befehl erteilt, „die Neutralität dieser Länder mit allen militärischen Machtmitteln des Reiches sicherzustellen“.

In einer für die nationalsozialistische Propaganda bezeichnenden „Mitteilung“, die dem Memorandum beigelegt wurde, versuchte die Reichsregierung noch einmal den Eindruck zu erwecken, als wolle sie, sofern jeder Widerstand eingestellt werde, der Besetzung den Charakter einer „friedlichen“ Aktion verleihen. Zugleich drohte sie aber auch mit einem rücksichtslosen militärischen Vorgehen, falls ihre Forderungen von den beiden Regierungen abgelehnt werden würden:

„Die deutschen Truppen kommen nicht als Feinde des belgischen und des niederländischen Volkes, denn die Reichsregierung hat diese Entwicklung weder gewollt noch herbeigeführt. Die Verantwortung dafür fällt auf England und Frankreich, die den Angriff gegen Deutschland auf belgisches und niederländisches Territorium in allen Einzelheiten vorbereitet und begünstigt haben. Die Reichsregierung erklärt ferner, daß Deutschland nicht die Absicht hat, durch diese Maßnahme die Souveränität des Königreichs Belgien und des Königreichs der Niederlande noch den europäischen oder außereuropäischen Besitzstand dieser Länder jetzt oder in Zukunft anzutasten. Die Königlich Belgische und die Königlich Niederländische Regierung haben es heute noch in der Hand, das Wohl ihrer Völker in letzter Stunde sicherzustellen, indem sie dafür sorgen, daß den deutschen Truppen keinerlei Widerstand entgegengesetzt wird. Die Reichsregierung fordert die beiden Regierungen hiermit auf, unverzüglich die hierfür erforderlichen Befehle zu erteilen. Sollten die deutschen Truppen in Belgien oder in den Niederlanden auf Widerstand stoßen, so wird dieser mit allen Mitteln gebrochen werden. Für die sich daraus ergebenden Folgen und für das dann unvermeidliche Blutvergießen würden die Königlich Belgische und die Königlich Niederländische Regierung ausschließlich die Verantwortung zu tragen haben.“

Nachdem Haersma de With dieses Memorandum gelesen und die gegen die Niederlande erhobenen Beschuldigungen mit Entrüstung von sich gewiesen hatte, erklärte er, daß von einem englischen Überfall keine Rede sein könne. Sollte dies wirklich der Fall sein, würden die Niederlande sicher in der Lage sein, diesen Angriff selbst abzuschlagen. Ribbentrop bat den Gesandten, auf die deutschen Forderungen einzugehen. Die Niederländer sollten wissen, so erklärte er unmißverständlich, daß „der Führer ein guter Freund, aber auch ein gefährlicher Feind“ sei. Die Unabhängigkeit des Landes und der überseeischen Gebiete und die Dynastie könnten nur dann „garantiert“ werden, wenn kein Widerstand geleistet würde. Da die Verbindungen mit den Niederlanden unterbrochen waren und auch eine eigens für den Gesandten vom Auswärtigen Amt bereitgestellte Telefonverbindung nach Den Haag nicht zustande kam, erklärte Haersma de With, daß die Niederlande

Widerstand leisten würden und daß allein Deutschland für die Aggression gegen ein befreundetes Land die Verantwortung vor der Geschichte zu tragen habe⁷⁶.

Etwa zur gleichen Zeit, als Legationsrat Wagner Haersma de With zur Gesandtschaft zurückbrachte, erschien Graf Zech im niederländischen Außenministerium⁷⁷. Er hatte, wahrscheinlich erst wenige Stunden zuvor, von Ribbentrop für das Gespräch mit van Kleffens nur die folgende, kurze Instruktion erhalten⁷⁸:

„Erklären Sie Einsatz gewaltiger Truppenmacht.

Jeder Widerstand völlig zwecklos.

Deutschland garantiert den europäischen und außereuropäischen Besitzstand und die Dynastie, wenn jeder Widerstand unterbleibt. Sonst Gefahr völliger Vernichtung des Landes und des Staatswesens.

Daher dringend auffordern Aufruf Volk und Wehrmacht und Aufforderung Aufnahme Verbindung mit deutschen militärischen Kommandos.

Begründung: wir haben unwiderlegliche Beweise eines unmittelbar drohenden Einfalles Frankreichs und Englands in Holland, Belgien und Luxemburg, der mit Wissen Hollands und Belgiens lange vorbereitet.

Ziel: Vorstoß Ruhrgebiet⁷⁹.

Wie der niederländische Außenminister später aussagte⁸⁰, war Graf Zech nicht in der Lage, diese Erklärung vorzulesen. „Er konnte nicht sprechen, er weinte nur. Er konnte den Brief nicht einmal lesen“. Nachdem van Kleffens die Instruktion Ribbentrops selbst gelesen und die deutschen Beschuldigungen zurückgewiesen hatte, schrieb er mit einem Bleistift dem „fortwährend schluchzenden“ und „kaum ansprechbaren“ Gesandten die Formulierung der niederländischen Kriegserklärung auf ein Stück Papier:

„Angesichts des beispiellosen, ohne jede Warnung deutscherseits auf die Niederlande verübten Angriffs betrachte die königlich niederländische Regierung das Königreich als im Krieg mit dem Deutschen Reich“⁸¹.

Die Unterredung im niederländischen Außenministerium dauerte nicht einmal 10 Minuten. Graf Zech, der mit einem Handschlag von van Kleffens verabschiedet wurde, kehrte in die Gesandtschaft zurück. Mit dem Ende seiner langjährigen diplomatischen Tätigkeit am 10. Mai 1940 begann die deutsche Wehrmacht in den bereits eroberten Gebieten der Niederlande die seit Monaten geplante Militärverwaltung einzusetzen.

⁷⁶ Vgl. dazu auch die Verbalnote der niederländischen Gesandtschaft v. 10. 5. 1940. ADAP D IX, Nr. 224, S. 256 und Enquêtecommissie IIB, S. 28 und 132 ff.

⁷⁷ G. Bolkestein, Kort overzicht van einige gebeurtenissen op 10 tot 13 Mei 1940. Enquêtecommissie IIB, S. 137. Nach niederländischer Zeit war es kurz nach 6 Uhr.

⁷⁸ Zitiert nach Enquêtecommissie IIB, S. 17.

⁷⁹ Vgl. dazu auch den Text der Rede Ribbentrops auf der Sonderkonferenz mit ausländischen Pressevertretern am 10. Mai 1940, Enquêtecommissie IIB, S. 29.

⁸⁰ Aussage van Kleffens, Enquêtecommissie IIC, S. 292.

⁸¹ ADAP D IX, Nr. 222, S. 254. Telegramm Zechs an das A. A. v. 10. 5. 1940.

B. Die Vorbereitung der Militärverwaltung

Gleichzeitig mit der Ausarbeitung der Operationspläne durch das OKH waren auch erste Vorbereitungen zur Errichtung von Militärverwaltungen in den zu besetzenden westlichen Gebieten schon unmittelbar nach dem Polenfeldzug in Angriff genommen worden. Unter Leitung des Generalquartiermeisters des Heeres, Generalmajor Eugen Müller⁸², lag diese Aufgabe im wesentlichen bei der von Major Koßmann geleiteten Gruppe 2 der Quartiermeisterabteilung (Abt. VI) des Generalstabs des Heeres⁸³. Die Eile und der Nachdruck dieser Vorbereitungen⁸⁴ stand in unmittelbarem Zusammenhang mit den bitteren Erfahrungen, die der Oberbefehlshaber des Heeres in Polen hatte machen müssen. Unter höchst unerfreulichen Begleiterscheinungen war es dort schon am 25. Oktober 1939 auf Befehl Hitlers zur überstürzten Ablösung der vollziehenden Gewalt des Oberbefehlshabers des Heeres durch eine sogenannte „Zivilverwaltung“ gekommen, nachdem SS- und Parteistellen schon vorher in die Verhältnisse des besetzten Gebietes hineinregiert und durch zahllose Gewaltmaßnahmen gegen Polen und Juden nicht nur die Autorität der militärischen Dienststellen in Mitleidenschaft gezogen, sondern auch die völkerrechtlichen Regeln militärischer Besatzungspolitik vielfach durchbrochen hatten⁸⁵.

Unter dem bestürzenden Eindruck dieser Vorgänge in Polen, die von den maßgeblichen Stellen des Heeres, z. T. in Unkenntnis der von Hitler selbst stammenden Direktiven, vielfach noch als unverantwortliche „Übergriffe“ untergeordneter SS- und Parteistellen mißverstanden wurden, war die Heeresleitung entschlossen, ähnliche Vorfälle nicht noch einmal geschehen zu lassen. So widerspruchslos sie schließlich in den Abbruch der Militärverwaltung in Polen eingewilligt hatte, nachdem ersichtlich geworden war, daß die politische Führung mit der dauerhaften Annexion dieser Gebiete zugleich umfangreiche volkstumpolitische „Flurbereinigungen“ beabsichtige, mit deren Verantwortung das Heer nicht belastet sein wollte, so sehr war die Heeresleitung entschlossen, das Prinzip der reinen Militärverwaltung im Westen durchzusetzen, zumal es hier anscheinend um ausschließlich militärische Zielsetzungen ging. Diese Intentionen kamen klar zum Ausdruck, als nach Bekanntgabe der Aufmarschanweisung „Gelb“ die Heeresgruppe B den Stab eines Oberquartiermeisters bildete, und in diesem Zusammenhang am 19. Oktober 1939 im OKH grundsätzliche Besprechungen über die angestrebte Militärverwaltung geführt

⁸² Müller wurde als Generalquartiermeister (Gen. Qu.) am 30. 9. 1940 von seinem bisherigen Stabschef Oberst Eduard Wagner abgelöst. Vgl. O. Eckstein, Die Tätigkeit des Generalquartiermeisters Eduard Wagner. In: Der Generalquartiermeister. Hrsg. v. Elisabeth Wagner, München-Wien 1965, S. 275.

⁸³ E. Koßmann, Das Arbeitsgebiet der Gruppe Qu 2, ebd., S. 307.

⁸⁴ Vgl. Jodl-Tagebuch, Eintragung vom 31. 10. 1939.

⁸⁵ Vgl. M. Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945. Stuttgart 1961, S. 26 ff. und H. Krausnick, Hitler und die Morde in Polen, in: VJHZG, 8. Jg. 1960. Grundlegend außerdem: W. Baum, Vollziehende Gewalt und Kriegsverwaltung im „Dritten Reich“, in: Wehrwiss. Rundschau 6, 1956, S. 475–496.

wurden. Die Eintragungen im Kriegstagebuch des Oberquartiermeisters der Heeresgruppe B, General Hellmich, gaben den Inhalt der dabei vereinbarten Zielsetzungen wider:

„Es soll unter allen Umständen die militärische Autorität in jeder Weise auch auf dem Verwaltungs- und Wirtschaftsgebiet gewahrt werden, um zu verhindern, daß irgendwelche zivile und Parteistellen ihre eigenen Wünsche und Absichten durch Einrichtung besonderer Organisationen zur Geltung bringen können. Die Bevölkerung der zu besetzenden Gebiete soll zur Überzeugung gelangen, daß die Besetzung aus einer militärischen Zwangslage heraus erfolgt, daß das Land treuhänderisch verwaltet wird und keinerlei Annexionsabsicht besteht“⁸⁶.

Wenige Tage später waren bereits die ersten „Richtlinien“ für das Verhalten der deutschen Truppen in Belgien und in den Niederlanden ausgearbeitet. Eine diesbezügliche Vortragsnotiz vom 24. 10. 1939 betonte⁸⁷, daß die Haager Landkriegsordnung „genau beachtet“ werden müsse und alle Kampfhandlungen ausschließlich gegen die Wehrmacht der betreffenden Länder zu richten seien. Die Bevölkerung sollte geschont, Repressalien verboten und von der Festnahme von Geiseln nur im „unbedingt notwendigen Umfang“ Gebrauch gemacht werden. Die ausländischen Staatsoberhäupter sollten nicht ihrer persönlichen Freiheit beraubt, gegebenenfalls jedoch durch eine Ehrenkompanie bewacht werden. Die gleiche Behandlung war auch für den in Doorn im Exil lebenden ehemaligen deutschen Kaiser Wilhelm II. vorgesehen⁸⁸. Als Grundsatz war ferner festgehalten: die Militärverwaltung müsse möglichst vermeiden, selbst in „das öffentliche Leben einzugreifen“, sondern solle versuchen, die einheimischen Behörden weiter amtieren zu lassen und nur dann deutsche Aufsichtsorgane einzusetzen, wenn die Lage es erfordere.

Diesen Grundsätzen entsprechend, und um einem „Hinübergreifen der heimischen (deutschen) Zivilverwaltung“ in die Angelegenheiten der westlichen Gebiete von vornherein zu begegnen, wandte sich der Stabschef des Generalquartiermeisters, Oberst Wagner, am 30. Oktober 1939 auch gegen die Errichtung „besonderer für die besetzten Gebiete bestellter CdZs (Chefs der Zivilverwaltungen im Rahmen der Militärverwaltung) nach dem Muster Posen, Westpreußen usw.“ „Schon allein der Name“ (Chef der *Zivilverwaltung*), so argumentierte er⁸⁹, sei „wenig glücklich“ und entspräche nicht den für die Westoffensive geltenden außenpolitischen Gesichtspunkten. Eine solche Lösung erwecke „unter allen Umständen den Eindruck einer Annexionsvorbereitung“. Außerdem sei eine solche CdZ-Verwaltung „doch etwas abgesetzt von der Heeresorganisation“, wodurch das Eindringen inte-

⁸⁶ KTB Nr. 1 Hgr. B (OQu). RvO, Amsterdam. CDI-Collectie Filmdoos 1. 10152–10208. Vgl. die erste Eintragung v. 19. 10. 1939.

⁸⁷ Vortragsnotiz (LIV) v. 24. 10. 1939, in: Sammelmappe „Fall Gelb“ 25001/3. RvO, Amsterdam.

⁸⁸ Vgl. dazu auch die Vortragsnotiz (LIV) v. 15. 1. 1940. Sammelmappe „Fall Gelb“ 25038. RvO, Amsterdam: „... Falls Doorn in das besetzte Gebiet fällt, muß die Frage der Behandlung des ehemaligen Kaisers entschieden werden. Hier kommt die Gestellung einer Ehrenwache in Frage.“

⁸⁹ Ebd., 25004/5. Vortragsnotiz Wagners vom 30. 10. 1939.

ressierter Persönlichkeiten und Dienststellen in die Verwaltung begünstigt und schließlich auch die vorzeitige, der Sache schädliche Ausschaltung des Heeresinflusses gefördert werden könne. Wagner schlug daher vor, eine „echte“, der klassischen Form der preußischen Besatzungsverwaltungen der Jahre 1870–73 und 1914–18 entsprechende Militärverwaltung unter dem Kommandanten der rückwärtigen Armeegebiete aufzustellen. Dem Stab des Kommandanten sollten verwaltungskundige Reserveoffiziere oder auf Kriegszeit ernannte Wehrmachtsbeamte zugeteilt werden. Als „Unterbau“ dieser Verwaltung wären Feld- und Ortskommandanturen einzusetzen, die sich als Exekutivorgane militärischer Polizeitruppen bedienen könnten. Auch die Aufsicht über die landeseigene Verwaltung sollte bei „Kontrolloffizieren“ liegen. Zu dem gegebenen Zeitpunkt sei ferner zu entscheiden, ob diejenigen besetzten Gebiete, die mehr als 50 km hinter der Front lagen, aus der Militärverwaltung der Heeresgruppe (rückwärtiges Gebiet) ausscheiden und einem besonderen Befehlshaber unterstellt werden könnten.

Aufgrund dieser Vorschläge und Richtlinien fertigte Major Koßmann am 31. Oktober 1939 eine neue Vortragsnotiz an⁹⁰, die am folgenden Tage Hitler vorgelegt wurde. Das Prinzip der „reinen Militärverwaltung“ unter Vermeidung des Anscheins jeglicher Annexionsabsichten und strikter Beachtung der Haager Landkriegsordnung war darin klar fixiert. Die Aufzeichnung unterstrich, „daß Staatshoheit und Grenzen der besetzten Länder nicht angetastet . . . , die Bevölkerung, ihr Eigentum, ihre öffentlichen Einrichtungen und ihre Wirtschaft geschont“ werden müssen. Die Militärverwaltung, die sich nur auf die „Steuerung und Lenkung der landeseigenen Verwaltungen“ zu beschränken habe, dürfe nur das zur Versorgung der eigenen Besatzungsgruppen Notwendige aus dem Land herausholen. Requisitionen sollten bar bezahlt, und Kontributionen nur vom Armeeoberbefehlshaber auferlegt werden. Die Militärverwaltung habe im übrigen die Aufgabe, Ruhe und Ordnung zu wahren, das Wirtschaftsleben in Gang zu halten und für die Sicherheit und Versorgung ihrer Truppen zu sorgen; sie solle „ihren treuhänderischen Charakter betont herausstellen“, und nur als „Wahrnehmer für eine zeitlich in der Ausübung ihrer Rechte verhinderte Regierung“⁹¹ auftreten.

Da in bezug auf die Niederlande zu dieser Zeit nur die Besetzung eines begrenzten Durchmarschgebietes im Südwesten des Landes beabsichtigt war und man davon ausging, daß der „Großteil des Landes – dabei der Sitz der Regierung –“ durch die Besetzung nicht berührt würde, sah die Koßmann-Aufzeichnung für die Niederlande eine Beschränkung der Militärverwaltung auf „die Überwachung, abwehrmäßige Abgrenzung und Sicherung des besetzten Teiles“ vor, während die „Regierungshoheit“ der niederländischen Regierung auch im besetzten Teil anerkannt bleiben sollte, sofern sie sich mit der Besetzung „abfinden“ würde. Da jedoch diese Anerkennung als nicht wahrscheinlich angesehen wurde, sah das OKH als Alter-

⁹⁰ OKW KTB I, S. 952–954.

⁹¹ RvO, Amsterdam. Notities voor het geschiedwerk. Nr. 91: A.E. Cohen, Het ontstaan van het duitse Rijkscommissariaat voor Nederland, S. 2.

native die „verwaltungsmäßige Abtrennung des Gebietes vom übrigen Holland“, vor.

Erstaunlicherweise erklärte sich Hitler mit diesen, ihm am 1. November 1939 vorgelegten Vorschlägen vom OKH einverstanden. Jedenfalls äußerte er keinen Widerspruch. Er behielt sich lediglich vor, den Aufruf, den der ObdH als Inhaber der vollziehenden Gewalt am Tage des Einmarsches erlassen wollte, und die politische Begründung und Zielsetzung des Feldzuges zu gegebener Zeit „persönlich“ zu diktieren⁹².

Mochte diese Willfähigkeit Hitlers auch taktisch bedingt sein, in einer Zeit als er das „Mitziehen“ des OKH bei den Vorbereitungen der Westoffensive dringend brauchte, so hatte dadurch doch nichtsdestoweniger die Führung des Heeres die Handhabe, um entsprechend den aufgestellten Richtlinien mit ihren Vorbereitungen fortzufahren. Auch in den zu dieser Zeit von Generaloberst von Brauchitsch unterzeichneten ersten „Sonderbestimmungen für die Verwaltung und Befriedung der besetzten Gebiete Hollands, Belgiens und Luxemburgs“⁹³ wurde klar an dem Grundgedanken festgehalten, daß die Verwaltung in den westlichen Gebieten „rein militärisch“ und „treuhänderisch“ zu führen und die Art der Verwaltung in dem besetzten niederländischen Südostzipfel von der Haltung der niederländischen Regierung abhängig zu machen sei. Ein Beiblatt dieser Sonderbestimmungen enthielt nähere Richtlinien für den Aufbau der Militärverwaltung. Sie sahen vor, daß nach dem Willen Hitlers „aus Gründen der außenpolitischen Wirkung und der Geheimhaltung bei den Vorarbeiten“ eine reine Militärverwaltung ohne den Einsatz von CdZ's vorzubereiten sei. In den rückwärtigen Armeegebieten sollten zunächst die Armeekommandos „nach vorwiegend militärischen Erfordernissen“ ihre Orts- und Feldkommandanturen einsetzen, bis auf besonderen Befehl des Generalquartiermeisters die Übernahme eines Teils des rückwärtigen Armeegebietes in die Verwaltung der Heeresgruppe erfolgen würde. Dem Heeresgruppenkommando, das für den planmäßigen Aufbau der Militärverwaltung zuständig sei, bleibe es überlassen, bei größerer Ausdehnung des Verwaltungsraumes Oberfeldkommandanturen einzusetzen und über den Einsatz der fachkundigen Kräfte in die Feld- und Ortskommandanturen zu verfügen.

Bereits Anfang November 1939 nahm die Heeresgruppe B mit Billigung des OKH Kontakt zu dem Kölner Regierungspräsidenten Eggbert Reeder auf, der als Chef des Militärverwaltungsstabes in Aussicht genommen wurde. Auch bei diesen Bespre-

⁹² Nach den Randbemerkungen General Keitels. RvO, Amsterdam. Sammelmappe „Fall Gelb“. 25009-13. Der Koßmann-Aufzeichnung war auch bereits der Entwurf einer Proklamation an die Bevölkerung Limburgs und Brabants beigefügt, in dem es hieß, daß die deutschen Truppen nicht als Feinde der Niederländer kommen würden, sondern in „Abwehr des drohenden Angriffes“ gezwungen seien, „einen kleinen Teil des niederländischen Staatsgebietes zu durchschreiten . . . Je rascher und reibungsloser sich die Bewegungen der deutschen Truppen vollziehen, um so früher werden die niederländischen Gebietsteile von deutschen Truppen wieder geräumt werden können“. Ebd. 25016/7.

⁹³ PS-2329. Beilage 6 zu Anlage 5 zu ObdH-GenStdH-Op. Abt.-Nr. 44 440/39 gKdos. v. 29. 10. 1939. Vgl. auch RvO, Amsterdam. CDI-Collectie 120. 16543-52.

chungen wurde noch einmal „scharf . . . die Notwendigkeit herausgestellt, die Verwaltung streng militärisch aufzuziehen, um jeden Einbruch aus dem Reich zu vermeiden“⁹⁴. Einen weiteren Schritt der sehr sorgfältigen Vorbereitungen des Heeresgruppenkommandos stellte die am 5. November 1939 gebildete „Studienkommission“ dar, die „unter strenger Tarnung“⁹⁵ die ersten Ausführungsbestimmungen ausarbeiten sollte. In dieser Kommission, die ihren Sitz in Köln hatte, waren neben Reeder, dessen Stellvertreter von Kraushaar und dem Verbindungsoffizier zwischen der Abteilung Wirtschaft/Rüstung des OKW und der Heeresgruppe B, Oberst Nagel, zwei „alte Verwaltungsbeamte“ vertreten, die schon während des 1. Weltkrieges in der Militärverwaltung in Belgien tätig gewesen waren und aufgrund ihrer damaligen „Erfahrungen“ wertvolle Beiträge zu den ersten Anordnungen des Generalquartiermeisters lieferten.

Infolge des nach der ersten Verschiebung der Westoffensive gefaßten Planes, die Besetzung der Niederlande bis zur Grebbe-Maas-Linie auszudehnen, wurden auch die Vorarbeiten für die Einsetzung der Militärverwaltung entsprechend ausgedehnt⁹⁶. Am 19. November 1939, vier Tage nach der Holland-Weisung, unterzeichnete der Chef des Generalstabes, General Halder, nach einem Vortrag des Generalquartiermeisters und dessen Stabschefs⁹⁷ die zweiten „Sonderbestimmungen für die Verwaltung und Befriedung der besetzten Gebiete Belgiens, Hollands und Luxemburgs“⁹⁸, die auch Einzelheiten des Aufbaus und der Geschäftsverteilung der Militärverwaltung präzisierten.

Danach sollte die von der Heeresgruppe auszuübende Militärverwaltung sich der Exekutive der ihr unterstellten Geheimen Feldpolizei (GFP) bedienen, aber auf den Einsatz „besonderer Kräfte der Sipo“ verzichten. Gleichzeitig wurden dem Heeresgruppenkommando Intendanturbeamte zugewiesen, die für die Versorgung der Truppe aus dem besetzten Gebiet verantwortlich sein sollten. Zum Chef des für die Besatzungsverwaltung dem Oberquartiermeister des Heeresgruppenkommandos bei der Heeresgruppe B⁹⁹ zugeteilten und unterstellten Militärverwaltungsstabes wurde Reeder bestimmt, dem alle Angehörigen des Militärverwaltungsstabes in fachlicher Hinsicht unterstanden, während ihm „disziplinar“ nur die Wehrmachtsbeamten (nicht die Offiziere) unterstellt waren.

Der Militärverwaltungsstab gliederte sich in zwei Abteilungen: eine Verwaltungsabteilung, deren Leiter gleichzeitig Vertreter des Militärverwaltungsstabs war, und

⁹⁴ KTB I Hgr. B (OQu) v. Anfang November 1939. 10159.

⁹⁵ Ebd., v. 5. 11. 1939.

⁹⁶ Vgl. Halder KTB I, v. 15. 11. 1939.

⁹⁷ Ebd., v. 19. 11. 1939.

⁹⁸ RvO, Amsterdam. CDI-Collectie 120. OKH Genst. H. Gen. Qu. Az. (IB) Qu2. Nr. 47/39 gKdos. Chfs. v. 19. 11. 1939 – Vgl. auch KTB I Hgr. B. (OQu) v. 19. 11. 1939. Nachdem die OQu der Armeen bereits am 10. 11. 1939 vom OQu der Hgr. „in großen Zügen“ über die Einsetzung der MV unterrichtet worden waren, erhielten sie erst mit dieser Anordnung schriftlich davon Kenntnis.

⁹⁹ Zum Chef des MVSt bei der Hgr. A wurde Ministerialdirektor Turner bestimmt. Vgl. Halder KTB I, v. 27. 11. 1939.

eine Wirtschaftsabteilung, die für die „Inganghaltung des Wirtschaftslebens“ und für die „Ausnutzung der gewerblichen Wirtschaft zur Stärkung der deutschen Kriegswirtschaft“ zuständig sein sollte. Dem Militärverwaltungsstab beim Heeresgruppenkommando entsprachen bei den „nachgeordneten Dienststellen“ der Oberfeldkommandanturen bzw. Feld- und Ortskommandanturen besondere Militärverwaltungsabteilungen bzw. -Gruppen.

Aufgrund dieser Sonderbestimmungen Halders wurden den Heeresgruppenkommandos und den Armeeoberkommandos von dem mit der zentralen Leitung beauftragten Oberquartiermeister der Heeresgruppe B zusätzliche Fachkräfte für die Vorbereitungen der Militärverwaltungen zur Verfügung gestellt¹⁰⁰, und schon Anfang Dezember 1939 konnten die Oberfeldkommandanturen in ihre Arbeit eingewiesen werden¹⁰¹. Kurz vor Weihnachten sandte die „Studienkommission“, der auch ein Vertreter der Heeresgruppe A beigetreten war, ausgearbeitete Richtlinien und erste Verordnungsentwürfe an das OKH. „Scharfe Auseinandersetzungen“, zu denen es gegen Jahresende zwischen dem Generalquartiermeister und General Hellmich wegen der schleppenden, bürokratischen Bearbeitung der „genauen Vorschläge“ der Heeresgruppe durch das OKH kam¹⁰², waren offenbar nur vorübergehender Natur.

Jedenfalls liefen die Vorarbeiten bei der Heeresgruppe B zügig weiter. Am 6. Januar 1940 wurde unter Leitung des Reichsintendanten des Deutschen Rundfunks, Rittmeister Dr. Glasmeyer, eine Nachrichtensammelstelle beim Heereskommando gebildet¹⁰³, die die Oberfeldkommandanturen mit „Nachrichten“ und „Material“ über die Bevölkerung des besetzten Gebietes, ihre „Eigenarten“ und die wirtschaftliche und politische Lage zu versorgen hatte. Drei Tage später (8. 1. 40) trafen sich nach Vorbereitungen von General Hellmich und der bereits zur Verfügung stehenden Verwaltungsbeamten und „Wirtschaftsoffiziere“¹⁰⁴ die Oberquartiermeister der Heeresgruppen mit ihren Begleitern beim Generalquartiermeister zur Durchführung eines ersten „Planspiels“, das den Oberfeldkommandanturen „die ersten praktischen Grundlagen für die Befriedung und Verwaltung der besetzten Gebiete“ vermitteln sollte¹⁰⁵. Bald darauf wurde die Errichtung einer militärischen Abwehrorganisation für die Militärverwaltung angeordnet. Mitte Januar 1940 war schließlich die „endgültige Fassung“ der Arbeitsrichtlinien für die Zuständigkeit, den

¹⁰⁰ KTB I Hgr. B (OQu) v. 25. 11. 1939, ferner Halder KTB I, v. 27. 11., 28. 11., 4. 12. und 14. 12. 1939.

¹⁰¹ KTB I Hgr. B (OQu). 10165.

¹⁰² Ebd., 10168/9. Ferner: Jodl-Tagebuch v. 2. 1. 1940: „Hgr. B hat genaue Vorschläge für Verw. des bes. Gebietes gemacht und erhält v. OKH keine Antwort.“

¹⁰³ KTB I Hgr. B (OQu) v. 6. 1. 1940.

¹⁰⁴ Diese „Wirtschaftsoffiziere“ waren als Verbindungsoffiziere der Wirtschaftsabt. den AOKs zugeteilt worden. Vgl. Halder „Sonderbestimmungen“ v. 19. 11. 1939, und R. Koßmann, Das Arbeitsgebiet der Gruppe Qu 2, a. a. O., S. 307f.

¹⁰⁵ KTB I Hgr. B (OQu) v. 3. 1. 1940. Vgl. außerdem Tagebucheintragung Wagners v. 8. 1. 1940, in: E. Wagner, Der Generalquartiermeister, a. a. O., S. 153, und Halder KTB I v. 8. 1. 1940 sowie H. A. Jacobsen, Fall Gelb, a. a. O., S. 107.

Aufbau und die Geschäftseinteilung der Militärverwaltung vom Generalquartiermeister ausgearbeitet und vom Oberbefehlshaber des Heeres unterzeichnet. Sie fanden ihren Niederschlag in der „Sammelmappe Militärverwaltung“¹⁰⁶, die am 16. Januar den Heeresgruppen zugestellt wurde.

Damit hatte die erste Phase der Vorbereitungen für die Einsetzung von Militärverwaltungen in den zu besetzenden westlichen Gebieten ihren Abschluß gefunden¹⁰⁷. In der deutschen Heeresgeschichte ist wohl kaum eine Kriegsverwaltung sorgfältiger und intensiver vorbereitet worden. In knapp drei Monaten hatte das OKH eine Militärverwaltung entworfen, die „von der Spitze bis zu den untersten Kommandanturen“ jeweils neben dem militärischen Kommandostab einen Verwaltungsstab aufwies, der mit fachkundigen, durch „Planspiele“ sorgfältig auf ihren Einsatz vorbereiteten Kriegsverwaltungsbeamten besetzt war¹⁰⁸. Diese Besatzungsverwaltung, deren Zuständigkeit und Befehlsgewalt eindeutig geregelt waren, konnte im Gegensatz zu den operativen Planungen für die Westoffensive ohne fortwährendes persönliches Eingreifen Hitlers aufgebaut werden. Durch wiederholte Proteste und Vorsprachen beim OKW und bei Hitler war das OKH frühzeitig bemüht, jedes Hineinregieren der Partei-, SS- und Reichsbehörden zu vermeiden. Daß solche Befürchtungen nach den Erfahrungen in Polen nicht unbegründet waren, hatte sich bereits im Dezember 1939 gezeigt, als die Heeresgruppe B erfuhr, daß auch „Zivil- und Parteistäbe mit der Frage der Verwaltung fremder Gebiete“ beschäftigt seien¹⁰⁹. Dies aber hatte die maßgeblichen Stellen des Heeres um so mehr veranlaßt, ihre Vorbereitungen zur Errichtung einer Militärverwaltung unter strenger Geheimhaltung so schnell wie möglich voranzutreiben.

Auf Wunsch des OKH untersagte Hitler durch den Erlaß vom 29. Januar 1940¹¹⁰ „allen Dienststellen der Wehrmacht, sich ohne eine ausdrückliche Weisung mit Vorbereitungsarbeiten für die militärische Operation oder für die Besetzung außer-

¹⁰⁶ RvO, Amsterdam. CDI-Collectie 109. OKH GenStdH. GenQu. Nr. 800/40 gh.

¹⁰⁷ KTB I Hgr. B (OQu) 10174.

¹⁰⁸ R. Koßmann, Das Arbeitsgebiet der Gruppe Qu 2, a. a. O., S. 307.

¹⁰⁹ KTB I Hgr. B (OQu) 10165. Ferner: Halder KTB I, v. 21. 12. 1939: „Telegramme Hgr. B über Himmlers Vorhaben für Belgien“. Vgl. auch Eintragung v. 2. und 7. 1. 1940. Der Reichsführer-SS scheint Vorbereitungen für den Einsatz von SS-Kommandos und Polizeibataillonen getroffen und einzelne Personen für besondere Posten (Polizeipräsidenten) bestimmt zu haben. So in der Vortragsnotiz v. 20. 1. 1940 über die Vorbereitung ziviler Stellen für die Offensive. NG-5347. Vgl. dazu auch den Entwurf einer Vortragsnotiz (LIV) v. 15. 1. 1940, in der es u. a. heißt: „... daß bei einer länger dauernden Besetzung Belgiens neue Richtlinien für die Flamenfrage nötig seien, da sich Stellen der Partei und SS, auch Abwehr II, mit dieser Frage schon eingehend beschäftigt haben und wahrscheinlich auf Aktivierung ihrer Gedanken drängen werden.“ Im Januar 1940 plante das Reichsfinanzministerium die Aufstellung von Devisenfahndungskolonnen. Da das OKW fürchtete, daß aus „früheren Erfahrungen“ dadurch der Eindruck entstünde, daß „eine Besetzung von Ländern“ bevorstehe, wurde das Ministerium angewiesen, „nichts weiter in dieser Angelegenheit zu unternehmen“. NG-5347. Vermerk über Rücksprache mit Min.Rat v. Dietz v. 17. 1. 1940.

¹¹⁰ NG-5347, S. 15.

deutscher Gebiete zu befassen“. Sofern die Einschaltung anderer Dienststellen unbedingt erforderlich sei, wollte Hitler über das OKW „scharf umrissene Aufträge hierzu erteilen“ und sich die betreffenden Beamten „persönlich kommen lassen“. Dadurch sollte nicht nur ein Hineinregieren einzelner Reichsministerien, Partei- und SS-Behörden verhindert, sondern auch der Kreis der beteiligten Personen auf das äußerste beschränkt werden, so daß die letzten Vorbereitungen für die Westoffensive und für die Einsetzung der Militärverwaltungen nach der peinlichen Affäre von Mechelen unter strengster Geheimhaltung vorangetrieben werden konnten.

Am 22. Februar 1940 wurde die dritte und letzte Fassung der „Sonderbestimmungen für die Verwaltung und Befriedung der besetzten Gebiete Hollands und Belgiens“¹¹¹ herausgegeben. Neben den bereits bekannten Richtlinien für den Aufbau der Militärverwaltung enthielten sie den Text der Verordnungen und Bekanntmachungen, die am Tage des Einmarsches der Bevölkerung im besetzten Gebiet verkündet werden sollten. Wie stark im OKH die Furcht vor einer Wiederholung der „polnischen Vorgänge“ war, zeigen die Anordnungen für das Verhalten der deutschen Truppen. Hierzu hieß es im 2. Abschnitt der Sonderbestimmungen:

„Ein Aufrollen der Rassenfrage ist zu unterlassen, weil daraus auf Annexionsabsicht geschlossen werden könnte. Allein auf den Umstand hin, daß ein Landesbewohner Jude ist, dürfen Sondermaßnahmen gegen ihn nicht getroffen werden. Das gleiche gilt auch für Freimaurer. In Volkstumsfragen sind Sondermaßnahmen verboten. Richtlinien, die auf besondere Fälle zugeschnitten sind, gehen noch zu.“

Ausdrücklich war nochmals die Absicht betont, die Bevölkerung „unbehelligt“ zu lassen, sofern sie eine „friedfertige“ Haltung bewahre. Es gelte ihr Schicksal zu erleichtern und ihr kulturelles und religiöses Leben möglichst nicht einzuschränken. Die Militärverwaltung solle sich auf die Steuerung und Überwachung der landeseigenen Verwaltung beschränken und einen „Treueid“ oder eine „Loyalitätserklärung“ von den Beamten nicht verlangen. Lediglich die Rundfunkanstalten sollten in „deutsche Hände“ kommen, dagegen die Zeitungen „ohne Vorzensur“ erscheinen. Nur im Falle von „Widerstand“ oder einer „unsicheren Haltung“ der Bevölkerung seien Geiseln aus solchen Bevölkerungsschichten festzunehmen, „von denen eine feindselige Haltung zu erwarten“ sei.

Vier Wochen nach diesen letzten Sonderbestimmungen war die Ausbildung der den Oberfeldkommandanturen unterstellten Kommandanturen und Verbände „sowohl theoretisch wie auch praktisch“¹¹² abgeschlossen. In zwei weiteren Planspielen¹¹³ hatte der Oberquartiermeister der Heeresgruppe B seine Kriegsverwaltungsbeamten sorgfältig auf ihre Arbeit vorbereitet, so daß sie Ende März 1940 „einsatzbereit“ waren. Die Frage nach der Einsetzung eines besonderen Militär-

¹¹¹ RvO, Amsterdam. CDI-Collectie 115. AOK 6. OQu/Qu2 Nr. 032/40f. Beigefügt waren: Der Aufruf des ObdH an die Bevölkerung, VO über den Waffenbesitz, über die Einführung des deutschen Strafrechts und strafrechtliche Bestimmungen, über die Abgabe und den Bezug von Lebensmitteln und Gebrauchsmitteln.

¹¹² KTB I Hgr. B (OQu). 10183.

¹¹³ Ebd., v. 15. 2. und 21. 3. 1940.

befehlshabers in den Niederlanden, dem nach der militärischen Eroberung die Militärverwaltung unterstellt werden sollte, wurde einen Tag nach dem deutschen Einmarsch in Norwegen von der Heeresgruppe angeschnitten. Auf einen diesbezüglichen Brief des Heeresgruppenkommandos teilte am 16. April 1940 Generaloberst von Brauchitsch mit: „Die Form, unter der die Wahrung der militärischen Hoheitsrechte und die Überwachung der Verwaltung erfolgen muß, ist abhängig von der Haltung der holländischen Regierung. Erfolgt die Besetzung Hollands im Kampf, so kann die vom Heeresgruppenkommando in Aussicht genommene Regelung zweckmäßig“ erscheinen¹¹⁴.

Am Vorabend der Westoffensive, am 9. Mai 1940, unterschrieb Hitler den „Erlaß über die Verwaltung der besetzten Gebiete Frankreichs, Luxemburgs, Belgiens und Hollands“¹¹⁵ und übertrug dem Oberbefehlshaber des Heeres die „vollziehende Gewalt“ im Operationsgebiet. Generaloberst von Brauchitsch konnte nun die vorgesehenen Militärverwaltungen einsetzen, die „vollziehende Gewalt“ den Oberbefehlshabern der Heeresgruppen übertragen und die Durchführung der Militärverwaltung den „hierfür ausgestatteten militärischen Dienststellen“ des OKH überlassen. „Die Handhabung der Militärverwaltung“, so hieß es im Art. 3, „hat so zu erfolgen, daß der Eindruck einer beabsichtigten Annexion der besetzten Gebiete nicht entsteht. Die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung sind zu achten. Die Bevölkerung ist zu schonen, das Wirtschaftsleben in Gang zu halten“. Mit „voller Schärfe“ sollten jedoch alle „feindseligen Handlungen . . . Freischärlerei, Sabotage, passiver Widerstand, politisch-demonstrative Arbeitsniederlegungen“ unterdrückt werden. Besondere Bedeutung im Hinblick auf Befürchtungen des OKH vor konkurrierenden „zivilen“ Einflüssen aus dem Reich kam der Bestimmung zu, daß mit Beginn des Einmarsches die Grenze zwischen Deutschland und den westlichen Ländern für den „nicht-militärischen Personen- und Warenverkehr“ zu sperren sei und diese Grenzsperrung sich auch „auf leitende Persönlichkeiten und Beauftragte der Obersten Reichsbehörden und der Dienststellen der Partei“ zu erstrecken habe¹¹⁶. Grundsätzliche Anträge dieser Stellen auf Einreisegenehmigung mußten über das OKW geleitet werden.

Unmittelbar nachdem Hitler diesen grundlegenden Erlaß unterzeichnet hatte, gab der Generalquartiermeister die seit Oktober 1939 sorgfältig vorbereiteten Maßnahmen für die Einsetzung der reinen Militärverwaltungen frei.

¹¹⁴ Ebd., 10186–10188.

¹¹⁵ ADAP D IX, Nr. 213, S. 244. Dieser Erlaß war bereits im November 1939 angefertigt worden. Mit einem Federhalter wurde „ . . . November 1939“ durchgestrichen und das Datum 9. Mai 1940 eingesetzt. Vgl. RvO, Amsterdam. Sammelmappe „Fall Gelb“ 25055. Hitlers Erlaß v. 9. 5. 1940 (Fotokopie).

¹¹⁶ RvO, Amsterdam. Sammelmappe „Fall Gelb“ OKH GenSt.H. OQu IB/Qu 2. Nr. 099/40 g.Kdos. Chefs. v. 4. 4. 1940.

II. DIE KURZE FRIST DER MILITÄRVERWALTUNG UND DIE ERNENNUNG DES REICHSKOMMISSARS

A. Der Sechs-Tage-Krieg und die ersten Wochen der Besetzung

In den frühen Morgenstunden des 10. Mai 1940 begann der deutsche „Westfeldzug“ aus dem Hitler das Bewußsein ableiten sollte, daß er der „größte Feldherr aller Zeiten“ sei. Die Niederlande waren von dem Angriff zwar nicht gänzlich überrascht, aber doch militärisch wie psychologisch denkbar unvorbereitet in diesen Krieg hineingezogen worden. Die völlig unzureichende Ausrüstung der niederländischen Armee, ihre mangelnde Kampferprobung und die Vernachlässigung ihrer Verteidigungsanlagen trugen zu dem raschen militärischen Erfolg der deutschen Truppen bei. Verheerend waren aber vor allem die psychologischen Folgen dieses Zusammenbruchs. Nach über einem Jahrhundert ungebrochener Friedenszeit war die niederländische Bevölkerung trotz aller bedrohlichen Anzeichen kaum imstande gewesen, sich realistisch auf die Möglichkeit einer fremden Herrschaft einzustellen. Man hatte im Grunde an den Erfolg der bewährten Neutralitätspolitik und an eine Wiederholung des „Wunders von 1914“ geglaubt.

Von der niederländischen Regierung und dem Generalstab waren seit dem September 1939 in Eile einzelne Vorkehrungen getroffen worden, um einer etwaigen deutschen Invasion zu begegnen, aber bereits die ersten Kriegsstunden¹ brachten die „ohnehin prekäre Verteidigungskonzeption“ der Niederlande ins Wanken². Hatte man im niederländischen Generalstab gehofft, die stark befestigte Grebbe-Linie halten zu können, oder zumindest die niederländischen Truppen hinter die holländische Wasserlinie zurückziehen und sich dort verteidigen zu können, bis die Alliierten zu Hilfe kommen würden, so warf die unerwartete Landung deutscher Fallschirm- und Luftlandetruppen in der Nähe der Brücken von Moerdijk und Dordrecht und der Flugplätze um Rotterdam und Den Haag diese strategischen Planungen völlig über den Haufen.

Bereits am ersten Tag mußten die gesamten niederländischen Reserven in den Kampf geworfen und Truppen von der Grebbe-Linie abgezogen werden. Während die beiden Flugplätze Ypenburg und Ockenburg bei Den Haag nach erbitterten Kämpfen von den Niederländern zurückerobert wurden, konnten sich die Deutschen

¹ Zum Kriegsverlauf vgl. Beknopt overzicht van de krijgsverrichtingen der Koninklijke Landmacht 10–19 Mei 1940. Leyden 1947. Grundlegend: De strijd op Nederlands grondgebied tijdens de Wereldoorlog II. Hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Abt. des niederländischen Generalstabes. Den Haag 1952–. P. L. G. Doorman, Military Operations in the Netherlands from 10th–17th May 1940. London 1944. L. F. Ellis, The War in France and Flanders. London 1953. L. J. Hartog, En morgen de hele wereld. Amsterdam 1960. Dt. Ausg.: Und morgen die ganze Welt. Gütersloh 1961. D. A. v. Hilten, Van capitulatie tot capitulatie. Leiden 1949. J. J. C. P. Wilson, Vijf oorlogsdagen en hun twintigjarige voorgeschiedenis. Assen 1960.

² L. de Jong, Die Niederlande im Zweiten Weltkrieg, a. a. O., S. 6.

auf dem Flughafen Valkenburg behaupten, dessen Landebahn allerdings nicht mehr zu benutzen war. Von besonderer strategischer Bedeutung war die Tatsache, daß der Flughafen Waalhaven und ganz Rotterdam südlich der Maas schnell in die Hände deutscher Truppen kamen, und alle Versuche der Niederländer, von Osten her in Richtung auf Valkenburg vorzurücken, abgeschlagen wurden. Auch aus den übrigen Teilen des Landes trafen alarmierende Nachrichten ein. Im Norden und Osten wichen die Grenzbataillone dem Ansturm der weitaus besser ausgerüsteten deutschen Truppen aus. Im Süden brach die Verteidigungslinie (Peellinie) zusammen. Deutsche Soldaten und in Deutschland wohnende niederländische Nationalsozialisten hatten, in niederländische Uniformen gekleidet³, einige wichtige, über die Maas und den Maas-Waal-Kanal führende Brücken mit List im Handstreich genommen, so daß zum weiteren deutschen Vormarsch sofort schnelle Panzerverbände eingesetzt werden konnten. Am Abend des 12. Mai waren diese bereits bis Moerdijk vorgestoßen, die Verbindung mit den eingeschlossenen Luftlande- und Fallschirmtruppen war hergestellt. Inzwischen hatten auch die sich verzweifelt wehrenden niederländischen Truppen an der Grebbe-Linie den Kampf aufgegeben. Unter schweren Verlusten zogen sie sich fluchtartig in Richtung auf die holländische Wasserlinie zurück.

Als sich die militärische Niederlage abzeichnete, riet der niederländische Oberbefehlshaber General Winkelman in der Nacht vom 12. zum 13. Mai 1940 Königin Wilhelmina, das Land zu verlassen. Am Morgen des 13. Mai 1940 begab sich die Königin⁴ nach Hoek van Holland, um mit einem englischen Zerstörer nach London auszuweichen, fest entschlossen, den Kampf von dort aus mit alliierter Hilfe fortzusetzen und den Bestand des außereuropäischen Staatsgebietes zu verteidigen. Wenige Stunden später folgte ihr das Kabinett⁵. Die abreisenden Minister überließen es den Generalsekretären, die weitere Leitung der Ministerien nach eigenem Ermessen zu übernehmen. Und die beiden letzten noch zurückgebliebenen Minister Steenberghe (Handel-Industrie und Schiffahrt) und van Rhijn (Landwirtschaft und Fischerei) übertrugen General Winkelman im Namen der Königin die oberste Regierungsgewalt in den besetzten niederländischen Gebieten⁶. Unmittelbar darauf verließen auch Steenberghe und van Rhijn Den Haag in Richtung Hoek van Holland und fuhren mit demselben Zerstörer, der bereits Königin und Kabinett an Bord hatte, ins Exil nach London.

Der Oberbefehlshaber hatte auch die Vollmacht erhalten, zu kapitulieren, falls er zu der Überzeugung gelangen sollte, daß eine Fortsetzung des Kampfes sinnlos sei. Nachdem am nächsten Tag die deutsche Luftwaffe ihren verhängnisvollen An-

³ Vgl. dazu L. de Jong, Die deutsche fünfte Kolonne, a. a. O., S. 179.

⁴ Enquêtecommissie IIA, S. 86 f. Het vertrek van H.M. de Koningin en het Prinselijk gezin. Die niederländische Thronfolgerin, Prinzessin Juliana, hatte sich bereits am 12. Mai 1940 nach England begeben.

⁵ Enquêtecommissie IIA, S. 97 f. Het vertrek van het Kabinet. Außenminister van Kleffens und Kolonialminister Welter waren bereits am Morgen des 10. Mai 1940 nach London geflohen. Vgl. dazu ebd., S. 68 f.

⁶ Ebd., S. 111–120 und S. 142. Vgl. S. 71 dieser Arbeit.

griff auf Rotterdam⁷ geflogen hatte, und der Stadt Utrecht das gleiche Schicksal angedroht worden war, falls ihr Kommandant nicht sofort kapituliere, entschloß sich General Winkelman, an allen Fronten, mit Ausnahme von Seeland, den ungleichen Kampf einzustellen. Am 15. Mai 1940 unterzeichneten Winkelman und der Oberbefehlshaber der deutschen 18. Armee, General Kuchler, in Rijsoord den deutsch-niederländischen Waffenstillstandsvertrag⁸.

Besonders für die niederländische Bevölkerung im dichtbesiedelten Westen des Landes wurden die Kriegstage zu einem schweren Schock⁹. Nicht allein das Gefühl der Ohnmacht gegenüber dem plötzlich über sie hereinbrechenden Unheil, auch das überraschende Auftauchen des Feindes im rückwärtigen Gebiet verursachten hier äußerste Verwirrung und Panik. Man hatte das Gefühl von einem unsichtbaren Feind im Innern dem äußeren Gegner ausgeliefert zu werden. Es kam infolgedessen in den „Maitagen“ zu wilden Gerüchten und Denunziationen. Man sprach von vergiftetem Trinkwasser, vergifteter Schokolade, vergifteten Zigaretten oder Fleischwaren, von deutschen Fallschirmjägern, die in der Kleidung von niederländischen Polizisten, Bauern, Postboten oder Priestern, ja selbst in der Kleidung von Nonnen abgesprungen wären und sich im Lande aufhielten. Es kam zu Massenverhaftungen von einheimischen Nationalsozialisten und verdächtigen Reichsdeutschen, hinter denen man die „Verräter“ vermutete, überall witterte man die deutsche „fünfte Kolonne“¹⁰. Das Gefühl, von den Westmächten im Stich gelassen worden zu sein, und vor allem die unerwartete „Flucht“ der Königin und des Kabinetts, vertieften die allgemeine Nervosität und riefen in weiten Kreisen der Bevölkerung Empörung, Verbitterung oder Resignation hervor¹¹. Bereits eine halbe Stunde nach der Rundfunkansprache General Winkelmans¹², die der Bevölkerung am Abend des 14. Mai die bevorstehende Kapitulation der Armee bekannt gab, wurde in Amsterdam nazi-feindliche Literatur verbrannt¹³. Und aus Furcht, von der Gestapo verhaftet und deportiert zu werden, nahmen sich an diesem Tag 150 jüdische Bürger das Leben¹⁴.

⁷ Zur Kontroverse über den Luftangriff von Rotterdam vgl. H. A. Jacobsen, Der deutsche Luftangriff auf Rotterdam, in: Wehrwiss. Rundschau 1955, und L. J. Hartog, Het bombardement van Rotterdam op 14 Mei 1940, in: De Gids 1959. Grundlegend: Enquêtecommissie IA, S. 134f. De verdediging van Rotterdam.

⁸ Dokumente zum Westfeldzug 1940, S. 304f.

⁹ L. de Jong, Die Niederlande im Zweiten Weltkrieg, a. a. O., S. 6.

¹⁰ Vgl. dazu die grundlegende kritische Studie L. de Jongs über die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg.

¹¹ RvO, Amsterdam. FOSD 1457. 337401. Telegramm v. Etdorf an das A. A. v. 21. 5. 1940. 109. 114900. Telegramm des Gesandten Aschmann an das A. A. v. 17. 5. 1940. 2314. 484876. Brief Likus an das A. A. v. 22. 5. 1940. Ebd., 484881. Brief Wickels an das A. A. v. 18. 6. 1940 und 173. 84320. Telegramm Aschmanns an das A. A. v. 18. 5. 1940. Vgl. zu den „Maitagen“ auch D. H. Couvee, De Meidagen van '40. Den Haag 1960 und L. de Jong, De BezettingI, a. a. O., S. 38f.

¹² Enquêtecommissie IIB, S. 174.

¹³ B. A. Sijes, De Februari-Staking 25–26 Februari 1941, 's Gravenhage 1954, S. 2.

¹⁴ J. Presser, Ondergang. De vervolging en verdelging van het nederlandse jodendom 1940–1945. Bd. I, 's Gravenhage 1965, S. 14.

Während des Sechs-Tage-„Blitzkrieges“ waren 2890 niederländische Soldaten gefallen und 6889 verwundet worden¹⁵. Die Zivilbevölkerung hatte infolge von Bombenangriffen und Beschießungen 2500 Tote zu beklagen¹⁶. Allein 900 Menschen starben in Rotterdam, als diese Stadt am frühen Nachmittag des 14. Mai eine halbe Stunde lang bombardiert und dabei das Stadtzentrum infolge der sich schnell ausbreitenden Brände fast völlig zerstört wurde.

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen verliefen die Tage zunächst ganz anders, als die meisten Niederländer erwartet und befürchtet hatten. Die deutschen Militärbehörden verhalfen weder den einheimischen Nationalsozialisten zur Macht noch lösten sie die politischen Parteien oder Gewerkschaften auf. Entsprechend den vorher festgelegten Grundsätzen versicherten sie vielmehr der Bevölkerung, daß sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen beabsichtigten. Auch die Gewerkschaften würden nicht angetastet und die Sozialdemokraten wie alle anderen Niederländer behandelt werden¹⁷. Auf die Frage des Haager Bürgermeisters de Monchy, was mit den niederländischen Juden geschehen würde, antwortete am 15. Mai 1940 ein deutscher Offizier: „Für die Deutschen gibt es in den Niederlanden keine Judenfrage!“¹⁸.

Die Maßnahmen der deutschen Militärbehörden, denen freilich bald durch einen Befehl Hitlers jede politische Tätigkeit untersagt werden sollte¹⁹, beschränkten sich auf die Überwachung der niederländischen Verwaltungsbehörden, auf die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und die Wiederingangsetzung des Wirtschaftslebens. Am 17. Mai verkündeten die niederländischen Zeitungen²⁰, daß sie während der Dauer der Besetzung ohne Vorzensur erscheinen würden. „Diese entgegenkommende Haltung“, so hieß es in dem gleichlautenden Bericht der Tagespresse, „setzt natürlich eine absolut loyale Haltung von Herausgebern und Redakteuren voraus“. Zu den Maßnahmen der Militärbehörden gehörte u. a. auch die Einführung einer Genehmigungspflicht für alle Preiserhöhungen. Ferner wurden öffentliche Demonstrationen, Versammlungen, Aufmärsche und Arbeitsniederlegungen und das Abhören „feindlicher“ Rundfunksender untersagt.

Zweifellos bedeuteten auch diese Maßnahmen, obwohl sie im Einklang mit der Haager Landkriegsordnung standen und von der Bevölkerung als Folge des verlorenen Krieges respektiert wurden, eine Einschränkung der Freiheit, an die die niederländische Bevölkerung seit Jahrhunderten gewöhnt war. Aber die offenkundige Mäßigung der deutschen Militärbehörden in den Maitagen ließ doch die anfängliche Panikstimmung bald schwinden. Die Menschen gingen wieder an die Arbeit, freuten

¹⁵ Nach dem Bericht Nr. 10 v. 1. 8. 1940 über die Dienstbesprechung bei Generalkommissar Schmidt. RvO, Amsterdam. HSSPF 54 a.

¹⁶ Nach L. de Jong, *De Bezetting I*, a. a. O., S. 56.

¹⁷ W. Drees, *Een mislukte poging tot gelijkshakeling*, in: *OeV II*, a. a. O., S. 24.

¹⁸ J. Presser, *Ondergang I*, a. a. O., S. 16. Vgl. auch S. J. R. de Monchy, *Twee ambtsketens*. Arnhem 1946.

¹⁹ Schlußbericht über den Einsatz der Militärverwaltung in den Niederlanden vom 16.–29. Mai 1940. RvO, Amsterdam. CDI-Collectie 102.

²⁰ D. H. Couvee, *De Meidagen van '40*, a. a. O., S. 332 f.

sich über die schnelle Rückkehr der Kriegsgefangenen und schienen bereit, sich mit den durch die Besetzung eingetretenen Veränderungen abzufinden. Hinter der Fassade der äußerlichen „Ruhe“ schwelten jedoch Mißtrauen und Furcht weiter. Und es sproßten auch die Keime eines ersten, wenn auch sehr begrenzten Widerstandes gegen die Besatzungsmacht.

Bernard IJzerdraat, ein Gobelinrestaurateur aus Haarlem, hatte bereits am 15. Mai 1940 die sogenannte „Geuzenaktion“ ins Leben gerufen. „Wir wissen, was uns bevorsteht“, so hieß es in seinem handgeschriebenen Bericht Nr. 2 vom 18. Mai 1940²¹, „unsere Vorräte, unsere Nahrungsmittel, Kleidung, Schuhwerk . . . werden abgeholt werden. Unsere jungen Männer werden gezwungen werden, für den Eroberer irgendwo anders zu arbeiten. Wir bekommen gewiß bald einen neuen Alba mit einem Blutrut und der Inquisition (oder einen Quisling). Aber die Geuzenaktion wird uns allmählich organisieren, und einmal werden wir, genauso wie im Achtzigjährigen Krieg, unsere Freiheit wieder erringen. Mut und Vertrauen! Unser Land wird kein Teil Deutschlands werden!“

IJzerdraats Untergrund-Berichte, die bis zum August 1940 ein bis dreimal wöchentlich herausgegeben und von Hand zu Hand verteilt wurden, enthielten die Aufforderung an jeden Empfänger, den Bericht mit verstellter Handschrift mehrmals abzuschreiben und an „vertrauenswürdige“ Niederländer weiterzuleiten. Von diesem „Schneeballsystem“²² erhoffte sich die „Geuzenaktion“ eine schnelle und weite Verbreitung ihrer Informationen. Diese ersten handgeschriebenen, erst später hektografierten Untergrundblätter waren das Werk einer noch unbeholfenen, kleinen Widerstandsgruppe. Gleichwohl war die „Geuzenaktion“ die früheste Vorläuferin der in den späteren Jahren immer stärker anwachsenden niederländischen Resistance. IJzerdraat wurde im November 1940 verhaftet, Anfang März 1941 im sog. „Geuzenprozeß“ zum Tode verurteilt und mit 14 seiner Freunde als erster niederländischer Widerstandskämpfer hingerichtet.

Der überwiegende Teil der niederländischen Bevölkerung hingegen verhielt sich in den ersten Monaten der deutschen Besetzung passiv und abwartend. Das von den Prinzipien der Militärverwaltung bestimmte „gute Auftreten der Deutschen“²³, „ihre Korrektheit“, „Diszipliniertheit“ und ihre laut proklamierte Parole des „gegenseitigen Verständnisses und der gegenseitigen Achtung“ trugen nicht wenig dazu bei, daß sich die Niederländer in der zweiten Maihälfte langsam von dem ersten Schock erholten.

²¹ Het woord als wapen. Keur uit de Nederlandse ondergrondse Pers, S. 54. Hrsg. v. R. S. Zimmermann-Wolf. 's Gravenhage 1952. L. de Jong, De Bezetting I, a. a. O., S. 59, und Nederland in Oorlogstijd, 1. Jg., Nr. 4, 1946, S. 3. Dieser „Bericht“ Nr. 2 v. 18. 5. 1940 ist das früheste uns erhalten gebliebene Dokument aus der niederländischen Untergrundpresse. Vgl. dazu die Untersuchung von L. E. Winkel, De ondergrondse Pers 1940–1945. s' Gravenhage 1954.

²² RvO, Amsterdam. SD-Meldungen Nr. 3, v. 6. 7. 1940.

²³ So Likus in einem Brief an das A. A. v. 22. 5. 1940. RvO, Amsterdam. FOSD 2314. 484876.

Übertrieben waren freilich jene „Stimmungsberichte“²⁴ deutscher oder niederländischer „Vertrauensmänner“, die von einer „plötzlichen Deutschfreundlichkeit“ der Bevölkerung sprechen zu können glaubten. Irreführend war es auch, wenn am 22. Mai 1940 Rudolf Likus, der Verbindungsmann des Reichsaußenministers Ribbentrop zur NSDAP und SS, der im Auftrage Ribbentrops einen Tag zuvor den niederländischen Faschistenführer Mussert²⁵ aufgesucht hatte, dem Auswärtigen Amt mitteilte, die Stimmung sei wohl noch gedrückt, aber ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung sei „pro-deutsch“ eingestellt²⁶. Ähnliche Übertreibungen leistete sich der spätere Vertreter des Auswärtigen Amtes im Reichskommissariat Niederlande, Otto Bene, der noch im Januar 1941 nach Berlin schrieb²⁷: „Bei dem Amtsantritt des Reichskommissars war der Krieg in den Niederlanden ganze vierzehn Tage vorüber, und die Bevölkerung, die durch den blitzartigen Ablauf des Krieges unter einer starken Schockwirkung gestanden hatte, lebte in einer Stimmung der Befreiung von einem Alpdruck. Durch die vorbildliche Haltung der deutschen Soldaten fühlte sie etwas wie Zuneigung (!) zu Deutschland, und an die Zukunft dachte sie wohl kaum. Das wichtigste Empfinden war wohl, daß man einer großen Gefahr entronnen sei und daß bald alles wieder so werden würde wie früher“.

Tatsächlich hatte der „Stimmungsumschwung“, der sich nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in weiten Kreisen der niederländischen Bevölkerung vollzogen hatte, kaum etwas mit Zuneigung zu tun. Es handelte sich vielmehr in erster Linie um einen Vorgang der „Ernüchterung“²⁸, gemischt aus Enttäuschung infolge der unerwarteten „Flucht“ der Königin und des Kabinetts und aus einem Abbau der anfänglichen Panik angesichts der wider Erwarten korrekten und kaum in Erscheinung tretenden deutschen Militärverwaltung. Dagegen konnte ein Gefühl der Verbundenheit oder Versöhnung auch durch eine „noch so geschickte deutsche Militärverwaltung“²⁹ schwerlich herbeigeführt werden, nachdem Deutschland, entgegen allen feierlichen Beteuerungen und Versprechen, die neutralen Niederlande gewaltsam in den Krieg hineingezogen und Hitler durch seinen blitzartigen Überfall den letzten Rest an Glaubwürdigkeit verspielt hatte.

Gleichwohl schien nach den langen und gründlichen Vorbereitungen der Aufbau der deutschen Militärverwaltung rasch und ohne nennenswerte Störungen vonstatten zu gehen. Bereits am 11. Mai waren Ortskommandanturen in den zuerst besetzten Gebieten, so in Arnheim, Enschede, Roermond, Winschoten und Nijm-

²⁴ Ebd., GK zbV. 73 d. Referat Sonderfragen. Stimmungsberichte. Vgl. 40025, 40045, 40053.

²⁵ Vgl. S. 76 f. dieser Arbeit.

²⁶ Siehe oben, Anm. 23.

²⁷ RvO, Amsterdam, FOSD 4659. 211079–84. Brief Benes an das A. A. v. 16. 1. 1941.

²⁸ RvO, Amsterdam. GK zbV 73 d. Referat Sonderfragen. Stimmungsberichte. 40009–40025. Bericht eines holländischen Vertrauensmannes v. 12. 6. 1940 über die Verhältnisse vom 9.–15. Mai 1940.

²⁹ So der Gesandte Zech in einem Brief an das A. A. v. 21. 5. 1940. ADAP D IX, Nr. 274, S. 308. Vgl. S. 54 f. dieser Arbeit.

wegen eingerichtet worden. Und am gleichen Tage hatte der Oberquartiermeister der Heeresgruppe B, General Hellmich, nach der Kontaktaufnahme mit einheimischen Bürgermeistern festgestellt, daß das Land „einen ruhigen Eindruck“ mache, die niederländische Bevölkerung „den gegebenen Tatsachen Rechnung“ trage und die einheimische Verwaltung schon aus eigenem Interesse bereit sei, mit der Militärverwaltung zusammenzuarbeiten³⁰. Auch die Einsetzung der übrigen Orts-, Feld- und Oberfeldkommandanturen, deren Standorte bereits am 14. und 22. April festgelegt worden waren³¹, verlief reibungslos³². Mit Ausnahme der Provinz Seeland und Teilen der Provinz Nord-Holland waren am 15. Mai 1940 alle Kommandanturen in den vorgesehenen Einsatzorten eingerichtet³³.

General Hellmich, von Kraushaar und der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der Heeresgruppe B, Legationsrat Werkmeister³⁴, hatten am 15. Mai in Rijsoord den Kapitulationsverhandlungen beigewohnt und gingen selbstverständlich von der Annahme aus, daß auch nach dem Waffenstillstand die vollziehende Gewalt in den besetzten niederländischen Gebieten in militärischer Hand liegen und durch die Organe der Militärverwaltung ausgeübt würde. Hellmich fuhr nach dem Waffenstillstandsvertrag zurück ins Hauptquartier der Heeresgruppe nach Düsseldorf, während von Kraushaar und Werkmeister den deutschen Gesandten Zech in Den Haag aufsuchten, um die Verlegung der Militärverwaltung nach Den Haag vorzubereiten und die Frage zu klären, ob und in welcher Form die niederländischen Behörden mit der deutschen Militärverwaltung zusammenarbeiten würden³⁵. Es standen dabei nach den Vorstellungen der deutschen militärischen Führung zwei unterschiedliche Möglichkeiten zur Debatte: entweder „die Bildung einer unter deutschem Einfluß stehenden holländischen Regierung mit eigenen Ministern“, oder eine engere Form der Besatzungsverwaltung, wobei sich der Militärverwaltungsstab „direkt der unter Führung je eines Generalsekretärs stehenden holländischen Ministerien“ bedienen sollte³⁶.

Schon am 16. Mai traf der für die Niederlande und Belgien bestimmte Militärbefehlshaber General von Falkenhausen in Düsseldorf ein. Inzwischen war auch von Kraushaar aus Den Haag zurückgekehrt und berichtete über die Entwicklung

³⁰ KTB I Hgr. B (OQu) v. 11. 5. 1940.

³¹ Am 14. 4. 1940 wurde während einer Besprechung im Heeresgruppenkommando der Einsatz der Oberfeldkommandanturen festgelegt. Die OFK 570 sollte in Zwolle, die OFK 592 in Den Haag und die OFK 591 im „Südteil“ der Niederlande eingesetzt werden. Acht Tage später erhielten die AOKs Anweisungen, in welchen Ortschaften sie vom A-Tag an, die ihnen zur Verfügung stehenden Orts- und Feldkommandanturen einsetzen sollten. Vgl. ebd., v. 14. und 22. 4. 1940.

³² Ebd., Tagebucheintragen v. 11.–15. 5. 1940. Vgl. auch Halder KTB I, v. 12. und 13. 5. 1940.

³³ RvO, Amsterdam. CDI-Collectie 102. Schlußbericht über den Einsatz der Militärverwaltung in den Niederlanden v. 16.–29.5.1940.

³⁴ Ebd., FOSD 413. 215722. Telefonat Werkmeisters v. 17. 5. 1940.

³⁵ Ebd.

³⁶ KTB I Hgr. B (OQu) v. 15. 5. 1940.

in den Niederlanden. Er teilte mit, daß die Generalsekretäre, die in Vertretung der ins Exil gegangenen Minister die Geschäfte der niederländischen Ministerien führten, sich zu einer Zusammenarbeit bereiterklärt³⁷ und für die Bildung eines Gremiums sämtlicher Generalsekretäre als oberste holländische Verwaltungsinstanz ausgesprochen hätten. Als Vorsitzender dieses Gremiums sei der frühere Präsident der internationalen Handelskammer, F.H. Fentener van Vlissingen in Aussicht genommen worden³⁸.

Da die deutschen militärischen Stellen am selben Tage (16. Mai) aber auch erste Versuche zur „Sabotage“ der Militärverwaltung registriert hatten³⁹, konnte sich der Militärverwaltungsstab nicht selbst schlüssig werden. Er beschloß vielmehr, zunächst dem Chef der Heeresgruppe B, Generaloberst von Bock, über die Lage zu berichten, und über ihn vom Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst v. Brauchitsch, bzw. von Hitler klare Weisungen hinsichtlich der „Form der Verwaltung“ zu erbitten. Diese am 17. Mai eingeleitete Erkundigung ergab jedoch, zur größten Überraschung der militärischen Führung, daß Hitler inzwischen den Befehl erteilt hatte, die Militärverwaltung in den Niederlanden abzulösen und, wie in Norwegen, einem politischen Reichskommissar die oberste vollziehende Gewalt in den besetzten niederländischen Gebieten zu übertragen. Auch hinsichtlich der Person des Reichskommissars hatte Hitler seine Wahl bereits getroffen. Sie war auf den ehemaligen Vertreter der österreichischen Nationalsozialisten, Dr. Arthur Seyss-Inquart, gefallen.

B. Hitlers Befehl zur Einsetzung des Reichskommissars Seyss-Inquart

Arthur Seyss-Inquart war am 22. Juli 1892 als Sohn eines Internatsleiters und Gymnasiallehrers für klassische Sprachen in Stannern bei Iglau in Mähren geboren und wie seine fünf Geschwister in „gutbürgerlicher, katholischer Tradition“ erzogen worden⁴⁰.

Im Jahre 1917, nach acht Semestern Jurastudium, hatte er in Wien seine Promotion abgeschlossen. Anschließend diente er als Freiwilliger bei den Tiroler Kaiserjägern, wurde im Fronteinsatz mehrfach verwundet, mit verschiedenen Tapferkeits-

³⁷ Ebd., v. 16. 5. 1940. Vgl. S. 71 dieser Arbeit.

³⁸ Der Großindustrielle F.H. Fentener van Vlissingen wurde von den Generalsekretären offensichtlich deshalb als Vorsitzender vorgeschlagen, weil er als „pro-deutsch“ bekannt war und über gute Beziehungen zu industriellen Kreisen des Ruhrgebietes verfügte. Mitteilung Dr. L. de Jong an den Verfasser.

³⁹ KTB I Hgr. B (OQu) v. 16. 5. 1940.

⁴⁰ Berlin Document Center. SS-Personalakte Arthur Seyss-Inquart. Vgl. auch Vernehmung Seyss-Inquarts, IMT XV, S. 699 ff. und Geschichte in Gestalten. Hrsg. v. H. Herzfeld, IV, S. 114, ferner die Studie Dr. Gilberts über die Persönlichkeit Seyss-Inquarts, in: *Niederland in Oorlogstijd*, 4. Jg. 1949, S. 981. Dazu auch G.M. Gilbert, *Nürnberger Tagebuch*, Fischer-Bücherei 447/8, S. 368 ff. und H.J. Neumann, *Arthur Seyss-Inquart*. Utrecht/Antwerpen 1967.

orden dekoriert und im November 1918 als Oberleutnant der Reserve aus dem Wehrdienst entlassen. Noch im gleichen Jahr ließ er sich in Wien als Rechtsanwalt nieder. In den folgenden Jahren widmete er sich ausschließlich seiner gutgehenden und angesehenen Anwaltspraxis, bis er 1925 in den Vorstand des „Deutsch-Österreichischen Volksbundes“ eintrat, der von dem späteren nationalsozialistischen Wiener Bürgermeister Neubacher gegründet worden war und entschieden für den Anschluß Österreichs an Deutschland eintrat. Den Übertritt ins Lager der radikalen nationalistischen Rechten vollzog Seyss-Inquart schließlich mit dem Beitritt zum „Steierischen Heimatschutz“ am 15. Dezember 1931. Dieser antidemokratische und antisemitische Wehrverband war 1921 unter maßgeblicher Beteiligung des Führers der österreichischen „nationalen Studentenbataillone“, Hanns Albin Rauter, ins Leben gerufen worden und gliederte sich im Mai 1933, unter dem Eindruck der NS-Machtergreifung in Deutschland, der österreichischen NSDAP ein.

Nach dem Verbot der österreichischen NSDAP (Juni 1933) spielte der als gemäßigt geltende Seyss-Inquart im Rahmen der illegalen nationalsozialistischen Tätigkeit in den folgenden Jahren keine führende Rolle. Gerade aber der Ruf des persönlich integeren Mannes, dem der Radikalismus und Terrorismus seiner eigenen Parteifreunde zu mißfallen schien, veranlaßte den um Ausgleich mit der nationalsozialistischen Reichsregierung bemühten österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg, Seyss-Inquart zunächst im Juni 1937 in den österreichischen Staatsrat und schließlich im Februar 1938 (nach den ultimativen Forderungen Hitlers in Berchtesgaden) als Innen- und Sicherheitsminister in die österreichische Regierung aufzunehmen. Eben damit aber wurde Seyss-Inquart nolens volens zum wichtigen Hebelarm und zur Schlüsselfigur des von Berlin gesteuerten „Anschlusses“. Daß er mehr Aushängeschild und in Wahrheit politisch keine starke und sehr energische Persönlichkeit war, zeigte sich indessen in der Zeit nach dem Anschluß, als sich Seyss-Inquart als erster Reichstatthalter in Österreich mit dem gleichzeitig als Reichskommissar für die Ostmark nach Wien versetzten rheinpfälzischen Gauleiter Bürckel die Macht teilen mußte. Die ständigen Auseinandersetzungen mit Bürckel ließen schnell erkennen, daß dieser, nicht Seyss-Inquart, der erst im Juni 1938 der NSDAP beitrug, bei Hitler den stärkeren Rückhalt besaß. Im Jahre 1939 kam es schließlich zum völligen Bruch zwischen Bürckel und Seyss-Inquart⁴¹. Nachdem die „Ostmark“ im April 1939 in mehrere Gau- und Reichsstatthalterbezirke aufgliedert worden war, endete Seyss-Inquarts Amtszeit als interimistischer Reichsstatthalter in der Ostmark. Er wurde am 1. Mai 1939 mit dem Titel eines Reichsministers ohne Geschäftsbereich abgefunden. Erst nach dem Polenfeldzug erhielt er Ende Oktober 1939 als Stellvertreter des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete (Dr. Hans Frank) ein neues Amt, das freilich wiederum mehr in einer Repräsentationsrolle ohne nennenswerte exekutive Kompetenzen bestand.

⁴¹ RvO, Amsterdam. FOSD 3892 H. 48840. Brief Bürckels an Seyss-Inquart v. 8. 8. 1939. Vgl. auch BDC. Personalakte Seyss-Inquart. Brief Seyss-Inquarts an Kaltenbrunner v. 13. 1. 1940 und den Brief Kaltenbrunners an Himmler v. 22. 12. 1939.

Die Unzufriedenheit über die seinem Ministertitel und Selbstbewußtsein wenig entsprechende Verwendung im besetzten Polen, möglicherweise auch mancher innere Abscheu vor den dortigen „schmutzigen“ Aufgaben, veranlaßten Seyss-Inquart, bei Beginn des Westfeldzuges Hitler um eine neue Verwendung zu bitten. Gleichzeitig bat er Himmler um Unterstützung dieses Gesuches und teilte dem Reichsführer-SS am 10. Mai 1940 mit: „Heute habe ich den Führer schriftlich gebeten, mich an die Front zu lassen. Es drängt mich nach den Erlebnissen 1914–1918 unter des Führers und Großdeutschlands Fahnen im Kampfe zu stehen. Ich weiß, daß ich mit meinem steifen Bein nicht mehr stürmen kann⁴². Aber ich habe einige Erfahrung aus dem Weltkrieg und könnte damit den Kameraden helfen und auch ein Maschinengewehr bedienen. Bitte, Reichsführer, unterstützen Sie mein Ansuchen und helfen Sie mir, meine Absicht zu verwirklichen“⁴³. Mochte dieser Wunsch nach persönlichem Einsatz an der Front durchaus aufrichtig sein (noch Monate später bezeichnete Seyss-Inquart die militärischen Erfolge im Westen als „Vollendung nach den Erlebnissen des Weltkrieges“⁴⁴), so spielte möglicherweise bei dem Gesuch der Gedanke an eine politische oder administrative Verwendung im Westen schon mit.

Erst nach der Kapitulation der niederländischen Armee sprach Hitler mit Himmler über die „künftige Verwendung“ Seyss-Inquarts. „Ich habe“, so schrieb Himmler am 16. Mai 1940 an Seyss-Inquart nach Krakau, „gestern mit dem Führer über Ihre Verwendung gesprochen. Der Führer sagte mir, daß er glaubt, demnächst eine Aufgabe für Sie zu haben. Ich glaube, daß Sie bei dieser in Aussicht genommenen Aufgabe Deutschland und dem Führer mehr nützen können als bei einem Frontkommando“⁴⁵.

Angesichts des weiteren Ganges der Dinge besteht kein Zweifel, daß Hitler mithin schon am 15. Mai 1940 an die Einsetzung eines zivilen bzw. politischen Reichskommissars in den Niederlanden dachte. Das gleichzeitige Gesuch Seyss-Inquarts und Himmlers Vermittlung hatten dabei wohl nur insofern einen Einfluß, als sie Hitler auf einen geeigneten Kandidaten für diese Aufgabe aufmerksam machten, d. h. die Personenwahl für dieses Amt erleichterten und insofern den Entschluß beschleunigten.

Wir wissen nicht, was zwischen Hitler und Himmler am 15. Mai 1940 im einzelnen besprochen wurde. Es ist aber wohl mit einiger Sicherheit zu erraten, weshalb Seyss-Inquart in den Augen Hitlers und Himmlers für den Posten eines Reichskommissars in den Niederlanden geeignet erschien. Die Entsendung eines Mannes, der den hohen Rang eines Reichsministers innehatte, war geeignet, die Bestellung eines Reichskommissars sowohl der holländischen Verwaltung wie der Wehrmacht gegenüber leichter durchzusetzen und entsprechende Empfindlichkeiten zu ver-

⁴² 1929 erlitt Seyss-Inquart beim Bergsteigen einen Unfall.

⁴³ RvO, Amsterdam. BDC H 170. 628–630.

⁴⁴ RvO, Amsterdam, BDC H 99 623–625. Neujaahrsbrief Seyss-Inquarts an Himmler v. 27. 12. 1940.

⁴⁵ RvO, Amsterdam, BDC H 170.170–628. Brief Himmlers an Seyss-Inquarts v. 16. 5. 1940.

ringern. In ähnlicher Weise würde sich, so konnte man annehmen, der Ruf des integeren und gemäßigten Nationalsozialisten auswirken, den sich Seyss-Inquart erworben hatte. Auch empfahlen ihn sein in Wien erworbenes Fingerspitzengefühl für delikate politische Probleme und seine, wenn auch kurze, Verwaltungs-Erfahrung in Wien und Krakau. Schließlich aber hat Himmler diese Kandidatur wohl nicht zuletzt deshalb befürwortet, weil Seyss-Inquart (ähnlich wie Hans Frank in Krakau und anders als Terboven in Oslo) über keine Parteihausmacht verfügte und auch persönlich kein starker und eigenwilliger Regierer zu werden versprach. Mit gutem Grund durfte Himmler, der seit längerem in guten Beziehungen zu Seyss-Inquart stand, vermuten, daß die Protektion dieses Kandidaten auch dem Einfluß des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei in den besetzten Niederlanden zugute kommen würde.

Der prinzipielle Entschluß Hitlers, die Militärverwaltung in den Niederlanden nach der Kapitulation der niederländischen Armee baldmöglichst durch eine politisch geführte Zivilverwaltung zu ersetzen, war aber zweifellos nicht durch diese Personenfrage bedingt, sondern in anderen, grundsätzlichen Erwägungen begründet. Es spricht alles dafür, daß Hitlers vorangegangene Zustimmung zu dem Konzept einer reinen Militärverwaltung im Westen von Anfang an geheuchelt gewesen war, um das OKH und den Generalstab des Heeres zu beschwichtigen, als es um die militärische Planung des Westfeldzuges ging. Gewiß war es auch ein Versäumnis der mit der Vorbereitung der Militärverwaltung beschäftigten Führungsorgane des Heeres, daß sie sich mit der sozusagen wortlosen Billigung ihrer Vorschläge durch Hitler zufrieden gaben und sich nach den Erfahrungen in Polen nicht in genügendem Maße vergewisserten, ob Hitler damit tatsächlich über die Zeit der Kampfhandlungen hinaus den Weg für eine langfristige Besatzungsverwaltung unter militärischem Oberbefehl freigegeben habe. Die den maßgeblichen Führern des Heeres bekannte Aversion Hitlers gegen eine Ausdehnung militärischer Kompetenzen über den engen Bereich des im technischen Sinne Militärischen hinaus, seine nicht verhehlte geringschätzig Meinung von der „Instinktlosigkeit“ der Offiziere in Fragen der Politik (so wie er „Politik“ verstand), und nicht zuletzt die Einsetzung eines Reichskommissars in Norwegen im April 1940 hätten begründete Zweifel auslösen müssen, ob Hitlers Zusagen vom Herbst 1939 im Hinblick auf eine Militärverwaltung im Westen wirklich das letzte Wort waren.

Hitlers schneller Entschluß zur Einsetzung einer politischen Besatzungsverwaltung in den Niederlanden muß aber auch unter dem Gesichtspunkt der für Hitler typischen Impulsivität und Improvisation seiner Entscheidungen gesehen werden. Nach den Erfahrungen des ersten Weltkrieges hatte Hitler gewiß ernste Zweifel, ob sich die in Polen so erfolgreich angewandte Blitzkriegstrategie auch gegen die weitaus stärkeren Gegner im Westen bewähren würde, und ob nicht doch mit einem weitaus längerem Feldzug im Westen zu rechnen sei. Schon dieses zunächst absolut vorrangige Problem ließ vor dem 10. Mai 1940 die Frage der Besatzungsverwaltung in den Hintergrund treten. In bezug auf die Niederlande glaubte er außerdem, daß die Königin und das Kabinett in Den Haag sich schließlich doch mit einer deutschen

Besatzung arrangieren würden und daß folglich auch Deutschland gezwungen sein würde, die Monarchie und Integrität des Landes im Rahmen des militärisch Erforderlichen zu respektieren. Für eine über die Zwecke der Militärverwaltung hinausgehende politische Herrschaft oder „Neuordnung“ schien unter solchen Voraussetzungen wenig Raum zu bleiben; jedenfalls traten solche Möglichkeiten vor dem 10. Mai 1940 noch nicht in den Blick Hitlers.

Dies änderte sich jedoch grundlegend durch die Schnelligkeit der deutschen militärischen Erfolge, die schon Mitte Mai ahnen ließen, daß der lange vorher von Hitler als „Entscheidungskampf“ apostrophierte Feldzug im Westen zu einem vollständigen und raschen Sieg über die auf französischem Boden stehenden alliierten Truppen führen würde. Einen weiteren unerwarteten Faktor bildete die Flucht der niederländischen Königin und ihres Kabinetts. Sie befreite Hitler von Rücksichten, die er sonst hätte nehmen müssen, und lieferte ihm auch gegenüber der Führung des Heeres ein Alibi, auf das er sich bei dem Entschluß zur Ablösung der Militärverwaltung berufen konnte. Ließ sich doch jetzt argumentieren, daß es in den Niederlanden gelte, ein politisches Vakuum zu ersetzen, wofür es einer politischen Spitze der deutschen Besatzungsverwaltung bedürfe.

Obwohl die Motive Hitlers bei seinem Entschluß zur Einsetzung einer politischen Zivilverwaltung in den Niederlanden nicht genau und im einzelnen belegbar sind, so spricht doch schon der Zeitpunkt dieses Entschlusses sowie das Unterbleiben einer ähnlichen Regelung in Belgien dafür, daß die Absicht, einen Reichskommissar in Den Haag einzusetzen, Hitlers Antwort auf die Flucht der niederländischen Königin darstellte. Es handelte sich hier offensichtlich um eine jener spontanen Reaktionen Hitlers, geleitet von dem Instinkt, daß auf diese Weise, noch ehe die Militärverwaltung richtig Fuß gefaßt hatte, die Weichen für eine politische Neuordnung gestellt werden könnten.

Denn dieser Gedanke einer wie immer gearteten „Neuordnung“ gewann offenbar das Interesse Hitlers und begann seine Phantasie zu beschäftigen, nachdem das Land binnen weniger Tage vollständig von deutschen Truppen besetzt werden konnte. Wie sehr die Euphorie des Siegers sich sogleich in langfristige und großräumige Zukunftsspekulationen umsetzte, bezeugen die Notizen Jodls vom 20. Mai 1940. Ihnen zufolge sprach Hitler an diesem Tage, nachdem die deutschen Armeen die Schelde und die Kanalküste erreicht hatten und sich die Niederlage der belgischen, französischen und englischen Truppen in diesem Raum bereits deutlich abzeichnete, „in Worten höchster Anerkennung vom deutschen Heer“, betrachtete den Krieg als schon gewonnen und sinnierte über den Inhalt eines Friedensvertrages der, wie sich Hitler bei dieser Gelegenheit äußerte, die „Rückgabe des seit 400 Jahren dem deutschen Volk geraubten Gebietes und sonstiger Werte“ umfassen müsse⁴⁶.

Man wird diese in der Ekstase des sich abzeichnenden Triumphes gesprochenen Worte nicht überbewerten dürfen. Aber sie zeigen doch deutlich, wie bei Hitler

⁴⁶ Jodl-Tagebuch, v. 20. 5. 1940.

regelmäßig der Appetit mit dem Essen kam, d. h. wie schnell sich die ursprünglich nur militärischen Zielsetzungen des Westfeldzuges mit politischen Neuordnungs- und Annexionsabsichten verbanden, sobald der militärische Sieg erfochten war. Hatte der völkisch-alldeutsche Traum von der Wiedergewinnung der nach dem 30-jährigen Krieg aus dem Verband des Deutschen Reiches ausgeschiedenen „germanischen Niederlande“ in Hitlers außenpolitischem Denken bisher auch keine bedeutsame Rolle gespielt, so war es doch sehr bezeichnend, daß er jetzt, am 20. Mai 1940, auf diese Vorstellung zurückkam und von der „Rückgabe des seit 400 Jahren dem deutschen Volk geraubten Gebietes“ sprach. Es bestätigte sich hier deutlich die wechselseitige Dynamik des Verhältnisses von Machtgewinn und politischen Zielen, die für die nationalsozialistische Führung in der Innen- und Außenpolitik gleichermaßen charakteristisch war: Jede neue Etappe der Macht führte zu neuer Ausweitung der Ziele und umgekehrt. Derartige Ziele waren gar nicht Ausdruck eines in sich schlüssigen und einigermaßen stabilen Neuordnungskonzepts, sondern was sich immer als Neuordnungswille herausbildete, war in extremen Maße von machtpolitischer Akkumulationsdynamik beherrscht.

Dieser Zusammenhang war unlängst erst von Goebbels deutlich ausgesprochen worden. In einer Geheimrede vor geladenen Vertretern der deutschen Presse hatte der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda am 5. April 1940 selbst erklärt, daß der 1939 begonnene Krieg nunmehr auf außenpolitischem Gebiet Zug um Zug den Vorgang der Machtergreifung wiederhole, den man 1933 innenpolitisch erlebt habe:

„Wir führen heute in Europa die gleiche Revolution durch, die wir in kleinerem Maßstab in Deutschland durchgeführt haben. Sie hat sich nur in den Dimensionen geändert. Die Grundsätze, Erfahrungen und Methoden von damals sind auch heute geltend. Sie haben auch zwischen den Völkern Gültigkeit . . . Wenn heute einer fragt, wie denkt Ihr Euch das neue Europa, so müssen wir sagen, wir wissen es nicht. Gewiß haben wir eine Vorstellung. Aber wenn wir sie in Worte kleiden, bringt uns das sofort Feinde und vermehrt die Widerstände. Haben wir erst die Macht, so wird man schon sehen, und auch wir werden schon sehen, was wir daraus machen können . . . Heute sagen wir „Lebensraum“. Jeder kann sich vorstellen, was er will. Was wir wollen, werden wir schon zur rechten Zeit wissen . . . Bis jetzt ist es uns gelungen, den Gegner über die eigentlichen Ziele Deutschlands im unklaren zu lassen, genauso wie unsere Gegner bis 1932 nicht gemerkt haben, wohin wir steuerten, daß der Schwur auf die Legalität nur ein Kunstgriff war“⁴⁷.

So lassen sich verschiedene Motivationsschichten unterscheiden, die, alle zusammen, Hitlers Entschluß zur Einsetzung eines politischen Reichskommissars in den Niederlanden herbeiführten: Erstens die grundsätzliche Aversion gegen das Prinzip der Militärverwaltung, genährt aus dem tief eingewurzelten Mißtrauen Hitlers insbesondere gegenüber dem älteren, noch überwiegend preußisch-konservativ denkenden Offizierskorps des Heeres; zweitens die durch die Flucht der Königin der Niederlande und des Kabinetts gebotene günstige Gelegenheit, das Vakuum der

⁴⁷ Zit. nach H. A. Jacobsen, *Der Zweite Weltkrieg*, a. a. O., S. 180f. und Ders., *Nationalsozialistische Kriegsziele*, in: *Anatomie des SS-Staates*, Bd. II, Olten-Freiburg 1965, S. 163f.

politischen Leitung des Landes durch Einsetzung eines politischen Reichskommissars zu füllen; drittens der, wenn auch noch keineswegs klar ausgeformte Wille, es nicht bei der militärischen Besetzung zu belassen, sondern in den Niederlanden künftig zu einer politischen und territorialen „Neuordnung“ zu gelangen, die unter dem Patronat einer politischen Besatzungsverwaltung naturgemäß eher ventiliert und angebahnt werden konnte als unter einer Militärverwaltung, die sich gerade die politische Enthaltbarkeit zum Ziel gesetzt hatte.

Als am 16. Mai der Oberquartiermeister der Heeresgruppe B beschlossen hatte, wegen der Form der Militärverwaltung und der niederländischen Eigenverwaltung beim Chef der Heeresgruppe, Generaloberst von Bock, Rücksprache zu nehmen, war dieser durch einen Telefonanruf des Chefs des OKW, Generaloberst Keitel, bereits darüber unterrichtet worden, daß Hitler beabsichtige, das Prinzip der reinen Militärverwaltung in den Niederlanden aufzugeben und Seyss-Inquart als zivilen Verwaltungschef einzusetzen⁴⁸.

Am Vormittag des 17. Mai empfing Generaloberst von Bock den Militärbefehlshaber von Falkenhausen, den Militärverwaltungschef Reeder, dessen Stellvertreter von Kraushaar und den Legationsrat von Werkmeister. Von Kraushaar berichtete noch einmal über seine Eindrücke in den Niederlanden und schlug „angesichts der loyalen Haltung der Holländer und holländischen Behörden“ die Einsetzung der Militärverwaltung und die „Bildung einer neuen niederländischen Landesregierung“ vor, die aus der „Gesamtheit der Generalsekretäre“ bestehen sollte⁴⁹. Eine Militärverwaltung, so argumentierte von Kraushaar⁵⁰, sei für die Niederlande „das einzig Richtige“. Die holländischen Staatssekretäre seien zur Mitarbeit bereit; sie hätten „nur Sorge wegen der Judenfrage“ und „den Wunsch, daß die deutschen Gewalten sich an die Haager Landkriegsordnung halten und diese als bindend anerkennen möchten“. Das holländische Volk habe „weitgehendes Vertrauen zum deutschen Soldaten“ gefaßt. Der „Einsatz der Militärverwaltung müsse auf lange Sicht erfolgen; ihre Ablösung nach kurzer Zeit würde miserabel wirken“.

Generaloberst von Bock pflichtete dieser Stellungnahme bei und rief, obwohl er bereits von der beabsichtigten Auflösung der Militärverwaltung wußte, Generaloberst von Brauchitsch an mit der Bitte, Falkenhausen, Reeder, Kraushaar und Werkmeister zu empfangen⁵¹. Am Nachmittag des 17. Mai wurde bei Brauchitsch im Beisein des Stabschefs General Halder über den Bericht Kraushaars sowie über die Aufgaben der Militärverwaltung gesprochen⁵². Inzwischen war jedoch die end-

⁴⁸ KTB Hgr. B (von Bock) v. 16. 5. 1940, in: Dokumente zum Westfeldzug. Hrsg. v. H. A. Jacobsen, a. a. O.

⁴⁹ RvO, Amsterdam. FOSD 413. 215722–23. Telefonat Werkmeisters v. 17. 5. 1940.

⁵⁰ KTB Hgr. B (v. Bock) v. 17. 5. 1940.

⁵¹ Ebd., v. 17. 5. 1940: „Ich bin der gleichen Ansicht, wenn ich auch nach meinem Gespräch mit Keitel weiß, daß der Führer es anders will – es also auch anders kommen wird. Ich rufe aber Brauchitsch an und schlage vor, die Herren anzuhören, was zugesagt wird.“

⁵² Halder KTB I, v. 17. 5. 1940: „Aufgaben der Militärverwaltung werden kurz besprochen: Demobilisierung. Gang der Wirtschaft erhalten. Verkehrsnetz in Gang bringen. Zusammenarbeit mit Marine und Luftwaffe.“

gültige Entscheidung Hitlers gefallen, nachdem am 17. Mai auch die niederländischen Streitkräfte in Seeland kapituliert hatten und die Maas-Stellungen bei Sedan und Dinant durchbrochen waren. Noch am gleichen Tage (17. 5.) wurde Seyss-Inquart, der sich auf einer Dienstreise im Generalgouvernement befand, vom Chef der Reichskanzlei, Dr. Lammers, aufgefordert, unverzüglich in das Führerhauptquartier bei Münstereifel zu kommen⁵³. Kurz nach 21 Uhr erfuhr auch der Oberbefehlshaber des Heeres durch Keitel, daß Hitler beschlossen habe, in den Niederlanden eine Zivilverwaltung zu errichten. General Halder notierte in sein Tagebuch⁵⁴: „Verhältnis in Holland soll geschaffen werden wie in Norwegen. Nicht erst großen Laden aufziehen. Seyss-Inquart wird hierher gerufen. Material und Personal sollen wir geben. OB. verlangt Abgrenzung der Befehlsbefugnisse des militärischen und zivilen Führers . . . Das Verhalten in der Frage der Militärverwaltung Holland zeigt wieder die völlige Unaufrichtigkeit der obersten Führer (!) dem OKH gegenüber.“

Wenige Minuten später traf bei der Heeresgruppe B der Befehl des Generalquartiermeisters ein, „daß am nächsten Tag keine Fahrt in das besetzte Holland durchgeführt“ werden dürfe⁵⁵. Nach mehreren Rückfragen erhielt General Hellmich gegen 23 Uhr die Mitteilung, daß „nunmehr beabsichtigt sei, eine zivile Verwaltung“ einzusetzen und daß der Militärverwaltungsstab daher seine Tätigkeit auf diesem Gebiet einzustellen habe⁵⁶. „Mit dieser kaum glaublichen Tatsache“, so schloß der Oberquartiermeister der Heeresgruppe B seine Tagebucheintragung⁵⁷, „endete der 17. Mai und machte eine Vorarbeit von 6 Monaten unnötig“.

Was in den nächsten Tagen folgte, war mehr ein „tragikkomisches Nachspiel“⁵⁸. Hitlers Befehl führte zu einer „vollständigen Lähmung“ der Vorbereitungen für die Einsetzung der Militärverwaltung. Voll Bitterkeit schrieb General Hellmich am 18. Mai in sein Tagebuch⁵⁹: „Es war schwer zu verstehen, daß diese mit großer Mühe und auf ausdrücklichen Befehl des OKH vorbereitete Organisation plötzlich durch mangelnde Orientierung (!) höchster Stellen zerschlagen werden sollte, bildete doch die Einsetzung der Militärverwaltung die Gewähr, daß die Belange auf die Forderung einer zivilen Verwaltung abgestimmt waren und es dadurch vermieden wurde, daß Reibereien zwischen den verschiedensten Stellen eintreten konnten.“ Da der Aufbau einer Zivilverwaltung erst noch in Angriff genommen werden mußte, sollte jedoch vorläufig mit der eingeleiteten Einrichtung der Militärverwaltung fortgeföhren werden. So kam es in der Nacht vom 18. zum 19. Mai zu dem für die Leitung der Heeresgruppe B überraschenden Befehl des Generalquartiermeisters, die

⁵³ Aussage Seyss-Inquarts, IMT XV, S. 698.

⁵⁴ Halder KTB I, v. 17. 5. 1940.

⁵⁵ KTB I Hgr. B (OQu) v. 17. 5. 1940.

⁵⁶ Schlußbericht über den Einsatz der Militärverwaltung in den Niederlanden vom 16.–29. Mai 1940.

⁵⁷ KTB I Hgr. B (OQu) v. 17. 5. 1940.

⁵⁸ RvO, Amsterdam. Not. Nr. 91. A. E. Cohen, Het ontstaan van het Duitse Rijkscommissariat voor Nederland.

⁵⁹ KTB I Hgr. B (OQu) v. 18. 5. 1940.

Militärverwaltung, „wenn auch für begrenzte Zeit“ einzusetzen⁶⁰. Man nahm daraufhin die Arbeit wieder auf, aber die durch die „widersprechenden Befehle hervorgerufene Unsicherheit“ machte sich besonders bei den Beamten (der Militärverwaltung) störend bemerkbar⁶¹. Als Generaloberst von Bock am Abend des 19. Mai über den Rundfunk die Ernennung Seyss-Inquarts zum Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete hörte, rief er Generaloberst Keitel an, der ihm erklärte, daß „die Einsetzung zwar unterschrieben sei, aber erst etwa Anfang Juni durchgeführt werden solle“⁶². Am nächsten Tag fand deshalb im Hauptquartier der Heeresgruppe B in Aachen eine Besprechung statt, in der die „grundlegenden“ Richtlinien für die Militärverwaltung in den Niederlanden festgelegt wurden. Da die Militärverwaltung nur für „etwa 14 Tage“⁶³ eingesetzt werden sollte, riet man General von Falkenhausen, nur mit einem kleinen Stab nach Den Haag zu fahren, der „die dringend notwendige Arbeit“ durchführen solle. Die dadurch freiwerdenden Kriegsverwaltungsbeamten sollten von der Militärverwaltung in Belgien übernommen werden. Nachdem General von Falkenhausen noch am 20. Mai 1940 offiziell zum Militärbefehlshaber in Belgien und Holland ernannt worden war⁶⁴, reiste er am selben Tag mit einem „Vorkommando“ nach Den Haag, wohl wissend, daß seine Militärverwaltung in den Niederlanden nur eine kurze Übergangslösung bis zur „Regierungsübernahme“ Seyss-Inquarts sein würde.

In Den Haag hatte auch der deutsche Gesandte Graf Zech unter dem Eindruck der niederländischen Niederlage noch eine Vermittlerrolle⁶⁵ zwischen den Niederländern und den deutschen Militärbehörden zu spielen versucht und sich insbesondere bemüht, im Einvernehmen mit dem Militärverwaltungsstab Fentener van Vlissingen⁶⁶ an die Spitze der niederländischen Verwaltung zu stellen. Ein darüberhinausgehender Versuch, einen legalen Nachfolger für den niederländischen Oberbefehlshaber General Winkelman zu finden⁶⁷, der nach Ansicht des OKH als deutscher Kriegsgefangener nicht das höchste Amt in einer Verwaltungsbehörde einnehmen konnte, war bereits am 17. Mai gescheitert, als Hitler die Auflösung der Militärverwaltung befahl. Einen Tag später war vermutlich auch Graf Zech über Hitlers Entschluß zur Einsetzung einer Zivilverwaltung unter Seyss-Inquart unterrichtet⁶⁸. Ein am 19. Mai 1940⁶⁹ an das Auswärtige Amt gerichteter Brief Zechs,

⁶⁰ Ebd., v. 18. 5. 1940.

⁶¹ Schlußbericht über den Einsatz der Militärverwaltung in den Niederlanden v. 16.–29. Mai 1940. Ferner KTB I Hgr. B (OQu) v. 19. 5. 1940.

⁶² KTB Hgr. B (von Bock) v. 19. 5. 1940.

⁶³ KTB Hgr. B (OQu) v. 20. 5. 1940.

⁶⁴ RvO, Amsterdam. FOSD 2432. 514172.

⁶⁵ Aussage Hirschfeld, Enquêtecommissie IIC, S. 370.

⁶⁶ Halder KTB I, v. 17. 5. 1940. Aussage Hirschfeld, Enquêtecommissie IIC, S. 370. Vgl. auch S. 46 dieser Arbeit.

⁶⁷ Aussage Snouck Hurgronje, ebd., S. 174.

⁶⁸ RvO, Amsterdam FOSD 413. 215716. Notiz v. Woermanns v. 18. 5. 1940: „Gesandtschaftsrat Werkmeister rief an. Er bestätigte Führerentscheidung, daß in den Niederlanden eine Zivilverwaltung eingerichtet wird und zwar unter Reichsminister Seyss-Inquart“.

⁶⁹ ADAP D IX, Nr. 274, S. 308. Brief Zechs an das A. A. v. 19. 5. 1940. Vgl. S. 44 dieser Arbeit.

in dem er erklärte, daß es eine geschickte deutsche Militärverwaltung noch in der Hand habe, „Holland für die nächste Generation auch innerlich für uns zu gewinnen“, kann man vielleicht als einen letzten, wenn auch schwachen Versuch werten, die Ernennung Seyss-Inquarts abzuwenden. Bereits zwei Tage später befahl Ribbentrop die unverzügliche Rückkehr des Gesandten nach Berlin. Auch der deutsche Generalkonsul in Amsterdam, Benzler, der bereits am 17. Mai 1940 die Niederlande verlassen hatte und zum Vertreter des Auswärtigen Amtes im Reichskommissariat bestimmt worden war, kam für dieses Amt nicht mehr in Frage. Die Abberufung des Grafen Zech und die Ablehnung von Benzler zeigen, wie sehr Hitler darauf bedacht war, durch den plötzlichen Wechsel der Besatzungsform die Schwierigkeiten in den Niederlanden zu vermeiden, die ihm in den ersten Tagen der norwegischen Besetzung soviel Kopfzerbrechen bereitet hatten⁷⁰. Das entscheidende Motiv dürfte freilich das grundsätzliche Mißtrauen Hitlers gegenüber dem diplomatischen Dienst gewesen sein⁷¹.

C. Die rechtliche und organisatorische Grundlage des Reichskommissariats

Inzwischen war am 19. Mai Seyss-Inquart im Führerhauptquartier eingetroffen und von Hitler empfangen worden. Schon am Tage zuvor (18. 5. 1940) hatte Hitler die Urkunde der Ernennung Seyss-Inquarts zum „Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete“⁷² und einen Erlaß über die Ausübung der Regierungsbefugnisse in den Niederlanden⁷³ ausgefertigt.

⁷⁰ Vgl. dazu die Aussage des Vertreters des Auswärtigen Amtes Bene: „Etwa am 20. Mai 1940 wurde ich von Südtirol zum Reichsaußenminister v. Ribbentrop befohlen, der sich damals im Führerhauptquartier in der Eifel befand. Von ihm wurde mir mitgeteilt, daß in den besetzten niederländischen Gebieten Dr. Seyss-Inquart als Reichskommissar eingesetzt worden sei, und daß das Auswärtige Amt zu diesem einen Vertreter entsenden solle. Nach den Erfahrungen in Norwegen, wo es zwischen dem Reichskommissar Terboven und der deutschen Gesandtschaft zu Differenzen gekommen sei, wünsche der Führer, daß der Vertreter des A. A. in den Niederlanden ein ruhiger und besonnener Mann mit Auslandserfahrung sein solle . . . Er lege Wert darauf, daß ich ein persönlich gutes Verhältnis zu Dr. Seyss-Inquart und seinen Mitarbeitern habe und daß Differenzen wie in Norwegen nicht entstünden . . . Seyss-Inquart sei auch ein ruhiger Mann, mit dem man gut auskommen würde . . .“ Zitiert nach A. E. Cohen, *De instelling van het Rijkscommissariaat in Nederland in het licht van het Noorse precedent*. RvO, Amsterdam. Not. Nr. 29.

⁷¹ Vgl. dazu auch P. Kluge, *Politische Form und Außenpolitik des Nationalsozialismus*, in: *Geschichte und Gegenwartsbewußtsein*, Festschrift für Hans Rothfels, Göttingen 1963, S. 428 ff.

⁷² RvO, Amsterdam. FOSD 2288. 483168. Abschrift der Ernennungsurkunde Seyss-Inquarts zum Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete v. 18. 5. 1940. Vgl. auch ebd., 483167. Brief Lammers an Meissner v. 21. 5. 1940.

⁷³ *Verordnungsblatt für die besetzten niederländischen Gebiete*. VO 1/40. (zit. VOBL. Niederlande).

Am 19. 5. 1940 vollzog Hitler die Ernennung Seyss-Inquarts, während der Erlaß über die Ausübung der Regierungsbefugnisse erst am 29. Mai inkraft treten sollte. Dieser Erlaß bestimmte, daß Seyss-Inquart als Reichskommissar Hitler unmittelbar unterstellt sei und dessen Weisungen nur über den Chef der Reichskanzlei zu erhalten habe. Im übrigen stellte der Erlaß fest, daß der Reichskommissar die „Reichsinteressen“ in den Niederlanden zu „wahren“ und im „zivilen Bereich“ die oberste Regierungsgewalt auszuüben habe. Zur Durchführung seiner Anordnungen könne er sich deutscher Polizeiorgane und zur Ausübung der Verwaltung der niederländischen Behörden bedienen. Das bisher geltende niederländische Recht sollte, „soweit es mit der Besetzung vereinbar ist“, in Kraft bleiben; eine Bestimmung, mit der nach außen hin die Fiktion der Achtung der Haager Landkriegsordnung (Art. 43) aufrecht erhalten wurde. Es war ferner vorgesehen, die „rechtsetzenden“ Verordnungen des Reichskommissars in einem zweisprachigen „Verordnungsblatt für die besetzten niederländischen Gebiete“ zu verkünden.

Es ist nicht bekannt, wie lange der Empfang Seyss-Inquarts in Münstereifel gedauert hat und worüber im einzelnen gesprochen worden ist. Man wird jedoch annehmen dürfen, daß Seyss-Inquart erste Instruktionen für seine neue Aufgabe und für den organisatorischen Aufbau des Reichskommissariats erhalten hat. Wahrscheinlich ist es Hitler bei dieser Unterredung aber auch deutlich geworden, daß die Zivilverwaltung nicht ohne ausreichende Vorbereitungen errichtet werden konnte. Hierin lag wohl der Grund für den gleichzeitig erteilten, zunächst widersinnig wirkenden Befehl zur Einsetzung der „provisorischen“ Militärverwaltung in den Niederlanden.

Am 20. Mai 1940 regelte Hitler schließlich die Befehlsgewalt in den Niederlanden. Die Abgrenzung der Kompetenzen des Reichskommissars und des neu ernannten Wehrmachtbefehlshabers, General Christiansen⁷⁴, ging auf die Forderung des Oberbefehlshabers des Heeres zurück. Als Generaloberst von Brauchitsch am Abend des 17. Mai von der Auflösung der Militärverwaltung unterrichtet worden war, hatte er vom Chef des OKW eine klare Abgrenzung der Befehlsbefugnisse des „militärischen und zivilen Führers verlangt“⁷⁵. Das OKH, das sich durch Hitlers „plötzlichen“ Entschluß brüskiert und übergangen fühlte, „wollte nach den in Polen gemachten Erfahrungen nicht wieder zum Sündenbock gestempelt oder für Maßnahmen, die es nicht gebilligt oder getroffen hatte, verantwortlich gemacht werden“⁷⁶.

„Mit Inkraftsetzung meines Erlasses über die Ausübung der Regierungsbefugnisse in den Niederlanden“, so hieß es in dem Führererlaß vom 20. Mai⁷⁷, „werde ich den dem Oberbefehlshaber des Heeres erteilten Auftrag zur Ausübung der vollziehenden Gewalt“ zurückziehen und dem Reichskommissar übertragen. „Die militärische Befehlsgewalt . . . übt sodann der Wehrmachtbefehlshaber in den

⁷⁴ Vgl. Het Proces Christiansen. Bronnenpublicaties, Processen Nr. 4, 's Gravenhage 1950.

⁷⁵ Halder KTB I, v. 17. 5. 1940.

⁷⁶ Zitiert nach W. Baum: Vollziehende Gewalt und Kriegsverwaltung im „Dritten Reich“, a. a. O., S. 475 ff.

⁷⁷ ADAP D IX, Nr. 282, S. 317.

Niederlanden aus. Er untersteht mir unmittelbar und erhält meine Weisungen durch das Oberkommando der Wehrmacht“. General Christiansen, der auf Vorschlag von Göring ernannt worden war, und dem „in territorialer Hinsicht“ alle in den Niederlanden eingesetzten Dienststellen und Gruppen der drei Westmachtsteile unterstanden, sollte die „Belange der Wehrmacht einheitlich gegenüber dem Reichskommissar“ vertreten. Die Verteidigung der Niederlande und „die Kriegführung aus dem niederländischen Raum“ fiel zwar in den Aufgabenbereich der Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile, aber bei „überraschender Bedrohung durch Feindhandlungen“ konnte der Wehrmachtsbefehlshaber in den Niederlanden (WBN) bis zum Eintreffen weiterer Weisungen den in den Niederlanden stationierten Truppen „die zur einheitlichen Abwehr des feindlichen Angriffs erforderlichen Befehle erteilen“. „Forderungen der Wehrmacht, die im zivilen Bereich durchgesetzt“ werden sollten, hatte der WBN jedoch an den Reichskommissar zu richten. Auch bei einer militärischen Berohung des Landes war er verpflichtet, seine Anordnungen „im zivilen Bereich“ soweit wie möglich über den Reichskommissar zu leiten.

Am 20. Mai 1940 fuhr der neuernannte Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete nach Wien, um zwei seiner politischen Freunde, Dr. Friedrich Wimmer und Hans Fischboeck, zu bewegen, das Generalkommissariat für Verwaltung und Justiz bzw. für Finanzen und Wirtschaft zu übernehmen. Beide erklärten sich einverstanden. Zwei Tage später gab Generalgouverneur Frank seinem scheidenden Stellvertreter ein Abschiedessen in Krakau. „Die Zeit“, so erklärte Frank⁷⁸, „während der uns diese Gemeinschaftsarbeit hier im Osten verband, ist ernst. Sie ist aber auch gleichzeitig der Ausgangspunkt für die grandioseste Machtentfaltung des Deutschen Reiches. Ihre Entfaltung wird überhaupt die Entfaltung der größten Energiegeballtheit darstellen, die es jemals in der Weltgeschichte gab. In diesem Werk sind Sie nun voll wirksam vom Führer an markantester Stelle eingereicht“. Seyss-Inquart, der zweifellos froh war, von seinem Posten in Polen abberufen worden zu sein, erwiderte: „ich gehe nun nach dem Westen, und ich will ganz offen sein. Mit dem Herzen bin ich hier (!), denn ich bin meiner ganzen Einstellung nach auf den Osten eingerichtet. Im Osten haben wir eine nationalsozialistische Mission, drüben im Westen haben wir eine Funktion, das ist vielleicht der Unterschied.“

Am 23. Mai 1940 reiste Seyss-Inquart nach Berlin, wo er die ersten Verordnungen für sein „neues Reich“ ausarbeitete und erste Besprechungen mit den verschiedenen Reichsministerien führte. Bei dieser Gelegenheit lernte er die zwei anderen künftigen Generalkommissare kennen, auf deren Ernennung er jedoch keinen Einfluß haben sollte. Zeigte es sich doch jetzt, daß sowohl die Parteileitung wie die SS sich das Recht anmaßten und durchsetzten, jeweils ihre eigenen Vertreter in das Reichskommissariat zu entsenden, um ihren Ansprüchen und Zielen in dem gerade eroberten Gebiet Nachdruck zu verschaffen. Besondere Bedeutung hatte die Nomi-

⁷⁸ IMT IXXX, PS-2233, S. 400. Eintragung im Frank-Tagebuch, 22. 5. 1940.

nierung des SS-Brigadeführers Hanns Albin Rauter, der wie Seyss-Inquart aus dem Steierischen Heimatschutz herkam und zum künftigen Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) und Generalkommissar für das Sicherheitswesen in den Niederlanden ernannt werden sollte. Aus einer Notiz Himmlers vom 22. Mai 1940 geht hervor⁷⁹, daß zunächst Zweifel darüber bestand, ob für diesen Posten SS-Gruppenführer von dem Bach-Zelewski gewählt werden sollte. Hitler gab schließlich selbst den Ausschlag, indem er am 22. Mai erklärte, „mit Rauter als Österreicher sehr einverstanden“⁸⁰. Einen Tag später ernannte Hitler auch den Vertreter der Partei im Reichskommissariat. Auf Vorschlag von Heß und Bormann war dafür der Oberdienstleiter Fritz Schmidt nominiert worden, der nunmehr das Amt eines Generalkommissars *zbV.* erhielt. Als Vertreter der Parteileitung sollte der „alte Kämpfer“ Schmidt im Reichskommissariat die Interessen der Partei vertreten und in allen politischen Fragen Seyss-Inquart hilfreich zur Seite stehen.

Am 24. Mai 1940 lernte Seyss-Inquart diese beiden neuen Mitarbeiter in Berlin kennen. Auch der künftige Vertreter des Auswärtigen Amtes im Reichskommissariat, der „alte Kämpfer“ Otto Bene, bisher Gesandter in Mailand, stellte sich am selben Tag Seyss-Inquart vor. Ursprünglich hatten jedoch Seyss-Inquart und Ribbentrop am 19. Mai im Führerhauptquartier vereinbart, daß der bisherige Generalkonsul in Amsterdam, Benzler, diesen Posten übernehmen sollte⁸¹. Hitler scheint jedoch mit der Wahl Benzlers nicht einverstanden gewesen zu sein. Wie bereits erwähnt, spielten bei dieser Ablehnung ebenso wie bei der Abberufung des Gesandten Zech auch die negativen „Erfahrungen“ mit, die Hitler in Norwegen mit der politischen Aktivität deutscher Diplomaten gemacht hatte.

Bene war zunächst wieder nach Italien zurückgekehrt, da vorgesehen war, daß er sein Amt in Den Haag erst Ende Mai antreten sollte. Am Morgen des 25. Mai ersuchte Seyss-Inquart jedoch über das Außenministerium dringend um Benes Übersiedlung nach Den Haag, da Hitler ihm (Seyss-Inquart) befohlen habe, sein neues Amt sofort anzutreten⁸². Bevor sich Seyss-Inquart, Rauter, Schmidt, Wimmer und Fischboeck auf die Reise nach den Niederlanden machten, die sie zuvor niemals betreten hatten, wurden sie zu Hitler bestellt, der ihnen eine „Lektion“ in niederländischer Geschichte erteilen und letzte Instruktionen mit auf den Weg geben wollte.

Am 25. Mai flog Seyss-Inquart mit seinem Stab ins Führerhauptquartier, wo er zunächst allein um 12 Uhr von Hitler empfangen wurde. Zwei Stunden später mußte sich Rauter beim Führer melden. Nach einem gemeinsamen Mittagessen, bei dem Hitler auf den Krieg im Westen zu sprechen kam und die Meinung äußerte, daß der Kampf gegen Frankreich bereits gewonnen sei, zog er sich mit Himmler, Bormann, Seyss-Inquart, Rauter und Schmidt in den Führerbunker zurück. Allein

⁷⁹ RvO, Amsterdam. BDC H 555 3696. Himmlers Notizen aus dem Felsenmest.

⁸⁰ Ebd., BDC H 555. 3693/4.

⁸¹ RvO, Amsterdam. FOSD 413. 215712–14. Vortragsnotiz Luthers v. 21. 5. 1940. Vgl. auch ADAP D IX, Nr. 295, S. 330f.

⁸² RvO, Amsterdam. FOSD 2190. 472771. Vortragsnotiz Luthers v. 25. 5. 1940.

die militärische Notwendigkeit, die Kanalküste zu erreichen, so rekapitulierte Hitler⁸³, habe ihn gezwungen, die Niederlande zu besetzen. Für das Volk, das dem deutschen verwandt und das einen Admiral de Ruyter, einen Rembrandt, einen Hals und einen Vermeer hervorgebracht hätte, empfände er die größte Sympathie. Auch die Eindeichungen und die Trockenlegung der Zuidersee hätten gezeigt, daß die guten Eigenschaften des Volkes trotz der 400jährigen Isolation vom deutschen Volk nicht verlorengegangen wären. Da die gebildeten Schichten auf Grund ihrer england-freundlichen Haltung gegen Deutschland eingestellt wären, setze er besonders auf die Arbeiter und Bauern große Erwartungen, denn ihre Zukunft würde allein in einem starken Europa liegen. 60 Millionen Indonesier, so fuhr Hitler fort, arbeiteten von früh bis spät nur für eine kleine Schar reicher Niederländer, die so die Löhne der arbeitenden Bevölkerung niedrig halten könnten. Die Flucht der Königin sei für ihn eine angenehme Überraschung und große Erleichterung gewesen. Vieles, so meinte er, werde jetzt einfacher gehen, da das Volk für die Flucht seiner Königin wenig Verständnis aufbringe.

Nach diesem einstündigen Monolog legte Seyss-Inquart den Entwurf eines Aufrufes an die niederländische Bevölkerung vor⁸⁴, der von Hitler gebilligt wurde. Danach war der Empfang beendet.

Noch am gleichen Abend gegen 19 Uhr trafen Seyss-Inquart und seine Begleiter in Den Haag ein⁸⁵. Am Nachmittag des 26. Mai suchte Seyss-Inquart den Militärbefehlshaber auf und „erbat eine möglichst schnelle Übergabe“ der Regierungsgewalt⁸⁶. Als Termin nannte er den 28. Mai. General von Falkenhausen warnte vor einer „Überstürzung“ und schlug vor, den 1. Juni zu wählen. „Die eingeleiteten militärischen, verwaltungsmäßigen und wirtschaftlichen Maßnahmen“, so argumentierte er, „dürften nicht durch eine so schnelle Übergabe in ihrer Auswirkung unterbrochen werden“. Als Seyss-Inquart erwiderte, daß Hitler einen „schleunigen Wechsel“ fordere und Generaloberst von Brauchitsch sich „mit jedem Termin einverstanden“ erklärt habe, gab der Militärbefehlshaber zu verstehen, daß bei einer solchen Terminsetzung eine ordnungsgemäße Übergabe wahrscheinlich nicht überall möglich sei. Nachdem jedoch Seyss-Inquart erklärt hatte, „die Folgen auf sich nehmen zu wollen“, einigte man sich auf den 29. Mai 1940.

Im weiteren Verlauf dieser Unterredung berichtete General von Falkenhausen über die Haltung und Reaktion der niederländischen Bevölkerung. Es bestehe, so erklärte er, eine provisorische niederländische Regierungsinstanz, die unter Leitung von General Winkelman aus den Generalsekretären bestehe. Sie sei zwar von den

⁸³ Aussage Rauter; *Nederland in Oorlogstijd*. 4. Jg., Nr. 1, S. 20f.

⁸⁴ Aufruf des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete an die niederländische Bevölkerung. VO 2/40, VOBl Niederlande, S. 6f.

⁸⁵ RvO, Amsterdam. FOSD 173 I. 84358. Telegramm Selsams an das A. A. vom 26. 5. 1940.

⁸⁶ Zitiert nach dem „Bericht des Militärbefehlshabers in den Niederlanden und Belgien vom 28. 5. 1940 über Besprechungen mit dem Reichsminister und zukünftigen Reichskommissar Dr. Seyss-Inquart“. RvO, Amsterdam. CDI-Collectie (Washington-Kopie) 141142-141145.

deutschen Militärbehörden offiziell nicht anerkannt worden, arbeite bisher aber gut, reibungslos und „loyal“ mit ihnen zusammen. Auch die Haltung der Bevölkerung sei „einwandfrei“, und überraschend „bereitwillig“. Jeder Haß fehle, innere Ablehnung sei nicht fühlbar. Die kurze Dauer des Krieges habe keine Verbitterung aufkommen lassen. Irgendeine Auflehnungsgefahr bestehe vorerst nicht. Die Abreise der Königin und der Regierung werde im Lande „sehr bedauert“. Dagegen sei das „Ansehen der Deutschen“ gewachsen. Besonderen Eindruck habe das bis auf geringe Ausnahmen „vorzügliche Verhalten der deutschen Wehrmacht“ gemacht. Die gegenseitige Grußpflicht der Offiziere und die Unterlassung besonderer Maßnahmen gegen die niederländische Wehrmacht habe ein Gefühl der Demütigung von Anfang an nicht aufkommen lassen. Mit allem Nachdruck warnte General von Falkenhausen den Reichskommissar davor, diese für Deutschland so günstige Situation durch ein hartes und schroffes Auftreten zu verschlechtern. „Das Volk sei demokratisch“, so erklärte er dem überzeugten Nationalsozialisten Seyss-Inquart, „es habe Sorge, was nach dem Wechsel im deutschen Verwaltungssystem geschehe. Vorsichtige Zügel-führung sei am Platze und werde eher zum Erfolg führen als Zwang“. Auf die „unpolitische“ Tätigkeit seiner Militärverwaltung anspielend, erzählte der Militärbefehlshaber weiter, daß die nationalsozialistische Bewegung in den Niederlanden (NSB)⁸⁷ „des Verrats am holländischen Volk“ beschuldigt werde. Das Verlangen der Faschisten, im Rundfunk eine Erklärung abzugeben und von General Winkelmann bestätigen zu lassen, „daß die NSB keinerlei rechtswidrige oder hochverräterische Handlung im Krieg begangen habe“, sei vorerst mit der Begründung abgewiesen worden, „daß hierzu im Rahmen der dem Militärbefehlshaber gestellten Aufgaben kein Platz“ sei.

Obwohl Seyss-Inquart nach dem Willen Hitlers eine andere Politik verfolgen sollte, als General von Falkenhausen sie ihm anriet, blieb dieses Gespräch doch anscheinend nicht ohne Wirkung auf den neuen Statthalter. Im Laufe der zweiten Unterredung, die am Nachmittag des 27. Mai stattfand, bat Seyss-Inquart den General, ihm „noch einmal in Sonderheit die innere Situation Hollands“ zu erläutern. „Diese innere Situation“, so betonte der Militärbefehlshaber, „sei für Deutschland günstig“. Alles weitere hänge vom Verhalten der deutschen Behörden ab, die durch provozierende Zwischenfälle und „Schroffheit“ viel verderben könnten. „Scharfe Disziplin“ sei daher für „Soldaten, Polizei und Formationen unerläßlich. Wirtschaftlich komme es darauf an, die holländische Industrie zur freiwilligen Mitarbeit zu bringen; hier und da werde ihr ein gewisser Zwang nicht unwillkommen sein; in anderen Fällen wiederum könne Zwang alles verderben; dies seien Fragen des Einzelfalles“. Besondere Vorsicht sei auch in der Behandlung der Frage der niederländischen Neutralitätsverletzung geboten, da man in den Niederlanden überzeugt sei, „neutral gewesen zu sein“.

Am 28. Mai kündete Hitler an, daß er „mit dem 29. Mai 1940, 12 Uhr, die Befugnisse des Oberbefehlshabers des Heeres zur Ausübung der vollziehenden Gewalt in

⁸⁷ Vgl. unten, S. 75 dieser Arbeit.

den besetzten niederländischen Gebieten⁸⁸ zurückziehen werde. Zum gleichen Zeitpunkt sollte auch der Führererlaß vom 18. Mai über die Ausübung der Regierungsbefugnisse und der Erlaß vom 20. Mai über die Regelung der Befehlsbefugnisse in Kraft treten. Aufgrunddessen endete die einheitliche Kompetenz des Militärbefehlshabers General von Falkenhausen in den Niederlanden am folgenden Tage. An seine Stelle traten Reichskommissar Seyss-Inquart als Inhaber der Regierungsgewalt und der Wehrmachtbefehlshaber General Christiansen als Inhaber der militärischen Hoheitsrechte. Die seit Oktober 1939 vom OKH sorgfältig vorbereitete, scheinbar „festgefügte“ reine Militärverwaltung war damit offiziell durch die politische Zivilverwaltung abgelöst.

Exkurs : Die Frage der Einsetzung eines Reichskommissars in Belgien

Bei der Verwaltung der einzelnen im Laufe des Zweiten Weltkrieges besetzten europäischen Länder bediente sich Hitler je nach der außenpolitischen und militärischen Situation und je nach den mit der Okkupation verbundenen Zielsetzungen verschiedener Formen und Institutionen der Besatzungsverwaltung. Sieht man einmal davon ab, daß auch unabhängig von dieser unterschiedlichen Konstruktion des Besatzungsregimes, sich in allen Besatzungsgebieten Partei- und SS-Stellen (wenn auch in unterschiedlichem Grade) einschalteten und bestimmte Maßnahmen des Regimes (z. B. die Deportation der Juden) überall durchgeführt wurden und daß auch die Gewaltamkeit der *Methoden*, bei der Bekämpfung von Widerstandsgruppen, der „Beschaffung“ von Arbeitskräften oder der kriegswirtschaftlichen und sonstigen Ausbeutung weitgehend ähnliche Züge in allen deutschen Besatzungsgebieten aufwies, so lassen sich doch drei Hauptformen der Besatzungsverwaltung unterscheiden :

1. die Errichtung von Militärverwaltungen (unter einem territorialen Wehrmachtso-der *Militärbefehlshaber* als Inhaber der vollziehenden Gewalt),
2. die Einsetzung einer politischen Zivilverwaltung in der Form eines *Reichskommissars*,
3. die Einsetzung eines *Chefs der Zivilverwaltung*.

Die Übertragung der obersten Hoheitsrechte an einen Chef der Zivilverwaltung geschah grundsätzlich nur in denjenigen Gebieten (Elsaß, Lothringen, Luxemburg, Untersteiermark, Südkärnten), deren Einverleibung in das Reich fest vorgesehen war und man lediglich davon absah, die staatsrechtliche Angliederung schon während des Krieges zu vollziehen. Diese Gebiete blieben Sonderverwaltungsgebiete unter dem jeweiligen Chef der Zivilverwaltung (CdZ), wesentliche Materien des Reichsrechts und wesentliche Zweige der Reichsverwaltung wurden aber bereits auf diese Gebiete ausgedehnt. Diese weitgehende faktische Eingliederung fand u. a. darin ihren Ausdruck, daß die CdZ's dem Reichsinnenminister unterstellt waren.

⁸⁸ RvO, Amsterdam. FOSD 413. 215674. Führererlaß vom 28. 5. 1940.

Verglichen mit dieser intensivsten Form der verwaltungsmäßigen und politischen Bindung an das Reich, stellte die Einsetzung von Militärbefehlshabern als Inhaber der vollziehenden Gewalt (so in Dänemark, Belgien, Frankreich, Serbien, Griechenland) die lockerste und unpolitischste Form des Besatzungsregimes dar. Zwischen beiden Formen stand der Typus der von einem zivilen Reichskommissar geleiteten Besatzungsverwaltung. Die Bezeichnung „Reichskommissar“ drückte aus, daß das von ihm kontrollierte Gebiet in eine engere Bindung zum „Reich“ gebracht werden sollte und daß es sich nur um eine vorläufige („kommissarische“) Regelung der politischen und Hoheits-Verhältnisse handele. Mit anderen Worten: Die Bezeichnung Reichskommissar unterstrich, daß das von ihm verwaltete Land in eine irgendwie geartete künftige politische und territoriale „Neuordnung“ einbezogen werden sollte. Die Tatsache, daß auch in Österreich nach dem Anschluß zunächst ein „Reichskommissar“ eingesetzt wurde, der Hitler direkt unterstellt war und außerordentliche politische Aufträge zu erfüllen hatte, ehe 1939 die definitive Verwaltungsneugliederung und Angleichung der „Ostmark“ an das Reich erfolgte, bestätigt diese interimistische Funktion. Und es war schließlich bezeichnend, daß die zuerst in Norwegen und den Niederlanden auf ein besetztes (nicht ein angegliedertes) Gebiet angewandte Bezeichnung und Zivilverwaltungs-Institution später auch für diejenigen Teile der besetzten sowjetischen Gebiete eingeführt wurde, die im Juli 1941 aus der Militärverwaltung herausgenommen und einer politischen Zivilverwaltung unterstellt wurden („Reichskommissar Ostland“ – „Reichskommissar Ukraine“). Im Zusammenhang dieser Maßnahmen erklärte Hitler am 16. Juli 1941 in Gegenwart von Bormann, Rosenberg, Keitel, Göring und Lammers: „Wesentlich sei nun, daß wir unsere Zielsetzung nicht vor der ganzen Welt bekanntgäben; dies sei auch nicht notwendig, sondern die Hauptsache sei, daß wir selbst wüßten, was wir wollen . . . Die Motivierung unserer Schritte vor der Welt müsse sich also nach taktischen Gesichtspunkten richten. Wir müßten hier (in Rußland, Anm. d. Verf.) genau so vorgehen, wie in den Fällen Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien. Auch in diesen Fällen hätten wir nichts über unsere Ansichten gesagt, und wir würden dies auch weiterhin klugerweise nicht tun. Wir werden also wieder betonen, daß wir gezwungen waren, ein Gebiet zu besetzen, zu ordnen und zu sichern; im Interesse der Landeseinwohner müßten wir für Ruhe, Ernährung, Verkehr usw. sorgen, deshalb unsere Regelung. Es soll also nicht erkennbar sein, daß sich damit eine endgültige Regelung (Sperrung v. Verf.) anbahnt! Alle notwendigen Maßnahmen – Erschießen, Aussiedeln etc. – tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun . . . Uns aber muß es klar sein, daß wir aus diesen Gebieten nie wieder herauskommen . . .“⁸⁹.

Diese Ausführungen Hitlers sind ebenso vielsagend wie mehrdeutig. Sie bestätigen einerseits ausdrücklich, daß die anlässlich der Besetzung sowjetischen Territoriums zutagetretende Entschlossenheit, die eroberten Gebiete zum Gegenstand

⁸⁹ H. A. Jacobsen, 1939–1945. Der Zweite Weltkrieg, a. a. O., Nr. 73, S. 255f. Aktenvermerk Bormanns über die nationalsozialistische Besatzungspolitik in Rußland v. 16. 7. 1941.

dauernder „Neuordnung“ zu machen, sich *grundsätzlich* auch auf die besetzten Gebiete im Westen und Norden bezog. Andererseits machte Hitler bei dieser Gelegenheit keinen Unterschied zwischen Reichskommissariatsgebieten (Norwegen, Niederlande) und Militärbefehlshaber-Gebieten (Dänemark, Belgien). Dies mag bis zu einem gewissen Grade die „Zufälligkeit“ der jeweiligen Konstruktionen der Besatzungsverwaltung bestätigen. Gleichwohl entkräftet dieses Zitat nicht unsere Unterscheidung. Gerade das Beispiel Belgiens zeigt vielmehr, daß Hitler an dem Gedanken, auch hier einen Reichskommissar einzusetzen, lange festgehalten hat. Ein Exkurs über diese Entwicklung in Belgien scheint deshalb besonders geeignet, die Bedeutung der andersartigen Besatzungsverwaltung in den Niederlanden zu beleuchten.

Nachdem bereits am 18. Mai 1940 Eupen, Malmedy und Moresnet dem Deutschen Reich einverleibt worden waren, wurde in Belgien nach Beendigung der Kampfhandlungen die seit Oktober 1939 vom OKH vorbereitete Militärverwaltung eingesetzt⁹⁰. Der Militärbefehlshaber General v. Falkenhausen übte in Belgien und in den seiner Militärverwaltung angegliederten nordfranzösischen Departments Du Nord und Pas de Calais die territoriale Befehlsgewalt aus. Anstelle der zunächst nach Paris und später nach London ausgewichenen Landesregierung trat der Militärverwaltungschef, Eggbert Reeder, der sich zur Durchführung seiner Verwaltungsmaßnahmen der belgischen Behörden bediente.

Aber bereits am 25. Mai 1940 – drei Tage vor der belgischen Kapitulation – sprach Himmler mit Hitler über die Möglichkeit der Einsetzung eines Reichskommissars in Belgien⁹¹. Allem Anschein nach waren auch Reichsinnenministerium und Reichskanzlei von dieser Absicht Hitlers unterrichtet worden. Nachdem Staatssekretär Stuckart (RMdI) Anfang Juni 1940 von einer Informationsreise aus Belgien und den Niederlanden zurückgekehrt war, schrieb er an Lammers:⁹² „Der kurzfristige Übergang der Militärverwaltung in Holland auf die zivile Verwaltung hat dazu geführt, daß die Militärverwaltung ihre Tätigkeit eingestellt hat, während die Zivilverwaltung ihre Tätigkeit noch nicht aufgebaut hat . . . Aus dem holländischen Beispiel sollte jedoch die Folge gezogen werden, daß ähnliche Verhältnisse für Belgien von vorneherein vermieden werden. Für Belgien würde es ausreichen, wenn Sie mir mitteilen könnten, ob der Führer an dem in Aussicht genommenen Reichskommissar für Belgien, Reichsstatthalter K⁹³, festhält. Ich würde für diesen Fall die Verbindung mit dem Reichsstatthalter K. aufnehmen und ihm rechtzeitig behilflich sein, das notwendige Personal für Belgien zusammenzustellen.“

Anders jedoch als das niederländische und norwegische Staatsoberhaupt hatte es Leopold III. vorgezogen, sein Land nicht zu verlassen. Am 28. Mai 1940 hatte er selbst den stellvertretenden Chef des Generalstabes angewiesen, den Deutschen die

⁹⁰ RGBl I, 1940, S. 777. Dokumente der deutschen Politik VIII, T. 2, S. 476 f.

⁹¹ RvO, Amsterdam. BDC H554. 3691. Notizen Himmlers vom Felsenest v. 25. 5. 1940.

⁹² RvO, Amsterdam FOSD 2432. 514174. Brief Stuckarts an Lammers v. 4. 6. 1940.

⁹³ Es ist dem Verf. nicht gelungen, diesen „Reichsstatthalter K“ (Gauleiter Kaufmann?) zu identifizieren.

Kapitulation der belgischen Armee anzubieten⁹⁴. Obwohl sein Verhalten im In- und Ausland kritisiert wurde⁹⁵, blieb König Leopold im Lande, und nicht zuletzt wegen seiner verwandschaftlichen Beziehungen zum italienischen Königshaus, ein Faktor, den Hitler bei der Verwirklichung seiner politischen Ziele berücksichtigen mußte. Hinzu kam, daß die Belgier nicht einheitlich wie Norweger und Niederländer als „germanisches Brudervolk“ gelten konnten, sondern die NS-Führung von vornherein zwischen germanischen Flamen und nichtgermanischen Wallonen unterschied⁹⁶. Diese von der SS später vor allem bei der Freiwilligenwerbung für ihre Verbände bis 1943 getroffene Unterscheidung⁹⁷ zeigte sich deutlich schon bei der Frage der Freilassung der belgischen Gefangenen. Während die „germanischen Flamen“ ebenso wie die Niederländer und Norweger schon 1940 zur Entlassung kamen, wurden die „nicht vertrauenswürdigen“ Wallonen als Kriegsgefangene nach Deutschland geschickt.

Ausschlaggebend für die Einsetzung der Militärverwaltung war jedoch die militärische Situation. Da Belgien als Aufmarschgebiet für die zweite Phase des Westfeldzuges (Fall Rot), die mit der endgültigen Niederwerfung Frankreichs ihren Abschluß fand, und als unentbehrliche strategische Ausgangsbasis für das Unternehmen „Seelöwe“ (Invasion Englands) betrachtet wurde, konnte das Heer hier darauf bestehen, daß die Beibehaltung einer Militärverwaltung nötig sei. Das änderte sich, als im Herbst 1940 das Unternehmen „Seelöwe“ abgebrochen worden war. Aber auffälligerweise kam Hitler erst im Sommer 1941 wieder auf den Gedanken zurück, einen Reichskommissar für Belgien zu ernennen⁹⁸, nachdem mit dem Einfall in die Sowjetunion gleichsam ein „qualitativer Umschlag“ des Krieges erfolgt und die Schwelle zu ungehemmter Radikalisierung und Fanatisierung überschritten war⁹⁹.

Als das OKW von dieser Absicht Hitlers erfuhr, wandte sich Keitel an Lammers und sprach sich gegen die Errichtung einer Zivilverwaltung aus¹⁰⁰. Das nach wie vor starke militärische Engagement¹⁰¹ in Belgien, so argumentierte Keitel, würde zu ständigen Reibereien „zwischen den unabwendbaren Forderungen der Wehrmacht und den berechtigten Belangen einer Zivilverwaltung“ führen. Keitel wies außerdem darauf hin, daß sich eine klare Abgrenzung der Befehlsbefugnisse schwerlich erreichen lassen würde, da der militärische Oberbefehl in den Händen des Oberbefehlshabers West (in Paris), also außerhalb der Grenzen Belgiens lag, während

⁹⁴ ADAP, D. IX, Nr. 331, S. 371. Vermerk v. d. Heyden-Rynsch v. 28. 5. 1940.

⁹⁵ Ebd., Nr. 355. Undatierte Notiz Siegfrieds und Nr. 358, S. 398, Telegramm Werkmeisters an Ribbentrop v. 31. 5. 1940.

⁹⁶ Vgl. Looock, a. a. O., S. 40. Vgl. RvO, Amsterdam. Map 128/2. Interrogation v. Falkenhäusen Nr. 476.

⁹⁷ IMT XXVI, PS-705, S. 262f. Niederschrift über die Besprechung des SS-Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft für den germ. Raum v. 12. 1. 1943. Vgl. Looock, a. a. O., S. 60.

⁹⁸ RvO, Amsterdam. FOSD 4839. 244975. Notiz Lammers v. 21. 10. 41.

⁹⁹ H. A. Jacobsen, Kriegsziele, a. a. O., S. 164.

¹⁰⁰ Ebd., 244974. Brief Keitels an Lammers v. 13. 10. 1941.

¹⁰¹ Nach der Angabe Keitels waren immerhin 200000 Soldaten, 1 Armeeoberkommando, 7 Divisionsstäbe und 1 Luftgaukommando in Belgien stationiert.

die territoriale Befehlsgewalt vom Militärbefehlshaber für Belgien und Nordfrankreich ausgeübt wurde. Auch könne die Zivilverwaltung nicht auf die zwei nordfranzösischen Departments ausgedehnt werden, da ein solcher Schritt zwangsläufig als Politikum gewertet und nur weitere Schwierigkeiten verursachen würde. Ebenso sprach die durch die Tätigkeit des Beauftragten für den Vierjahresplan geförderte einheitliche wirtschaftliche Behandlung Belgiens und Frankreichs nach der Ansicht Keitels gegen die Einsetzung einer Zivilverwaltung, die in allen Instanzen einen Personalwechsel verursachen würde.

Am 21. Oktober 1941 trug Lammers Hitler die Bedenken des OKW vor. Den Brief Keitels zu lesen, lehnte Hitler jedoch mit der Bemerkung ab, „daß er gleichwohl entschlossen sei, eine Zivilverwaltung in Belgien zu errichten“¹⁰². Der Chef der Reichskanzlei wurde beauftragt, einen entsprechenden Erlaß vorzubereiten, wobei an die Teilung Belgiens in einen wallonischen und flämischen Teil gedacht war. Der letztere sollte dem Reichskommissariat Seyss-Inquart angegliedert und im wallonischen Gebiet der rheinische Gauleiter Grohé zum Reichskommissar ernannt werden. Wenige Tage nach dieser Unterredung sprachen sich jedoch sowohl das Reichsinnenministerium wie das OKW als auch der Beauftragte für den Vierjahresplan (Göring) gegenüber dem Chef der Reichskanzlei gegen diese Pläne aus. Das Reichsinnenministerium gab zu bedenken, daß eine Vereinigung Flanderns mit den Niederlanden den politischen Aspirationen der Holländer und Flamen zur Bildung eines „Groß-Dietschen Reiches“ Vorschub leisten, dagegen den „deutschen Gedanken“ schwächen würde¹⁰³.

Die Sanktionierung der Großdietschen Idee, so hieß es in der Stellungnahme Stuckarts, würde sich gegen die deutschfreundlichen Kräfte auswirken, „die sich als ein politisch noch abgesplitterter Zweig des deutschen Volkstums betrachten und auf eine baldige mehr oder minder enge Wiedervereinigung mit dem Reich abzielen“. Auch sei bei einer Trennung Belgiens in einen flämischen und einen wallonischen Teil mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu rechnen. Insbesondere müsse befürchtet werden, daß es in Belgien, das mit seinen reichen Kohle- und Eisenvorräten besonders stark in die deutsche Kriegswirtschaft eingeschaltet sei, bei einer Änderung des status quo zu einem Absinken der Kriegsproduktion und einem Nachlassen der Arbeitswilligkeit komme. Denn zweifellos würde die Teilung als Ende des Königreiches gewertet werden, so daß mit ernstesten „politischen und psychologischen Krisen“ in der Bevölkerung und mit einem Versagen der bisher „arbeitswilligen

¹⁰² RvO, Amsterdam. FOSD 4839. 244975. Notiz Lammers v. 21. 10. 1941. Vgl. ebd., 244979. Brief Lammers an Keitel v. 24. 10. 1941.

¹⁰³ Ebd., 244985. Vermerk Kritzingers über die Besprechung mit Stuckart v. 28. 10. 1940. Vgl. ebd., 244987. Brief Stuckarts an Lammers v. 4. 11. 1940 und 244989–245005. Ausfertigung Stuckarts, o.D. Das insbesondere vom holländischen Faschistenführer Mussert angestrebte „Groß-Dietsche Reich“ sollte alle niederländisch sprechenden Menschen vereinen und unter Anlehnung an das Deutsche Reich eine staatsrechtliche Selbstständigkeit wahren. Nach einer diesbezüglichen Unterredung mit Seyss-Inquart am 3. 10. 1942 entschied Hitler schließlich, daß unter diesen Umständen eine Vereinigung der Flamen und Niederländer nicht in Frage komme.

gen und ruhigen“ belgischen Verwaltung gerechnet werden müsse. Auch auf ernährungswirtschaftlichem Sektor fürchtete man erhebliche Störungen. Während bisher ein beträchtlicher Teil des Ernährungsbedarfs, den Belgien nur zu 50 Prozent selbst zu decken vermochte, durch Einfuhren aus den zwei nordfranzösischen Departments befriedigt werden konnte, würde dies im Falle einer administrativen Verselbständigung der hochindustrialisierten Wallonei wahrscheinlich nicht mehr möglich sein, so daß das Reich einspringen müsse und dadurch die deutsche Ernährungsbilanz belastet würde.

Schließlich stellte sich die Frage, was im Falle einer Teilung Belgiens mit den beiden Departments Du Nord und Pas de Calais geschehen solle. Eine „Eingliederung“ in das Reichskommissariat Belgien, so argumentierte das Reichsinnenministerium, würde als „Schlag gegen Frankreich“ gewertet werden, wobei „die Folgerscheinungen nicht abzusehen“ seien. Auf der anderen Seite jedoch würde eine „Zuteilung“ an den Militärbefehlshaber in Frankreich ein „Zugeständnis“ und „Geschenk“ an die Franzosen darstellen, das „z. Zt. nicht angebracht“ sei und den „Verlust eines wichtigen Faustpfandes“ bedeute. „Auch dieses nicht zu lösende Dilemma“, so betonte Stuckart, „legt die Frage nach der Zweckmäßigkeit der Einführung der Zivilverwaltung im gegenwärtigen Zeitpunkt nahe“. Sollte Hitler trotz der schwerwiegenden Bedenken der Einsetzung einer Zivilverwaltung jedoch an seinem Entschluß festhalten, so empfahl Stuckart, auf keinen Fall die Bezeichnung „Chef der Zivilverwaltung für Belgien“ zu wählen, da „Chefs der Zivilverwaltung“ bisher nur in Gebieten eingesetzt worden sind, „die alsbald oder später bei Friedensschluß echt in das Reich eingegliedert werden sollen“, während im Falle Belgiens nur daran gedacht sei, Flandern in ein enges Verhältnis zum Reich zu bringen („die Wallonei wird eine andere Behandlung erfahren“). Deshalb schlug Stuckart vor, im Falle der beabsichtigten Einsetzung einer Zivilverwaltung lieber ganz Belgien einem „Reichskommissar“ zu unterstellen, der die engere Bindung Flanderns an das Reich vorbereiten und eine aktive „Volkstumspolitik“ betreiben könne. So ließen sich z. B. unter einem einheitlichen Reichskommissariat zwei für Flandern und Wallonien getrennte „Abteilungen“ errichten, während die Wirtschaft beider Gebiete von einer besonderen Abteilung überwacht und koordiniert werden könne. Als Kontrollorgane in den einzelnen Provinzen könnten „Beauftragte des Reichskommissars“ ernannt werden. Als Alternativlösung könne aber auch an die Einsetzung von vier Generalkommissaren in Gent, Antwerpen, Lüttich und Mons bei gleichzeitiger Errichtung einer gemeinsamen Wirtschaftsabteilung gedacht werden. In beiden Fällen, so schlug Stuckart vor, solle die Verwaltung den belgischen Behörden überlassen werden, da deutsches Personal nicht mehr zur Verfügung stehe. Deshalb empfehle es sich auch, die Militärverwaltungsbeamten zu übernehmen. Lediglich die Feldgendarmarie, die Geheime Feldpolizei und die Polizei sollten den Militärbehörden bzw. dem Reichsführer-SS unterstellt werden. Für die beiden nordfranzösischen Departments empfahl Stuckart in einem solchen Falle die Einsetzung eines „besonderen Zivilkommissars“.

Anfang Dezember 1941 legte auch Keitel in einem Schreiben an Lammers noch-

mals die Bedenken des OKW dar¹⁰⁴. Und am 13. Januar 1942 teilte Görings Staatssekretär Körner dem Chef der Reichskanzlei mit, daß der Beauftragte für den Vierjahresplan, Reichsmarschall Göring, „vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen kein Interesse an einer Änderung der deutschen Verwaltung“ habe und auch eine Teilung Belgiens zum gegenwärtigen Zeitpunkt „für nicht ratsam“ halte¹⁰⁵. Trotzdem hielt Hitler zunächst weiter an dem Gedanken fest, in Belgien „möglichst bald eine Zivilverwaltung einzurichten“¹⁰⁶.

Die Veränderung der militärischen Lage, die ein Kriegsende und eine danach in Angriff zu nehmende politische und territoriale „Neuordnung“ in unabsehbare Ferne rückten, bewirkte jedoch im Laufe des Jahres 1942, daß der Plan der Einführung einer Zivilverwaltung in Belgien dem aktuelleren Verlangen nach „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ untergeordnet wurde, welche durch eine Änderung des status quo der Verwaltung beeinträchtigt zu werden drohte¹⁰⁷. Zwar äußerte Hitler noch im Mai 1942 gegenüber Goebbels, es sei für ihn eine Selbstverständlichkeit, daß aus Belgien künftig die deutschen Reichsgaue Flandern und Brabant würden¹⁰⁸. Die wiederholte Zurückstellung der Frage einer Einsetzung der Zivilverwaltung zeigt hingegen, daß Hitler sich außerstande sah, dieses Ziel unter den gegebenen Umständen in Angriff zu nehmen und durch die Ernennung eines politischen Reichskommissars oder, wie es in einer undatierten Denkschrift des Reichsinnenministeriums vom Oktober 1942 heißt¹⁰⁹, eines „Beauftragten des Führers für die besetzten Gebiete von Belgien und Nordfrankreich“ mit der praktischen politischen Arbeit beginnen zu können. Obwohl im Herbst 1942 von einer „Abnutzung“¹¹⁰ der Militärverwaltung gesprochen wurde, und sowohl der Militärverwaltungschef Reeder¹¹¹ als auch der Chef des SS-Hauptamtes Gottlob Berger¹¹² den

¹⁰⁴ RvO, Amsterdam. FOSD 4839. 245014. Brief Keitels an Lammers v. 9. 12. 1941.

¹⁰⁵ Ebd., 245016. Brief Körners an Lammers vom 13. 1. 1942.

¹⁰⁶ Ebd., 245030. Notiz Lammers v. 5. 1. 1942.

¹⁰⁷ Ebd., 245030. Notiz Lammers v. 13. 5. 1942, 245032. Aufzeichnung Kritzingers v. 24. 9. 1942. 245045. Brief Lammers an Stuckart v. 27. 10. 1942.

¹⁰⁸ RvO, Amsterdam. Fragment of Goebbels Diary (unveröffentl.) Nr. 111 21g 16/6. Gespräch Hitler-Goebbels Mai 1942.

¹⁰⁹ RvO, Amsterdam FOSD 4839. 245046.

¹¹⁰ Ebd., 245034. Brief Stuckarts an Lammers v. 9. 10. 1942. Vgl. auch die Denkschrift, in der es u. a. heißt (245043): „... und der Mangel an einer Verbundenheit mit der Reichsführung überhaupt gewährleistet keine erfolgversprechende Weiterarbeit. Bereits jetzt bahnt sich eine Lockerung in der Einheitlichkeit der deutschen Leitung und vertikalen Aufspaltung der Verwaltung an. Nur noch eine politisch fest verankerte Persönlichkeit, die dem Führer unmittelbar untersteht, kann diesen zunehmenden Auflösungsprozeß auf die Dauer verhindern.“

¹¹¹ Ebd., 245032. Aufzeichnung Kritzingers v. 24. 9. 1942. Allem Anschein nach ist es im Herbst 1942 zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Reeder und Sauckel gekommen, so daß der Militärverwaltungschef selbst die Möglichkeit seines Rücktritts in Erwägung zog. Vgl. RvO, Amsterdam BDC H 139. 2681. Brief Bergers an Himmler v. 5. 11. 1942. Vgl. ebd., Map 128/1 A. Interrogation v. Falkenhausen und Map 128/2, Interrogation Reeder Nr 934.

¹¹² Berlin Document Center. SS 1734. Brief Bergers an Himmler v. 4. 11. 1942. – Im Rahmen dieser Arbeit kann auf die von der SS, und insbesondere von SS-Hauptamtschef

Zeitpunkt für die Einsetzung einer Zivilverwaltung gekommen sahen, war Hitler zu dieser Zeit nicht mehr zu bewegen, Gauleiter Grohé oder den zeitweise in Aussicht genommenen Reichskommissar Terboven in Belgien einzusetzen¹¹³.

Erst 1944, als sich nach der alliierten Invasion der Zusammenbruch seines Imperiums ankündigte, entschloß sich Hitler am 13. Juli 1944, eine Zivilverwaltung in Belgien zu errichten¹¹⁴. Doch dieser Entschluß stand kaum noch mit den ursprünglichen Neuordnungskonzeptionen in Zusammenhang, eher mit der Erwartung, durch eine politische Verwaltungsführung den totalen Kriegseinsatz besser bewerkstelligen und einen Zusammenbruch verhindern zu können.

Berger verfolgte SS-Politik in Belgien, die wie Berger schrieb, darauf ausging, „eine Grundlage zu schaffen für die großzügige Lösung des Führers im germanischen Raum und alles so vorzubereiten, daß diese Lösung freiwillig aus dem Volk heraus geradezu vom Führer gefordert wird“ eingegangen werden. Bemerkenswert ist jedoch, daß Berger schon in einem Brief an Himmler vom 21. 10. 1942 (RvO, Amsterdam BDC H 137. 2629) schrieb: „Der Führer setzt für Belgien und Nordfrankreich einen Beauftragten des Führers ein. Der Titel ist harmlos neutral. Unter diesem Titel läßt sich *alles* verbergen. Im besonderen Maße geeignet für diesen Platz wäre *Terboven*. Er will schon lange aus Norwegen weg, will in den Westen. Hat sich zu uns bekannt und würde das dem Reichsführer-SS nie vergessen. Sein Auftrag drüben in Flandern würde nichts weiter heißen, als daß wir jetzt in vorsichtiger, aber klarer Form beginnen, den Reichsgau Flandern auf die Beine stellen und mit der Gründung des Reichsgaues Wallonien beginnen. Für alle Männer, die aus persönlichem Interesse oder aus Abneigung gegen die Arbeit des RFSS uns seither behinderten, wäre damit das Ende ihrer Tätigkeit gekommen.“

¹¹³ RvO, Amsterdam. FOSD 4839. 245032. Aufzeichnung Kritzingers (?) v. 24. 9. 1942. Am 25. 10. 1942 sprach Lammers mit dem Reichsführer-SS Himmler, der jedoch an Stelle von Terboven Kaltenbrunner vorschlug. Ebd., 245041. Notiz v. 28. 10. 1942.

¹¹⁴ NG-3470. Brief Lammers an die Obersten Reichsbehörden v. 14. 7. 1944 und Abschrift des Führererlasses vom 13. 7. 1944.

III. POLITIK, ORGANISATION UND TATSÄCHLICHE MACHTSTRUKTUR DER DEUTSCHEN ZIVILVERWALTUNG

A. Die anfänglichen Grundsatzserklärungen des Reichskommissars und die niederländischen Generalsekretäre

„Das deutsche Volk ficht unter seinem Führer den Entscheidungskampf um Sein oder Nichtsein aus, den ihm der Haß und Neid seiner Feinde aufgezwungen hat. Dieser Kampf gebietet dem deutschen Volk, alle seine Kräfte einzusetzen und gibt ihm das Recht, alle ihm erreichbaren Kräfte heranzuholen. Dieses Gebot und Recht der Not wird auch auf die Lebensführung des niederländischen Volkes und seiner Wirtschaft einwirken. Ich werde aber darum besorgt sein, daß das dem deutschen Volk *blutsnahe* niederländische Volk nicht in ungünstigere Lebensbedingungen verfällt, als es die gegebene Schicksalsgemeinschaft und der Vernichtungswille unserer Feinde in dieser Zeit nötig machen“, so hatte Seyss-Inquart am 25. Mai 1940 in seinem „Aufruf an die niederländische Bevölkerung“ erklärt¹. In ähnlicher Weise äußerte er sich am 29. Mai 1940 in Den Haag, nachdem ihm der Militärbefehlshaber General von Falkenhausen die Regierungsgewalt in den besetzten niederländischen Gebieten übertragen hatte: „Wir kommen nicht hierher, um ein Volkstum zu bedrängen und zu zerstören und um einem Land die Freiheit zu nehmen . . . Wir wollen dieses Land und seine Leute weder imperialistisch bedrängen, noch ihnen unsere politische Überzeugung aufdrängen“². Die niederländischen Soldaten, so führte Seyss-Inquart bei dieser Gelegenheit weiter aus, hätten sich in dem Kampf, der den Deutschen von den Westmächten aufgezwungen worden sei, tapfer und ehrenvoll geschlagen. Die Deutschen wären lieber mit grüßender Hand als mit den „Waffen in den Fäusten“ in dieses Land gekommen. Dank der „Großmut“ des Führers und der Kraft der deutschen Wehrmacht sei die Ordnung und die Ruhe wiederhergestellt worden und die Deutschen würden sich in die inneren Verhältnisse des Landes einschalten, soweit es „besondere Umstände des Augenblicks“ erfordern. Da sich auch die Bevölkerung gegenüber der kämpfenden Truppe „ordentlich“ verhalten habe, gäbe es nichts, „was uns daran hindern könnte, uns gegenseitig mit Achtung zu begegnen“. Gleichwohl war aus Seyss-Inquarts Worten das rassistisch-ideologische Sendungsbewußtsein deutlich herauszuhören. „Wir Deutsche aber“, so rief er seinen Zuhörern zu, „die wir heute mit einem durch die Erkenntnis für die blutgebundenen und vom Blut bestimmten Werte eines Volkes geschärften Blick durch dieses Land gehen, freuen uns über die niederländischen Menschen . . . Wir fühlen uns heute immer und unter allen Umständen verantwortlich für das gute Blut; denn Blut verpflichtet auch über äußere Tatsachen und mangelnde Erkenntnis hinaus“.

Fast schien es, als ob das „Versprechen“, das Seyss-Inquart in seiner Antrittsrede

¹ VOBL. Niederlande 1940, S. 6.

² A. Seyss-Inquart, Vier Jahre in den Niederlanden. Gesammelte Reden. Amsterdam 1944, S. 9 und 10.

den² „blutsnahen“ Niederländern gegeben hatte, eingehalten werden würde, denn in den ersten Junitagen trat seine Zivilverwaltung kaum in Erscheinung. Diese Zurückhaltung entsprang nicht allein dem anfänglichen politischen Konzept des Reichskommissars, sie ergab sich zwangsläufig auch aus dem Umstand, daß nach der Auflösung der Militärverwaltung die Zivilverwaltung erst einmal aufgebaut werden mußte.

Nach dem Willen Hitlers hielt sich Seyss-Inquart beim Aufbau seiner Zivilverwaltung an das Prinzip der Führungs- und Aufsichtsverwaltung. „Der Führungsstaat beschränkt sich darauf“, so charakterisierte der SD-Verwaltungsfachmann Werner Best den Charakter dieser Verwaltungsform³, „bei den übrigen Großraumstaaten eine Aufsichtsverwaltung einzusetzen, die zahlenmäßig möglichst klein zu halten ist. Sie hat die Aufgabe, die gesamte Staatsverwaltung dieses Staates in geeigneter Weise zu überwachen und die Durchführung der Verwaltungsmaßnahmen zu kontrollieren. Dabei werden gewisse oberste Verwaltungsmaßnahmen, insbesondere auch die Rechtsetzung auf bestimmten Gebieten allein der Aufsichtsverwaltung vorbehalten sein. Im übrigen wird die Staatsverwaltung unverändert durch den Verwaltungsapparat des geführten Staates durchgeführt.“

Da Seyss-Inquart die niederländischen Verwaltungsorgane nur „überwachen“ und „lenken“ sollte, bediente er sich für die Ausübung der routinemäßigen Verwaltung der niederländischen Behörden.

Bereits im Jahre 1937 hatte der niederländische Ministerrat im Hinblick auf die Möglichkeit einer Besetzung des Landes vertrauliche „Anweisungen“ ausgearbeitet und als Verschußsache den Behörden übersandt. In diesen Instruktionen, die unmittelbar nach der deutschen Besetzung eröffnet wurden, hieß es, die Behörden sollten „im Interesse der Bevölkerung danach streben, daß die Verwaltung auch unter veränderten Umständen ihre Aufgabe so gut wie möglich erfüllen kann“⁴.

³ W. Best, Die deutschen Aufsichtsverwaltungen. [Nur für den Dienstgebrauch.] 1941. RvO, Amsterdam.

Neben der „Aufsichtsverwaltung“ unterscheidet Best:

- a) die Bündnisverwaltung: „Die am meisten aufgelockerte Verwaltungsform. Der ‚Führungsstaat‘ entsendet einen Gesandten in besonderer Mission zu der autonomen Regierung des verbündeten Großraumstaates. Dieser Gesandte hat sich irgendwelchen Aufsichts- oder unmittelbaren Verwaltungsmaßnahmen zu enthalten“ (Dänemark, Slowakei, Ungarn ab 1944).
- b) die Regierungsverwaltung: „Die gesamte Führung und Lenkung erfolgt durch den Führungsstaat, der demgemäß eine eigene Regierung in diesem Land einsetzen muß. Dem Lande selbst bleiben zur Durchführung, unter ständiger Kontrolle und Aufsicht lediglich bestimmte Selbstverwaltungsaufgaben in der unteren Verwaltungsstufe (Generalgouvernement).“
- c) die Kolonialverwaltung: „Hier handelt es sich um eine Stufe, die vom Führungsstaat die Abstellung der meisten Kräfte verlangt, weil die gesamte Verwaltung, einschließlich der untersten Stufe, allein durch Angehörige des Führungsvolkes zu erledigen ist. Solche Kolonialverwaltungen werden nicht nur in tropischen Bezirken entstehen, sondern beispielsweise auch in den besetzten Ostgebieten der Sowjetunion.“

⁴ Zitiert nach L. de Jong, De Bezetting I, a. a. O., S. 69.

Dementsprechend hatte die niederländische Regierung, bevor sie das Land verließ, die Generalsekretäre beauftragt, im „Interesse des Staates“ auf ihren Posten zu bleiben⁵ und mit den deutschen Besatzungsbehörden zusammenzuarbeiten. Das Kollegium der Generalsekretäre hatte seine Weisungen von General Winkelman erhalten, in dessen Händen auf Grund des Staatsnotrechtes⁶ vom 13. bis 29. Mai 1940 die höchste Gewalt in dem besetzten niederländischen Gebiet lag.

Wie bereits erwähnt, hatten sich die Generalsekretäre aber nach dem Einmarsch der deutschen Truppen auch bereit erklärt, mit den Militärbehörden „loyal“ zusammenzuarbeiten, sofern die ihnen von den Deutschen erteilten Weisungen „nicht ausgesprochen gegen niederländische Interessen“ verstoßen würden⁷. Für den Fall, daß Winkelman seine Funktion niederlegen oder durch die Besatzungsmacht seines Postens enthoben würde, waren die Generalsekretäre gleichwohl entschlossen, auf ihren Posten zu bleiben und unter diesen Umständen geneigt, eine Art „Beamtenkabinet“ im Benehmen mit den deutschen Behörden zu bilden. Die Kooperation der Generalsekretäre, auf die der Reichskommissar angewiesen war, um seinen von Hitler erteilten Auftrag zu erfüllen, war jedoch ausdrücklich von der Bedingung abhängig gemacht worden, daß die deutschen Besatzungsbehörden keine nationalsozialistische Regierung einsetzen würden⁸. Auf dieser Basis mußte Seyss-Inquart, dem kein großer deutscher Verwaltungsstab zur Verfügung stand, zunächst die Zusammenarbeit mit den niederländischen Behörden zu erreichen suchen, obwohl seine Ernennung tatsächlich eine *politische* Verwaltungsführung bedeutete und insofern keine Kontinuität der bisherigen Militärverwaltung bestand.

Am 28. Mai 1940 erhielten die Generalsekretäre die Einladung⁹, an der feierlichen Übergabe der obersten Regierungsgewalt in Den Haag teilzunehmen. Nach einer Rücksprache mit General Winkelman, der sich seiner „aussichtslosen Lage“ bewußt war¹⁰, erklärten sich die Generalsekretäre bereit, am 29. Mai im Rittersaal zu erscheinen. Allerdings, so ließen sie den Reichskommissar wissen, würden sie den Saal „ostentativ“ verlassen, falls er das Verhalten der Königin kritisieren oder den Vorwurf erheben würde, die Niederländer hätten mit England und Frankreich zusammengearbeitet¹¹. „Mit Rücksicht auf den Ernst der Lage in ihrem Vaterlande“¹² wünschten sie jedoch dem vorgesehenen „gemeinsamen Essen“ fernzubleiben. Seyss-Inquart ließ erwidern, „daß er keinen Anlaß sehe, auf die Frage des Neutrali-

⁵ Aussage Hirschfeld, IMT XVI, S. 232.

⁶ Vgl. Enquêtecommissie II A, S. 142 und S. 111–120.

⁷ ADAP D IX, Nr. 294, S. 329. Aufzeichnung Benzlers v. 21. 5. 1940.

⁸ Ebd., „... Der Generalsekretär machte jedoch einen Vorbehalt, nämlich den, daß das Kollegium sich nicht den Weisungen einer etwa von deutscher Seite oder unter deutschem Schutz gebildeten NS-Regierung (Mussert-Partei) fügen werde.“

⁹ Aussage Hirschfeld, Enquêtecommissie IIC, S. 370. General Winkelman war nicht eingeladen worden.

¹⁰ Aussage Winkelman, Enquêtecommissie IIC, S. 106.

¹¹ Vgl. S. 27f. dieser Arbeit.

¹² Zitiert nach dem Bericht Generals v. Falkenhausen über die Besprechungen mit Seyss-Inquart vom 28. 5. 1940. RvO, Amsterdam.

tätsbruches noch einmal einzugehen und daß er von dem Fernbleiben der Generalsekretäre vom anschließenden Essen mit Verständnis Kenntnis genommen habe“.

Nach seiner Antrittsrede, die auf „allgemeine Zustimmung“¹³ des Kollegiums der Generalsekretäre stieß, empfing der Reichskommissar die Generalsekretäre in seinem Haager Amtssitz am Plein zu einer ersten Aussprache. Er erklärte ihnen, daß General Winkelman in der Verwaltung keinerlei Aufgaben und Vollmachten mehr besitze, da er (Seyss-Inquart) jetzt die höchste Regierungsgewalt übernommen habe¹⁴. „Ich erwarte“, so fuhr er fort¹⁵, „daß Sie als gute Niederländer in erster Linie Ihre Aufgabe weiter erfüllen. Ich bin hier, um die deutschen Interessen zu vertreten. Darüber können Meinungsverschiedenheiten entstehen. Wenn Sie nicht mit mir einer Meinung sind, so erwarte ich, daß Sie das sagen und gegebenenfalls Ihren Abschied einreichen. Ich kann es jedoch nicht dulden, daß Sie mit mir einer Meinung sind und (dennoch) meine Arbeit sabotieren. Ich erwarte, daß Sie das deutlich aussprechen. Wenn Sie in einer solchen Situation zurücktreten, werde ich Ihnen keine Schwierigkeiten machen.“ Nach einer erneuten Rücksprache mit General Winkelman erklärten sich die Generalsekretäre bereit¹⁶, unter diesen Bedingungen auf ihrem Posten zu bleiben und mit dem Reichskommissar zusammenzuarbeiten. Sie traten fortan als Chefs der einzelnen Ministerien auf und waren „im Rahmen ihres sachlichen Bereichs“ für die ordnungsgemäße Leitung der Amtsgeschäfte¹⁷ dem Reichskommissar verantwortlich. Sie konnten nach vorheriger Vorlage beim Reichskommissar Ausführungsvorschriften zu den geltenden niederländischen Gesetzen und zu den Verordnungen Seyss-Inquarts erlassen.

B. Das Scheitern der Ambitionen des niederländischen Faschistenführers Anton Adriaan Mussert

Bis zum 10. Mai 1940 war der Faschismus in den Niederlanden eine Randerscheinung¹⁸. Wohl hatten sich auch hier nach Mussolinis Marsch auf Rom dutzende faschistischer Gruppen und Grüppchen zu entfalten versucht, aber sie alle waren in einer Zeit politischer und wirtschaftlicher Stabilität klein und unbedeutend geblieben¹⁹. Erst unter dem Eindruck der tiefen wirtschaftlichen Depression der frühen Dreißiger-Jahre gelang es dem Wasserbauingenieur Anton Adriaan Mussert, seine im Dezember 1931 in Utrecht gegründete „Nationaal-Socialistische Beweging der

¹³ RvO, Amsterdam. SS-GG Notulen v. 29. 5. 1940.

¹⁴ Ebd., Nürnberg-Collectie. Map 2/1. NG-365. Brief Seyss-Inquarts an Lammers v. 31. 5. 1940.

¹⁵ Zitiert nach der Aussage Hirschfelds, Enquêtecommissie II C, S. 370.

¹⁶ Aussagen Snouck Hurgronje und Hirschfeld, ebd., II C, S. 174. und 370.

¹⁷ VObl. Niederlande VO 3/40 § 3 Abs. 1/2.

¹⁸ Vgl. N.K.C.A. In't Veld, Faschismus und Nationalsozialismus in den Niederlanden zwischen den Weltkriegen. RvO, Amsterdam. Not. Nr. 130 (Vortrag im Institut für Europäische Geschichte in Mainz v. 13. 9. 1965).

¹⁹ RvO, Amsterdam. Rapport de Jong, Fascisme in Nederland.

Niederlanden (NSB)²⁰ zu einer festen Organisation auszubauen. Aufgrund seiner wirksamen nationalistischen, antiliberalen und antisozialistischen Propaganda schlossen sich zahlreiche, durch Arbeiterunruhen und Streiks aufgeschreckte Bürger, vornehmlich aus dem städtischen und ländlichen Mittelstand, der NSB an. 1935 hatte die Mussert-Bewegung ihren Höhepunkt erreicht. Bei den Provinzialwahlen gaben 300 000 Niederländer dem „Leider“ ihre Stimmen. Die NSB errang fast 8% aller Stimmen, überflügelte die beiden liberalen Parteien und stieg hinter der Römisch-Katholischen Staatspartei, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der Antirevolutionären Partei und der Christlich-Historischen Union, zur fünfstärksten Partei des Landes auf. Ende 1935 war die Mitgliederzahl auf etwas über 50 000 angestiegen. Siegesfroh hatte die NSB gehofft, dem Faschismus aus eigener Kraft in den Niederlanden zum Durchbruch zu verhelfen. Mit dem langsamen Abflauen der Wirtschaftskrise und durch den antifaschistischen Abwehrkampf der Regierung, Gewerkschaften, liberaler und sozialistischer Gruppen und der Kirchen war jedoch der Niedergang der NSB in der zweiten Hälfte der Dreißiger Jahre eingeleitet worden. Einen ersten Rückschlag erlitt sie bei den Parlamentswahlen von 1937, als ihr Stimmenanteil auf 4,2% sank und es ihr nur gelang, vier Abgeordnete in die Zweite Kammer zu bringen. Zahlreiche Mitglieder verließen die Partei oder wurden ausgestoßen. Gleichzeitig hatte seit dem Parteieintritt des fanatischen Nationalsozialisten Rost van Tonningen (1936) im Inneren eine ideologische Radikalisierung und stärkere Ausrichtung auf den deutschen Nationalsozialismus eingesetzt. So war die Mussert-Bewegung am Vorabend der deutschen Offensive nicht allein in einen Zustand hoffnungsloser Isolierung zur Bevölkerung geraten, sondern auch bereits in zwei rivalisierende Lager zerfallen.

Der niederländische Faschistenführer war 1939/40 von deutscher Seite weder in die militärischen Pläne eingeweiht, noch über den Termin des Beginns der Westoffensive unterrichtet worden. Allerdings ahnte Mussert bereits Anfang des Jahres 1940, daß sein Land im Zuge der militärischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und England, die ihm schon seit April 1939 unvermeidlich erschien²¹, von den Deutschen besetzt werden würde. Im Januar 1940 hatten zwei Agenten der deutschen Abwehr Kontakt zu ihm aufgenommen und ihn gefragt, wie sich die NSB im Falle eines deutschen Einmarsches verhalten und ob die in der Armee dienenden Nationalsozialisten ihre Waffen niederlegen und sich mit den deutschen Truppen solidarisch erklären würden. Mussert hatte erwidert, daß sich seine Partei nicht gegen die eigenen Landsleute wenden würde. Er glaubte vielmehr, daß der

²⁰ Grundlegend für die Geschichte der Mussert-Bewegung ist der Aufsatz von A. H. Paape, *Le mouvement national-socialiste en Hollande*, in: *Rev. d'Hist. de la deux. guerre mond.*, avril 1967, S. 31-60. Ferner: G. A. Kooy, *Het Echee van een volkse Beweging. Nazificatie en Denazificatie in Nederland 1931-1945*. Assen 1964. Und: L. de Jong, *De Bezetting II*, a. a. O., S. 5 ff.

²¹ ADAP D VI, Nr. 249, S. 256. Aufzeichnung Likus (Zur Vorlage beim RAM) vom 22. 4. 1939.

Krieg von kurzer Dauer sein und er dann nach Beendigung des Kampfes in der Lage sein werde, am Wiederaufbau seines Landes mitzuwirken²².

Die Wahrscheinlichkeit des „passiven Verhaltens“ seiner Partei im Falle eines militärischen Konflikts²³ hatte Mussert auch in dem berüchtigten Interview Ende April 1940 angedeutet²⁴, in dem er einer Korrespondentin der amerikanischen Columbia-Rundfunk-Gesellschaft erklärte, daß die niederländischen Nationalsozialisten mit verschränkten Armen den Einmarsch der deutschen Truppen abwarten würden. Noch deutlicher hatte er sich in einem Gespräch geäußert, das er etwa zur gleichen Zeit mit einem Vertreter der deutschen Abwehr führte. „Er würde“, so berichtete²⁵ Dr. Scheuermann nach Berlin, „am liebsten mit den Waffen an deutscher Seite kämpfen . . . Bei einem Einmarsch in Holland habe man aber die Erfahrungen mit Kuusinen²⁶ und Quisling zu berücksichtigen, d. h. die neue Regierung müsse ‚als Retterin in der Not‘ erscheinen. Er verfüge über eine feste Organisation von 50 000 Mann“²⁷.

Musserts Hoffnung, nach dem Einmarsch der deutschen Truppen von Hitler zum Ministerpräsident ernannt zu werden, erfüllte sich jedoch nicht. Weder in der Zeit der militärischen Vorbereitung für die Westoffensive noch unmittelbar nach der Besetzung der Niederlande hat Hitler jemals daran gedacht, den „Leider“ der NSB an die Spitze einer neuen niederländischen Regierung zu stellen. Im Unterschied zum norwegischen Faschistenführer Vidkun Quisling, der zwar seit 1933 einen sehr lockeren und sporadischen Kontakt zu Rosenberg hatte, aber im Dezember 1939 auf Empfehlung von Raeder und Rosenberg von Hitler empfangen worden war und das Angebot gemacht hatte²⁸, nach einem Staatsstreich sofort deutsche Truppen ins Land zu rufen, konnte sich Mussert weder auf Hitler noch auf einen der nationalsozialistischen Großwürdenträger stützen. Vor über drei Jahren, am 16. November 1936, war dem „Leider“ durch Hitler eine halbstündige Audienz gewährt worden²⁹,

²² Brief Musserts an Generalkommissar Schmidt vom 25. 11. 1940. In: *Nederland in Oorlogstijd*, 4. Jg., Nr. 3, 1951, S. 36/7.

²³ Vgl. L. de Jong, *Die deutsche fünfte Kolonne*, a. a. O., S. 186.

²⁴ Faks. in L. de Jong, *De Bezetting I*, a. a. O., S. 43.

²⁵ Zitiert nach L. de Jong, *Die deutsche fünfte Kolonne . . .*, a. a. O., S. 186.

²⁶ Nachdem die Sowjetunion am 30. 11. 1939 Finnland angegriffen hatte, war Otto Kuusinen von den Russen in der von ihnen besetzten Zone an die Spitze einer Marionettenregierung gestellt worden. Die Aufrufe dieser Regierung, die Russen als Befreier zu begrüßen, hatte jedoch zu einer Stärkung des finnischen Widerstandes geführt. Nach Beendigung des finnisch-russischen Winterkrieges im März 1940 war Kuusinen von Stalin und Molotow fallengelassen worden.

²⁷ In Wirklichkeit war jedoch die Mitgliederzahl zu diesem Zeitpunkt auf 29.000 gesunken.

²⁸ Vgl. Rosenbergs undatierte Aufzeichnung über den Besuch Quislings in Berlin. IMT XXXIV, C-065, S. 273/5, und den Bericht des ObdM an Hitler v. 12. 12. 1939. ADAP D VIII, Nr. 443, S. 407.

²⁹ Musserts Bericht über seine Berliner Reise vom 15.–22. 11. 1936, in: *Het Proces Mussert*, 's Gravenhage 1948, S. 311 f. Seinen ersten Eindruck von Hitler umschrieb Mussert mit den Worten: „. . . kraftvoll, gespannt, hart, aber Prophet. Große hellblaue, klare Augen mit besonderem, beinahe überirdischem Glanz. Zum ersten Mal in meinem Leben treffe ich jemand, dessen Größe ich sofort anerkenne. Glückliches Volk, das solch einen Führer hat.“

die vor allem um das Verhältnis zur katholischen Kirche kreiste. Doch nach diesem Gespräch hatte Hitler kein Interesse mehr an dem niederländischen Faschistenführer gezeigt. „Seine grundsätzliche Ansicht zur europäischen Politik“, die Aufgabe seiner Partei und seines Landes in der zu erwartenden deutsch-englischen Auseinandersetzung, hatte Mussert daher nur dem Hauptreferent Rudolf Likus im persönlichen Stab Ribbentrops am 21. April 1939 darlegen können³⁰.

Es ist erstaunlich, mit welch' blindem Vertrauen und beinahe kindlicher Naivität Mussert sich die Zukunft seines Landes und die Zusammenarbeit mit dem „deutschen Brudervolk“ vorstellte. Denn gerade das Schicksal eines Kuusinen und eines Quisling hätte ihn davor warnen sollen, den gleichen Weg zu gehen. Besessen von der Idee, zum Führer eines großniederländischen Staates³¹ berufen zu sein, wurde er unfähig, die wahren Absichten Hitlers zu erkennen. Hitler aber betrachtete die NSB – ähnlich wie die meisten anderen faschistischen Parteien in den von Deutschland besetzten oder mit ihm verbündeten kleineren Ländern – „ausschließlich als Mittel zur Verwirklichung eigener Ziele, als Objekte, die es zu kontrollieren und zu beherrschen galt“³².

Die niederländische Regierung hatte schon in den Wochen erhöhter Spannung vor Beginn des deutschen Angriffs ein wachsames Auge auf die NSB geworfen. Im April 1940 waren 21 Personen, unter ihnen Rost v. Tonningen, der Sprecher der NSB im Parlament, SS-Protégé und schärfster Rivale Musserts, von der Regierung interniert worden. Mussert dagegen war diese „Ehre“ nicht zuteil geworden³³. Er verschwand am frühen Morgen des 10. Mai 1940 aus seinem Parteihauptquartier in Utrecht und tauchte in einem einsamen Bauernhof, dem Besitz eines Parteifreundes, unter³⁴. Am gleichen Tage wollte die Regierung 800 Nationalsozialisten verhaften. In der allgemeinen Verwirrung und Panikstimmung wurden fast 10000 arrestiert. Vier Tage später verließ Mussert sein Versteck wieder, und am 16. Mai erlebte er die erste Enttäuschung, als seine für diesen Tag geplante Radiorede³⁵ an das niederländische Volk von den deutschen Militärbehörden verboten wurde. Am 16. Mai 1940 wurde ihm dann mitgeteilt, daß in den Niederlanden eine Militärverwaltung eingesetzt werden würde³⁶. Am nächsten Tag erschien ein Leutnant Töpfer aus dem Stab General Hansens, des Kommandeurs des X. deutschen Armeekorps, der nach der Kapitulation der niederländischen Armee Bezirks-Befehlshaber für die Nordniederlande wurde, bei Mussert. „Lange Unter-

³⁰ ADAP D VI, Nr. 249, S. 236. Aufzeichnung Likus v. 22. 4. 1939.

³¹ Vgl. Musserts Note über den Bund der germanischen Völker vom 27. 8. 1940. In: Vijf nota's van Mussert aan Hitler, 'sGravenhage 1947, S. 16 ff. Vgl. Het Proces Mussert, a. a. O., S. 12.

³² A. Hillgruber: Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941. Frankfurt/M. 1965, S. 77.

³³ Vgl. Aussage v. Thiel, Enquêtecommissie IC, S. 202.

³⁴ Ebd.

³⁵ Nederland in Oorlogstijd, 2. Jg., 1947, S. 120 f.

³⁶ RvO, Amsterdam. Tagebuch Musserts v. 16. 5. 1940.

haltung mit Töpfer“, so notierte Mussert in sein Tagebuch³⁷, „über Zukunft der Niederlande, Aufbau von Großniederlande und den Weg, der dorthin führt. Völlige Übereinstimmung zwischen Töpfers und meiner Auffassung“. Mussert unterbreitete Töpfer einen Vorschlag über die vorläufige Verwaltung, wonach die Außen-, Verteidigungs- und Kolonialpolitik sowie allgemeine politische Angelegenheiten vorerst durch die Militärverwaltung wahrgenommen werden, die übrigen Ressorts – in Gedanken besetzte er bereits das Innen- und Justizministerium mit zwei Nationalsozialisten – seiner Partei vorbehalten sein sollten. Solcher Optimismus mußte aber bald verfliegen. Nachdem Mussert am 19. Mai 1940 in der Zeitung gelesen hatte, daß Seyss-Inquart zum Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete ernannt worden war³⁸, schrieb er zwei Tage später in sein Tagebuch: „Keine Spur irgendeines Wohlwollens bei den deutschen Behörden, keine Erklärungen, keine Radiorede, nichts“³⁹.

Am Nachmittag des 21. Mai 1940 tauchte jedoch plötzlich Likus bei Mussert auf. Unmittelbar nach Beginn der Westoffensive hatten Mitglieder der niederländischen nationalsozialistischen Arbeiterpartei (NSNAP), die bereits seit 1933 Kontakt mit deutschen Stellen hatten, im Reichsaußenministerium gegen die NSB opponiert⁴⁰. Am 18. Mai waren deshalb von Unterstaatssekretär Luther zwei in Deutschland lebende Mitglieder dieser kaum 1000 Mann starken Splitterpartei empfangen worden. Beide hatten erklärt, daß „mit Hilfe der deutschen Regierung die Ziele der NSNAP mit denen der NSB abgestimmt und eine Vereinigung beider Bewegungen herbeigeführt“ werden könnte, obwohl die NSNAP gerade in der Rassenfrage einen konsequenteren Standpunkt einnehme als die NSB⁴¹. Im Auftrage von Ribbentrop hatte daher der Unterstaatssekretär Luther den inzwischen zum Legationsrat I. Kl. beförderten Rudolf Likus mit dem Auftrag nach Holland entsandt, mit Mussert „vertraulich“ Kontakt aufzunehmen.

Die Unterredung zwischen Mussert und Likus⁴² fand am Spätnachmittag des 21. Mai in der Haager Wohnung des deutschen Gesandtschaftsrates Wickel statt. Enttäuscht über das Ausbleiben jeglicher Unterstützung durch die deutschen Militärbehörden bat der „Leider“ Likus, den Reichsaußenminister zu veranlassen, den von niederländischer Regierungsseite erhobenen Vorwurf des Landesverrates gegen die NSB aus der Welt zu schaffen, da dies „eine Voraussetzung für eine etwa mögliche Einschaltung der NSB in die künftige Entwicklung der Niederlande

³⁷ RvO, Amsterdam. Tagebuch Musserts v. 17. 5. 1940. Vgl. Enquêtecommissie IIB, Beilage 93, S. 174.

³⁸ „Dieser Sonntag“, so schrieb Mussert nach dem Kriege, „gehört zu den unangenehmsten meines Lebens.“ Vgl. L. de Jong, *De Bezetting II*, a. a. O., S. 28.

³⁹ RvO, Amsterdam. Tagebuch Musserts v. 21. 5. 1940.

⁴⁰ RvO, Amsterdam. FOSD 2190. 472790–92. Brief Kruyts an Luther v. 3. 6. 1940.

RvO, Amsterdam. FOSD 4453. 086798–800. Brief Benes an Seyss-Inquart vom 1. 6. 1940. Vgl. S. 105 dieser Arbeit.

⁴¹ RvO, Amsterdam. FOSD 2190. 772779–82. Vortragsnotiz v. Luther v. 25. 5. 1940.

⁴² ADAP D IX, Nr. 296. Aufzeichnung (ohne Unterschrift) vom 25. 5. 1940. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es um den Likus-Bericht geht.

sei“. Mussert bezeichnete den durch die Ernennung Seyss-Inquarts geschaffenen politischen Zustand als eine Art „Interregnum“ und hielt es für erforderlich, daß seine Bewegung als die weitaus größte nationalsozialistische Parteioorganisation „in geeigneter Weise“ an der Verwaltung beteiligt werde. Wenn er auch die künftigen deutschen Pläne bezüglich Hollands nicht kenne, so sehe er doch das Ziel seiner Bewegung in der Schaffung eines Großniederlande unter politischer, wirtschaftlicher und kultureller Anlehnung an das Deutsche Reich. Er ersuchte deshalb darum, noch vor dem Eintreffen des Reichskommissars von Hitler empfangen zu werden, „um sich über die großen Linien der deutschen Außenpolitik zu informieren und anhand geeigneten Kartenmaterials, das er vorbereitet habe, die künftige Gestaltung des Landes am Delta des Rheins, der Maas und der Schelde“ aufzuzeigen.

Auch in dem von Graf d'Ansembourg, Musserts Verbindungsmann zu deutschen Behörden, ausgearbeiteten Exposé⁴³, das der deutschen Gesandtschaft am gleichen Tage übergeben und dem Likusbericht beigefügt worden war, forderte die NSB ihre Rehabilitierung durch General Winkelman, die Aufhebung aller Sonderbestimmungen gegen die Partei, die Verlesung der vorbereiteten Radio-Rede Musserts und die „Zuweisung einer kleinen Anzahl entscheidender Stellen in der Zentralbehörde“. Denn „ein zu langes Abwarten“, so argumentierte Graf d'Ansembourg, „würde als Desavouierung unserer Bewegung“ und als „Unterstützung der Demokratie durch Deutschland“ angesehen werden. Acht Jahre habe die Partei wegen ihrer Sympathie für Deutschland gekämpft und gelitten, so daß sie „heute vorbestimmt“ sei, „zum Besten des Landes, als Vertrauensfaktor in eine neu zu errichtende holländische Zentralbehörde eingeschaltet zu werden“.

Aber Musserts Hoffnung, wenigstens noch vor Eintreffen Seyss-Inquarts von Hitler empfangen zu werden, erfüllte sich nicht. Man wird sogar annehmen müssen, daß dieser Wunsch Musserts und die Pläne der NSB Hitler nicht mitgeteilt worden sind. Wie unzureichend Hitler über Mussert unterrichtet worden war, – und daran zeigt sich vielleicht am deutlichsten sein Desinteresse an dem holländischen Faschistenführer – geht aus einem Brief vom 25. Mai 1940 hervor, in dem er Mussolini gegenüber die irrtümliche Vermutung äußerte, daß allem Anschein nach „auch Degrelle und Mussert teils in der Zitadelle von Lille, teils in Abbeville neben vielen anderen erschossen“ worden seien⁴⁴.

⁴³ RvO, Amsterdam. Mussert-Tagebuch, Beilage 4.

⁴⁴ ADAP D IX, Nr. 317, S. 356. – Erst drei Tage später, am 28. Mai 1940, wies das Büro des RAM den deutschen Botschafter in Rom, Mackensen, an, im Namen Ribbentrops dem italienischen Außenminister Ciano und dem Duce mitzuteilen, daß nicht der Führer der NSB, Anton Adriaan Mussert, sondern sein Bruder erschossen worden war. ADAP D IX, S. 354, Anm. 4. Der Bruder des niederländischen Faschistenführers, Oberst Mussert, der kein Mitglied der NSB und Kommandant von Dordrecht war, war in der allgemeinen Panikstimmung des 10. Mai 1940 von niederländischen Offizieren, die in ihm einen „Verräter“ sahen, niedergeschossen worden. Vgl. L. de Jong, *De Bezetting I*, a. a. O., S. 43. Den belgischen Faschistenführer Degrelle scheint Hitler mit dem Führer der „Verdinaso“-Bewegung, Joris van Severen, verwechselt zu haben, der in Abbeville erschossen wurde.

Am 22. Mai 1940 fuhr Mussert mit d'Ansembourg wieder nach Den Haag⁴⁵, um General Winkelman zu bewegen, den Vorwurf des Landesverrates zu dementieren. Aber auch hier stieß er auf verschlossene Türen. Zwei Tage später sprach er in der Grenzstadt Arnheim mit einem Ortsgruppenleiter der NSDAP über die „brüderliche Zusammenarbeit“ beider Parteien⁴⁶. Es läßt sich denken, welche Gefühle Mussert bewegten, als er am 29. Mai 1940 noch einmal Leutnant Töpfer in seiner Utrechter Parteizentrale empfing⁴⁷, während Seyss-Inquart im historischen Rittersaal in Den Haag vor geladenen Gästen, zu denen der „Leider“ der NSB nicht zählte, mit einer „denkwürdigen Rede“ sein neues Amt als „Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete“ antrat.

C. Struktur und politische Kräftegruppen des Reichskommissariats

1. Die formale Organisation

Mit seiner Verordnung über die „Ausübung der Regierungsbefugnisse“ vom 29. Mai⁴⁸ und dem Erlaß über den „organisatorischen Aufbau der Dienststellen des Reichskommissariats“ vom 3. Juni 1940⁴⁹ wurde den Niederlanden ein neues zeitweiliges Grundgesetz aufoktroiert⁵⁰, das gleichzeitig als eine Art Verfassung des Reichskommissariats angesehen werden kann. Danach sollte der Reichskommissar im zivilen Bereich die oberste Regierungsgewalt ausüben und, „soweit dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nötig“ sei, alle die nach der niederländischen Verfassung dem König und der Regierung zustehenden Rechte für sich in Anspruch nehmen können. „Im Interesse des Großdeutschen Reiches oder der öffentlichen Ordnung oder des öffentlichen Lebens“ konnte er „alle notwendigen Maßnahmen“ treffen und Verordnungen mit „Gesetzeskraft“ erlassen. Wie bereits erwähnt, war der Reichskommissar Hitler „unmittelbar“ unterstellt und erhielt dessen Weisungen und Richtlinien nur über den Chef der Reichskanzlei⁵¹.

⁴⁵ RvO, Amsterdam. Mussert-Tagebuch v. 22. 5. 1940.

⁴⁶ Ebd. v. 24. 5. 1940.

⁴⁷ Ebd. v. 29. 5. 1940.

⁴⁸ VOBl. Niederlande, VO 3/40.

⁴⁹ Ebd., VO 4/40. Beide Verordnungen traten am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

⁵⁰ J. H. W. Verzijl, De inrichting van het Duitse bestuur, in: OeV I, a. a. O., S. 325 f. Zum Aufbau des RKs vgl. auch B. A. Sijes, De arbeidsinzet 1940–1945. 's Gravenhage 1966. J. Postma, A. Reichskommissariat. German Civil Government in the Netherlands. Dep. of history, University of Kansas 1962. (Ms. im RvO, Amsterdam). K. O. Rabl, Das Reichskommissariat. Aufbau und Gliederung, in: Die Niederlande im Umbruch der Zeiten. Hrsg. v. Du Prel und Janke, Würzburg 1941, S. 83 f.

⁵¹ Lediglich Göring konnte in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan dem Reichskommissar unmittelbar Weisungen erteilen. Vgl. dazu Hitlers Geheimerlaß v. 19. 5. 1940: „Da die deutsche Kriegswirtschaft eine einheitliche Planung auch für die von den deutschen Truppen besetzten Gebiete erfordert, ordne ich an, daß auch Generalfeldmarschall Göring im Rahmen der ihm als Beauftragten für den Vierjahresplan obliegenden

Der Reichskommissar bediente sich zur Führung seiner Dienstgeschäfte einer Präsidialabteilung (Leiter: Dr. Piesbergen). Von ihr wurden alle Angelegenheiten bearbeitet, die sich Seyss-Inquart „zur unmittelbaren Entscheidung“ vorbehielt. Sie war ferner zuständig für alle Fragen des Personalwesens und des Haushaltes, und bei ihr lag die Dienstaufsicht über sämtliche Behörden und Organe des Reichskommissariats. Angegliedert wurden ihr später neben dem Stab des Reichskommissars das Personalreferat, das Hauptbüro, das Haushaltsreferat, die Oberkasse, die Rechnungsstelle, die Fahrbereitschaft, der Ordonnanzdienst sowie die Hausverwaltung.

Seyss-Inquart sollte regieren, kontrollieren, nicht aber verwalten⁵². Die Aufsicht über die niederländischen Behörden lag bei den vier deutschen Generalkommissaren, die gleichsam Ressortchefs der Aufsichtsverwaltung des Reichskommissars darstellten, Seyss-Inquart unmittelbar unterstellt waren und als seine „persönlichen Vertrauensmänner“ gelten sollten⁵³. Sie konnten die Entscheidungen des Reichskommissars vorbereiten helfen und im Rahmen ihres Aufgabenbereiches „von allen niederländischen Behörden, Ämtern, Anstalten und Einrichtungen öffentlicher und nicht öffentlicher Art Auskünfte jeder Art“ einholen und ihnen Weisungen erteilen. Sie waren außerdem auch beauftragt, die Interessen der in den Niederlanden lebenden Reichsdeutschen wahrzunehmen⁵⁴.

Dr. Friedrich Wimmer, der in den Tagen vor dem Anschluß Österreichs im März 1938 in der Regierung Seyss-Inquarts den Posten eines österreichischen Staatssekretärs innegehabt hatte und später, bis zum Mai 1940, Regierungspräsident in Regensburg gewesen war, übernahm das Generalkommissariat für Verwaltung und Justiz. In seinen Aufgabenbereich fielen nicht nur alle Fragen der Verordnungsrechts- und der Gesetzgebung, des Staats- und Völkerrechts und der Planung, sondern auch alle Angelegenheiten der inneren Verwaltung und der Justiz, der Kulturpflege und der Volksgesundheit. Der Generalkommissar konnte dem niederländischen Innen- und Justizministerium Weisungen erteilen⁵⁵.

Als Generalkommissar für Finanzen und Wirtschaft war der ehemalige Wiener Bankpräsident Dr. Hans Fischboeck dem niederländischen Finanz-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Sozialministerium sowie der Postverwaltung gegenüber weisungsberechtigt. In seinem Generalkommissariat wurden Fragen der Zoll- und Steuer-

Aufgaben dem Reichskommissar Weisungen erteilen kann. Eine Veröffentlichung dieser Anordnung hat zu unterbleiben“ (RvO, Amsterdam FOSD 7766. 55007). Es handelte sich hier um einen Routineerlaß. Gleiche Befugnisse hatte Göring gegenüber dem dem „Führer unmittelbar“ unterstellten Reichsprotector in Böhmen und Mähren, dem Generalgouverneur Polens und dem Reichskommissar für Norwegen (FOSD 7766. 55008). Ähnliche Vollmachten erhielt Göring auch gegenüber dem Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich (FOSD 7766. 55000) und Militärbefehlshaber in Frankreich.

⁵² RvO, Amsterdam. FOSD 4352. 79918. Brief Benes an das A. A. vom 15. 1. 1943.

⁵³ K. O. Rabl, Das Reichskommissariat, a. a. O., S. 85.

⁵⁴ Ebd., S. 86.

⁵⁵ Zu den einzelnen Kompetenzen der GK vgl. die genaue „Behördenübersicht“ des Reichskommissariats, ebd., S. 90 ff.

verwaltung, des Staatsschatzes und des Staatshaushaltes sowie der staatlichen Notenbank entschieden. Mit seinen zahlreichen Hauptabteilungen, Abteilungen und Referaten „überwachte“ und „lenkte“ Dr. Fischboeck die niederländische gewerbliche Wirtschaft, Industrie und Landwirtschaft, um die „Eingliederung der niederländischen Gebiete in den groß-germanisch mitteleuropäischen Wirtschaftsraum“⁵⁶ voranzutreiben.

Der Generalkommissar für das Sicherheitswesen und Höhere SS- und Polizeiführer Rauter war für die Aufrechterhaltung der „Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ verantwortlich. Ihm unterstanden die in den Niederlanden eingesetzten Verbände der Waffen-SS und der deutschen Polizei. Er führte gleichzeitig die Aufsicht über die niederländische Reichs- und Gemeindepolizei.

Als vierter Generalkommissar übernahm schließlich Fritz Schmidt das Generalkommissariat zur besonderen Verwendung (zbV). In seinen Zuständigkeitsbereich fielen „alle Fragen der öffentlichen Meinungsbildung und der nicht-wirtschaftlichen Vereinigungen“ sowie die Aufgaben, die ihm der Reichskommissar „auf Grund besonderer Entschliebung“ zuwies.

Den vier Generalkommissaren „gleichgestellt“ war der zum Stab des Reichskommissars „abkommandierte“ Vertreter des Auswärtigen Amtes, Gesandter Otto Bene⁵⁷. Er hatte „alle das außenpolitische Gebiet berührende Fragen“⁵⁸ zu bearbeiten und die ausländischen Konsuln und Staatsangehörigen zu „betreuen“. Als „Auge und Ohr“⁵⁹ Ribbentrops unterrichtete Bene in den späteren Jahren das Reichsaußenministerium fortlaufend über die Stimmung und Haltung der niederländischen Bevölkerung sowie über die Vorgänge und Veränderungen im Reichskommissariat.

Für die einzelnen niederländischen Provinzen ernannte der Reichskommissar besondere „Beauftragte“, die die örtlichen Behörden, die Wirtschaft und die „öffentliche Meinung“ zu überwachen hatten. Sie konnten sich zur Durchführung ihrer Aufgaben deutscher Polizeiorgane bedienen. Die örtlichen Behörden mußten den Beauftragten „unaufgefordert Bericht erstatten und bestimmte Verwaltungsmaßnahmen“ vorher mitteilen, die abgelehnt werden konnten. Während einer Besprechung am 4. Juni 1940 instruierte Seyss-Inquart seine künftigen Beauftragten, daß sie sozusagen ‚kleine Reichskommissare‘ oder, nach früheren Begriffen, „*missi domini*“ seien, die durch „ihre Persönlichkeit“ wirken und die „Zentrale über alle wichtigen Angelegenheiten orientieren“⁶⁰ mußten. Außer in den einzelnen Pro-

⁵⁶ Ebd., S. 87.

⁵⁷ Berlin Document Center. In einem Brief Rauters an Himmler v. 12. 5. 1942 wird Bene als „alter Kämpfer, charakterlich sehr ordentlich, weltanschaulich durchaus gefestigt“, geschildert. Personalakte Hanns Rauter.

⁵⁸ RvO, Amsterdam. FOSD 2190. 472771. Vortragsnotiz Luthers v. 25. 5. 1940.

⁵⁹ Erklärung Benes nach dem Krieg. RvO, Amsterdam. Not. Nr. 16. Verslag van bespreking v. 10. 3. 1952.

⁶⁰ RvO, Amsterdam. Archief Präsidialabteilung 10³⁰. 201228/9. Aufzeichnung des Beauftragten Ross v. 4. 6. 1940.

vinzen setzte Seyss-Inquart auch in den Städten Amsterdam und Rotterdam und bei besonderen niederländischen Institutionen (z. B. bei der Niederländischen Bank) jeweils besondere „politisch erfahrene“⁶¹ Beauftragte ein.

Dieser organisatorische Aufbau schien dem Willen Hitlers zu entsprechen, wonach in den Niederlanden „ein möglichst klein gehaltener“⁶² Führungs- und Aufsichtsapparat geschaffen werden sollte. Nach außen hin konnte der Eindruck entstehen, als ob jede deutsche zivile Dienststelle ihre Autorität einzig und allein aus dem Willen und der politischen Entscheidung des Reichskommissars herleite⁶³.

2. Die tatsächlichen Machtverhältnisse

In Wirklichkeit war jedoch Seyss-Inquarts Stellung als Reichskommissar keineswegs so stark und unabhängig wie es aufgrund des Führererlasses vom 18. Mai 1940 oder der ersten Verordnung des Reichskommissars den Anschein hatte. Das Reichskommissariat bildete „nach innen keine Einheit, sondern ein Konglomerat von eigenen Büros“⁶⁴, die von den verschiedenen Reichsministerien, Partei- und SS-Behörden eingebaut und mit Personen besetzt wurden, die „mehr auf der Linie ihrer Vorgesetzten als nach dem Willen“ des Reichskommissars arbeiteten.

Dr. Harster, von 1940 bis 1943 Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in den Niederlanden, charakterisierte das Reichskommissariat als einen „recht verschiedenartig zusammengeworfenen Haufen“. Seyss-Inquart, so erklärte der Polizeijurist Harster nach dem Krieg einem Mitarbeiter des Rijksinstituuts voor Oorlogsdocumentatie⁶⁵, „war sich natürlich darüber im klaren, daß er einen zwiespältigen Apparat von Mitarbeitern hatte . . . Nehmen wir einmal zum Beispiel Naturen wie Schmidt und Wimmer, oder wie Bene und Rauter oder wie Fischboeck und Schmidt . . . Leute, bei denen ja immer noch hinzu kam, daß der Betreffende ja nicht der liebe und nette und freundliche Herr So-und-so, sondern, daß er ja immer irgendwo an einer Reichszentrale dran hing, und aus Schmidt, sagen wir mal, immer das Reichspropagandaministerium und Reichsleiter Bormann ebenso sprach wie aus Rauter Himmler, aus mir Heydrich, aus Bene Ribbentrop, aus Fischboeck der Reichsfinanzminister“.

Die persönlichen Rivalitäten innerhalb des Reichskommissariats und das „Hineinregieren“ der verschiedenen Reichsministerien, Partei- und SS-Behörden sollten in den späteren Jahren die von den Nationalsozialisten propagierte „Einheit“ der deutschen Zivilverwaltung völlig untergraben. Jeder neue „Raum“, den die Nationalsozialisten ihrer Herrschaft unterwarfen, wurde zugleich zum „Schauplatz

⁶¹ Seyss-Inquarts 1. Bericht über die „Lage und Entwicklung in den besetzten niederländischen Gebieten“. Berichtszeit 29. Mai bis 19. Juli 1940. IMT XXVI, S. 418. PS-997.

⁶² Ebd., S. 418.

⁶³ So K. O. Rabl, *Das Reichskommissariat*, a. a. O., S. 85.

⁶⁴ A. E. Cohen, *Opzet en structuur van het Duitse Rijkscommissariaat in Nederland*. RvO, Amsterdam. Not. Nr. 16.

⁶⁵ Zitiert nach Not. Nr. 16. *Verslag van bespreking v. 10. 3. 1952*. RvO, Amsterdam.

ihrer internen Auseinandersetzungen⁶⁶. Besondere Bedeutung kam dabei naturgemäß den Exponenten der NSDAP und der SS in den Niederlanden zu, die sich um den „weltanschaulich-politischen Führungsanspruch“ und um das „Vorrecht“ stritten, dem „blutsnahen“ Volk die nationalsozialistische Erneuerung zu bescheren.

a) Der Höhere SS- und Polizeiführer Rauter

Das Streben Heinrich Himmlers, die Polizei aus der inneren Verwaltung herauszulösen und sie mit seiner Schutzstaffel zu einer Einheit zu verschmelzen, läßt sich nicht nur in Deutschland⁶⁷, sondern auch in den besetzten niederländischen Gebieten nachweisen. In der Einsetzung eines Höheren SS- und Polizeiführers als eines Territorialbefehlhabers lag von vornherein die Tendenz, unabhängig von der staatlichen Verwaltung und der Partei, ein separates Regime der SS und Polizei mit einem spezifischen politischen Führungsanspruch zu etablieren.

War die Einsetzung jeweiliger territorialer Höherer SS- und Polizeiführer (HSSPF) in den Wehrkreisen in Deutschland zunächst erfolgt, „um für den Mob-Fall alle dem Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei unterstehenden Kräfte (Ordnungspolizei, Sicherheitspolizei, SS-Verbände) innerhalb der Wehrkreise unter einen gemeinsamen Führer zu stellen“⁶⁸, so sah Himmler in diesem Organ zugleich ein Instrument, um die Einheit von SS und Polizei weiter zu festigen und mithilfe dieser institutionellen Verschmelzung von Parteiorgan und Staatsexekutive eine außerordentliche politische Machtentfaltung zu erreichen. Nach der Dienstanweisung vom 18. 12. 1939 hatten die HSSPF eine doppelte Aufgabe zu erfüllen⁶⁹. Als höchste SS-Autorität in ihrem Bereich sollten sie die Verschmelzung von SS und Polizei fördern und die allgemeinen Mobilmachungsvorbereitungen der dem RFSS unterstellten Organisationen leiten und den Befehl über die Waffen-SS, Allgemeine SS, Ordnungspolizei, Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst „in allen Fällen, in denen ein gemeinsamer Einsatz für bestimmte Aufgaben erforderlich ist“, übernehmen. Zum andern waren sie aber auch gleichzeitig Himmlers persönliche Vertreter und „Generalbevollmächtigte“ bei den regionalen Staatsbehörden (Reichsstatthalter, Oberpräsident), Parteiinstanzen (Gauleiter) und Wehrmachtsbefehlhabern (Wehrkreiskommandant). Obwohl sie auch den Befehl über die örtliche Polizei erhielten, blieb diese weiterhin den zentralen SS-Hauptämtern, dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und dem Hauptamt Ordnungspolizei unterstellt. Ebenso erhielten die verschiedenen SS-Formationen ihre Weisungen direkt aus Berlin. So unterstanden die Waffen-SS dem SS-Führungshauptamt, die Konzentrationslager

⁶⁶ H. D. Looock, Zur großgermanischen Politik im Dritten Reich, a. a. O., S. 63 und S. 39.

⁶⁷ Grundlegend: H. Buchheim, Die Höheren SS- und Polizeiführer, in: VJHZG, Jg. 11, 1963, S. 263 ff. Ders., Die SS in der Verfassung des Dritten Reiches, in: VJHZG, Jg. 3, 1955, S. 127 ff. Ders., Die SS – das Herrschaftsinstrument, in: Anatomie des SS-Staates I, a. a. O., S. 13 ff.

⁶⁸ Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Inneren v. 13. 11. 1937. Zitiert nach H. Buchheim, HSSPF, a. a. O., S. 362.

⁶⁹ Zitiert nach H. Buchheim, HSSPF, a. a. O., S. 368.

dem SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt. Da die rein technischen Fragen der Polizei, der Konzentrationslager oder der Waffen-SS nicht in den Aufgabenbereich des HSSPF fielen, verlagerte sich dessen Tätigkeit automatisch in den politischen Bereich. Durch die Einsetzung der HSSPF glaubte der Reichsführer SS gegenüber Staat, Partei und Wehrmacht seine politischen Interessen wahren und gegebenenfalls durchsetzen zu können. Er hatte kein Interesse, das Verhältnis seiner „Generalbevollmächtigten“ zu diesen Instanzen endgültig zu regeln, denn gerade der unklare Schwebezustand erlaubte es ihm, die Polizei aus der Verwaltung herauszulösen und sie in Verbindung mit seiner Schutzstaffel zu einem Instrument eigener Macht auszubauen.

Dementsprechend war der Reichsführer-SS bestrebt, in jedem eroberten Gebiet seinen „Generalbevollmächtigten“ einzusetzen. Im Prinzip hatten die HSSPF in den besetzten Gebieten die gleichen Aufgaben wie im Reichsgebiet zu erfüllen. Entscheidend aber war, daß Himmler in den eroberten Ländern, in denen der Erhaltung der „Sicherheit und Ordnung“ vorrangige politische Bedeutung zukam, seinen Zuständigkeitsbereich von vornherein als Kompetenz der „politischen Verwaltung“ verstehen und interpretieren konnte⁷⁰. Allerdings war die SS in den Jahren 1940–1942 nicht in der Lage, in jedem eroberten Gebiet durch die Entsendung eines HSSPF ihren Einfluß und Machtanspruch zur Geltung zu bringen. Nachdem im Reichsprotectorat und in den besetzten Gebieten des Ostens HSSPF eingesetzt worden waren, konnte Himmler seine persönlichen Vertreter lediglich nach Den Haag und nach Oslo entsenden. Aber auch hier vermochte er sich erst in dem Moment durchzusetzen, als Terboven und Seyss-Inquart zu Reichskommissaren ernannt worden waren und eine politisch ausgerichtete Zivilverwaltung aufgebaut wurde. Hinzu kam das Sonderinteresse, das Himmler in den beiden „germanischen Ländern“ an der Aufstellung von germanischen SS-Freiwilligen-Einheiten hatte. Aufgrund dessen wurden Norwegen und die Niederlande auch „SS-mäßig“ als SS-Oberabschnitte „Nord“ bzw. „Nordwest“ dem Imperium Himmlers eingeordnet⁷¹.

Rauter und Seyss-Inquart kannten sich nur oberflächlich⁷². Der am 4. Februar 1895 in Klagenfurt als Sohn eines Forstmeisters geborene Hanns Albin Rauter⁷³ hatte nach dem Abitur in Graz an der dortigen Technischen Hochschule das Studium eines Bauingenieurs begonnen, das er allerdings nach 10 Semestern ohne eine Abschlußprüfung abbrach. Ebenso wie Seyss-Inquart hatte Rauter sich bei Kriegsausbruch als Freiwilliger gemeldet und war als Oberleutnant der Reserve 1918 aus der österreichischen Armee entlassen worden. Nach Graz zurückgekehrt, schloß er sich den freikorpsähnlichen Studentenwehren an. Zum Studium selbst kam er kaum

⁷⁰ H. Buchheim, HSSPF, a. a. O., S. 369.

⁷¹ Aus diesem Grund wurde der bisherige SS-Oberabschnitt „Nordwest“ (Hamburg) in SS-Oberabschnitt „Nordsee“ umbenannt. Berlin Document Center. Personalakte Dr. A. Seyss-Inquart.

⁷² Aussage Rauter, in: *Nederland in Oorlogstijd*, 4. Jg. 1949, S. 20.

⁷³ Berlin Document Center. SS-Personalamt. Akte Hanns Albin Rauter. Vgl. *Het Proces Rauter*, 's Gravenhage 1952, S. 8 ff.

noch. 1919 bewährte er sich in blutigen Straßenschlachten als „Kompanieführer“ der Grazer Studenten; zwei Jahre später führte er die Steierische Legion nach Oberschlesien, die sich dort dem Freikorps „Oberland“ anschloß. Im gleichen Jahr traf Rauter, inzwischen zum Stabsleiter des „Steierischen Heimatschutzes“ befördert, zum ersten Mal mit Hitler zusammen. Nachdem er 1930 zum ersten Bundesstabsleiter des Gesamtverbandes der österreichischen Heimatwehren ernannt worden war, ging er nach dem Verbot der österreichischen NSDAP (19. 6. 1933) und des „Steierischen Heimatschutzes“ nach München, wo er in der Parteileitung der NSDAP die Interessen des „Wehrverbandes“ wahrnahm und nach der Ermordung des Kanzlers Dollfuß beauftragt wurde, das „Hilfswerk für Flüchtlinge und Hinterbliebene aus Österreich“ zu übernehmen. Schon in seiner Eigenschaft als „Führer des Kampfzuges der Deutsch-Österreicher im Reich“ (1933/34) war er von der österreichischen Regierung ausgebürgert worden und hatte die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen. Daß der in der nationalsozialistischen Weltanschauung „gefestigte, kampfstärke, zähe, energische und welterfahrene“ Rauter (so die Beurteilung in seiner SS-Personalakte) schnell in der SS Karriere machen würde, lag auf der Hand. Im November 1933 in die SA eingetreten, hatte Rauter sogleich den Rang eines SA-Standartenführers erhalten. Mit Wirkung vom 20. Februar 1935 wurde er schließlich als SS-Oberführer in die Schutzstaffel übernommen (Nr. 262958). Eine besondere „Ehre“ wurde ihm zuteil, als er Ende Oktober 1938 von Hitler, mit dem er seit 1921 wiederholt zusammengetroffen war, zum „Mitglied des Reichstages“ ernannt wurde. Nachdem Rauter einen Monat später hauptamtlicher Stabsführer der SS im SS-Oberabschnitt „Südost“ (Breslau) geworden war und sich „besondere Verdienste bei der reibungslosen Durchführung der Judenaktion am 9./10. November 1938“⁷⁴ (Kristallnacht) erworben hatte, beförderte ihn der Reichsführer-SS am 21. Dezember 1939 zum SS-Brigadeführer. Zwei Monate später teilte Himmler seinem getreuen Gefolgsmann mit, daß Hitler ihn zum Höheren SS- und Polizeiführer „vorbestimmt“ habe, nur Zeit und Einsatzort stünden noch nicht fest⁷⁵. Um sich auf diese neue Aufgabe vorzubereiten, sollte Rauter zunächst für je zwei Monate zur Sicherheitspolizei, zur Ordnungspolizei und zur Waffen-SS gehen. „Auf diese Weise sollte ich die ganze Führungstaktik der Polizei und Waffen-SS kennenlernen“⁷⁶. Als am 9. April 1940 die Besetzung Dänemarks und Norwegens begann, glaubte Rauter, er würde als HSSPF nach Norwegen entsandt werden. Einen Einsatz in den Niederlanden hielt er für ziemlich unwahrscheinlich, da er annahm, daß Seyss-Inquart „natürlich seine Freunde aus Österreich“ mitbringen würde. Daß Hitler seinem neuen „Statthalter“ Seyss-Inquart nur zugestanden hatte, zwei seiner leitenden Mitarbeiter (Wimmer und Fischboeck) selbst auszusuchen, konnte Rauter in seiner Breslauer Dienststelle nicht wissen. So wird er wahrscheinlich am Mittag des 23. Mai 1940 etwas überrascht Himmlers Telegramm gelesen haben, das ihn

⁷⁴ Berlin Document Center. Akte Hanns A. Rauter. Brief v. d. Bach-Zelewski an Himmler v. 15. 3. 1939.

⁷⁵ Aussage Rauter, in: *Niederland in Oorlogstijd*, 4. Jg., 1949, S. 20.

⁷⁶ Ebd., S. 20.

zum Höheren SS- und Polizeiführer beim Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete „beförderte“.

Als Seyss-Inquart von der Berufung des fanatischen Soldaten und Freikorpskämpfers Rauter erfuhr, bat er Hitler, lieber einen „Reichsdeutschen“ zu ernennen. Dieser „zaghafte Protest“ des Wiener Rechtsanwalts entsprang keineswegs der Befürchtung, daß durch „zu viele Österreicher“ bei den Niederländern der Eindruck entstehen könnte, sie hätten das gleiche Schicksal wie die Republik Österreich, nämlich den „Anschluß“ an das Reich, zu erwarten. Die Besorgnisse Seyss-Inquarts waren anderer Natur. Er kam aus dem Generalgouvernement und hatte dort die ersten heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem HSSPF Krüger und Generalgouverneur Frank erlebt und die Machtstellung Krügers selbst zu spüren bekommen⁷⁷. Er wußte nur zu gut, daß die „persönliche und unmittelbare“ Unterstellung des HSSPF unter den Repräsentanten der Verwaltung lediglich auf dem Papier stand und daß er als Reichskommissar in Wirklichkeit weder eine Befehlsgewalt über die deutsche Polizei noch über den „Generalbevollmächtigten“ Himmlers besitzen würde. Im Unterschied zu dem erfahrenen „alten Kämpfer“ Terboven, der seinen HSSPF selbst bestimmen und so seine Selbständigkeit weitgehend wahren konnte, war Seyss-Inquart in Partei und SS viel zu schwach, als daß er erfolgreich gegen die Berufung Rauters hätte protestieren können.

Die formelle Bestellung Rauters zum Generalkommissar für das Sicherheitswesen durch Seyss-Inquart bedeutete mithin nicht, daß der Reichskommissar ein neues ihm unterstehendes Amt schuf, sondern daß die Institution des Höheren SS- und Polizeiführers seiner Zivilverwaltung angepaßt wurde. Die Bezeichnung „Höherer SS- und Polizeiführer“ besagte auch nicht, daß es sich um zwei durch Rauter in Personalunion verwaltete Funktionen handelte, vielmehr nur um zwei Aspekte desselben Amtes, sowohl von Himmler wie von Seyss-Inquart aus gesehen⁷⁸.

In seiner Eigenschaft als Generalkommissar für das Sicherheitswesen, dessen Aufgabe es war, für die „öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit“ zu sorgen, unterstand Rauter formell dem Reichskommissar, der ihm die „Aufsicht“ über die niederländische Polizei übertrug. Himmler betrachtete jedoch den HSSPF als seinen persönlichen „Generalbevollmächtigten“ in den Niederlanden und pflegte den Schriftverkehr nicht über den Reichskommissar zu leiten⁷⁹. „Diese Funktion“ (des Höheren SS- und Polizeiführers), so interpretierte Rauter nach dem Krieg seine Stellung⁸⁰,

⁷⁷ Berlin Document Center. Personalakte Seyss-Inquart. Brief Seyss-Inquarts an Himmler v. 7. 5. 1940. Vgl. zu den Auseinandersetzungen Krüger-Frank: M. Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik, Stuttgart 1961.

⁷⁸ Generalkommissar Wimmer erklärte sogar in Nürnberg, daß Rauter ursprünglich nicht zum Generalkommissar für das Sicherheitswesen ernannt werden sollte. Seine Bestellung erfolgte aber, „weil der Reichsführer-SS den Wunsch hatte, daß der Höhere SS- und Polizeiführer auch diesen Titel trägt“. IMT XV, S. 228. Vgl. auch A.E. Cohen, Rauters positie en bevoegdheden, in: Nederland in Oorlogstijd, 4. Jg., 1949, S. 15.

⁷⁹ H. D. Loock, Der politische Werdegang des SS-Gruppenführers und General der Waffen-SS Hanns Rauter (Gutachten des IfZ München).

⁸⁰ Het Proces Rauter, a. a. O., S. 19.

„habe ich nicht von Seyss-Inquart bekommen, sondern diese Funktion wurde mir vom Führer erteilt. Automatisch waren mir die gesamten Polizeikomplexe, die gesamte Ordnungspolizei, die gesamte Sipo und die gesamte Waffen-SS unterstellt. Der Reichskommissar hat hier aus formellen Gründen als Gesetzgeber, gegenüber der niederländischen Verwaltung die Dinge in ein Gewand gebracht.“

Die deutsche Polizei stand Seyss-Inquart auf Ersuchen zur Verfügung, wenn er sie in einem besonderen Fall benötigte. Wie er später aussagte⁸¹, hat die Polizei in solchen Fällen, wenn es sich um wichtigere Sachen handelte, mit dem Reichsführer-SS beziehungsweise mit den Dienststellen des Reichsführers-SS „vorher Fühlung genommen“, und „nur wenn dort zugestimmt wurde, konnte ein Wunsch des Reichskommissars durch die Polizei durchgeführt werden“⁸². Ein ehemaliger Angehöriger des SD erklärte nach dem Krieg⁸³: „Rauter war als Generalkommissar dem Seyss-Inquart unterstellt, aber hinter ihm stand Himmler, den er als Höherer SS- und Polizeiführer vertrat und mit dessen Hilfe er – das ist mein Eindruck – seinen Willen immer durchsetzte. Ich glaube, daß Rauter über Himmler schneller und öfter mit Hitler Kontakt bekam und eine Sache an ihn herantrug, als Seyss-Inquart. So sah und sehe ich in Rauter den zweitstärksten Mann in Holland, wenn nicht sogar in vielen Dingen Rauter mit Hilfe Himmlers – je nachdem wie dieser gerade zu Hitler stand – über Seyss-Inquart das Übergewicht hatte.“

b) Der Generalkommissar *zV.* Fritz Schmidt

Wie der Reichsführer-SS seinen „Generalbevollmächtigten“ nach Den Haag entsandte, so baute auch Reichsleiter Martin Bormann, damals noch Stabsleiter in der Dienststelle des Stellvertreters des Führers (Rudolf Heß), tatsächlich aber schon der entscheidende Mann dieses später in „Parteikanzlei“ umbenannten Amtes, einen eigenen Repräsentanten der Partei als „politischen Generalkommissar“ in das Reichskommissariat ein.

Die Wahl für diesen Posten fiel auf Fritz Schmidt, Träger des Goldenen Parteiabzeichens und der Dienstausszeichnung in Bronze und Silber, der seit 1938 der Dienststelle des Stellvertreters des Führers angehörte. Schmidt, am 19. November 1903 in Eisbergen, Kreis Minden in Westfalen geboren⁸⁴, hatte sich nach Volksschule und vorzeitigem Verlassen des Gymnasiums in Rinteln als Photograph ausbilden lassen und diesen Beruf acht Jahre lang, von 1926–1934, als „selbständiger Photograph und Fotohändler“ ausgeübt, bis er hauptamtlich für die NSDAP tätig wurde. Bereits am 1. Dezember 1929 war er der NSDAP, Ortsgruppe Minden, beigetreten⁸⁵,

⁸¹ Aussage Seyss-Inquarts, IMT XV, S. 703. Vgl. auch Aussage Wimmers, IMT XVI, S. 208.

⁸² Zitiert nach der Aussage Wimmers, IMT XVI, S. 229.

⁸³ Aussage J. Schreieders, in: *Het Proces Rauter*, a. a. O., S. 14.

⁸⁴ Berlin Document Center. Personalakte Fritz Schmidt.

⁸⁵ Im Oktober 1929 war Schmidt auch der SA beigetreten. Ab 30. 1. 1938 stand er im Rang eines SA-Standartenführers. Schmidt erhielt die Parteinummer 174068. Nachdem sich jedoch im Winter 1929/30 die Ortsgruppe Minden wieder aufgelöst hatte, stellte Schmidt am

von der aus er sich langsam empordiente: Ortsgruppenleiter, Kreisleiter und Propagandaleiter in der Gauleitung Westfalen-Nord, waren die ersten Stufen, die er bis 1934 erklimmte. Ein Jahr später übertrug man ihm den in der neuen NS-Gemeinde-Ordnung (1935) vorgesehenen Posten eines Beauftragten der NSDAP für Münster-Stadt. Auch als „ständiges Mitglied der Organisationsleitung der Reichsparteitage“ bewies Schmidt Organisationstalent und rhetorische Gewandtheit⁸⁶, 1936 war er zum „Mitglied des Reichstages“ ernannt worden und am 15. September 1938 in den Stab des Stellvertreters des Führers berufen worden.

Am 23. Mai 1940 ernannte Hitler auf Vorschlag von Bormann und Heß den „alten Kämpfer“ zum Generalkommissar zBv. Als Vertreter der Parteikanzlei sollte er in den besetzten niederländischen Gebieten die Interessen der Partei, insbesondere die seines Gönners Bormann wahrnehmen und in allen politischen Fragen dem Reichskommissar „hilfreich“ zur Seite stehen. Bevor es jedoch innerhalb des Reichskommissariats zu den heftigen Auseinandersetzungen um den alleinigen „politischen Führungsanspruch“ zwischen Rauter und Schmidt kommen sollte, geriet Schmidt in einen parteiinternen Machtkampf, den er und Bormann heraufbeschworen, als sie versuchten, die Landesgruppe der NSDAP in den Niederlanden⁸⁷ der Auslandsorganisation (AO) der NSDAP zu entziehen und sie unter ihre eigene Kontrolle zu bringen.

Nach dem Beginn der Westoffensive hatte auch der Chef der Auslandsorganisation der NSDAP, Gauleiter Ernst Wilhelm Bohle, gehofft, durch die Einschaltung seiner Landesgruppe in die Besatzungsverwaltung einen größeren Einfluß zu bekommen, und dadurch seine Stellung in der Partei ausbauen und festigen zu können, die bisher trotz seiner Ernennung zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt (1937) in den Augen der alten Parteikämpfer und der Parteikanzlei die eines Außenseiters geblieben war⁸⁸. Bereits am Tage der niederländischen Kapitulation, am 15. Mai 1940, ernannte Bohle seinen Stabsleiter Ruberg zum vorläufigen Landesgruppenleiter in den Niederlanden. Aber erst am 1. Juni 1940 traf Ruberg in Den Haag ein, wo er

1. 3. 1930 einen neuen Antrag um Aufnahme in die Partei. Bis zum Jahre 1934 lief er unter seiner neuen Nummer 217737, ehe dann das Mitgliedsamt der NSDAP wieder die erste Parteinummer für gültig erklärte.

⁸⁶ In einer „Begutachtungsabschrift“ Gauleiter Meyers aus dem Jahre 1936 für Schmidt heißt es: „Charakterlich offen, ehrlich, zuverlässig, einwandfrei, beharrlich. Besitzt gute Umgangsformen, versteht es mit allen Bevölkerungsschichten umzugehen. Organisatorisch sehr befähigt, propagandistisch ausgezeichnet. Guter Redner, der durch seine Einfachheit und gerade Linie gute Erfolge erzielt. Verfügt auf Grund seiner Schul- und Selbstbildung über ein gutes Allgemeinwissen. Weltanschaulich unbedingt zuverlässig und einsatzbereit, erfreut sich allgemeiner Beliebtheit.“

⁸⁷ Vgl. dazu J. C. H. de Pater, *De organisatorische en cultureele werkzaamheid van de Landesgruppe Niederlande van Mei tot November 1940*. RvO, Amsterdam, Not. Nr. 103.

⁸⁸ Hitler selbst scheint sich für die AO der NSDAP kaum interessiert zu haben. Bohle erklärte in Nürnberg (IMT X, S. 26), daß er niemals von Hitler empfangen worden sei, Schacht urteilte über Bohle: „Das war ein Politiker, der seine Kolonialwarenhändler und Stiefelputzer zu Landesleitern machte – lauter Experten auf außenpolitischem Gebiet ...“ Zitiert nach G.M. Gilbert, *Nürnberger Tagebuch*, a. a. O., S. 215.

den bisherigen „Landesgruppenleiter“ Heinrich zum Propagandachef degradierte und mit größtem Eifer versuchte, die Landesgruppe neu zu organisieren⁸⁹. Der Grund für die „verspätete Ankunft“ Rubergs scheint mit der Ernennung Seyss-Inquarts zum Reichskommissar zusammenzuhängen. Nach den Erfahrungen in Polen befürchtete Bohle, daß nun auch in den Niederlanden die Landesgruppe der Auslandsorganisation entzogen und dem Reichskommissar unterstellt werden würde. Dieses Ziel strebten Bormann und sein getreuer Gefolgsmann Schmidt an. Wie aus einer für Bormann bestimmten Notiz Schmidts vom 24. Mai 1940 hervorgeht⁹⁰, beabsichtigte Bohle, sich an Hitler zu wenden, um zu verhindern, daß die Landesgruppe in den Niederlanden ihm entzogen würde⁹¹.

Auch auf anderm Wege versuchte er sich in der zweiten Maihälfte 1940 in den Vordergrund zu spielen. Bohle war es, der, wahrscheinlich durch die Berichte seiner Landesgruppe alarmiert, am 20. Mai 1940 Ribbentrop vorschlug, die Internierung der deutschen Staatsangehörigen in Niederländisch-Ostindien mit „scharfen Repressalien“, d. h. mit der sofortigen Verhaftung von Niederländern zu beantworten⁹². Sein „Vorschlag“ fand die Zustimmung des Reichsaußenministers, der ihm am 28. Mai 1940 in brutaler Offenheit zurückschrieb⁹³: „Ich würde es für richtig halten, wenn die Repressalien so gestaltet würden, daß für jeden in Niederländisch-Indien internierten deutschen Mann ein Holländer, für jede Frau eine Holländerin und für jedes Kind ein holländisches sofort festgenommen werden.“ Falls es sich jedoch um eine „sehr hohe Zahl“ internierter Deutscher⁹⁴ handeln würde, sollte man sich

⁸⁹ Nach Angaben des Rijksvreemdelingendienst in Den Haag lebten am 10. Mai 1940 52000 Reichsdeutsche in den Niederlanden. In dieser Zahl sind nicht die 15000 jüdischen Emigranten aus Deutschland oder Österreich enthalten. Am 24. Mai 1940 schätzte Bohle die Zahl der Parteigenossen in den Niederlanden auf 3000. Vgl. dazu L. de Jong, Die deutsche fünfte Kolonne, a. a. O., S. 183.

⁹⁰ Nach A. E. Cohen, Onstaan en betekenis van het Arbeitsbereich der NSDAP in den Niederlanden. RvO, Amsterdam, Not. Nr. 26.

⁹¹ Bohle hat sogar noch nach der Ernennung Seyss-Inquarts mit dem Gedanken gespielt, den im April 1940 von den Niederländern ausgewiesenen Butting wieder als Landesgruppenleiter nach Den Haag zu entsenden. Der Reichskommissar, der zunächst nichts gegen den ehemaligen Vorsitzenden der Reichsdeutschen Gemeinschaft einzuwenden hatte, lehnte Butting ab, nachdem er über die Spionageaktivitäten unterrichtet worden war. Vgl. dazu J. H. C. de Pater, Not Nr. 103, S. 3. Hinzu kam, daß Butting unmittelbar nach der niederländischen Kapitulation unter dem Decknamen „Hauptmann Borchard“ in Den Haag auftauchte, um auf eigene Faust in den niederländischen Archiven die ihn belastenden Akten zu vernichten. Daraufhin war er von der deutschen Militärbehörde ausgewiesen worden. Vgl. dazu das umfangreiche Aktenmaterial im RvO, Amsterdam über das „Sonderkommando von Künsberg“, das die Akten der „Feindstaaten“ zu beschlagnahmen, zu sichten und nach Berlin (A. A.) zur „Auswertung“ weiterzuleiten hatte. Vgl. auch L. J. Ruys, Het „Sonderkommando von Künsberg“ en het lotgevalen van het archief van het ministerie van Buitenlandse zaken in Nederland van 1940–1943. In: Nederlands Archievenblad, 1961, S. 135–153.

⁹² ADAP D IX, S. 372, Anm. 1

⁹³ Ebd., Nr. 333, S. 372. Brief Ribbentrops an Bohle vom 28. 5. 1940.

⁹⁴ Nach dem Bericht Nr. 2 über die Dienstbesprechung bei Generalkommissar Schmidt vom 17. Juli 1940 wurden nach Ausbruch der Westoffensive 2700 Reichsdeutsche und 372

vielleicht, „um nicht gleich zu ernst in die holländischen Belange einzugreifen, mit einer kleineren Zahl, aber dann aus dem Kreis einflußreicher Leute begnügen“. Ribbentrop bat seinen Staatssekretär, diese Angelegenheit mit dem Reichskommissar zu besprechen. Am 4. Juni 1940 traf Bohle in Den Haag ein, wo er mit Seyss-Inquart die „Vergeltungsaktion“ erörterte, die wenige Wochen später auch durchgeführt wurde⁹⁵. Bohle nahm gleichzeitig die Gelegenheit wahr, um mit Seyss-Inquart über die Landesgruppe zu sprechen: „Falls in Kürze ein Aufbau der NSDAP ähnlich wie im Generalgouvernement vorgesehen sein sollte“, so erklärte er dem Reichskommissar⁹⁶, „halte ich die Umbenennung z. Zt. nicht für richtig.“ Zunächst schien es auch, als ob sich Bormann und Schmidt nicht gegen Bohle und Ruberg durchsetzen könnten. Die Landesgruppe blieb weiterhin der Auslandsorganisation der NSDAP unterstellt. Ruberg entwickelte eine rege politische Aktivität, gründete zunächst einen „Hilfsausschuß“ für die durch die Kriegereignisse geschädigten Deutschen⁹⁷, errichtete neue Kreise, Ortsgruppen, Stützpunkte und Zellen und setzte neue Kreis- bzw. Ortsgruppenleiter ein. Nachdem Ruberg im Sommer 1940 die Landesgruppe neu organisiert und die Leitung straff an sich gezogen hatte, wurde er im Oktober 1940 von seinem Posten verdrängt. Mit großer Bitterkeit wird er vermutlich die Parteiverfügung 9/1940 vom 7. Oktober 1940 zur Kenntnis genommen haben, durch die die Landesgruppe der Auslandsorganisation entzogen und dem Reichskommissar unterstellt wurde. „Die Lage in den besetzten niederländischen Gebieten“, so hieß es in der von Heß unterzeichneten Verfügung⁹⁸, „und die sich daraus ergebenden besonderen Aufgaben für die dort wohnenden Reichsdeutschen, vor allem für die Parteigenossen, machen eine Unterstellung der bisherigen Landesgruppe Niederlande der A. O. unter den Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Reichsminister Parteigenosse Dr. Seyss-Inquart, notwendig.“

Ich ordne daher an:

1. Die Landesgruppe Niederlande der A. O. scheidet ab 15. Oktober 1940 aus der A. O. der NSDAP aus und wird dem Reichskommissar Parteigenosse Dr. Seyss-Inquart unterstellt.

Mitglieder der NSB von den niederländischen Behörden in Niederländisch-Ostindien interniert. RvO, Amsterdam, HSSPF 54a.

⁹⁵ Am 19./20. Juli 1940 wurden von der deutschen Polizei 231 Niederländer, unter ihnen 16 Frauen, verhaftet. Noch am 20. Juli wurden die Männer mit Autobussen in das KL Buchenwald, die Frauen nach Ravensbrück deportiert. Im Oktober 1940 wurden weitere Niederländer verhaftet und als Geiseln nach Deutschland gebracht. Ende des Jahres 1941 wurden sie wieder in ihre Heimat zurückgebracht, in besonderen Internierungslagern (Haaren, später Sint Micoelgestel) festgehalten und erst im Dezember 1944 wieder freigelassen. Vgl. hierzu Enquêtocommissie II A, S. 237. De Duitse geïnterneerden in Nederlandsch-Indie.

⁹⁶ Zitiert nach A. E. Cohen, RvO, Amsterdam. Not. Nr. 26.

⁹⁷ Vgl. dazu auch Reichshauptstellenleiter Sommer, Die NSDAP in den Niederlanden, in: Die Niederlande im Umbruch der Zeiten, a. a. O., S. 122.

⁹⁸ Parteiverfügung 9/40 v. 7. 10. 1940. Reichsverfügungsblatt B 27/40 v. 11. 10. 1940. Zitiert nach A. E. Cohen, Not. Nr. 26.

2. Sie führt ab 15. Oktober 1940 den Namen „Arbeitsbereich der NSDAP in den Niederlanden“.
3. Zum Leiter des Arbeitsbereiches der NSDAP in den Niederlanden wird der Dienstleiter Generalkommissar zbV. Parteigenosse Schmidt – Münster, Den Haag, Plein 23, bestellt.

Diese Parteiverfügung deutete an, daß die besetzten niederländischen Gebiete seit Herbst 1940 von der höchsten Parteileitung in Deutschland nicht mehr als „Ausland“ angesehen wurden. Neben „Gau“ (Reichsgebiet) und „Landesgruppe“ (Ausland) erfand die Partei nun den „Arbeitsbereich“ als eine neue organisatorische und territoriale Gliederungsform für Gebiete, die nicht zum „Großdeutschen Reich“ gehörten, aber deutscher Besetzung und Hoheit unterstanden⁹⁹. Bormann und Schmidt hatten ihr Ziel erreicht. Die Auslandsorganisation und der Einfluß der in den Niederlanden lebenden „alteingesessenen Parteigenossen“ waren ausgeschaltet. Als Leiter des „Arbeitsbereiches“ übernahm der Generalkommissar zbV. von nun an auch die „politische und weltanschauliche Betreuung“¹⁰⁰ der in den besetzten niederländischen Gebieten lebenden Reichsdeutschen. Auch für den Reichsleiter Bormann bedeutete das eine weitere Stärkung seiner Machtposition, da Schmidt nicht nur sein „Vertrauensmann“ in den Niederlanden war, sondern als Leiter des Arbeitsbereichs in allen Parteiangelegenheiten an seine Weisungen und Richtlinien gebunden war. Lediglich in denjenigen Fragen, die den „politischen Einsatz“ des „Arbeitsbereiches“ in den Niederlanden betrafen, sollte Schmidt dem Reichskommissar unterstellt sein¹⁰¹.

Die Tatsache, daß Seyss-Inquart am 28. Oktober 1940 seinen „politischen Generalkommissar“ mit der Leitung des „Arbeitsbereiches“ betrauen konnte¹⁰², machte ihn (Seyss-Inquart), freilich nur nominell, auch zum Repräsentanten der Partei. Es ist bekannt, daß diese Frage für Seyss-Inquart persönlich eine große Rolle gespielt hat. Rauter erklärte nach dem Krieg, daß der Reichskommissar besonders darunter „gelitten“ habe, „ein so junges Parteimitglied zu sein“¹⁰³. Tatsächlich war Seyss-Inquart erst am 1. Juni 1938 der NSDAP beigetreten und hatte die Parteinummer 6270392 erhalten¹⁰⁴. Für die Richtigkeit der Meinung Rauters sprechen auch die wiederholten, vergeblichen Versuche Seyss-Inquarts, seine Parteizugehörigkeit auf das Jahr 1931 (Eintritt in den Steierischen Heimatschutz) zurückdatieren zu lassen. Die erbitterten Auseinandersetzungen mit dem „alten Kämpfer“ Bürckel in Österreich und der oft gegen ihn erhobene Vorwurf, erst im letzten Augenblick auf das richtige Pferd gesetzt zu haben, scheinen ihn in der Annahme gestärkt zu haben, daß er mit seiner hohen Parteinummer kaum die „Anerkennung“ der alten „Haudegen“ der

⁹⁹ Nach A. E. Cohen, Not. Nr. 26.

¹⁰⁰ K. O. Rabl, Das Reichskommissariat, a. a. O., S. 87.

¹⁰¹ Vgl. Bormanns Verfügung 3/41 v. 20. 10. 1941, Reichsverfügungsblatt B 48/41. A. E. Cohen, Not. Nr. 26.

¹⁰² RvO, Amsterdam. FS nr. 891. Schmidt an Bormann v. 23. 10. 1940.

¹⁰³ Aussage Rauter, in: *Nederland in Oorlogstijd*, 4. Jg., 1949, S. 21.

¹⁰⁴ Berlin Document Center. Personalakte A. Seyss-Inquart.

Partei finden könne. Gerade weil Seyss-Inquart eine so schwache Stellung in der Partei hatte, konnte der auf seine eigene Machtentfaltung bedachte Reichsleiter Bormann den ehrgeizigen Parteistreber Schmidt nach Den Haag entsenden und so der Instanz des HSSPF den „politischen“ Generalkommissar als Vertreter der Parteikanzlei an die Seite stellen. Schmidts Stellung gegenüber dem Reichskommissar entsprach also fast der Rauters. Beide vertraten in erster Linie die Interessen und die Politik der hinter ihnen stehenden „Potentaten“, denen sie ihre Stellung und ihren Einfluß zu verdanken hatten.

Angesichts seiner schwachen Stellung in Partei und SS kam Seyss-Inquart gar nicht erst in die Versuchung, sich ein „eigenes Reich“, wie es Generalgouverneur Frank im besetzten Polen anstrebte, zu schaffen. Er wußte nur zu gut, daß sein Reichskommissariat nur eine Übergangslösung war; denn in dem Moment, wo der alles entscheidende „Endsieg“ errungen sein würde oder die Niederländer sich von selbst zum Nationalsozialismus bekennen würden, mußte seine Tätigkeit als Reichskommissar beendet sein. Seyss-Inquarts Streben galt daher nicht so sehr der Stärkung und dem Ausbau seiner eigenen „Hausmacht“ als vielmehr der Erfüllung des ihm von Hitler erteilten Auftrages. Nur so konnte er hoffen, das Vertrauen Hitlers, das für ihn über Aufstieg oder Fall entschied, nicht zu verlieren und vielleicht doch noch eines Tages als Nachfolger Ribbentrops ins Reichsaußenministerium einziehen zu können. Hatte Hitler doch wiederholt die konziliante Art und das diplomatische Fingerspitzengefühl seines Landsmannes gepriesen und in diesem dadurch solche Hoffnungen erweckt. Seyss-Inquarts unbeirrbarer Glaube an den „Führer“ sollte schließlich belohnt werden, als er in den letzten Tagen des „Tausendjährigen Reiches“ tatsächlich von Hitler zum Außenminister der Regierung Dönitz ernannt wurde.

Wenngleich sich Seyss-Inquart in den ersten Jahren seiner „Herrschaft“ weitgehend von Generalkommissar Schmidt abhängig fühlte, weil dieser schließlich von Hitler selbst zum politischen Generalkommissar ernannt worden war, so mußte er doch gleichzeitig die „politisch-weltanschauliche Führungsaufgabe“ der SS berücksichtigen, um nicht mit dem Reichsführer-SS zusammenzustoßen. Aus diesem Dilemma glaubte sich Seyss-Inquart allein befreien und seine „führerunmittelbare“ Stellung als Reichskommissar in dem bald einsetzenden Machtkampf zwischen SS und Partei verteidigen zu können, indem er sich mit seinem von Hitler gepriesenen „diplomatischen Fingerspitzengefühl“ immer wieder auf die von Hitler erteilten „Instruktionen“ berief.

IV. DIE ANSÄTZE DER NAZIFIZIERUNGSPOLITIK UNTER DER DEUTSCHEN ZIVILVERWALTUNG

A. Die Instruktionen Hitlers

Auf die mündlichen Instruktionen, die Seyss-Inquart am 19. und 25. Mai 1940 von Hitler für sein neues Amt erhalten hatte, bezog sich der Reichskommissar in seinem „ersten Bericht über die Lage und Entwicklung in den besetzten niederländischen Gebieten“, den er am 23. Juli 1940 Hitler vorlegen ließ¹. Später, in Nürnberg, führte Seyss-Inquart aus:

„Ich hatte die zivile Verwaltung zu führen und in deren Rahmen die Interessen des Reiches wahrzunehmen. Ich habe aber auch einen politischen Auftrag bekommen, nämlich bei Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der Niederlande danach zu trachten, daß dieselben aus ihrer englandfreundlichen Einstellung eine deutschlandfreundliche Einstellung einnehmen mit einer besonders engen wirtschaftlichen Verbindung.“

Die Absicht, möglichst schonender Respektierung der Unabhängigkeit der Niederlande, basierte u. a. auch auf der Überlegung, daß nur unter solchen Umständen der Zusammenhang mit den Niederländisch-Indischen Gebieten erhalten und diese vor britischem Zugriff gesichert werden könnten². Dieser Hintergrund der von Hitler befohlenen „großzügigen Behandlung der besetzten Niederlande“³ läßt sich auch aus zwei anderen Dokumenten erkennen. So erläuterte Ministerialdirektor Wohlthat am 12. Juni 1940 im Auswärtigen Amt die „angeordnete Sonderbehandlung“ (der Niederlande) mit den Worten⁴: „Holland solle als politische und wirtschaftliche Einheit erhalten bleiben, damit es als Tor zur Welt, insbesondere im Hinblick auf Niederländisch-Indien und als Brücke für sich bietende Möglichkeiten beim Friedensschluß dienen könne. Deswegen solle versucht werden, im Guten und in Zusammenarbeit mit den Holländern weiter zu kommen.“ Ähnlich heißt es in einem Aktenvermerk über eine Besprechung in Görings Hauptquartier am 19. Juni 1940 u. a.⁵: „Bezüglich Holland soll eine vorsichtige Politik betrieben werden. Es ist

¹ IMT XXVI, PS-997, S. 413–429 sowie IMT XXVI, PS-997, S. 412 (Brief Lammers an Rosenberg v. 2. 8. 1940.) und Aussage Seyss-Inquarts, in: IMT XV, S. 698: „Diese Instruktionen sind in dem von der Anklage vorgelegten Dokument 997-PS recht gut dargestellt.“ S. 699: „Dieser Auftrag ist vom Führer niemals abgeändert worden.“ Vgl. zu den Berichten des Reichskommissars ferner RvO, Amsterdam. FOSD 8569. 600187–600217 und: Nederland in Oorlogstijd, 2. Jg., 1947, Nr. 15–16, S. 173–179.

² Vgl. dazu Th. Sommer, Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935–1940. Tübingen 1952, S. 324ff.

³ So der Befehlshaber der Sipo und des SD in den Niederlanden, SS-Standartenführer Dr. Nockemann, in seinem „Abschlußbericht“ über den „Nelkentag“ (vgl. S. 124 dieser Arbeit). RvO, Amsterdam. BDC H 1155. Dieser Bericht wurde am 2. 7. 1940 vom Chef des RSHA Heydrich an den Chef der Ordnungspolizei weitergeleitet.

⁴ ADAP D, IX, Nr. 419, S. 455. Aufzeichnung Wiehls vom 12. 6. 1940.

beabsichtigt, Holland selbständig zu lassen, es jedoch eng an das Reich anzuschließen. Die Holländer sollen selbständig wirtschaften, jedoch soll der deutsche Einfluß auf wirtschaftlichem Gebiet mit allen Mitteln gestärkt werden.“

Die Absicht der NS-Führung, in Holland eine „vorsichtige Politik“ zu betreiben, schloß jedoch keineswegs aus, daß auch hier „Nazifizierung“ und „Germanisierung“, die bewährten „Stilmittel“ zur Beherrschung eines eroberten Landes, in der jeweils für zweckmäßig gehaltenen Dosis zur Anwendung kommen sollten. Daß Hitler selbst dergleichen von Anfang an im Auge hatte, bestätigt ein Vermerk Unterstaatssekretär Luthers vom 25. 5. 1940 für Ribbentrop, in dem Luther, nachdem er von Rudolf Likus über dessen Gespräch mit dem niederländischen Faschistenführer Mussert unterrichtet worden war, äußerte⁶: „Es ist nunmehr die Frage zu entscheiden, ob die Besprechungen mit Mussert von seiten des Herrn Reichsaußenministers zu führen wären, oder aber ob der ganze Fragenkomplex dem Reichsminister Seyss-Inquart abgegeben werden soll, wobei zu bemerken ist, daß Reichsminister Seyss-Inquart nach einer Angabe vom Führer den Befehl hat, zu geeigneter Zeit nach Möglichkeit eine nationalsozialistisch orientierte Regierung in Holland bilden zu lassen.“ Ähnlich äußerte sich Seyss-Inquart selbst am 4. Juni 1940, als er in Gegenwart des Generalkommissars Dr. Wimmer und des Leiters der Präsidialabteilung des Reichskommissariats, Dr. Piesbergen, seinen zukünftigen Beauftragten für die niederländischen Provinzen erklärte⁷, „daß nach dem Willen des Führers Holland ein selbständiges Land bleiben solle, das aber später aus freiem Willen sich dem Führer Mittel-Europas würde anschließen müssen“.

In dem genannten ersten Tätigkeitsbericht schrieb Seyss-Inquart, es komme folglich darauf an, „eine politische Willensbildung zustandezubringen, die die wirtschaftliche Bindung der Niederlande an das Reich als Ausfluß des Willens des niederländischen Volkes erscheinen läßt“. Er fügte freilich hinzu, daß dieser politische Auftrag mit der gleichzeitigen Aufgabe der Erhaltung der Sicherheit und Ruhe im niederländischen Besatzungsgebiet „im Einzelfall nicht ohne weiteres in Einklang zu bringen“ sei, „denn das Interesse der Besatzungsmacht verlangt die weitgehende Unterbindung aller möglichen Betätigungsformen, die Weckung und Lenkung der politischen Willensbildung erfordert hingegen die Gewährung solcher Freiheiten, die das schließliche Ergebnis für die Niederländer zu einer eigenen Entscheidung machen“. Diese von Seyss-Inquart im Sommer 1940 betriebene Politik macht einerseits den Eindruck, als sei geplant gewesen, der „blutsnahen“ Bevölkerung der Niederlande die Entscheidung über Annahme oder Abweisung des Nationalsozialismus selbst zu überlassen, aber zugleich verrät sie doch unverkennbar die Tendenz, der „Freiwilligkeit“ nachzuhelfen, zumal nicht ersichtlich war, wie die freiwillige

⁵ IMT XXVII, PS-1155, S. 30.

⁶ RvO, Amsterdam. FOSD 2190. 472779-82. Vortragsnotiz Luthers v. 25. 5. 1940. Allem Anschein nach muß Hitler Seyss-Inquart diesen „Befehl“ bereits am 19. Mai 1940 erteilt haben, da die zweite Unterredung erst am Nachmittag des 25. 5. 1940 im Führerhauptquartier Münstereifel stattfand.

⁷ RvO, Amsterdam. Präsidialabteilung 10⁸⁰. Protokoll des Beauftragten Roos.

„Bindung an das Reich“ und die erwartete „Selbstnazifizierung“ vonstatten gehen sollte⁸.

Gerade die Unklarheit über die zur Erreichung dieses Zieles anzuwendenden Methoden führte aber dazu, daß die Generalkommissare Schmidt und Rauter schnell jeweils eigene Konzepte zu verfolgen begannen, die Seyss-Inquarts maßvolle Äußerungen Lügen strafte. „Schon seit Beginn der Arbeit des Reichskommissariats“, so berichtete Bene später (am 22. 4. 1942) an das Auswärtige Amt, „bestanden hier gewisse Gegensätze in der Auffassung über die Erreichung des politischen Zieles, die Niederlande nationalsozialistisch zu machen, zwischen Generalkommissar Schmidt, der die Ansicht der Partei (Reichsleiter Bormann) vertrat und Generalkommissar Rauter, der die Auffassung der SS (Reichsführer) vertrat“⁹. Vor dem Nürnberger Militärgerichtshof erklärte Seyss-Inquart¹⁰: „Es ist bestimmt richtig, daß das, was ich mir vorgenommen habe und in meinen Reden als Vorsatz auch proklamiert habe¹¹ in der Praxis nicht durchgeführt wurde und nicht durchführbar war. Es mag aber auch sein, daß es den Niederländern den Eindruck machte, als ob ich ihnen den Nationalsozialismus oktroyieren wollte, weil ich nur die nationalsozialistische Partei zugelassen hatte und die übrigen Parteien verbieten mußte. Ich habe aber niemals mit staatlichen Zwangsmitteln von irgendeinem Niederländer verlangt, daß er Nationalsozialist werde oder die Zugehörigkeit zur nationalsozialistischen Partei zur Voraussetzung gemacht, die allgemeinen Rechte auszuüben, die irgendeinem Niederländer zugekommen sind.“

Je mehr aber Seyss-Inquarts Handlungsfähigkeit durch solche innere Zwiespältigkeiten blockiert wurde, die darin Ausdruck fanden, daß er einerseits erklärte, er werde in den Niederlanden immer als Nationalsozialist handeln, andererseits aber versicherte, dies bedeute nicht, daß er auch nur einem Menschen den National-

⁸ Vgl. A. E. Cohen, *Opmerkingen over notitie voor het geschiedwerk Nr. 80*, RvO, Amsterdam und Not. Nr. 80a, S. 3.

⁹ RvO, Amsterdam. FOSD 1150. 323085–86. Vgl. auch die Erklärung Benes v. 20. 10. 1947 vor der niederländischen Polizei: „Die Niederlande müßten nationalsozialistisch werden. Ich faßte des Führers Äußerung als eine Anweisung an den Reichskommissar auf.“ Zitiert nach J. C. H. de Pater, a. a. O., S. 3.

¹⁰ IMT XV, S. 699.

¹¹ Vgl. hierzu die drei Hauptzeugnisse:

29. *Mai 1940*: „Wir kommen nicht hierher, um ein Volkstum zu bedrängen und zu zerstören und um einem Land die Freiheit zu nehmen. Wir wollen dieses Land und seine Leute weder imperialistisch bedrängen noch ihm unsere politische Überzeugung aufdrängen.“ (Vgl. oben S. 69f.).

26. *Juli 1940*: „Was nun das Verhalten der Niederlande betrifft, so wollen wir feststellen, daß wir nichts weniger erwarten als eine Unterwürfigkeit oder eine unwahre Liebenswürdigkeit, was wir erwarten aber ist eine ordentliche und beherrschte Haltung. Auch in dieser Beziehung sind wir großzügig.“

12. *März 1941*: „Wir wollen gar nicht für alle Zeiten als Besatzungsmacht in diesem Land bleiben. Wir wollen, daß die Niederländer selbst aus innerer Überzeugung und mit dem Einsatz ihres ganzen Wesens auftreten für das große Werk des Aufbaues unseres germanischen Gemeinschaftsbereiches und damit eines neuen Europas.“ Vgl. Arthur Seyss-Inquart, *Vier Jahre in den Niederlanden*, Gesammelte Reden, Amsterdam 1944.

sozialismus aufzwingen werde, da der Nationalsozialismus eine „Sache der inneren Überzeugung“ sei¹² – um so mehr konnten sich unter dem Reichskommissar diejenigen Kräfte durchsetzen, die handfestere Vorstellungen darüber hatten, wie das Land zu nazifizieren und „das niederländische Volk nach den Bestimmungen des Führers in das Großgermanische Reich hineinzuführen“ sei¹³. „Er habe die historisch so wichtige Aufgabe“, so schrieb ihm am 1. Januar 1941 Heinrich Himmler nach Den Haag¹⁴, „9 Millionen germanisch-niederdeutsche Menschen, die Jahrhunderte lang dem Deutschtum entfernt wurden, mit fester und doch sehr weicher Hand wieder zurückzuholen und der deutsch-germanischen Gemeinschaft wieder einzufügen . . . Daß diese Aufgabe, die Gemeinschaft von 110 Millionen zu schaffen, das Fundament erst für ein wirklich großes Germanisches Reich ist, darüber sind wir beide uns ja absolut klar.“

Mochte Seyss-Inquart den „großgermanischen Reichsträumen“ des Reichsführers der SS innerlich skeptischer gegenüberstehen, so ging doch offenbar auch er davon aus, daß die Niederländer zu entscheiden hätten, ob sie das ehrenvolle Angebot, am „nationalsozialistischen Heil“¹⁵ teilzunehmen, und sich zum Nationalsozialismus bekehren zu lassen, akzeptieren, oder ob sie unter dauernder deutscher Besatzung leben wollten¹⁶. Denn es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß Hitler nach einem siegreichen Ende des Krieges auf die Herrschaft über dieses Land nicht verzichten würde. In den „Tischgesprächen“ bemerkte er am 3. Februar 1942: „Wenn ich ein freies Land unterwerfe, nur um ihm die Freiheit wieder zu geben, wozu das? Wer Blut vergossen hat, hat auch das Recht, die Herrschaft auszuüben“¹⁷.

Hitler hatte seinem Statthalter in den Niederlanden *grundsätzliche* politische Instruktionen mit auf den Weg gegeben, die nach Aussage Seyss-Inquarts niemals abgeändert wurden¹⁸. Aber es war bezeichnend für Hitlers „Führungstechnik“, daß er sich nach Einsetzung der Zivilverwaltung kaum noch um dieses Land kümmerte. Er kannte die Niederlande nicht, aber er machte auch während der Besatzungszeit niemals Anstalten, dem „blutsnahen“ Volk einen Besuch abzustatten. Die eingesetzten deutschen Instanzen blieben sich selbst überlassen und sollten selbst sehen, wie sie – auch auf die Gefahr dauernder Kompetenzkonflikte hin – die politi-

¹² Aussage Seyss-Inquarts, IMT XV, S. 700.

¹³ So Heinrich Himmler in einer Besprechung mit dem „Leider“ der NSB Mussert am 8. 7. 1943. RvO, Amsterdam. BDC 109. 723–746.

¹⁴ Ebd., BDC H 99. 622. Antwortschreiben Himmlers auf einen Neujahrsbrief des Reichskommissars.

¹⁵ Diesen Ausdruck gebrauchte A. J. van der Leeuw in einer Besprechung im RvO, Amsterdam am 10. 3. 1952. Vgl. Not. Nr. 16. Verslag van Bespreking, S. 6.

¹⁶ Am 29. Januar 1941 schrieb Bene dem Auswärtigen Amt, „. . . die Besatzung wird so lange dauern müssen, bis die Gewähr dafür gegeben ist, daß Deutschland sich auf ein nationalsozialistisches Niederland verlassen kann. Es wird also Politik auf Jahre gemacht werden müssen.“ RvO, Amsterdam. FOSD 4659. 211090.

¹⁷ Hitlers Tischgespräche, a. a. O., S. 50.

¹⁸ IMT XV, S. 699.

sche „Bekehrung“ der Niederländer am besten bewerkstelligen konnten. Er, der Führer, konnte sich da um so mehr heraushalten, als definitive staatsrechtliche oder territoriale Entscheidungen kaum vor Kriegsende zu treffen waren. Sollten die Herren Seyss-Inquart, Schmidt und Rauter also derweil experimentieren. Wie immer, wenn die Lage noch „unreif“ war und er selbst kein fertiges Konzept besaß, verließ Hitler sich auf dieses „Spiel“ der „Bewegung“, dessen Grundregel lautete: Derjenige, der sich durchsetzt, beweist am Ende, daß er die „gesündeste nationalsozialistische Idee“ hatte. Es ist deshalb zu untersuchen, wie diese rivalisierenden Konzeptionen aussahen.

B. Das politische Konzept Seyss-Inquarts

In den ersten Monaten seiner Verwaltung stützte sich Seyss-Inquart nicht allein auf die kleinen, von der Bevölkerung als „Landesverräter“ verachteten faschistischen Parteien, sondern versuchte vielmehr, die von Hitler gestellte politische Aufgabe auf einer viel breiteren Basis in Angriff zu nehmen. „Es mußte zunächst die Absicht der deutschen Stellen sein“, so umschrieb der Vertreter des Auswärtigen Amtes Otto Bene¹⁹ in seinem „Lagebericht“ vom 16. Januar 1941 die Taktik des Reichskommissars, „das innenpolitische Leben der Niederlande sich von selbst entwickeln zu lassen, um zu sehen, ob dabei etwas Brauchbares herauskommen würde“. Man hoffte auf die „Erneuerungsbewegungen“, die entsprechend der veränderten Situation aus dem niederländischen Volk selbst kommen würden, und glaubte, sie durch die „Weckung und Lenkung der politischen Willensbildung“ so unauffällig ausrichten zu können, daß der Eindruck einer „Selbstnazifizierung“ entstehe. Diese Politik einer induzierten „Freiwilligkeit“ setzte voraus, daß in den Niederlanden ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung zur politischen Kollaboration mit einer nationalsozialistisch bestimmten „Neuen Ordnung“ in Europa, wenn nicht gar zur „Bekehrung“ zum Nationalsozialismus bereit war.

1. Die „Niederländische Union“

Seyss-Inquart setzte seine Hoffnungen vor allem auf die im Juli 1940 entstehende „Niederländische Union“, von der er sich eine nationale niederländische Massenbewegung versprach. Wenn schon nicht im ersten Schritt eine pro-nationalsozialistische Massenbewegung zu erreichen war, so galt die Aufmerksamkeit umso mehr der Umgruppierung im bürgerlich-nationalen Lager, über die eine vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) in den Niederlanden ausgearbeitete vertrauliche SD-Meldung vom 6. Juli 1940 berichtete²⁰:

„Das gesamte politische Leben in den Niederlanden ist zur Zeit wieder in Bewegung gekommen, so daß ein abschließendes Urteil über seine zukünftige Marschrichtung

¹⁹ RvO, Amsterdam. FOSD 4659. 211079-91.

²⁰ RvO, Amsterdam. SD-Meldungen aus den Niederlanden v. 6. 7. 1940.

noch nicht abgegeben werden kann. Es steht jedoch fest, daß die Mehrheit des niederländischen Volkes nach wie vor auf ihrer Ablehnung aller nationalsozialistischen Bewegungen beharrt. Diese Kräfte dürften für die Sammlung der Kräfte bürgerlich-nationaler Richtung von nicht unerheblicher Bedeutung sein.“

Die demokratischen Parteien in den Niederlanden, die nach der deutschen Besetzung zunächst mit der Auflösung oder Gleichschaltung ihrer Organisationen und der alleinigen Zulassung der einheimischen faschistischen Parteien gerechnet hatten, lösten sich allmählich, nachdem der erste Schock der „Maitage“ vorüber war, aus ihrer politischen Erstarrung. Ende Juni 1940 fanden sich die sechs demokratischen Parteien, alle ideologischen und konfessionellen Meinungsverschiedenheiten beiseite schiebend, zusammen, um die Möglichkeiten zur Bildung eines repräsentativen niederländischen politischen Lagers zu erörtern. Im „Excelsior“ in Den Haag, der Parteizentrale der Liberalen, trafen sich am 1. Juli 1940 zum ersten Male die Parteivorsitzenden und Fraktionsführer der Römisch-Katholischen Staatspartei (RK), der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), der Antirevolutionären Partei (AR), der Christlich-Historischen Union (CHU), des Freisinnigen Demokratischen Bundes (VD) und der Liberalen Staatspartei (Lib)²¹. Man kam überein, unter der Leitung eines „Nationalen Comités“ einen „Nationalen Block“ zu bilden, der die „Volksrechte“, die „Freiheit“ und die „Unabhängigkeit“²² des Landes verteidigen sollte. Gleichzeitig beauftragte man eine Kommission, bestehend aus Dr. Colijn (AR), Mr. Verschuur (RK) und Drees (SDAP), mit der Ausarbeitung eines programatischen Manifestes, mit dem man unverzüglich an die Bevölkerung herantreten wollte, um, durch „Sympathiekundgebungen gestärkt“²³, eine Art plebiszitäre Bestätigung der weiteren Arbeiten zu gewinnen. Auf der gleichen Versammlung schlugen die Vertreter der Römisch-Katholischen Staatspartei vor, Kontakt zu der „Niederländischen Gemeinschaft“ (Nederlandse Gemeenschap) aufzunehmen, die als kleine, überparteiliche Organisation schon vor dem Krieg mit dem Ziel aufgetreten war, in der Bevölkerung ein stärkeres Nationalbewußtsein wachzurufen, und die sich Ende Juni 1940 für eine große niederländische Einheitsbewegung und für die völlige „Reorganisierung auf allen Lebensgebieten“ ausgesprochen hatte²⁴.

Zwei Tage später, am 3. Juli 1940, nahm der Vorsitzende der Antirevolutionären Partei und ehemalige Ministerpräsident Colijn Verbindung zu Mr. Linthorst Homan auf²⁵, der neben Prof. de Quay und Reinink zu den führenden Vertretern der niederländischen Gemeinschaft gehörte und königlicher Kommissar in Groningen war. Auch de Quay, als Professor an der katholischen Wirtschaftshochschule in Tilburg, und der bald an die Stelle von Reinink tretende Mr. Einthoven, Polizeikommissar in Rotterdam, hatten bedeutsame Posten im öffentlichen Leben des Landes inne.

²¹ W. Drees, *Uit de voorgeschiedenis van de Nederlandse Unie*, in: *OeV II*, a. a. O., S. 77. Vgl. G. Puchinger, *Tilanus vertelde mij zijn leven*, Kampen 1966, S. 187.

²² RvO, Amsterdam. Colijn-Tagebuch v. 1. 7. 1940.

²³ Aussage Drees, in: L. de Jong, *De Bezetting I*, a. a. O., S. 74.

²⁴ So laut SD-Meldungen v. 3. 7. 1940.

²⁵ RvO, Amsterdam. Colijn-Tagebuch v. 3. 7. 1940.

Den demokratischen Parteien war zu dieser Zeit aber noch verborgen geblieben, daß sich die „Niederländische Gemeinschaft“ inzwischen bereits an die deutschen Behörden gewandt hatte. Auf dem ersten Treffen, am 6. Juli 1940, einigten sich die drei Vertreter der „Niederländischen Gemeinschaft“ und die 12 Vertreter der Parteien, nachdem sie ihre Standpunkte dargelegt und ihre Meinungsverschiedenheiten zurückgestellt hatten, auf die Bildung eines „Nationalen Comites“, das später in „Niederländische Union“ umbenannt werden sollte. Bei der Frage jedoch, ob das von der Kommission bereits ausgearbeitete und von den Vertretern der „Niederländischen Gemeinschaft“ akzeptierte Manifest vor der Verkündung den deutschen Behörden vorgelegt werden sollte, teilten sich die Meinungen. Die Vertreter der Parteien machten geltend, daß es weder eine Zensur noch eine Verordnung gebe, die die Verkündung politischer Manifeste untersage. Die Parteien folgten schließlich dem Vorschlag der „Niederländischen Gemeinschaft“, die bereits Kontakt zu Generalkommissar Schmidt aufgenommen hatte und deren Vertreter Prof. de Quay und Linthorst-Homan dazu rieten, den Text der Besatzungsmacht vorzulegen. Ihre, der Parteien Befürchtungen, Schmidt werde das Manifest zurückweisen und versuchen, die Zusammensetzung des Vorstandes zu beeinflussen, bestätigte sich jedoch schnell. Der politische Generalkommissar lehnte „eine Autorisierung“ des Aufrufes mit der Begründung ab, daß das darin enthaltene „Bekanntnis zum Haus Oranien für die Besatzungsmacht untragbar“ sei²⁶.

Auch der BdS, SS-Standartenführer Dr. Nockemann, hatte in seinen schon zitierten SD-Meldungen vom 6. 7. 1940 den Generalkommissar darauf hingewiesen, daß die „starken Sympathien“ der Bevölkerung für den „Nationalen Block“ diese Blockbildung „nicht unbedenklich“ erscheinen ließen. „Insbesondere muß darauf verwiesen werden“, so schrieb Nockemann, „daß alle Blockbildungen bürgerlich-nationaler Färbung dazu angetan sind, die Durchdringung der niederländischen Bevölkerung mit nationalsozialistischem Ideengut wesentlich zu erschweren“. Obwohl Generalkommissar Schmidt in einer zweiten Besprechung mit den Vertretern der „Niederländischen Gemeinschaft“ seine Bedenken gegen die Anwesenheit des Sozialdemokraten Drees fallen ließ, forderte er nach wie vor die Streichung des „untragbaren“ Satzes, „in Freiheit und Unabhängigkeit und in Treue zum Haus Oranien“, aus dem Manifest. Bezeichnend für seine doppelzüngige Politik war die Begründung, mit der er die Verantwortung für die Ablehnung des Aufrufes der deutschen Wehrmacht aufzubürden suchte. So behauptete Schmidt, die Streichung des Satzes werde nicht vom Reichskommissar, sondern von dem deutschen Wehrmachtsbefehlshaber gefordert, der nicht dulden könne, daß das Haus Oranien, das den Kampf gegen Deutschland fortsetze, erwähnt werde²⁷.

Trotz dieser Ablehnung wurden die Besprechungen zwischen den Vertretern der „Niederländischen Gemeinschaft“ und der Parteien fortgeführt. Zu dieser Zeit

²⁶ So Seyss-Inquart in seinem 1. Bericht, PS-997, a. a. O., S. 425.

²⁷ RvO, Amsterdam. SS-GG I-1 v. 12. Juli 1940. Vgl. dazu W. Drees, OeV II, a. a. O., S. 82 und PS-997, S. 427 sowie die Berichte Nr. 5 v. 18. 7. 1940 und Nr. 10 v. 1. 8. 1940 über die Dienstbesprechungen bei GK Schmidt. RvO, Amsterdam. HSSPF 54a.

waren noch alle Beteiligten der Überzeugung, daß die deutschen Forderungen unter keinen Umständen angenommen werden könnten. Ein Nachgeben in der Königsfrage hätte zweifellos der neuen Einheitsbewegung das Rückgrat gebrochen, da der Verzicht auf die konstitutionelle Monarchie nicht nur einem Verrat am eigenen Volk, sondern gleichzeitig einer Anerkennung der nationalsozialistischen Herrschaft in Europa gleichkommen mußte. Am Abend des 12. Juli 1940 teilte Linthorst-Homan während einer neuen Besprechung im „Excelsior“ mit, Schmidt habe ihm nachdrücklich erklärt, daß in dem Aufruf mit keiner Silbe das „Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit in Treue zum Haus Oranien“²⁸ erwähnt werden dürfe. Damit war die Errichtung der „Niederländischen Union“ in der vorgesehenen Form illusorisch geworden. Dachte man zunächst noch an ein kurzes Pressecommuniqué, in dem der Bevölkerung mitgeteilt werden sollte, daß das Comité nicht als Vorstand der „Niederländischen Union“, sondern selbständig als „Comité der Nationalen Konzentration“, auftrete²⁹, so durchkreuzte eine Pressemeldung vom Abend des gleichen Tages auch dieses Vorhaben: Auf einer Pressekonferenz hatten die Besatzungsbehörden durchblicken lassen, es sei wünschenswert, daß die Niederländer „Maßnahmen treffen würden, um sich so schnell und zielbewußt wie möglich an den neuen Kurs, der nun einmal notwendig geworden ist, anzupassen“³⁰.

Drei Tage später, am 15. Juli 1940, legte Linthorst-Homan sein Amt als Vorsitzender des „Nationalen Comité“ nieder³¹. „Sie werden bereits vernommen haben“, so schrieb er den anderen Mitgliedern, „daß der eingeschlagene Weg doch die Gefahr in sich birgt, von Oranien loszukommen, weshalb ich ihn nicht gehen kann. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen“³².

Eine weitere Komplizierung entstand für das Comité dadurch, daß ohne Ermächtigung durch die anderen Mitglieder Prof. de Quay mit dem Großindustriellen Fentener van Vlissingen Kontakt aufnahm und beide den für seine autoritäre Regierungsweise bekannten ehemaligen Generalgouverneur von Niederländisch-Ostindien, Jonkheer de Jonge, zum neuen Vorsitzenden des „Nationalen Comité“ vorschlugen³³. Da dieser weitgehende Vollmachten und die Ausschaltung aller prominenten Politiker aus dem Comité forderte, legte der Sozialdemokrat Drees sein Amt nieder. Der endgültige Bruch zwischen den Vertretern der „Niederländischen Gemeinschaft“ und der Parteien schien nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Am 17. Juli 1940 kam es zwar noch zu der Bildung eines neuen Comité, das sich „Comité der nationalen Einheit“ (Comité van Nationale Eensgezindheid) nannte, aber bereits einen Tag später brach dieses Gebilde wieder auseinander. Die unklare Zielsetzung der „Niederländischen Gemeinschaft“, die sich mehr und mehr den Wünschen der deutschen Behörden beugte und auf der Ausschaltung aller bekann-

²⁸ RvO, Amsterdam. Colijn-Tagebuch v. 12. 7. 1940.

²⁹ Vgl. W. Drees, a. a. O., S. 85.

³⁰ Zitiert nach W. Drees, a. a. O., S. 85.

³¹ Vgl. Bericht Nr. 1 v. 15. 7. 1940. RvO, Amsterdam. HSSPF 54a.

³² Zitiert nach W. Drees, a. a. O., S. 86.

³³ RvO, Amsterdam. GK zBV 73 d. Referat Sonderfragen. Stimmungsberichte.

ten politischen Persönlichkeiten beharrte, sowie die Weigerung des Generalkommissars, das ausgearbeitete Manifest anzunehmen, machten schließlich die Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien unmöglich³⁴. Hinzu kam, daß die Besatzungsbehörden sich erneut in die Verhandlungen einmischten und auf eine schnelle Entscheidung drängten. So verkündigte der deutsche Pressechef Willy Janke, daß bestimmte Menschen vor Fehlern bewahrt werden müßten, da sonst vielleicht Unheil angerichtet würde. Von deutscher Seite, so erklärte er, „nimmt man eine abwartende Haltung ein, weil man zuerst sehen will, ob sich eine gesunde Bewegung in dieser Hinsicht durchsetzen kann. Vielleicht ist die Zeit noch zu kurz, um einem solchen Impuls freies Spiel zu lassen. Aber es ist undenkbar, daß etwas davon zurecht kommt, wenn man an veralteten Begriffen festhält. Das gilt auch für die Staatsform. Es liegt nicht im Interesse des niederländischen Volkes, daß darüber lange Debatten geführt werden und daß selbst das Programm der nationalen Konzentration abhängig wird von dem Festhalten an solchen Begriffen. Das Volksbewußtsein steht über allem. Man muß nicht festhalten an theoretischen Begriffen, wenn man praktisch doch nichts damit erreichen kann“³⁵.

Der Versuch der demokratischen Parteien, zu einer repräsentativen Einheitsbewegung zu gelangen, die während der Dauer der Besetzung die Rechte und Belange des Volkes wahren sollte, war gescheitert, noch ehe man überhaupt an die Öffentlichkeit herantreten war. Zutreffend hat Seyss-Inquart nach diesen Erfahrungen an Hitler berichtet: „Es kann heute schon mit einiger Sicherheit gesagt werden, daß es eine Frage der Zeit ist, wann das niederländische Volk auch in seiner politischen Willensbildung für das Programm der unabhängigen Niederlande (Währungs- und Wirtschaftsunion) gewonnen werden kann. Die Entscheidung spitzt sich auf die Königsfrage zu“³⁶.

Gleichwohl glaubten Seyss-Inquart und sein politischer Generalkommissar, die Aufgabe durch die „Weckung und Lenkung der politischen Willensbildung“ der Bevölkerung lösen zu können. Daß diese Politik zugleich Ausdruck ihrer Illusion war, die in dem Glauben an eine „freiwillige“ Bekehrung der Niederländer zum Nationalsozialismus gipfelte, begriffen sie kaum. Die starre und unnachgiebige Haltung in der „Königsfrage“ bewies jedenfalls, daß man nicht gewillt war, eine niederländische Einheitsbewegung zu gestatten, die die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes und die Treue zum Haus Oranien proklamierte. Damit ließ die nationalsozialistische Führung der Zivilverwaltung keinen Zweifel daran, daß es für die demokratischen Parteien nur ein „Anpassen“ an die „Neue Ordnung“, ein „Anerkennen“ der „veränderten Verhältnisse in Europa“ geben sollte. Nur auf dieser Basis sollten „Erneuerungs- und Konzentrationsbestrebungen“ der Niederländer geduldet oder gefördert werden.

Daß Seyss-Inquarts wiederholte Versicherungen, sich nicht in die innenpolitischen Angelegenheiten des Landes einmischen zu wollen, wenig verlässlich waren, wurde

³⁴ RvO, Amsterdam. Colijn-Tagebuch v. 17./18. 7. 1940.

³⁵ Zitiert nach W. Drees, a. a. O., S. 88.

³⁶ Seyss-Inquarts 1. Bericht, a. a. O., S. 427.

alsbald durch die Verfügung des Reichskommissars vom 21. Juni 1940 evident³⁷, durch die bestimmt wurde, daß die Tätigkeit der beiden Kammern des niederländischen Parlamentes „bis auf weiteres“ zu ruhen hätte. „Bis auf weiteres“ sollten ferner die Parlamentswahlen ausgesetzt sein. Auch die Zulassung von „Wahlen für die Provinzialstaaten, Gemeinderäte und andere öffentliche Körperschaften“ behielt sich der Reichskommissar vor.

Nachdem das „Nationale Comité“ auseinandergefallen war und, wie noch darzustellen sein wird, in der zweiten Julihälfte 1940 die freien Gewerkschaften und sozialistischen Arbeiterparteien gleichgeschaltet bzw. zerschlagen worden waren³⁸, suchte am 22. Juli 1940 Professor de Quay Generalkommissar Schmidt erneut zu einem Gespräch auf, um die Bildung der „Niederländischen Union“ nunmehr ohne Mitwirkung der demokratischen Parteien voranzutreiben³⁹. Am 24. Juli stellten de Quay und Linthorst-Homan⁴⁰ die Vorsitzenden der Parteien vor vollendete Tatsachen, indem sie ihnen lakonisch mitteilten, daß sie zusammen mit Einthoven, auch ohne zugesicherte Unterstützung durch die Parteien, die „Niederländische Union“ errichtet und deren Führung übernommen hätten. Noch am gleichen Tage wandte sich das „Dreimännerkollegium“ mit einem von Generalkommissar Schmidt genehmigten Manifest⁴¹ an die niederländische Bevölkerung, ohne das Haus Oranien zu erwähnen. Stattdessen wurden die „Landsleute“ aufgerufen, „die veränderten Verhältnisse“ anzuerkennen, mit „eigener Kraft“ und in Übereinstimmung mit „unserer eigenen niederländischen Art ... nach einer neuen niederländischen Zusammengehörigkeit zu streben“. Durch Zahlung eines Mindestbeitrages von 50 Cent konnte jeder Bürger, der das 18. Lebensjahr vollendet hatte, Mitglied dieser Einheitsbewegung werden, die die Jugend „im vaterländischen Sinn“ erziehen und die „auf niederländische Art, die traditionelle geistige Freiheit und Toleranz achtend“, ihre Ziele verwirklichen wollte.

Obwohl die Niederländische Union ihre Arbeit in Kontakt mit den niederländischen und deutschen Behörden verrichten wollte und das Haus Oranien unerwähnt blieb, fanden die „nationalen“ Töne des Aufrufes bei der Bevölkerung Anklang. Durch die Unterstützung des Kollegiums der niederländischen Generalsekretäre ermutigt⁴², startete das „Dreimännerkollegium“ einen großangelegten Werbefeldzug.

Acht Wochen nach der Errichtung der „Unie“ hatten sich bereits 400 000 Mit-

³⁷ VOBl. Niederlande. VO 22/40. Verordnung des Reichskommissars zur Sicherung der Tätigkeit des Staatsrates sowie einiger öffentlicher Vertretungskörperschaften.

³⁸ Vgl. unten S. 107 ff.

³⁹ RvO, Amsterdam. SS-GG Notulen v. 19. Juli 1940. Vgl. auch SD-Meldung Nr. 5 v. 21. 7. 1940.

⁴⁰ Zitiert nach W. Drees, a. a. O., S. 89 f. Ungeklärt bleibt die Frage, warum sich Linthorst-Homan nach dem Ausscheiden aus dem „Nationalen Comité“ der Niederländischen Union anschloß.

⁴¹ Faksimile in: L. de Jong, De Bezetting I, a. a. O., S. 76.

⁴² RvO, Amsterdam. SS-GG Notulen v. 2. 8. 1940.

glieder eingeschrieben⁴³. Die Mehrzahl von ihnen sah im Eintritt in die „Unie“ einen Protest gegen die verhaßte Mussertpartei⁴⁴. Man kannte die Vorgeschichte nicht und glaubte, mit dieser „Einheitsbewegung“ die nationale Zusammengehörigkeit gegenüber der Besatzungsmacht am besten demonstrieren zu können. Die Motive, die de Quay, Linthorst-Homan und Einthoven veranlaßten, auch unter Ausschaltung der demokratischen Parteien die Niederländische Union zu errichten, entsprangen ihrer Überzeugung, daß Deutschland den Krieg bereits gewonnen habe und die deutsche Hegemonie in Europa als eine feststehende Tatsache anzusehen sei. Man hoffte, durch die Bildung dieser nationalen Einheitsbewegung die befürchtete Machtübernahme der NSB verhindern und durch die loyale Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Landes weitgehend verteidigen zu können.

Die entscheidende Frage jedoch, die sich allen stellte, bezog sich auf den Grad der „Anpassung“, d. h. den Grad der Unterwerfung und Unterordnung unter die deutsche Besatzungsmacht. Die demokratischen Parteien hatten sich zurückgezogen, nachdem der entscheidende Satz „in Freiheit und Unabhängigkeit und in Treue zum Haus Oranien“ aus dem Konzept-Manifest gestrichen worden war. Für sie konnte es keine repräsentative niederländische Instanz geben, die nicht dieses Ziel offen proklamierte und den deutschen Behörden zu verstehen gab, daß sich nur auf dieser Grundlage eine einigermaßen erträgliche Zusammenarbeit während der Dauer der Besetzung erreichen lasse. Die Niederländische „Unie“ hingegen machte gerade in bezug auf die „Königsfrage“ so weitgehende Konzessionen, daß sich Seyss-Inquart im Sommer 1940 der Illusion hingab, diese Organisation in eine totalitäre Bewegung umbiegen zu können: Am 26. Juli 1940, zwei Tage nach der Errichtung der „Unie“, verkündete Seyss-Inquart in einer langatmigen, pathetischen Rede⁴⁵ in Den Haag, daß er „mancherlei Versuche der Sammlung . . . mit wohlwollendem Interesse beobachte“. Er werde diesen Konzentrationsbestrebungen nur dann „Schwierigkeiten“ machen, wenn sie den „Geist fortleben lassen“, der das niederländische Volk zum 10. Mai 1940 geführt habe. Wörtlich erklärte er dann: „Eines aber möchte ich sagen. Eine niederländische Bewegung und Willensbildung kann ihre Autorisierung niemals von mir als dem Vertreter der Besatzungsmacht erwarten, sondern dieselbe lediglich dadurch erhalten, daß sie das niederländische Volk von der Richtigkeit ihres Weges überzeugt.“ Welches Ziel der Reichskommissar mit diesem „Rat aus Erfahrung“ verfolgte, bewiesen die folgenden Sätze:

„Die Sammlung der Kräfte eines Volkes kann niemals erfolgen in der Konzentration verschiedener Programme, wobei die Grundsätze möglichst ausgedehnt und daher unklar werden, damit alle noch irgendwie einen Platz darin finden. Die

⁴³ Vgl. B. A. Sijes, *De Februari-Staking*, a. a. O., S. 9. Im Februar 1941 zählte die Unie etwa 800 000 Mitglieder. Vgl. W. Warmbrunn, a. a. O., S. 134 und RvO, Amsterdam. SD-Meldungen aus den Niederlanden Nr. 10 und 26. August 1940.

⁴⁴ Vgl. J. G. Suurhoff, *De Nederlandse Unie en haar betekenis voor de bevrijdingsstrijd*, in: *OeV II*, a. a. O., S. 98 ff.

⁴⁵ RvO, Amsterdam. RK – St. Doos 1, Map b. Rede Seyss-Inquarts vom 26. Juli 1940.

Sammlung der Kräfte eines Volkes in einer so außerordentlichen Lage wie es die ist, in der sich heute die Niederlande befinden, wird erfolgen, wenn

1. die klare Erkenntnis mit dem vollen Glauben an die Richtigkeit dieser Entwicklung erfaßt ist,
2. aus dieser klaren Erkenntnis die unbeirrbareren Schlußfolgerungen gezogen werden, wobei als höchstes zu wählendes Gut das Volk, also das niederländische Volk, und dessen Wohl angesehen wird,
3. diese Erkenntnis durch einen unerschrockenen Einsatz vertreten wird und auch dann, wenn dieser Einsatz den Bruch mit so manchen Gewohnheiten und Herkömmlichkeiten bedeutet.“

Unter diesen „Voraussetzungen“ glaubte der „Statthalter“ Hitlers den Niederländern die „richtige politische Idee“ attestieren und sie bei der Erlangung einer „neuen revolutionären Einstellung“ unterstützen zu können, wobei aber auch unmißverständlich der Anschluß des Landes an den zu bildenden großeuropäischen Wirtschaftsraum als unvermeidliche Folge der „Neuen Ordnung“ zu gelten hatte. „Der Umbau des Kontinents“, so rief Seyss-Inquart aus, „kann nicht vor den Niederlanden stehen bleiben . . . Über den nationalen Staatsgedanken hinaus wird die Idee einer gemeinsamen Ordnung uns den durch unsere Geschichte gegebenen gemeinsamen Raum zu einem neuen geistigen Reich gestalten lassen.“ In dieser Rede vom 26. Juli 1940, in der Seyss-Inquart in rosigen Zukunftsbildern die Stellung der Niederlande im „neuaufgebauten Raum“ schilderte, klangen aber auch andere, warnende Töne mit. So ließ er keinen Zweifel daran, „daß jede auch nur geringste Unterstützung des Feindes“ mit dem Tode bestraft werde, und daß darüberhinaus das deutsche Volk „genau beobachten“ werde, „welche Haltung das niederländische Volk nunmehr einnimmt. Hiervon wird es wesentlich abhängen, welchen Platz und welche Bedeutung das Schicksal den Niederlanden einräumen wird.“

Mit dieser Rede lieferte der Reichskommissar selbst eine Interpretation der von ihm und seinen Mitarbeitern verkündeten Parole des „gegenseitigen Verständnisses“ und der „gegenseitigen Achtung“: Hitler hatte den „germanischen“ Holländern das Privileg gewährt, am Nationalsozialismus teilzunehmen. Als Gegenleistung erwartete er die Unterwerfung der „freiwillig“ Bekehrten unter seine Herrschaft. Im Falle einer Ablehnung dieser „großzügigen Geste“ hatten die Niederlande mit einer Besatzungspolitik zu rechnen, ähnlich der, die in der Tschechoslowakei oder in Polen bereits praktiziert wurde und die in den späteren Kriegsjahren in allen deutsch-besetzten Ländern Europas den Ton angeben sollte.

2. Die faschistischen Parteien

Das „Desinteresse“ Hitlers gegenüber dem „Leider“ der größten niederländischen faschistischen Partei in den „Maitagen“ hatte gezeigt, wie sehr die NS-Führung darauf bedacht war, nach dem norwegischen Debakel nicht durch ein neues „Mussert-Experiment“ die Ruhe und Ordnung in dem gerade eroberten Gebiet zu

gefährden. Hitler hatte zwar während seiner Unterredung mit Seyss-Inquart, Rauter und Schmidt am 25. Mai 1940 den Namen des niederländischen Nationalsozialisten Rost van Tonningen erwähnt, über die Rolle der NSB und ihres Parteiführers jedoch keine Silbe verloren. Nach einer Aussage des HSSPF Rauter hatte Hitler lediglich betont⁴⁶, „daß wir unsere Freunde in den Niederlanden . . . nicht im Stich lassen dürften, daß wir ihnen helfen und treu sein müßten.“

Die NSB wollte die Macht, aber sie war keine Einheit. Die partei-internen Spannungen und Auseinandersetzungen waren den Deutschen nicht verborgen geblieben. Als Führer des kleinen radikalen völkisch-annexionistischen Flügels machte Rost van Tonningen seinem „Leider“ den ersten Platz in der Partei streitig. Was diesem „ältesten Vertrauensmann“ Himmlers in den Niederlanden vor Augen schwebte und was ihn auch zum erbitterten Gegner und Rivalen des Parteiführers machte, war seine Vorstellung von einem „Großgermanischen Reich“, in dem die Niederlande restlos aufgehen sollten. Mussert träumte hingegen von einem großniederländischen, „Dietschen“ Reich, das alle niederländisch sprechenden Menschen umfassen, vom Dollart bis Calais reichen, die niederländischen und belgischen Kolonien, ja selbst die Südafrikanische Union einschließen sollte. Für Seyss-Inquart kam es darauf an, beide Kontrahenten so für seine Nazifizierungspolitik einzuspannen, daß der „Einbruch in die Massen“ erreicht werden konnte.

Die „Bekehrung“ der Bevölkerung überließ der Reichskommissar in den Sommermonaten 1940 aber auch anderen faschistischen Splitterparteien⁴⁷, die sich zuweilen untereinander erbittert bekämpften, weil jede von ihnen die alleinige Führung beanspruchte.

Besondere Beachtung durch Seyss-Inquart erfuhr zunächst die „Nationaal Front“, die im April 1940 ihren alten Namen „Zwart Front“ abgelegt hatte⁴⁸. Die Anhänger dieser katholisch-faschistischen Bewegung kamen meist aus den südlichen Niederlanden, aus Nord-Brabant und Limburg, und ihr Führer Arnold Meyer⁴⁹, ein Bewunderer Mussolinis, rühmte sich, ein schärferer Antisemit als Mussert zu sein. Seiner Bewegung billigte Seyss-Inquart die Herausgabe einer eigenen Tageszeitung (Nederlandsch Dagblad)⁵⁰ zu, und seine Anhänger durften auf die Straße ziehen, um für den korporativen, autoritären Staat zu werben. Einige zehntausend Niederländer schlossen sich der „Nationaal Front“ an⁵¹, aber der Reichskommissar mußte sehr bald erkennen, daß Arnold Meyer nicht gewillt war, sich den deutschen Behörden zu unterwerfen, da er sich zum alleinigen Führer des niederländischen Volkes auserkoren glaubte.

Neben der „Nationaal Front“ und dem „nationalistischen“ Flügel der NSB pro-

⁴⁶ Nederland in Oorlogstijd, 4. Jg. 1949, S. 21.

⁴⁷ J. J. van Bolhuis, De national-socialistische Bewegingen en anden totalitaire organisaties, in: OeV II, a. a. O., S. 42 ff.

⁴⁸ Seyss-Inquarts 1. Bericht, a. a. O., S. 416.

⁴⁹ A. Meyer, Alles voor het Vaderland. Oisterwijk o.J.

⁵⁰ RvO, Amsterdam. SD-Meldungen v. 6. 7. 1940.

⁵¹ L. de Jong, De Bezetting I, a. a. O., S. 82.

pagierte auch der „Verbond van Dietsche Nationaal Solidaristen“ (VERDINASO) den großniederländischen, „dietschen“ Gedanken. Der belgische Offizier Joris van Severen hatte im Oktober 1931 diese Bewegung mit dem Ziel gegründet, die Vereinigung des Landes mit den Niederlanden (mit Ausnahme von Friesland) herbeizuführen. Im Oktober 1939 hatte der Niederländer Voorhoeve die Leitung über „Verdinaso Nederland“ übernommen. Als sich jedoch nach der Kapitulation der niederländischen und belgischen Armee Voorhoevens Hoffnung auf eine Vereinigung der Niederlande mit Belgien als Illusion erwiesen hatte und auch Seyss-Inquart und Schmidt den „dietschen“ Aspirationen ablehnend gegenübertraten, nahm er die Verbindung zur NSB auf. Am 9. November 1940 schloß er sich schließlich mit seiner Bewegung der Mussert-Partei an.

Die feurigsten Hitler-Anhänger hatten sich in den Niederlanden in der „Nationaal-Socialistischen-Nederlandschen-Arbeiderspartij“ (NSNAP) gesammelt, einer Partei, die vollkommen „verdeutsch“ und das getreue Abbild der NSDAP war, deren Parteiprogramm sie fast wörtlich übernommen hatte. Niederländer, die im Ruhrgebiet arbeiteten, hatten im August 1933 diese Partei gegründet. Bald darauf war sie in einen Flügel van Kruyt und van Rappard auseinandergebrochen. Ein Fusionsversuch war nach dem Einmarsch der deutschen Truppen gescheitert, da beide die Führung beanspruchten. Zwischen der NSNAP und der NSB bestand eine erbitterte Feindschaft. Mit ihrer Parole „Nieder-Deutsch Wieder-Deutsch“⁵² propagierte die NSNAP die restlose Einverleibung der Niederlande in das Großdeutsche Reich. Die Parteigenossen begrüßten sich mit „Heil Hitler“ (NSB: Hou Zee) und erkannten Hitler als ihren alleinigen Führer an. Auch die NSNAP, die nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verboten worden war, konnte sich in den Sommermonaten „erstmalig völlig frei bewegen und entfalten“⁵³. Die uniformierten „Stormafdeelingen“ (SA) zogen mit Hakenkreuzfahnen, SA-Marschlieder singend, auf die Straße, um den „entsprechenden Eindruck“ bei der Bevölkerung zu hinterlassen. Ihre großdeutschen Parolen und ihr fanatischer Antisemitismus stießen bei fast allen Niederländern auf eisige Ablehnung. Der politische Generalkommissar Schmidt benutzte daher die NSNAP, um die auf ihre nationale Unabhängigkeit bedachte NSB mehr „in die großdeutsche Richtung zu treiben“⁵⁴. Aber auch die Tage dieser Schar fanatischer Nationalsozialisten waren bald gezählt. Ende 1941 mußte die NSNAP van Rappard, ebenso wie die „Nationaal Front“ ihre Tätigkeit „zugunsten der politischen Arbeit der NSB“ einstellen⁵⁵.

Von diesen faschistischen Parteien spielte die NSB trotz ihrer inneren Zerrissenheit die größte Rolle. Wie bereits dargelegt, hatte Mussert nach dem Einmarsch der deutschen Truppen damit gerechnet, unverzüglich von Hitler empfangen zu wer-

⁵² Vgl. B. A. Sijes, De Februari-Staking, a. a. O., S. 58.

⁵³ W. Janke, Regungen des neuen Geistes, in: Die Niederlande im Umbruch der Zeiten, a. a. O., S. 47.

⁵⁴ B. A. Sijes, De Februari-Staking, a. a. O., S. 56.

⁵⁵ Der Kruyt-Flügel war bereits Ende 1940 in die NSB überführt worden. Vgl. W. Janke, Regungen des neuen Geistes, a. a. O., S. 47.

den. Er hatte sich der Illusion hingeeben, als „Leider“ der größten nationalsozialistischen Bewegung in den Niederlanden das durch die „Flucht“ der Königin und der Regierung entstandene „politische Vakuum“ durch eine Machtübernahme seiner Partei ausfüllen zu können. Hatte er sich zuerst über das „fehlende Wohlwollen“⁵⁶ der deutschen Militärbehörden beklagt, aber noch große Erwartungen an die Einsetzung der deutschen Zivilverwaltung geknüpft⁵⁷, so sollten auch diese Hoffnungen bald enttäuscht werden. Die Ernennung Seyss-Inquarts erfuhr der Parteiführer aus der Zeitung, und der Reichskommissar begann sein „Reich“ zu regieren, als ob es keine NSB gebe⁵⁸.

Erst am 5. Juni 1940 durfte der „Leider“ der NSB dem Reichskommissar seine erste Aufwartung machen. Enthusiastisch schrieb Mussert anschließend in sein Tagebuch (über Seyss-Inquart): „Ein nobler, ehrlicher Mensch mit einem sanften Charakter, der vom Führer den Auftrag hat, es so gut wie möglich mit unserem Land und unserem Volk zu machen . . .“⁵⁹. Seyss-Inquart hingegen charakterisierte den Faschistenführer mit den Worten: „Mussert: seiner Prägung nach ein liberaler Nationalist mit dem Versuch faschistischer Methoden, der letztlich vor dem Großdeutschen Reich Angst hat. Seine politischen Qualitäten dürften die eines durchschnittlichen Gauleiters im Reich nicht erreichen. In den Niederlanden spielt er mit diesen schon eine nicht unbeachtliche Rolle . . .“⁶⁰. In der ersten Unterredung, in der Mussert von einer „gemeinsamen, germanischen Abstammung“ sprach, aber zugleich betonte, daß die Niederländer keine Österreicher seien, scheint es dem Reichskommissar deutlich geworden zu sein, daß er mit der NSB allein seine Nazifizierungspolitik kaum vorantreiben konnte. Dementsprechend vermied er es, sich auf eine Zusage oder gar einen Termin für eine „Machtübernahme“ der NSB festzulegen. Allem Anschein nach gab er dem Parteiführer zu verstehen, daß er erst einmal seine Partei ausbauen und festigen, die Bevölkerung für sich gewinnen müsse, ehe er zum „Ministerpräsidenten“ ernannt werden könne. Seinen Tagebucheinträgen vom 5. Juni zufolge gab Seyss-Inquart ihm den Rat⁶¹: „Mache weiter, tue soviel wie möglich. Wir werden keine Schwierigkeiten machen.“

In seinem ersten Rechenschaftsbericht schrieb der Reichskommissar wenige Wochen später an Hitler⁶²: „Mit der NSB sind Absprachen getroffen worden, wel-

⁵⁶ RvO, Amsterdam. Mussert-Tagebuch v. 21. 5. 1940.

⁵⁷ Vgl. dazu *Het Proces Mussert*, a. a. O., S. 201–202.

⁵⁸ *Vijf nota's van Mussert aan Hitler*, a. a. O., Inleiding (Dr. A. Cohen), S. 1.

⁵⁹ RvO, Amsterdam. Mussert-Tagebuch v. 5. 6. 1940. Demgegenüber erklärte Mussert nach dem Kriege: „Wir haben uns niemals finden können. Er vertraute mir nicht und ich vertraute ihm nicht.“ Vgl. *Het Proces Mussert*, a. a. O., S. 204.

⁶⁰ So Seyss-Inquart in seinem 1. Bericht an Hitler, PS-997, a. a. O., S. 146. In dem Sonderbericht Seyss-Inquarts über die Entwicklung und Lage in den besetzten niederländischen Gebieten, v. 21. 9. 1941, heißt es: „Seine Einstellung war im wesentlichen nationalistisch, nicht nationalsozialistisch. Mussert ist ein typischer Niederländer mit jenem Minderwertigkeitskomplex, der den meisten Niederländern eigentümlich ist, dazu sehr mißtrauisch, überdies geltungsbedürftig, um nicht zu sagen eitel.“ RvO, Amsterdam. BDC H 218. 2000–2008.

⁶¹ RvO, Amsterdam. Mussert-Tagebuch v. 5. 6. 1940.

⁶² Seyss-Inquarts 1. Bericht, a. a. O., S. 426.

chen zufolge vor allem die mannschaftlichen Organisationen stark aufgebaut werden sollen, also die der SA und SS entsprechenden Organisationen sowie die Jugendorganisation. Es wird von besonderer Wichtigkeit sein, daß durch die disziplinierten Aufmärsche dieser Formationen ein entsprechender Eindruck speziell auf die Arbeiterschaft, aber auch sonst auf die niederländische Bevölkerung gemacht wird.“

Seyss-Inquarts Urteil über die „politischen Qualitäten“ des Leiders zeigt deutlich, wie sehr der Reichskommissar auch die von Heinrich Himmler verfolgte „germanische Reichspolitik“ berücksichtigte. Er versicherte Mussert zwar am 5. Juni, daß die Deutschen auf die Erhaltung Niederländisch-Ostindiens für die Niederlande größten Wert legten, woraus Mussert die Schlußfolgerung zog, daß keine „Eilverleibungspläne“ bestünden. Aber drei Tage zuvor hatte sich Seyss-Inquart ganz anders ausgesprochen.

Am Nachmittag des 2. Juni war der Reichsführer-SS plötzlich mit dem Flugzeug in Den Haag eingetroffen, um mit seinem am selben Tage aus der Internierung heimgekehrten Protegé Rost van Tonningen und dem Reichskommissar über die Aufstellung einer niederländischen SS und die Frage zu sprechen, wie „die Niederlande nationalsozialistisch zu machen“ seien⁶³. Während dieser Besprechung, zu der Mussert nicht hinzugezogen wurde, fand Rost van Tonningen offenbar weit größeres Wohlwollen auch bei Seyss-Inquart als der „Leider“. Hitler, der von Himmler über die Zusammenkunft unterrichtet wurde, erklärte sich mit der bevorzugten Unterstützung Rost van Tonningens durch Seyss-Inquart und der von der SS verfolgten Politik „sehr einverstanden“⁶⁴. Von dem redegewandten, fanatischen niederländischen Nationalsozialisten⁶⁵, der 1936 der NSB beigetreten und Sprecher der vierköpfigen NSB-Fraktion in der Zweiten Kammer des Parlaments gewesen war, glaubte man, daß er vollbringen könne, was dem „Leider“ bislang versagt geblieben war: die Mobilisierung der „breiten Massen“ für einen radikalen, völkischen Nationalismus. „Rost van Tonningen“, so schrieb Seyss-Inquart an Hitler⁶⁶, „ideologisch voll auf die germanische Idee und den Nationalsozialismus ausgerichtet, ein temperament- und wirkungsvoller Sprecher mit sehr viel Betätigungsdrang, findet seine Stärke nicht in sich, sondern trachtet Unterstützung und Halt von dritten Personen zu bekommen.“

3. Die „nationalsozialistischen Stillhaltekommissare“

Während Mussert im Juni 1940 von Seyss-Inquart auf eine spätere „Machtübernahme“ vertröstet wurde, erhielt sein Rivale Rost van Tonningen schon einen

⁶³ Vgl. oben, S. 80f.

⁶⁴ RvO, Amsterdam. BDC H 99. 636. Brief Himmlers an Seyss-Inquart v. 4. 6. 1940.

⁶⁵ Zu Rost van Tonningen vgl. die ausgezeichnete Dokumentation: Correspondentie van Mr. M.M. Rost van Tonningen, Deel I 1921 – Mei 1942. Hrsg. im Auftrage des RvO, Amsterdam von E. Fraenkel-Verkade. 's Gravenhage 1967. Für die freundliche Unterstützung von Frau Fraenkel-Verkade, insbesondere für die Einsichtnahme in die bisher unveröffentlichten Dokumente möchte ich mich an dieser Stelle bedanken.

⁶⁶ Seyss-Inquarts 1. Bericht, a. a. O., S. 416.

Monat später eine sehr reale Machtposition eingeräumt. Am 16. Juli 1940 wurde zunächst der Vorstand des niederländischen Verbandes der Gewerkschaften (NVV) abgesetzt⁶⁷ und das NSB-Mitglied Woudenberg als „Stillhaltekommissar“ eingesetzt⁶⁸. Diese Umschaltung erfolgte „klaglos“, so berichtete der Reichskommissar voll Stolz an Hitler, da sich die bisherigen Funktionäre „bereitwillig zur Verfügung“ stellten⁶⁹. Nach diesem geglückten Auftakt startete Seyss-Inquart seine von der Bevölkerung längst erwartete „politische Aktion“ gegen die niederländischen Arbeiterparteien. Am 20. Juli 1940 ernannte er Rost van Tonningen zum „Kommissar für die marxistischen Parteien“⁷⁰. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), die Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei (RSAP) und die Kommunistische Partei (CPN) wurden unter die „ausschließliche Verwaltung und Leitung“ Rost van Tonningens gestellt, der die Aufgabe hatte, „die K. P. restlos zu liquidieren und das Vermögen der von ihm verwalteten SDAP-Masse zuzuführen“⁷¹. In seinem Brief vom 20. Juli 1940 an Rost van Tonningen betonte Seyss-Inquart ausdrücklich: „Während die kommunistischen Parteien in den Niederlanden und die Revolutionäre Sozialistische Arbeiter Partei zu liquidieren sind, ist hinsichtlich der SDAP . . . dafür Sorge zu tragen, daß die Organisation als solche von marxistischer Tätigkeit und Anschauung befreit wird“⁷².

Durch die Einsetzung von „Stillhaltekommissaren“ sollten nicht nur unerwünschte Einflüsse der freien Gewerkschaften, der SDAP-Organisationen und der dazugehörigen Presseorgane ausgeschaltet, sondern zugleich „eine breite Plattform für die politische Einflußnahme auf das niederländische Volk“ geschaffen werden⁷³. Gab Seyss-Inquart dem enttäuschten „Leider“ der NSB den Rat, erst seine Partei zu einer breiten, schlagkräftigen Massenpartei auszubauen, bevor an eine „Machtübernahme“ zu denken sei, so überließ er dessen schärfsten Rivalen die Aufgabe, „die organisierte Arbeiterschaft vom marxistischen Gedankengut zu befreien“ und sie zum völkischen Nationalsozialismus zu bekehren. Beide Kontrahenten sollten in

⁶⁷ In dem Bericht Nr. 1 vom 15. 7. 1940 über die Dienstbesprechung bei GK Schmidt heißt es: „Sehr wichtig, streng geheim: 16. 7. findet Gleichschaltung statt. Entweder Gleichschaltung oder Zerschlagung.“

⁶⁸ Seyss-Inquart in seinem 1. Bericht (S. 416) über Woudenberg: „Arbeitervertreter in der NSB ist der Typus eines Gewerkschaftsmannes ohne besondere Initiative, aber mit Hausverstand und vertrauenerweckender Einfachheit“. Vgl. dazu H. D. Loock, Zur großgermanischen Politik, a. a. O., S. 47.

⁶⁹ Seyss-Inquarts 1. Bericht, a. a. O., S. 426.

⁷⁰ Brief Seyss-Inquarts an Rost van Tonningen v. 20. 7. 1940 in: Fraenkel-Verkade, Correspondentie I, a. a. O., Nr. 66, S. 383 f.

⁷¹ Verfügung des Reichskommissars v. 20. 7. 1940, Ebd., S. 384 f. Ferner Seyss-Inquarts 1. Bericht, a. a. O., S. 426.

⁷² Vgl. dazu auch den Bericht Rost van Tonningens über die kommissarische Verwaltung der SDAP. RvO, Amsterdam. RvT 112/82047, jetzt auch abgedruckt bei Fraenkel-Verkade, Correspondentie I, a. a. O., S. 401 ff.

⁷³ Zur Gleichschaltung der Gewerkschaften und Arbeiterparteien vgl. W. Drees, Een mislukte poging tot gelijkschakeling, in: OeV II, a. a. O., S. 26. Dazu auch Seyss-Inquarts 1. Bericht, a. a. O., S. 426.

Rivalität miteinander die erwünschte Nazifizierung vollbringen, die man aus optischen Gründen besser den einheimischen Nationalsozialisten überließ. Wer von diesen und anderen Kontrahenten das Kunststück am besten fertig brachte, der konnte am ehesten damit rechnen, die lästigen Konkurrenten los zu werden und als Repräsentant des niederländischen Volkes von Hitler anerkannt zu werden. Der Reichskommissar glaubte, in den Sommermonaten des Jahres 1940 sowohl in der NSB wie den gleichgeschalteten Arbeiterparteien und Gewerkschaften, vor allem aber in der „Niederländischen Union“ brauchbare Instrumente einer solchen Nazifizierungspolitik gefunden zu haben. Ihre Rivalität untereinander würde, so scheint er angenommen zu haben, die allgemeine Anpassung an die deutschen Wünsche nur beschleunigen.

C. Intentionen und Maßnahmen der SS

Während Seyss-Inquart und sein politischer Generalkommissar Schmidt in den ersten Monaten der Besetzung auf verschiedenen Wegen eine Nazifizierungspolitik anbahnten, entwickelte und verfolgte die SS ihre eigene Konzeption zur „Gewinnung“ des niederländischen Volkes. Aus der Tatsache, daß Hitler es am 25. Mai 1940 im Führerhauptquartier für nötig befunden hatte, den künftigen HSSPF Rauter zur „guten Zusammenarbeit“ mit Seyss-Inquart zu ermahnen, konnte Rauter entnehmen, daß seine Unterstellung unter den Reichskommissar nur formaler Natur war⁷⁴. Heinrich Himmler blieb für ihn der primäre Vorgesetzte, dessen Befehle rücksichtslos ausgeführt werden mußten⁷⁵, auch wenn diese mit der sonstigen deutschen Besatzungspolitik in den Niederlanden nicht übereinstimmen sollten. Ungeachtet der von Seyss-Inquart und Schmidt verfolgten Bestrebungen, begann Rauter dementsprechend als „Generalbevollmächtigter“ Himmlers⁷⁶ unmittelbar nach seiner Ankunft in Den Haag für die Waffen-SS zu werben und die Errichtung einer niederländischen SS voranzutreiben.

Am 1. Juli 1940 wurde der SS-Hauptsturmführer Leib als Leiter der Ergänzungsstelle „Nordwest“ in Den Haag eingesetzt und dem HSSPF unterstellt. Den Anstoß für die Anwerbung erster germanischer SS-Freiwilliger gab nicht allein der rasse-

⁷⁴ Vgl. A. E. Cohen, Rauters positie en bevoegdheden, in: *Nederland in Oorlogstijd*, 4. Jg., 1949, S. 12–17. Vgl. auch S. 85f. dieser Arbeit.

⁷⁵ Über Rauters Beteiligung an der „Lösung der Judenfrage“ in den Niederlanden, für die er sich mit allem Nachdruck einsetzte, und zu den „Vergeltungsmaßnahmen“ gegen die Aktionen der niederländischen Widerstandsbewegung vgl. *Het Proces Rauter*, a. a. O., S. 23 ff. und J. Presser, *Ondergang*, a. a. O.. Rauter wurde am 4. 5. 1948 von einem niederländischen Sondergericht zum Tode verurteilt. Nachdem in einem Berufungsverfahren das Todesurteil am 14. 2. 1949 bestätigt worden war, wurde er am 25. 3. 1949 hingerichtet.

⁷⁶ Vgl. dazu: N. K. C. A. In't Veld, *Cinq lettres de Rauter à Himmler*, in: *Revue hist. de la 2. guerre mondiale*, 1961, S. 43–56. Für die zahlreichen Anregungen, insbesondere aber für die Einsichtnahme in die bisher unveröffentlichten SS-Dokumente bin ich Herrn N. K. C. A. In't Veld, der im Auftrage des RvO eine Quellenedition über die SS in den Niederlanden vorbereitet, zu besonderem Dank verpflichtet.

politische Gesichtspunkt der Erfassung „germanischen Blutes“, sondern nicht zuletzt das wachsende Bedürfnis Himmlers, die Mannschftsstärke der Waffen-SS, über die im Reich zur Verfügung stehenden Freiwilligen hinaus, zu vermehren.

Bereits bei den im November und Dezember 1939 im Ergänzungsamt der SS in Berlin geführten Besprechungen hatte der Chef des Ergänzungsamtes, Gottlob Berger, darauf hingewiesen, daß bei einer längeren Dauer des Krieges kaum der Ersatz beschafft werden könne, „wenn nicht schon heute sorgfältig darauf geachtet wird, daß alles rassisch gute Blut irgendwie erfaßt wird“⁷⁷. Berger hatte damals vor allem daran gedacht, zur Stärkung der deutschen Wehrkraft Volksdeutsche – gleich welcher Staatsangehörigkeit – in die Waffen-SS aufzunehmen. Doch schon frühzeitig hatte sich der geschäftige Berger auch der Idee verschrieben, daß die Waffen-SS, die nicht nur ein Teil der Wehrmacht, sondern zugleich weltanschauliche Kampftruppe sei, gesinnungsverwandte Freiwillige aller Länder, soweit sie „guten Blutes“ seien, aufnehmen und so in ihren Reihen eine übernationale arisch-germanische Gemeinschaft verwirklichen könne.

Bereits am Tage der niederländischen Kapitulation, am 15. Mai 1940, ersuchte Berger den Reichsführer um die Genehmigung, „Holländer und später Flamen für die Waffen-SS“ werben zu dürfen⁷⁸. Enthusiastisch rechnete Berger, dem Niederländer und Flamen schlechthin als Menschen „deutschen Volkstums“ galten, Himmler vor, daß im Falle der Aufstellung einer niederländischen SS-Standarte „der Nachersatz bestimmt nicht schwer“ zu beschaffen sei, „da doch in diesem Raum“ insgesamt 10 Millionen Menschen „reinen deutschen Volkstums“ lebten⁷⁹. Als Berger wegen dieser Frage am 15. Mai 1940 an Himmler schrieb, wußte er noch nicht, daß Himmler und Hitler am gleichen Tage die Möglichkeit der Errichtung einer Zivilverwaltung in den Niederlanden erörterten. Er ging vielmehr davon aus, daß die „obersten Führer des Heeres“ in allen besetzten Gebieten des Westens „für mindestens 2 Jahre eine Militärverwaltung“ zu etablieren wünschten. Gerade unter diesem Aspekt ist es bemerkenswert, daß Berger in dem genannten Brief vorschlug, in Erwägung zu ziehen, „die Betreuung der Holländer und Flamen durch Reichsführer-SS vom Führer zu erreichen, und zwar in der Art der Betreuung des gesamten Volksdeutschtums“. Damit hätte die SS für den Bereich des „Germanischen Volkstums“ eine Art autonome Territorialzuständigkeit im Rahmen der Militärverwaltung erlangt, wie sie ihr später (1941) in bestimmten volksdeutschen Siedlungsgebieten im Südosten (z. B. im Gebiet des jugoslawischen Banats im Rahmen der

⁷⁷ Berlin Document Center. – SS-Hstufab. Ellensberger, SS. Geschichte der Ergänzungsstelle Nordsee X der Waffen-SS. Jg. 39/40. Hamburg 1942.

⁷⁸ NO-5717. Brief Bergers an Himmler v. 15. 5. 1940.

⁷⁹ Berger dachte dabei zunächst an die ca. 20000 Holländer, die in Deutschland lebten, und unter denen sich nicht wenige befanden, die der Mussert-Bewegung nahestanden, deshalb in den Niederlanden Schwierigkeiten erlebt hatten und nach Deutschland gegangen waren. Aus den jungen Leuten dieser holländischen Mussert-Anhänger im Reich glaubte Berger am schnellsten eine erste germanische SS-Einheit rekrutieren zu können: „... Was ich von den jungen Holländern der Mussert-Bewegung gesehen habe, ist gut; mit 500 Mann kann in den nächsten 4 Wochen gerechnet werden“.

Zuständigkeit des Militärbefehlshabers für Serbien) tatsächlich zugestanden wurde. Es sollte jedoch noch über zwei Jahre dauern, ehe Himmler durch die Anordnung A 54/42 vom 12. August 1942 in allen „völkisch-germanischen“ Fragen in den besetzten Ländern eine Sonderzuständigkeit erhielt, die es ihm erlaubte, auch den rivalisierenden Einfluß der Partei weitgehend auszuschalten⁸⁰.

Auch das SS-Rasse- und Siedlungshauptamt⁸¹ beschäftigte sich schon im Juni 1940 mit dem Gedanken, „das niederländische Volk in seiner Gesamtheit wieder zum großdeutschen Volksbewußtsein zurückzuführen“ und der Stabschef im Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums, SS-Gruppenführer Ulrich Greifelt, vermerkte am 10. Juni 1940 in einem Brief an Himmler⁸²: Obwohl die Niederländer seit Jahrhunderten vom übrigen deutschen Volk staatspolitisch getrennt waren, seien sie doch Nachkommen der Friesen, Niedersachsen und Niederfranken. Da die führenden Schichten in Sprache und Geisteshaltung dem Deutschtum zu sehr entfremdet seien, müsse die volkstumpolitische Gewinnung der Niederländer vor allem über die einfachen Schichten erfolgen. Greifelt schlug daher vor, etwa 2–3 Millionen niederländische Arbeiter und Siedler in Nord- und Ostdeutschland „anzusetzen“. Auf diese Art und Weise könne nicht nur eine „Eindeutschung“, sondern auch eine „Annäherung der bodenständigen Bevölkerung in den Niederlanden an das Gesamtdeutschtum“ erreicht werden. Gleichzeitig sollten auch niederländische „Wanderarbeiter“ angeworben, zur Landarbeit bei „stammverwandten Bauern“ ins Reichsgebiet „hereingeholt“ und „sorgfältig betreut werden, so daß sich im Laufe der Zeit eine deutschbewußte Führerschicht“ in den Niederlanden entwickeln könne.

Obgleich man diese „Denkschrift“ zurückhaltend interpretieren muß, da ihre Vorschläge viel zu phantastisch und illusorisch waren, als daß sie tatsächlich unter den gegebenen Umständen hätten verwirklicht werden können, so zeigt sie doch, in welchen ebenso naiven und romantischen wie gigantomantischen Vorstellungen sich führende Funktionäre der SS bewegten. Die eben erlangte Herrschaft über den „germanischen Boden“ der Niederlande bewirkte, daß in den Gehirnen und Stäben der SS, die mit Rasse- und Volkstumspolitik befaßt waren, die absurdesten Wunschbilder zum Gegenstand pedantisch betriebener Planspiele wurden. blieb das meiste davon auch Utopie⁸³, so ließ doch die SS, die schon vorher in Gestalt der Volksdeutschen Mittelstelle und der Dienststellen des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums die oberste Zuständigkeit in Fragen der deutschen Volkstumspolitik erlangt hatte, ihren Anspruch auf eine Sonderzuständigkeit auch auf dem „germanischen“ Sektor nicht mehr fallen. Dies umso weniger als die Niederländer in den Augen Bergers, Greifelts, Rauters und Himmlers nicht nur als „Germanen“,

⁸⁰ Vgl. H. D. Loock, Zur großgermanischen Politik, a. a. O., S. 59. Vgl. dazu auch RvO, Amsterdam. BDC H 79. Korrespondenz zur Anordnung A 54/42.

⁸¹ Vgl. H. Buchheim, Die SS, das Herrschaftsinstrument, a. a. O., S. 246 ff.

⁸² RvO, Amsterdam. BDC H 217. 2230–2233.

⁸³ RvO, Amsterdam. BDC H 937. 7041. Brief Himmlers an Hildebrandt v. 7. 1. 1941. Auch Himmler selbst sprach im August 1940 mit dem Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes

sondern als „ursprüngliche Deutsche“ zu betrachten waren, und es auch nach Meinung Hitlers und Seyss-Inquarts darum ging, diese „Germanen“ volkspolitisch „wiederzugewinnen“, d. h. an den neuen Reichsgedanken zu gewöhnen und schließlich mehr oder weniger einzudeutschen.

Der Vorsatz, aus niederländischen (wie norwegischen) Freiwilligen germanische SS-Verbände aufzustellen, war dabei das konkreteste Ziel, das auch als erstes in Angriff genommen wurde. Bereits am 25. Mai 1940 befahl Hitler nach einem Gespräch mit dem Reichsführer-SS die Aufstellung der „Standarte Westland“⁸⁴. Nachdem am 2. Juni 1940 Himmlers Vertrauensmann Rost van Tonningen aus der Internierung freigelassen worden war, kam es noch am Nachmittag des gleichen Tages zu dem bereits erwähnten Besuch Himmlers in Den Haag⁸⁵, wobei zwischen dem Reichsführer-SS, seinem niederländischen Protegé und Seyss-Inquart vor allem auch der Aufbau der SS in den Niederlanden besprochen wurde.

Mussert, der von seinem Rivalen Rost van Tonningen über dieses Gespräch unterrichtet worden war, notierte am 3. Juni 1940 in sein Tagebuch⁸⁶: „Niederländer sollen in die SS aufgenommen werden. Gut, wenn es um die Erziehung meiner von mir selbst angewiesenen Mitglieder geht. Schlecht, wenn es eine Art Einverleibung bedeutet.“ Musserts Befürchtungen schienen sich zu bestätigen, als am 9. Juni 1940 plötzlich Gottlob Berger auftauchte und dem „Leider“ den Befehl Hitlers über die Aufstellung der Standarte Westland vorlegte. „Fühlte das wie einen Schlag ins Gesicht“, so schrieb Mussert in sein Tagebuch⁸⁷, „bedeutet das Einverleibung? . . . Gesprochen mit ihm [Berger] über das Verhältnis Niederlande – Deutschland, als zwei Brüdervölker der germanischen Rasse. Schien mir, als ob die höchste SS-Füh-

der SS, Hildebrandt, über die Frage einer Ansiedlung von Holländern im Osten. „Ich halte es für richtig“, so schrieb er Hildebrandt im Januar 1941, „daß wir später im Osten Flamen und Holländer im weitesten Maße ansetzen; das bringt einerseits eine Entlastung des vom Bevölkerungsüberdruck erfüllten innerdeutschen Raumes und andererseits blutsmäßig unerhört wertvolle Kräfte nach dem Osten. Die Aufforderung hierzu soll nach dem Krieg ergehen, und zwar muß für diese Aufforderung aus allen Oberabschnitten und aus allen Lebensgebieten reichliches, geschichtliches Material zusammengestellt werden, in dem die zweifelsfreie Tatsache, daß im Laufe der Jahrhunderte Tausende und Zehntausende, vielleicht Hunderttausende von Holländern und Flamen nach dem Osten eingewandert sind, beweismäßig erhärtet wird. Dieses Material soll auch dazu dienen, im Rahmen von Zeitungsartikeln, kleinen Broschüren, Büchern, Vorträgen im Rundfunk und vielleicht in Kurzfilmen, diese Aufforderung auf lange Sicht her propagandistisch zu untermauern. Die Federführung für diese Sammlung übernimmt die Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums.“ RvO, Amsterdam, BDC H 937. 7041. Brief Himmlers an Hildebrandt v. 7. 1. 1941. Vgl. dazu auch Hitlers Tischgespräche, a. a. O., v. 27. 7. 1942, S. 485 und vom 8. 9. 1941, S. 146. Wie es scheint, stand Hitler den Eindeutschungsversuchen bei den Niederländern und den Ansiedlungsplänen Himmlers skeptisch gegenüber. Vgl. dazu P. Kluge, Nationalsozialistische Europaideologie in: VJHZG, 3. Jg. 1955, S. 266.

⁸⁴ Faksimile des Führerbefehls in: L. de Jong, *De Bezetting II*, a. a. O., S. 28. – Vgl. RvO, Amsterdam. BDC H 554. 3691. Notizen Himmlers vom 25. 5. 1940 aus dem Felsennest.

⁸⁵ Vgl. *Het Proces Mussert*, a. a. O., S. 134, Vgl. oben S. 107.

⁸⁶ RvO, Amsterdam. *Mussert-Tagebuch* v. 3. 6. 1940.

⁸⁷ Ebd., v. 9. 6. 1940.

„Das niederländische Volk als ein deutsches Volk ansieht. Das ist furchtbar. Wie muß das enden? Weigere ich mich, dann nütze ich denen, die mein Volk annekieren wollen ... Gebe Gott, daß ich den Führer erreichen und überzeugen kann, daß mein Weg, den ich vor Augen habe, der einzig richtige ist.“

Einen Tag nach dieser Unterredung mit Berger erschien SS-Standartenführer Minke, mit dem Mussert bereits am 30. Mai 1940 zusammengetroffen war⁸⁸ und erklärte ihm, daß Berger nicht als „Politiker“, sondern als „Soldat“ gesprochen habe. Von einer Einverleibung könne natürlich keine Rede sein. All diese Dinge würde der HSSPF Rauter viel besser begreifen⁸⁹. Diese Prophezeiung schien in Erfüllung zu gehen: Am 15. Juni 1940, nach einer Unterredung mit Himmlers Generalbevollmächtigten Rauter, der Mussert zu einem ersten Gespräch eingeladen hatte, notierte dieser in sein Tagebuch⁹⁰: „Prima Mann. Glaubt an seine Berufung. Hat mein Interesse, ja meinen Enthusiasmus für seine SS geweckt.“

Gottlob Berger, dem das Mißtrauen und die Bestürzung des Parteiführers wohl nicht entgangen war, wollte zunächst 2000 Männer aus der NSB im Alter von 18–22 Jahren in der SS „erziehen“ lassen. An sich hatte Mussert gegen eine „SS-Erziehung“ nichts einzuwenden, da, wie er meinte, seine Jungens viel an Disziplin, Selbstzucht und Kampfbereitschaft lernen würden. Den Eintritt in die Schutzstaffel hielt er jedoch für Landesverrat⁹¹ und verbot seinen Mitgliedern, der SS beizutreten. Trotzdem rührte der eifrige Berger in der Zwischenzeit die Werbetrommel, um niederländische „Germanen“ für die Waffen-SS zu gewinnen. Nicht ohne Stolz konnte er bereits am 21. Juni 1940 dem Reichsführer melden⁹², daß Anfang nächster Woche der erste Transport mit ca. 180 „scharf gemusterten Männern“ aus Holland in Deutschland eintreffen werde. Zur gleichen Zeit waren von der SS auch V-Männer (Vertrauensmänner) über das ganze Land verteilt worden, so daß der an alles denkende und immer agile Chef des Ergänzungsamtes „vertrauensvoll in die Zukunft“ blicken konnte.

Am 24. Juni gab schließlich der Reichsführer-SS die „Richtlinien zur Gewinnung holländischer Freiwilliger“ heraus⁹³. Danach konnte die „Gewinnung“ der Freiwilligen für die Waffen-SS auf dreierlei Art erfolgen:

1. durch Männer der Mussertbewegung, die die Mussertbewegung für uns wirbt und die sich freiwillig melden,
2. durch freiwillige Meldung holländischer Berufssoldaten oder junger Holländer von 17, 18, 19 Jahren, die noch nicht gedient haben und uns von holländischen Vertrauensleuten außerhalb der Mussertbewegung sowie durch Reichsdeutsche, die in Holland leben, gewonnen und namhaft gemacht werden.

⁸⁸ RvO, Amsterdam, Mussert-Tagebuch v. 30. 5. 1940.

⁸⁹ Ebd., v. 10. 6. 1940.

⁹⁰ Ebd., v. 15. 6. 1940.

⁹¹ Ebd., v. 9. 6. 1940.

⁹² Ebd., BDC H 433. 4691. Brief Bergers an Himmler v. 21. 6. 1940.

⁹³ Nürnberg Dok. NO-5617.

3. durch Holländer, die nach Deutschland in Arbeit vermittelt werden und dort für die Waffen-SS gewonnen werden.

Die erste Möglichkeit wollte Himmler zunächst am wenigsten ausnützen, da er fürchtete, daß durch „die Abstellung wirklich guter Angehöriger der Mussertbewegung die Bewegung selbst geschwächt“ würde. Eine Einberufung sollte zwar nicht ganz unterbunden werden, „sich aber auf qualifizierte Einzelfälle“ beschränken. Auch die „Gewinnung“ von niederländischen Arbeitern in Deutschland schloß der Reichsführer zwar nicht aus, aber sie schien ihm zu lange zu dauern. Er hielt es für wichtiger, „diese Männer für die Allgemeine SS in Deutschland zu gewinnen, um sie dort zu bewußten Germanen und Deutschen“ zu erziehen. Himmler befahl daher allen SS-Dienststellen in den Niederlanden, vor allem den zweiten Weg zu wählen, damit ein großer Teil der Bevölkerung an den „deutschen Reichsgedanken gewöhnt und damit verknüpft“ werde. Die SS-Standarte „Westland“ solle in vier Wochen mit den „besten niederländischen Freiwilligen“ voll ausgefüllt werden, so daß noch eine weitere Standarte mit „reinblütigen“ Germanen errichtet werden könne. Aber nicht durch „langsameres Abwarten oder Heranwachsenlassen“, so schloß der Reichsführer-SS seine „Richtlinien“ vom 24. Juni 1940, solle dieses Ziel erreicht werden, sondern durch eifrige, taktvolle und kluge Arbeit.

Knapp zwei Monate später stattete Himmler den ersten „scharf gemusterten“ Niederländern seinen Besuch ab. Es sei eine Tatsache, so begrüßte er am 21. August die freiwilligen „Germanen“ der SS-Standarte „Westland“ in ihrem Ausbildungslager bei München⁹⁴, „daß Menschen aus all diesen Gauen denselben Schnitt des Gesichtes, dieselbe Art des Kopfes und denselben Wuchs des Körpers, diesselbe oder die verwandte Sprache, dieselben Sitten, dieselben Begriffe von Anständigkeit, Ehre und Tapferkeit in sich haben . . .“ Seinen „germanischen“ Reichsträumen freien Lauf lassend, fuhr er dann fort, die SS-Standarte Westland sei vom Schicksal vorbestimmt, „als erste wieder den Germanen in der Welt vorzuleben und zu beweisen, daß wir, ganz gleich, woher wir kommen, Söhne eines Blutes, Kinder einer Art, Brüder nach Geschichte und Abstammung sind“. Neben ihrer niederländischen Staatsangehörigkeit sollten die Angehörigen der Standarte auch die deutsche erhalten, denn jeder, so verkündete er, könne „diese Straße als Germane in Treue zu seiner Heimat und – das sei auch offen ausgesprochen – in Treue und Glauben an eine große germanische Gemeinschaft in die Zukunft gehen“.

Während die ersten Niederländer für die Waffen-SS angeworben, gemustert und zur „Erziehung“ und „Ausbildung“ nach Deutschland geschickt wurden, liefen in den Niederlanden auch die Vorbereitungen für die Errichtung einer „Allgemeinen niederländischen SS“ weiter. Bereits am 10. Juni 1940 berichtete der HSSPF Rauter⁹⁵ dem Reichsführer-SS, daß Rost van Tonningen mit der bisherigen Entwicklung „sehr zufrieden“ sei. Als Führer der niederländischen SS sei Feldmeijer in Aussicht genommen worden. Wenige Tage später traf das Antwortschreiben

⁹⁴ RvO, Amsterdam. BDC H 504. 4397–4403.

⁹⁵ Ebd. BDC H 1180. 12182.

Himmlers in Den Haag ein. Er glaube, so schrieb der Reichsführer-SS⁹⁶ am 19. Juni seinem „Generalbevollmächtigten“, daß Feldmeijer die „richtige Figur“ sei, die innerhalb der NSB die SS organisieren könne.

So wie sich in Deutschland die SS aus der „Stabswache“ bzw. aus der im Mai 1923 in „Stoßtrupp Hitler“ umbenannten Leibgarde entwickelt hatte, so sollte die niederländische SS aus der sog. Mussertgarde aufgebaut werden. Dem HSSPF Rauter gelang es in den Sommermonaten, Feldmeijer, der im November 1939 zum Chef dieser Garde und „Beschützer“ des Parteiführers ernannt worden war⁹⁷, zu bewegen, gegen den Willen Musserts in die SS einzutreten. Im August 1940 sprach Mussert, der sehr wohl wußte, welche Gefahr ihm von seinen „völkischen“ Parteigenossen drohte, mehrmals mit dem Reichskommissar über die „SS-Frage“ in den Niederlanden⁹⁸. Am 30. August schrieb er an Seyss-Inquart⁹⁹, daß er zwar keine Bedenken gegen die „Lehre“¹⁰⁰ der SS habe, sich aber nicht mit dem Namen „niederländische SS“ einverstanden erklären könne. Das niederländische Volk, so argumentierte er, sehe in der SS ein „typisch deutsches Zeichen“ und keineswegs ein Zeichen, das „für alle germanischen Völker vom Nordkap bis Nordfrankreich gelten“ könne. Auch glaube er, daß der vorgeschlagene Führer Feldmeijer nicht den nötigen Anforderungen gerecht würde, da seine Leistungen als Chef seiner Garde „unbefriedigend“ seien. Mussert schlug daher vor, den Leiter seiner Weerafdeling (WA) – einer Schlägerkolonne der NSB, ähnlich der frühen SA in Deutschland – zum Führer der niederländischen SS zu ernennen, so daß seine WA und die SS in „großer Harmonie und Freundschaft“ zusammenarbeiten könnten.

Wenn der „Leider“, der sich anfangs verzweifelt gegen die Bildung einer niederländischen SS wehrte, schließlich doch Ende August 1940 einlenkte, so war das auf einen Umstand zurückzuführen, der einer Erpressung gleichkam. Am 21. August 1940 erfuhr Mussert von Seyss-Inquart, daß der Führer ihn endlich empfangen würde¹⁰¹. Allem Anschein nach wurde jedoch dieser langersehnte Besuch u. a. von der Bedingung abhängig gemacht, daß sich Mussert mit der Errichtung der niederländischen SS unter der Führung Feldmeijers einverstanden erklärte¹⁰². Der Faschistenführer gab schließlich dem Drängen Himmlers, Rauters und Seyss-Inquarts nach¹⁰³ und befahl im September 1940 die Aufstellung einer niederländischen SS. Diese niederländische SS, die zwei Jahre später in „germanische SS in den Niederlanden“ umbenannt wurde, blieb zwar auf dem Papier eine Gliederung der NSB, aber Mussert wußte nur zu gut, daß sie ihm völlig entzogen

⁹⁶ RvO, Amsterdam. BDC H 1180. 12185/6.

⁹⁷ Vgl. OeV II, a. a. O., S. 57.

⁹⁸ RvO, Amsterdam. Mussert-Tagebuch v. 5. 8. und 16. 8. 1940.

⁹⁹ Ebd., NSB-Archiv 15 c. Brief Musserts an Seyss-Inquart v. 30. 7. 40.

¹⁰⁰ Unter dieser „Lehre“ verstand Mussert: „1. Erkenntnis vom Wert des Blutes. 2. Freiheitswille und Kampfbereitschaft. 3. Treue und Ehre.“

¹⁰¹ RvO, Amsterdam. Mussert-Tagebuch v. 21. 8. 1940.

¹⁰² Ebd., v. 6. 9. 1940. Vgl. L. de Jong, De Bezetting II, a. a. O., S. 30.

¹⁰³ Vgl. Vijf nota's van Mussert aan Hitler, a. a. O., S. 69 ff. Nota over de politieke toestand v. 17. 5. 1943.

war und daß sie auf die Dauer seine Bewegung politisch aushöhlen würde¹⁰⁴. Die Angehörigen der SS wurden auch nicht auf ihren „Leider“ Mussert, sondern auf „Adolf Hitler als germanischen Führer“ vereidigt¹⁰⁵. Sie erhielten SS-Führer-Dienstgrade, und der „Voorman“ der niederländischen SS, SS-Standartenführer Feldmeijer, trat in den Stab des HSSPF Rauter ein.

Damit besaß die SS in den besetzten niederländischen Gebieten eine in ihrem Sinne „weltanschaulich gefestigte“ Organisation, die dem Einfluß der Partei, des Reichskommissariats und der NSB entzogen war. Zum anderen war die niederländische SS der Hebel, den Himmler und sein getreuer Gefolgsmann Rauter zur Spaltung der NSB ansetzen konnten. Sie wurde zum Sammelbecken aller radikalen, „völkischen“ Parteigenossen, die ein Aufgehen ihres Landes in das „Großgermanische Reich“ erstrebten und sich nach der Ausschaltung ihres Parteiführers den ihnen gebührenden Platz in dem neuen „germanischen“ Führerstaat erhofften.

¹⁰⁴ Vgl. L. de Jong, *De Bezetting II*, a. a. O., S. 30.

¹⁰⁵ Vgl. *Vijf nota's Musserts aan Hitler*, a. a. O., S. 53.

V. VERHALTEN UND REAKTION DER NIEDERLÄNDISCHEN BEVÖLKERUNG IN DEN ERSTEN MONATEN DER BESETZUNG

A. Die politische Verwirrung in den Sommermonaten

Der überwiegende Teil der niederländischen Bevölkerung verhielt sich in den ersten Monaten passiv und abwartend. Der weitere Verlauf des Krieges sowie das Auftreten und die Maßnahmen der deutschen Zivilverwaltung waren die entscheidenden Faktoren, die ihre Stimmung und Haltung gegenüber den Nationalsozialisten beeinflussten.

Einen Tag vor der Übernahme des Amtes des Reichskommissars durch Seyss-Inquart hatte die belgische Armee kapituliert. Am 10. Juni 1940 mußten die norwegischen Truppen die Waffen niederlegen, nachdem drei Tage zuvor die letzten englischen Hilfstruppen Narwik verlassen hatten. Am 22. Juni 1940 kam es schließlich zum Abschluß des deutsch-französischen Waffenstillstandsvertrages¹. Hitler war auf dem Höhepunkt seiner Macht. Der „Endsieg“ und die endgültige Niederwerfung Englands schienen für ihn und für die Mehrheit seiner Generäle nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Hitler hatte mit seiner Vorhersage Recht behalten. In drei kurzen Feldzügen hatte er den Gegner „vernichtend“ geschlagen. Seine kampferprobten und schlagkräftigen Armeen standen in Hammerfest und an der spanischen Grenze.

Dieser Siegeslauf der deutschen Armeen hatte – wie auch in anderen besetzten Ländern – seine Wirkung auf viele Niederländer nicht verfehlt. So verkündete einer der profiliertesten niederländischen Politiker, Dr. Colijn², zwei Monate nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in seiner Broschüre „An der Grenze zweier Welten“³: mit einer deutschen Niederlage sei kaum noch zu rechnen und man müsse sich täglich den veränderten Umständen anpassen. Wörtlich schrieb er: „Die alles dominierende Tatsache ist dann, sofern keine echten Wunder geschehen, daß der europäische Kontinent in der Zukunft von Deutschland geführt wird.“ Und am 10. August 1940 erklärte er in einer Rede in der Amsterdamer Appollohalle⁴: „Ich bin überzeugt, daß, wie auch immer dieser Krieg am Ende ausgeht, es nicht zweifelhaft ist, daß Deutschland auf dem europäischen Kontinent eine Stellung einnehmen wird, die man am besten mit einem Dirigenten eines großen Orchesters vergleichen kann. Und man muß bereit sein, daraus die Konsequenzen zu ziehen.“

¹ Vgl. dazu die grundlegende Arbeit v. H. Böhme, *Der deutsch-französische Waffenstillstand im 2. Weltkrieg*, Bd. I. Entstehung und Grundlagen des Waffenstillstandes von 1940. Stuttgart 1966.

² Zur Persönlichkeit Colijns: W. Drees, *Dr. Colijn en het ondergrondse politiek contact*, in: *Een groot Vaderlander*. 1947. Sowie G. Puchinger, *Colijn. Momenten uit zijn leven*. Kampen o. J. Ders., *Dagboek van Mevrouw Colijn*. Kampen 1960, und RvO, Amsterdam. Not. Nr. 60. *Dr. Colijns Beleid in 1940*.

³ H. Colijn, *Op de grens van twee Werelden*. Amsterdam 1940, S. 50.

⁴ Zitiert nach W. Drees, *De politieke partijen*, in: *OeV II*, a. a. O., S. 12.

Was dem fünfmaligen niederländischen Ministerpräsident und Vorsitzenden der Antirevolutionären Partei vor Augen schwebte und wofür er sich auch in der ersten Julihälfte 1940 eingesetzt hatte⁵, war die Bildung einer repräsentativen niederländischen politischen Organisation, die das Vakuum in den Niederlanden ausfüllen sollte. Obwohl Colijn am Schluß seiner übereilt und unter dem Eindruck eines Gespräches mit Seyss-Inquart⁶ veröffentlichten Broschüre ein Bekenntnis zur konstitutionellen Monarchie und zum Haus Oranien ablegte, so rief sie nicht allein Anerkennung und Zustimmung, sondern auch Ablehnung und heftige Proteste hervor. Dieses kleine Büchlein des damals 74-jährigen Politikers, das einen „riesigen Absatz“ fand und „großes Aufsehen“⁷ erregte, war zugleich Ausdruck der trügerischen Hoffnungen und gefährlichen Spekulationen, die viele Niederländer im Sommer 1940 mit allen möglichen „Erneuerungs“- und „Konzentrationsbestrebungen“ verbanden. Von dem Parteienzwist der Vorkriegszeit abgestoßen, enttäuscht über die Flucht der Königin und des Kabinetts und erbittert über das Ausbleiben alliierter Hilfe während der „Maitage“, glaubten auch viele Niederländer unter dem Eindruck der sich in Europa vollziehenden „Neuordnung“ sich den „veränderten Verhältnissen“ anpassen zu müssen. Gewiß hatten sich Dr. Colijn⁸ und die anderen Vertreter der demokratischen Parteien geweigert, an einer niederländischen Einheitsbewegung mitzuarbeiten, die nicht in aller Öffentlichkeit die Unabhängigkeit des Landes unter der Führung des Hauses Oranien zu proklamieren vermochte. Aber das Vorgehen Professor de Quays, die Errichtung der „Niederländischen Union“ und deren „spontane Erfolge“⁹ waren ein deutliches Symptom für die anti-parlamentarische Stimmung¹⁰ und für die politische Verwirrung weiter Kreise der niederländischen Bevölkerung.

Wie bereits dargelegt, setzte der Reichskommissar gerade wegen ihres Massenanhanges auf die „Unie“ große Hoffnungen. Diese sollten aber bald enttäuscht werden. Die überwiegende Mehrheit der 800 000 Mitglieder, die sich bis zum Februar 1941 der „Unie“ anschlossen¹¹, sahen in dieser „nationalen Erneuerungsbewegung“ ein Forum, um auf „organisierte Weise ihre Abneigung gegen die NSB zu zeigen“¹². Die Nationalsozialisten kamen folglich auch zu dem Schluß, daß die Niederländi-

⁵ Vgl. oben, S. 97f.

⁶ Seyss-Inquarts 1. Bericht, a. a. O., S. 424f.

⁷ RvO, Amsterdam. SD-Meldung Nr. 10. v. 26. 8. 1940.

⁸ Wenige Wochen später bedauerte Colijn die voreilige Verkündigung seiner „Thesen“ und schloß sich mit anderen Vertretern der demokratischen Parteien zu einem „Politischen Konvent“ zusammen, der sich scharf von dem „Anpassungskurs“ der „Unie“ distanzierte. Vgl. dazu W. Drees, Van Politiek Convent tot Vaderlands Comite, in: OeV II, a. a. O., S. 109f. Am 30. 6. 1941 wurde Dr. Colijn verhaftet und für kurze Zeit zunächst in dem niederländischen Städtchen Valkenburg interniert. Nachdem er dann nach Berlin überführt und wochenlang von der Polizei verhört worden war, wurde er mit seiner Frau in Ilmenau interniert, wo er am 22. September 1944 starb.

⁹ RvO, Amsterdam. SD-Meldungen Nr. 10 v. 26. 8. 1940.

¹⁰ Vgl. L. de Jong, De Bezetting I, a. a. O., S. 78 und Enquêtecommissie VII A.

¹¹ W. Warmbrunn, The Dutch under German Occupation, a. a. O., S. 134.

¹² L. de Jong, Die Niederlande im Zweiten Weltkrieg, a. a. O., S. 12.

sche Union ein „Auffang-Reservoir der Kräfte des zusammengebrochenen alten Systems . . . und eine getarnte Organisation zur Förderung reaktionärer Bestrebungen“¹³ sei.

„Die Unie“, so berichtete bereits am 16. Januar 1941 Otto Bene nach Berlin¹⁴, „die gute Ansätze zeigte und bei der man vielleicht den Gedanken haben konnte, daß sich aus ihr etwas Brauchbares entwickeln könnte, hat guten Mitgliederzulauf gehabt, aber die Führung hat es nicht verstanden, ihre Mitglieder in Disziplin zu halten, so daß ein großer Teil der Unie-Mitglieder, die ziemlich aus allen Parteien kommen, heute reaktionär eingestellt ist und handelt. Man kann die Unie heute ruhig als Sammelbecken all derer, die gegen Deutschland eingestellt waren, bezeichnen. Zwischen NSB und Unie besteht eine erbitterte Feindschaft, die von deutscher Seite ab und zu eingedämmt werden muß.“

Daß sich die Niederländische Union, die schließlich im Dezember 1941 verboten wurde¹⁵, nicht zu einem „brauchbaren“ Instrument Seyss-Inquarts umformen ließ, muß jedoch auch auf die Haltung und Reaktion einiger Niederländer zurückgeführt werden, die die „Erneuerungsbewegung“ und ihr „Programm“ von Anfang an auf das schärfste kritisierten und in aller Öffentlichkeit angriffen. Heftige Kritik an dem „Anpassungskurs“ der „Unie“ übte zum Beispiel Dr. J. Eykman, der Direktor des Amsterdamer CVJM (er sollte die Befreiung seines Landes nicht mehr erleben) in einer im August 1940 verfaßten Broschüre „Wir bauen weiter . . . aber auf welcher Grundlage“¹⁶. Darin warf er der „Unie“ vor, daß sie die Jugend im „nationalen Geist“ erziehen wolle, aber das Haus Oranien aus ihrem Programm gestrichen habe. „Was bleibt uns dann noch übrig“, so schrieb er, „das typisch niederländisch ist? Ist es die Liebe zu den Wäldern der Veluwe oder für den Käsemarkt in Alkmaar oder für den Zoo, so wie es uns die Zeitungen jeden Tag, selbst auf den Fotoseiten, beizubringen versuchen?“

Einen Monat später erschien unter dem Titel „Den Vaderlant Getrouwe“ („Dem Vaterland treu“) eine weitere Broschüre, die von Hand zu Hand ging und von Zehntausenden gelesen wurde. In diesem Buch veröffentlichten drei Niederländer der verschiedensten politischen Richtungen ihre Reden, die sich sowohl gegen die „Erneuerer“ und „Anpasser“, als auch gegen die Nazifizierungspolitik des Reichskommissars richteten¹⁷. Der Sozialdemokrat Dr. H. B. Wiardi Beckman, der Vor-

¹³ W. Janke, *Regungen des neuen Geistes*, a. a. O., S. 46f.

¹⁴ RvO, Amsterdam. FOSD 4659. 211083. Brief Benes an das A. A. vom 16. 1. 1941.

¹⁵ Ein halbes Jahr später wurden zahlreiche leitende Funktionäre der „Unie“, unter ihnen Prof. de Quay, Linthorst-Homan und Einthoven verhaftet und in Nord-Brabant interniert. Zur Bedeutung der Unie für die niederländische Resistance und für die Befreiung des Landes vgl. J. G. Suurhoff, *De Nederlandse Unie en haar betekenis voor de bevrijdingsstrijd*, in: OeV I, a. a. O., S. 98f. und W. Schermchorn, *De Nederlandse Unie en haar Driemanschap*. Schiedam 1946.

¹⁶ *Wij bouwen verder . . . maar op welken grondslag*, zitiert nach B. A. Sijes, *De Februari-Staking*, a. a. O., S. 9.

¹⁷ Vgl. W. Drees, *De politieke partijen*, in: OeV II, a. a. O., S. 11f.

sitzende der Liberalen Staatspartei Prof. Mr. B.M. Telders und der aus dem christlich-historischen Lager stammende Prof. Mr. P. Scholten hatten geplant, auf einer großen gemeinsamen Parteiveranstaltung am 14. September 1940 in Amsterdam zu sprechen. Als diese Versammlung jedoch von den deutschen Behörden verboten wurde, entschloß man sich, die drei Reden als Aufsätze zu veröffentlichen.

Wiardi Beckman gab seiner „Rede“ den Titel „Ons zelf blijven“ („Wir selbst bleiben“). Der Krieg habe zwar, so schrieb er, den Einheitsdrang des Volkes verstärkt, aber diese Einheit könne und dürfe nichts anderes sein als eine Einheit in der Verschiedenheit. „Es würde vollkommen unmöglich sein, alle Niederländer in eine geistige Uniform zu zwingen.“ Wiardi Beckman, der jede Zusammenarbeit mit Rost van Tonningen abgelehnt hatte, sich aber auch für eine „Erneuerung“ aussprach, gab doch deutlich zu verstehen, daß er weit entfernt von jenen Niederländern sei, „die sogar mit lauter Stimme alles Alte schändlichst verurteilen“. Wiardi Beckman wurde im Januar 1942 verhaftet und starb am 15. März 1945 im KL Dachau.

Ebenso wie Wiardi Beckman überlebte auch der Leidener Staatsrechtslehrer Prof. Telders den Krieg nicht. Er wurde am 18. Dezember 1940 verhaftet¹⁸ und in das KL Buchenwald deportiert. Telders hatte bald nach dem deutschen Einmarsch in seinem Haus in unregelmäßigen Abständen bis zum Oktober 1940 mit einigen seiner Kollegen Besprechungen über staatsrechtliche Fragen geführt, die sich aus der Besetzung ergaben, und eine „Note über die deutsche Verwaltung in dem niederländischen besetzten Gebiet“¹⁹ niedergeschrieben. In dieser Denkschrift, die über den amerikanischen Konsul in Amsterdam im November 1940 der niederländischen Exilregierung in London zugeleitet wurde, stellte Telders fest, daß es „wohl das auffallendste Merkmal der Besetzung“ sei, daß Deutschland einen nationalsozialistischen niederländischen Staat errichten wolle.

Telders Aufsatz über „De nieuwe Tijd“ („Die neue Zeit“), die in der Broschüre „Den Vaderlant Getrouwe“ veröffentlicht wurde, warnte daher, ohne Colijn oder die „Unie“ mit Namen zu nennen, vor voreiligen Schlußfolgerungen. Wörtlich erklärte er: „Wir stehen inmitten eines gigantischen Kampfes, von dem weder Ablauf, Folgen oder Dauer durch Menschen erkannt werden können, und jeder Versuch, in dieser Hinsicht Prophet spielen zu wollen, macht denjenigen, der sich daran versündigt, nur lächerlich.“ Ebenso verwahrte er sich mit aller Entschiedenheit gegen die deutschen Bekehrungsversuche und gegen die nationalsozialistische Propaganda der gemeinsamen „sogenannten germanischen Abstammung“.

Auch der Amsterdamer Rechtsgelehrte Prof. Scholten rief in seinem Aufsatz „Christelijke vrijheid en Nederlandschap“ die Bevölkerung auf, furchtlos und standhaft der Zukunft entgegenzusehen und mit Gottes Hilfe das „köstlichste Gut . . . , unsere geistige Freiheit“ zu verteidigen²⁰.

¹⁸ Vgl. Aussage Prof. Mr. R. P. Cleveringa, in: L. de Jong, *De Bezetting I*, a. a. O., S. 90.

¹⁹ Nota over het Duitse Bestuur in Nederlands bezet gebied, in: B.M. Telders, *Verzamelde Geschriften*, IV, S. 331–362.

²⁰ Vgl. Aussage Mr. Y. Scholten, in: L. de Jong, *De Bezetting, I*, a. a. O., S. 134f.

B. Der Geburtstag des Prinzen Bernhard von Lippe-Biesterfeld

Trotz der politischen Verwirrung, die die Nationalsozialisten mit ihrer Politik der „großzügigen Behandlung“ und die „Niederländische Union“ mit ihrem nationalen Erneuerungsprogramm gestiftet hatten, wurde das Haus Oranien, nachdem es in den Maitagen auf das schärfste kritisiert worden war, in den Sommermonaten wieder für viele Niederländer zum Symbol der nationalen Einheit.

Genau vier Wochen hatte Seyss-Inquart in seinem „Reich“ regiert, und Partei und SS Zeit gehabt, ihre Konzeptionen zur „Gewinnung“ der „blutsnahen“ Niederländer zu entwickeln und teilweise schon in Angriff zu nehmen, als es zum Geburtstag des Prinzen Bernhard von Lippe-Biesterfeld²¹, am 29. Juni 1940, zu den ersten öffentlichen Sympathiekundgebungen für das Königshaus kam. Obwohl dieser Tag, der als „Anjerdag“ („Nelken-Tag“) in die niederländische Geschichte eingehen sollte, nicht „heroisiert“ und überschätzt werden darf, so bewies er doch, daß viele Niederländer nach dem Schock und der tiefen Enttäuschung über die unerwartete „Flucht“ ihres Staatsoberhauptes das Vertrauen zum Haus Oranien zurückgewonnen hatten.

Den ersten Hinweis auf die zu erwartenden Sympathiekundgebungen für das Königshaus erhielt Seyss-Inquart von seinem „kleinen Reichskommissar“ in Utrecht. „Wie ich höre“, so schrieb ihm bereits am 11. Juni dieser Beauftragte (von Winterfeld) nach Den Haag²², „besteht in gewissen holländischen Intelligenzkreisen die Absicht, zum Geburtstag des Prinzen Bernhard die Häuser zu flaggen. Da es sich bei einer solchen Flaggenbezeugung um eine ostentativ gegen Deutschland gerichtete Demonstration handeln würde, die möglicherweise sogar als Kraftprobe gedacht“ sei, müßten „rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden, um derartigen Vorkommnissen wirksam entgegenzutreten“ zu können. Im Falle einer Übertretung des Flaggenverbotes halte er eine „strenge Bestrafung“ für erforderlich, da sich bei den Niederländern sonst mehr und mehr die Meinung durchsetzen würde, daß man die deutschen Bestimmungen nicht allzu ernst aufzufassen brauche.

Von dieser Warnung wurden sofort der HSSPF Rauter und der Generalkommissar für Verwaltung und Justiz, Dr. Wimmer, in Kenntnis gesetzt. Wenige Tage später legte der Rechtsberater des Reichskommissars, Dr. Rabl, den Entwurf eines Runderlasses vor²³, durch den die Beauftragten des Reichskommissars aufgefordert werden sollten, die Kommissare der Königin in den Provinzen aufzusuchen und zu veranlassen, aus eigenen Kräften alles zu tun, um eine demonstrative Beflaggung an Häusern, Fahrzeugen und öffentlichen Gebäuden zu verhindern. Diese „Beein-

²¹ Prinz Bernhard, der 1937 Kronprinzessin Juliana geheiratet hatte, war bereits am 12. Mai 1940 nach England gefahren, um seine Familie in Sicherheit zu bringen. Unmittelbar danach war er aber wieder in die Niederlande zurückgekehrt, und hatte in Zeeland noch an den letzten Gefechten teilgenommen.

²² RvO, Amsterdam. VJ 58455. Vgl. auch *Nederland in Oorlogstijd*, 3. Jg., 1948, S. 46. „Anjerdag“ in documenten.

²³ *Nederland in Oorlogstijd*, 3. Jg., 1948, S. 46.

flussung“ sollte jedoch taktvoll und geschickt inszeniert werden, um bei der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als sei das Flaggenverbot auf Anordnung der eigenen Verwaltungsbehörden ausgesprochen worden.

Der allzu durchsichtige Entwurf Rabls fand nicht die Zustimmung des Reichskommissars. Am 20. Juni erhielten die Beauftragten ein von Dr. Wimmer unterzeichnetes Rundschreiben, in dem es u. a. hieß²⁴: „Der Reichskommissar ist der Auffassung, daß eine Beflaggung mit der Besetzung der Niederlande durch die Wehrmacht nicht vereinbar ist. Ich habe diese Auffassung den obersten niederländischen Behörden mitgeteilt, die darauf angeordnet haben, daß sämtliche Gebäude in den Niederlanden am 29. Juni unbeflaggt bleiben . . .“

Das Kollegium der Generalsekretäre, das bereits am 7. Juni die „Flaggenfrage“ behandelt hatte und auf eine „loyale und korrekte Haltung“ gegenüber den Besatzungsbehörden bedacht war, war dem deutschen „Wunsch“ weitgehend nachgekommen²⁵. „Unser Volk“, so begründeten die Generalsekretäre „ihr“ Flaggenverbot²⁶, „trauert um das, was es verloren hat, um die vielen, die fielen oder im Kampf verkrüppelt wurden oder vermißt werden. Unter diesen Umständen paßt keine öffentliche Flaggenbezeugung.“ Am 20. Juni unterrichtete Generalsekretär Frederiks auf Anweisung von Dr. Wimmer die Kommissare der Königin von dem Flaggenverbot²⁷. Als der Kommissar der Provinz Nord-Holland, Baron Röell, zwei Tage später den Bürgermeistern seiner Provinz diese Mitteilung machte, ließ er jedoch zugleich in vorsichtiger Form durchblicken, auf welche Art und Weise dieses Verbot umgangen werden konnte: durch das Tragen königsfarbener Kleidung, Schleifen, Kokarden und Blumen²⁸. Die weiße Nelke, die Lieblingsblume des Prinzen, sollte zum Symbol des 29. Juni werden. Drei Tage vor dem Geburtstag des Prinzen Bernhard rief Seyss-Inquart seine Beauftragten noch einmal nach Den Haag, um ihnen letzte Instruktionen zu erteilen. Er erklärte ihnen, daß das Singen der niederländischen Nationalhymne in der Öffentlichkeit nicht geduldet werden könne. Da zunächst „nicht unmittelbar polizeilich eingegriffen“ werden würde, sollten die Beauftragten dem „politischen“ Generalkommissar Schmidt unverzüglich Berichte über etwaige Vorkommnisse zusenden, „damit das Erforderliche nachträglich“ veranlaßt werden könne²⁹.

Am Geburtstag des Prinzen Bernhard wurde das Flaggenverbot, bis auf Utrecht, von der niederländischen Bevölkerung weitgehend eingehalten, aber in fast allen Städten und Dörfern des Landes sah man, wie es in der SD-Meldung vom 6. Juli 1940 heißt, „viele blumentragende Menschen“³⁰. In Wageningen versah die Polizei

²⁴ RvO, Amsterdam. VJ 58437.

²⁵ RvO, Amsterdam. SS-GG Notulen v. 7. 6. 1940 und v. 19. 6. 1940.

²⁶ Ebd., VJ 58454.

²⁷ Ebd., vgl. SS-GG Notulen v. 14. 6. und 19. 6. 1940.

²⁸ Vgl. dazu E. Verkade, Anjerdag, in: *Nederland in Oorlogstijd*, 3. Jg., 1948, S. 42 und RvO, Amsterdam. VJ 58450.

²⁹ RvO, Amsterdam. Archief Präsidialabteilung 10⁸⁰. Aufzeichnung über die Besprechung v. 26. 6. 1940.

³⁰ RvO, Amsterdam. SD-Meldung Nr. 5 v. 6. 7. 1940. Anlage: Bericht über die Kund-

ihren Dienst mit „Orangeschleifen“. In Amsterdam versammelten sich ungefähr 300 Menschen vor dem Standbild Königin Emmas, der Mutter Königin Wilhelmines, um Blumen niederzulegen. Die deutsche Polizei trieb die Menge „unter Bedrohung durch Karabiner und Pistolen“ auseinander³¹. Musserts schwarze Schlägerkolonnen traten provozierend auf. Es kam zu Ausschreitungen, Handgreiflichkeiten und Straßenschlachten³². In Den Haag ließ der Hofmarschall der Königin, Jonkheer Laman Trip, im Palast Nordeinde Inskriptionslisten auslegen. Tausende von Menschen, geschmückt mit weißen, roten oder rosa Nelken, eilten herbei, um mit ihrer Unterschrift ihre Verehrung und Loyalität zum Königshaus zu bezeugen. Das Erscheinen General Winkelmans, der demonstrativ seinen Namen auf die Inskriptionsliste setzte, führte zu einer weiteren Verschärfung der ohnehin gespannten Lage. Hochrufe auf das Haus Oranien und Schmährufe gegen die deutschen Behörden wurden laut. In den Straßen sangen viele Menschen die Nationalhymne. Am Abend kam es erneut zu Schlägereien zwischen einheimischen Nationalsozialisten und „Andersgesinnten“³³.

Die Maßnahmen der deutschen Behörden ließen nicht lange auf sich warten. Der Königspalast wurde geschlossen, die umliegenden Straßen wurden abgeriegelt und die Inskriptionslisten eingezogen. Hofmarschall Laman Trip wurde unter der Bedingung, sich täglich bei der örtlichen Polizei zu melden, in das kleine Städtchen Assen verbannt. Als erste niederländische Vereinigung wurde der Nationale Jugendverband, der die Sympathiekundgebungen mitorganisiert hatte, aufgelöst. Der Vorsitzende, van Santen, wurde verhaftet und in ein Konzentrationslager deportiert. Der Bürgermeister von Den Haag wurde abgesetzt und General Winkelman inhaftiert³⁴.

Die Verhaftung General Winkelmans, die auf die Bevölkerung besonderen Eindruck machte³⁵, hatte jedoch noch andere, tiefer liegende Ursachen. Seine Unterschrift auf der Inskriptionsliste war für die Besatzungsmacht nur eine günstige Gelegenheit, den von der Bevölkerung als „Volkshelden“ gefeierten General „sang- und klanglos“ in die Kriegsgefangenschaft abführen zu können³⁶. Winkelman, der nach dem Amtsantritt des Reichskommissars seines Amtes enthoben und nur noch mit der Demobilisierung der niederländischen Armee beauftragt worden war³⁷, hatte sich der deutschen Führung vor allem dadurch mißliebig gemacht, daß

gebungen anlässlich des Geburtstages des Prinzen Bernhard zu Lippe-Biesterfeld am 29. 6. 1940. Vgl. dazu auch die Berichte der Beauftragten des Reichskommissars über die Ereignisse des Nelkentages in den einzelnen Provinzen. VJ 58434-47.

³¹ Vgl. dazu B. A. Sijes, *De Februari-Staking*, a. a. O., S. 5.

³² Mussert-Tagebuch v. 29. 6. 1940. „Samstag, 29. Juni: Geburtstag Prinz Bernhard. Motto der Reaktion: Weiße Nelke tragen. Schüler und Bourgeoisie geschmückt. Große Kampfpartien zwischen Nationalsozialisten und Reaktion in Amsterdam . . .“

³³ RvO, Amsterdam. BDC H 1155. Schlußbericht Dr. Nockemanns über den Nelkentag.

³⁴ Vgl. *Nederland in Oorlogstijd*, 3. Jg., Nr. 4, 1948, S. 47.

³⁵ RvO, Amsterdam. SD-Meldungen Nr. 3 v. 6. 7. 1940.

³⁶ Seyss-Inquarts 1. Bericht, a. a. O., S. 418.

³⁷ Enquêtecommissie II A. *Enkele vraagstukken uit den tijd van de uitroeping van het*

er ohne Befugnis den niederländischen Behörden die Weisungen erteilte, nicht für die deutsche Kriegswirtschaft zu arbeiten. Hinzu kam, daß er mit aller Entschiedenheit den Behauptungen Seyss-Inquarts entgegengetreten war, die Niederländer trügen selbst die Schuld an dem verheerenden Bombardement von Rotterdam. Er hatte schließlich erneut protestiert, als am 30. Juni 1940 die Reichsregierung ihr „Weißbuch“ veröffentlichte, das die „wiederholten Neutralitätsverletzungen“ der Niederlande beweisen sollte. Am 1. Juli 1940 wurde er auf Befehl des Wehrmachtbefehlshabers General Christiansen verhaftet und in ein deutsches Internierungslager gebracht³⁸.

„Die Opposition in Teilen der niederländischen Bevölkerung gegen den augenblicklichen politischen Zustand des Landes“, so hieß es wenige Tage später in der SD-Meldung³⁹, „nahm in den letzten Wochen stetig zu und steigerte sich am Geburtstag des Prinzen Bernhard zu Lippe-Biesterfeld (29. 6.) zu einem Höhepunkt, so daß ernste Maßnahmen ergriffen werden mußten. Das Verbot mehrerer Zeitungen, die Amtsenthebung des Bürgermeisters von Den Haag, aber vor allem die Überführung des General Winkelman als Kriegsgefangenen nach Deutschland u. a. m. waren die Antwort auf die Haltung gewisser holländischer Oppositionsgruppen, welche die tatsächliche Lage immer noch nicht erkennen oder erkennen wollen und – wie es scheint – die Tatsache eines verlorenen Krieges und das Vorhandensein einer Besetzung völlig vergessen.“

Wahrscheinlich wären dem Reichskommissar und dem Wehrmachtbefehlshaber Unannehmlichkeiten und ein „Wutanfall“ Hitlers erspart geblieben, wenn nicht der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Standartenführer Dr. Nockemann⁴⁰, ohne Wissen Rauters und Seyss-Inquarts ein alarmierendes Telegramm an Heydrich, den Chef des Reichssicherheitshauptamtes, abgesandt hätte⁴¹, in dem von Demonstrationen größeren Umfangs die Rede war. Heydrich, der das Telegramm auf seinem Landgut auf Rügen erhielt, gab es – aus unerklärlichen Gründen – an Bormann weiter. Hitler soll beim Lesen dieses Rappports einen „Wutanfall“ bekommen haben. Er rief unverzüglich Seyss-Inquart, Christiansen, Rauter und Schmidt zu sich. Am 1. Juli 1940 traf der Reichskommissar mit seinen Begleitern in Berlin ein. Allein der HSSPF Rauter hatte sich dieser „Einladung“ entziehen können. Worüber im einzelnen in Berlin gesprochen wurde, ist nicht bekannt. Rauter erfuhr später, Hitler habe „sich sehr aufgeregt“ und „über die ganze Situa-

Regeringsgezag door Generaal Winkelman, S. 142ff., und Aussage General Winkelman, ebd., II C, S. 97f. und S. 486f.

³⁸ Vgl. dazu auch den Brief General Winkelmans an das RvO, Amsterdam, o.D., in: *Nederland in Oorlogstijd*, 3. Jg., Nr. 5, 1948, S. 67 und RvO, Amsterdam. FOSD 173 I. 84382. Aufzeichnung von Heyden-Rynsch v. 5. 7. 1940.

³⁹ RvO, Amsterdam. SD-Meldungen Nr. 3 v. 6. 7. 1940.

⁴⁰ Dr. Nockemann wurde kurz darauf aberufen und durch Dr. Harster, der bis 1943 in den Niederlanden blieb, ersetzt. Vgl. *Het Proces Rauter*, a. a. O., S. 21.

⁴¹ Dieses Telegramm konnte nicht ermittelt werden. Vgl. dazu Aussage Rauter, in: *Nederland in Oorlogstijd*, 3. Jg., Nr. 4, 1948, S. 47. Erhalten geblieben ist hingegen Nockemanns „Schlußbericht“ über den Anjerdag (RvO, Amsterdam. BDC H 1155).

tion und Zukunft Hollands“ gesprochen⁴². Allem Anschein nach forderte Hitler ein härteres Auftreten und schärfere Maßnahmen, um eine Wiederholung des „Nelkentages“ unmöglich zu machen. Am 2. Juli 1940 kehrten Seyss-Inquart, Christiansen und Schmidt nach Den Haag zurück.

Am gleichen Tage erschien in der Zeitung „De Standaard“ ein Artikel Colijns, der die in dem deutschen Weißbuch veröffentlichten Dokumente „als nicht beweiskräftig“⁴³ bezeichnete und die vorgebrachte Beschuldigung niederländischer „Neutralitätsverletzungen“ zurückwies. Daraufhin wurde Colijn „verwarnt“⁴⁴, und die Zeitung für die Dauer von zwei Monaten verboten. Obwohl SS-Standartenführer Nockemann in seinem „Abschlußbericht“ über den „Anjerdag“ bemerkte, daß trotz der „Versteifung“ der Haltung der Bevölkerung und der niederländischen Behörden in den letzten Wochen, „der einmal befohlene Weg der großzügigen Behandlung der besetzten Niederlande“ im Prinzip fortgeführt werden solle⁴⁵, ließen doch die folgenden Bekanntmachungen und Verordnungen der deutschen Behörden den härteren Kurs der Besatzungspolitik sichtbar werden.

Am 4. Juli 1940 erließ Seyss-Inquart eine Verordnung „zum Schutz der niederländischen Bevölkerung vor unwarhen Nachrichten“⁴⁶. Danach durften die Niederländer nur die innerhalb des besetzten Gebietes, des Groß-Deutschen Reiches, des Reichsprotektorats und des Generalgouvernements stationierten Rundfunksender einschalten. Eine Übertretung dieses Verbots sollte mit Gefängnis bis zu zwei Jahren (später konnte sogar die Todesstrafe verhängt werden) oder mit einer Geldstrafe bis 100 000 Gulden geahndet werden. In besonders „schweren Fällen“ konnte eine Gefängnisstrafe bis zu 10 Jahren oder eine Buße in „unbeschränkter Höhe“ verhängt werden. Am gleichen Tage gab der Reichskommissar eine weitere Verordnung heraus⁴⁷, durch die das „Vermögen“ von Personen oder Vereinigungen, die sich gegen das Deutsche Reich betätigen, ganz oder teilweise eingezogen werden konnte. Nachdem am 6. Juli 1940 beide Verordnungen durch die Tagespresse der Bevölkerung bekannt gegeben worden waren, warnte General Christiansen am gleichen Tag die Niederländer mit allem Nachdruck, jegliche Sympathiekundgebung oder Demonstration für das Haus Oranien oder für die Exilregierung zu unterlassen. Nachdem Seyss-Inquart nach den Ereignissen des „Nelkentages“ Hitler versprochen hatte, daß „irgendwelche Kundgebungen“ für das Haus Oranien nicht mehr geduldet werden würden⁴⁸, ließ er am 1. August 1940 in der Presse verlautbaren, daß

⁴² Aussage Rauter, ebd., und RvO, Amsterdam. Not. Nr. 73. Einige formeele gegevens betreffende Hitlers' bemoenis met Nederlandse aangelegenheden. Aus welchem Grund der HSSPF Rauter in den Niederlanden blieb, konnte nicht geklärt werden.

⁴³ RvO, Amsterdam. SD-Meldungen Nr. 3 v. 6. 7. 1940.

⁴⁴ 1. Bericht Seyss-Inquarts, PS-997, a. a. O., S. 425.

⁴⁵ RvO, Amsterdam. BDC H 1155. Vgl. S. 94 dieser Arbeit.

⁴⁶ RvO., Amsterdam. VOBL. Niederlande, VO 35/40 v. 4. 7. 1940.

⁴⁷ Ebd., VO 33/40 v. 4. 7. 1940.

⁴⁸ Seyss-Inquarts 1. Bericht, a. a. O., S. 427. „Irgendwelche Kundgebungen für die Königin, aber auch für das Haus Oranien, da dieses ja nur durch die dem Biesterfeld verhehlichte Kronprinzessin Juliana vertreten wird, werden nicht mehr geduldet mit der Begründung, daß

jede Demonstration für das Königshaus von deutschen Gerichten zu verhängende Strafen nach sich ziehen würde⁴⁹.

Trotz des „Nelkentages“ hielt Seyss-Inquart weiter an seinem Nazifizierungskonzept fest. Man wird sogar annehmen können, daß weder der Reichskommissar noch der HSSPF Rauter sich von den Ereignissen des 29. Juni sonderlich beeindruckt fühlten. Beide hatten an diesem Tage eine „Besichtigungsfahrt“ in die nordniederländischen Provinzen Friesland und Groningen unternommen⁵⁰. Rauter nannte aufgrund des dabei gewonnenen Eindruckes den 29. Juni einen „lächerlichen Blumenkorso“, den er mit zwei Einsatzwagen der „Grünen Polizei“ leicht hätte „erledigen“ können⁵¹. Und Seyss-Inquart gab in seinem allzu optimistischen Rechenschaftsbericht an den Führer gar der Meinung Ausdruck, daß ein „aktiver Widerstand“ in der Bevölkerung „überhaupt nicht“ zu spüren sei⁵².

Für viele Niederländer blieb jedoch dieser „Anjerdag“ der „erste fröhliche Tag seit der Kapitulation“⁵³. Nach sechs Wochen nationalsozialistischer Herrschaft war es der erste Tag, an dem die Niederländer den deutschen Behörden und der verhaßten Mussertpartei zu verstehen gaben, daß sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung niemals zum Nationalsozialismus bekehren würde. Selbst der niederländische Faschist d'Ansembourg bekannte in einem Brief an den „Leider“, daß die deutsche Politik in den Niederlanden am 29. Juni 1940 „eine ebenso glatte wie für die Zukunft gefährliche Niederlage erlitten“ habe⁵⁴.

C. Die Reaktion der Sozialdemokraten

Seyss-Inquarts Hoffnung, durch die Einsetzung der beiden nationalsozialistischen „Stillhaltekommissare“ die niederländische Arbeiterschaft „allmählich vom marxistischen Gedankengut befreien“ und zum Nationalsozialismus bekehren zu können, erfüllte sich nicht. Die Gleichschaltung verlief zwar durch die „unauffällige

die Königin beharrlich in der Reihe der Feinde verbleibt und den englischen Luftangriffen auf die Niederlande nicht entgegentritt. Vom Standpunkt der Besatzungsmacht ist eine Kundgebung für die Königin ebenso zu werten wie etwa eine Kundgebung für Churchill. Dieser Standpunkt wird mit zunehmender Schärfe durchgesetzt werden.“ Vgl. dazu auch RvO, Amsterdam. HSSPF 54a. Bericht Nr. 54a über die Dienstbesprechung bei GK Schmidt am 22. 7. 1940. Nachdem Königin Wilhelmina nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion in einer Rundfunkansprache Hitler als den „Erzfeind der Menschheit“ bezeichnet hatte, befahl Hitler, das Vermögen der Königin zu konfiszieren. Vgl. dazu RvO, Amsterdam. FOSD 1584. 382515. Brief Bormanns an Lammers v. 3. 7. 1941 und das Schreiben Lammers an Seyss-Inquart v. 18. 7. 1941 sowie die VO 33/41 v. 19. 9. 1941.

⁴⁹ Algemeen Handelsblad v. 1. 8. 1940. Bereits am 17. Juli wurde durch die VO 52/40 die deutsche bürgerliche Gerichtsbarkeit in den Niederlanden eingeführt.

⁵⁰ Deutsche Zeitung in den Niederlanden v. 30. 6. 1940.

⁵¹ Nederland in Oorlogstijd, 3. Jg., 1948, S. 43.

⁵² Seyss-Inquarts 1. Bericht, a. a. O., S. 424.

⁵³ Vgl. E. Verkade, Anjerdag, in: Nederland in Oorlogstijd, 3. Jg., 1948, S. 42.

⁵⁴ RvO, Amsterdam. NSB-Archiv 15a. Brief d'Ansembourgs an Mussert v. 10. 7. 1940.

Einschaltung von SD-Angehörigen⁵⁵ reibungslos und ohne Zwischenfälle, aber der Versuch Rost van Tonningens, die sozialistischen Organisationen zu einer Mitarbeit zu bewegen, endete für den „Kommissar für die marxistischen Parteien“ mit einem Fiasko. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, weigerten sich die Parteifunktionäre, mit dem fanatischen Nationalsozialisten Rost van Tonningen zusammenzuarbeiten.

Unmittelbar nach seiner Ernennung zum „Stillhaltekommissar“, in den Mittagsstunden des 20. Juli, erschien der SS-Protégé im Gebäude der „Arbeiterpresse“⁵⁶ in Amsterdam und setzte kurzerhand den Nationalsozialisten Kerckmeester als seinen „bevollmächtigten Vertreter“ und das geheime NSB-Mitglied Goedhuys als „Vertrauensmann“ in der Redaktion ein⁵⁷. Er rief die anwesenden Journalisten zu sich und sicherte ihnen zu, daß sie ihre Arbeit fortsetzen könnten, falls sie seiner Linie folgen würden. Aber bereits dieses erste schroffe Auftreten des „Stillhaltekommissars“ führte zu einer „Massenflucht“. Zahlreiche Redakteure verweigerten die Mitarbeit und reichten ihre Kündigung ein⁵⁸. Der Direktor der „Arbeiterpresse“, van der Veen, der nach dem Einmarsch der deutschen Truppen gehofft hatte, seinen Konzern retten zu können, nahm sich in der Nacht vom 20. zum 21. Juli das Leben⁵⁹.

Nach der Besetzung der „Arbeiterpresse“ stattete Rost van Tonningen der SDAP-Zentrale seinen ersten Besuch ab. Da der ganze Vorstand abwesend war, beauftragte er den allein anwesenden Geschäftsführer der Partei, Rengelink, den Parteivorsitzenden Vorrink und den Schatzmeister Woudenberg⁶⁰, nach Amsterdam zu bestellen. Am Abend desselben Tages wandte sich Rost van Tonningen mit einer Radiorede, die von Generalkommissar Schmidt zuvor geprüft und genehmigt worden war, an die niederländische Bevölkerung:

„Auch die niederländischen Arbeiter“, so tönte seine Stimme über alle Rundfunkanstalten des Landes⁶¹, „befinden sich heute plötzlich in einer tiefen Umwälzung der sozialistischen Weltanschauung. Wie ein Sturmwind ist die neue Zeit durch Europa gebraust . . . Es ist ein zwingendes Gebot für die niederländische Volksgemeinschaft, den Arbeitern, die in der SDAP und NVV zusammengefaßt sind, die Gelegenheit zu verschaffen, aus der Kraft ihrer eigenen Persönlichkeit den Weg ins

⁵⁵ RvO, Amsterdam. Sonderbericht Nr. 1 (Dr. Harster) v. 5. 8. 1940. Da man von niederländischer Seite mit dieser „politischen Aktion“ gerechnet hatte, waren bereits Mitgliederlisten und „Geheimmaterial“ weitgehend vernichtet oder in Sicherheit gebracht worden sowie Vorbereitungen getroffen, um in der „Illegalität“ weiter arbeiten zu können. Zur Rolle der illegalen CPN vgl. B. A. Sijes, *De Februari-Staking*, a. a. O., S. 40f.

⁵⁶ Die „Arbeiterpresse“ gab die Zeitungen *Het Volk*, *Voorwaarts*, *Vooruit* und *Het Volksblad* heraus.

⁵⁷ Nach dem Bericht Rost van Tonningens über die kommissarische Verwaltung der SDAP. RvO, Amsterdam. RvT 112/82047. Abgedruckt bei Fraenkel-Verhade. *Correspondentie I*, a. a. O., S. 401 ff.

⁵⁸ Vgl. Aussage S. Carmiggelt, in: L. de Jong, *De Bezetting I*, a. a. O., S. 89.

⁵⁹ W. Drees, *Een mislukte poging tot gelijkschakeling*, a. a. O., S. 28.

⁶⁰ Der Schatzmeister C. Woudenberg war ein Bruder des NS-Stillhaltekommissars H. J. Woudenberg, dem die freien Gewerkschaften unterstellt wurden.

⁶¹ Zitiert nach dem Bericht Rost van Tonningens über die kommissarische Verwaltung der SDAP, a. a. O., S. 4.

neue Europa aufzubauen. Nur Charakterlose können erwarten, daß ein Sozialist sein sozialistisches Ideal preisgeben könnte. Wenn also heute die niederländische Volksgemeinschaft vielleicht überrascht worden ist durch den Entschluß, daß die Führung der SDAP abgesetzt wird, so liegt ausschließlich die Absicht vor, aus den Reihen der Arbeiter selbst eine neue Führung auferstehen zu lassen.“

Mit dieser Rede hatte Rost van Tonningen die niederländische Arbeiterschaft auf die „Absetzung ihrer marxistischen Führung“ vorbereitet, die in den nächsten Tagen in Angriff genommen werden sollte. In seinem „Bericht über die kommissarische Verwaltung der SDAP“, den er im Herbst 1940 dem Reichskommissar vorlegte, schrieb er, daß er von Anfang an gewußt habe, daß die überwiegende Mehrheit eine Zusammenarbeit ablehnen würde. Er habe geglaubt, daß sich nach einem „inneren Kampf“ in der Partei „zwangsweise eine Auslese herausbilden würde, die sich gegen die „marxistische Führung“ durchsetzen . . . und „sich dann immer klarer zum Nationalsozialismus bekennen würde.“ Aber bereits die ersten Auseinandersetzungen, die Rost van Tonningen am 21. und 22. Juli 1940 mit den „marxistischen Führern“ hatte, zeigten sehr deutlich, daß sich die SDAP lieber selbst liquidieren, als von einem nationalsozialistischen „Stillhaltekommissar“ führen lassen wollte.

„Es sitzt in der SDAP“, so versuchte Rost van Tonningen am 23. Juli 1940 dem Vorsitzenden der SDAP, Koos Vorrink, einzureden⁶², „und auch in anderen sozialistischen Organisationen ein Stück Volkserziehung, ein Stück Volksleben, ein Stück Kultur, die doch eigentlich nicht unter der deutschen Besetzung verloren gehen darf, und ich bin der Meinung, daß Sie, Herr Vorrink, und ich, Rost van Tonningen, zusammen versuchen sollten, dieses Stück Kultur und dieses Stück Volksleben zu retten. Sie, Herr Vorrink und die anderen haben einfach nicht das Recht, dabei beiseite zu stehen und Sie sollten unter den neuen Verhältnissen am Wiederaufbau unseres Staatslebens mitarbeiten“. „Ich bin bereit“, antwortete Koos Vorrink, „die Partei fortbestehen zu lassen, ich bin sogar bereit, Vorsitzender der Partei zu bleiben, wenn Sie, Herr Rost van Tonningen, erreichen können, daß morgen in den Niederlanden die Freiheit der Vereinigung und Versammlung, die Freiheit der Presse und die Freiheit des Gewissens wiederhergestellt werden kann.“ Als Rost van Tonningen eine Antwort schuldig blieb, gab Koos Vorrink zu verstehen, daß es für eine demokratische und für eine sozialistische Partei in den Niederlanden keine Basis mehr geben würde. Wörtlich erklärte er: „Der Sinn der westlichen und christlichen Kultur ist der Kampf für das Recht der menschlichen Persönlichkeit und der Ruf des Menschen nach Freiheit. Es ist das größte Verdienst der sozialistischen Arbeiterbewegung, daß sie den Arbeitern den Weg zu eigenem Denken und Urteilen gewiesen und sie so zu Selbstbewußtsein und eigener Verantwortung erzogen hat. Zwischen diesen Auffassungen und dem Führerprinzip des Nationalsozialismus gibt es keine Zusammenarbeit.“

⁶² Zitiert nach : Verslag van een bespreking op 23 Juli 1940 tussen dhr. K. Vorrink en Rost van Tonningen. RvO, Amsterdam. Doc. I Nr. 1822. J. J. Vorrink. – Vgl. auch Aussage J. W. Rengelingks, in: L. de Jong, *De Bezetting I*, a. a. O., S. 87 f.

Mit diesem „historischen Gespräch“ vom 23. Juli 1940, das vervielfältigt und in großer Zahl illegal verteilt wurde, war auch Seyss-Inquarts zweites Instrument zur unauffälligen Nazifizierung der Bevölkerung ausgefallen. Die Instruktionen, die Koos Vorrink der Partei und den Nebenorganisationen erteilte, durchkreuzten das Nazifizierungskonzept des Reichskommissars, weil sie dessen Absicht vereitelten, durch die Einsetzung der beiden „Stillhaltekommissare“ und durch die Übernahme des freien Gewerkschaftsverbandes, der SDAP-Organisationen und ihrer Presseorgane, „eine breite Plattform für die politische Einflußnahme auf das holländische Volk“⁶³ zu gewinnen. Die Sozialdemokraten wurden von ihren Parteiführern aufgefordert, dem „Stillhaltekommissar“ jede Mitarbeit zu verweigern und die Mitgliederlisten zu vernichten⁶⁴. Die Parteileitung riet ferner ihren Mitgliedern, keinen Beitrag mehr zu entrichten und ihre Abonnements zu kündigen⁶⁵.

Nachdem Rost van Tonningen bei der Parteizentrale sein Ziel nicht erreicht hatte, unternahm er eine ausgedehnte Rundreise zu den örtlichen Parteifunktionären, um sie zu einer Mitarbeit zu bewegen. Aber auch diese Reise brachte den SS-Protegé keinen Schritt weiter. Sieht man von wenigen Parteimitgliedern oder sozialdemokratischen Nebenorganisationen⁶⁶ ab, die glaubten, gegen den Willen der Parteiführung auch unter nationalsozialistischer Leitung ihre Arbeit fortzusetzen und ihre Organisation retten zu können, so wurden Seyss-Inquarts Nazifizierungsversuche von der überwiegenden Mehrheit der niederländischen Sozialdemokratie demonstrativ abgewiesen. Im September 1940 entließ der Reichskommissar seinen „Stillhaltekommissar“, nicht ohne ihm zu versichern, daß er „wertvolle Arbeit“ geleistet habe. Obwohl die SDAP formell erst im Juni 1941 verboten wurde, hatte sie bereits seit dem Sommer 1940 den Weg der Selbst-Liquidation beschritten. Gerade der allzu laute Ruf Rost van Tonningens nach „Sanierung des niederländischen Sozialismus“ und die nach deutschem Vorbild erzwungene Gleichschaltung und Zerschlagung der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften hatten die niederländische Arbeiterschaft wachgerufen und davor gewarnt, mit einem Regime zusammenzuarbeiten, in dessen Weltanschauung wirklicher Sozialismus keinen Platz hatte.

D. Die Hoffnungen der NSB

Ebensowenig wie Rost van Tonningen, brachte der „Leider“ der NSB das Kunststück der Nazifizierung der niederländischen Bevölkerung fertig. Am 5. Juni 1940 hatte Seyss-Inquart dem Parteiführer jede Unterstützung für den „Ausbau“ seiner

⁶³ Seyss-Inquarts 1. Bericht, a. a. O., S. 426.

⁶⁴ W. Drees, Een mislukte poging tot gelijkschakeling, a. a. O., S. 28.

⁶⁵ Die Zahl der Abonnenten sank innerhalb kurzer Zeit von 220 000 auf 120 000. Nach dem Bericht Rost van Tonningens, a. a. O., S. 2.

⁶⁶ Von den zahlreichen Nebenorganisationen beschlossen der „Bund der Arbeitermusik- und Gesangsvereine“, das Institut für Arbeitsentwicklung und die Rundfunkanstalt „Vara“ vorerst weiterzuarbeiten.

Bewegung zugesagt und ihm eine „Machtübernahme“ in Aussicht gestellt, für den Fall, daß es gelänge, die Bevölkerung in beträchtlichem Maße auf seine Seite zu bringen. Die NSB, die sich schon von dem Makel des Landesverrates nicht hatte befreien können, vergab aber die letzte Chance einer solchen Möglichkeit, als sie am 22. Juni 1940 in Lunteren eine öffentliche „Solidaritätsbezeugung“ für Hitler ablegte. Ziel dieser mit großem Pomp aufgezogenen „Hagespraak der bevrijding („Befreiungsfest“) war es, der „Bruderpartei“ zu zeigen, daß die NSB stark genug sei, um die Macht in den Niederlanden zu übernehmen⁶⁷.

„Und nun komme ich hier in Lunteren zu Euch“, so rief der „Leider“ seinen zahlreich erschienenen Parteigenossen zu, „mit Fragen, auf die Ihr selbst die Antwort geben sollt. Und nun die erste Frage an Euch: Betrachtet Ihr Euch im Krieg mit Deutschland, Ja oder Nein? (Nein!). Schön. Zweite Frage: Betrachtet Ihr Euch als Bundesgenossen Englands. Ja oder Nein? (Nein!) Schön . . .“⁶⁸. Mussert ging jedoch noch einen Schritt weiter, als er in Lunteren – fünf Wochen nach dem verheerenden Luftangriff auf Rotterdam – ausgerechnet Generalfeldmarschall Göring ein für die deutsche Kriegsrüstung nützliches „Geschenk“ anbot⁶⁹. „Wollt Ihr diese Glocke“, und dabei wies er auf eine 3300 kg schwere, aus Kupfer und Zinn gegossene Turmglocke, die wenige Meter über dem Erdboden aufgehängt war, „dem Schöpfer und Beherrscher der deutschen Luftwaffe als ein Opfer darbringen, das wir mit Liebe für diejenigen bringen, die nun unser Vaterland und Volk beschützen?“

Ein kräftiges, einstimmiges „Ja“ war die spontane Antwort seiner Parteigenossen. Die Kluft zwischen der Bevölkerung und der NSB wurde unüberbrückbar und Mussert zum meist gehaßten Mann in den Niederlanden. Trotzdem begann er, unterstützt durch den politischen Generalkommissar Schmidt, mit einem großangelegten Werbefeldzug. Auf zahlreichen Parteiversammlungen und Kundgebungen, die von der Bevölkerung kaum zur Kenntnis genommen wurden, versuchte er wenigstens seine Anhänger mit großspurigen und pathetischen Reden für die „große Revolution“ in Europa und für seinen „germanischen Staatenbund“ zu begeistern⁷⁰.

Noch im Juni 1940 hob Seyss-Inquart als Belohnung für Musserts öffentliche Solidaritätserklärung in Lunteren das von der niederländischen Regierung erlassene Uni-

⁶⁷ RvO, Amsterdam. Mussert-Tagebuch v. 22. 6. 1940. L. de Jong, *De Bezetting II*, a. a. O., S. 29 f. Generalkommissar Schmidt hatte zu diesem „Befreiungsfest“ einen Fotografen geschickt, dessen Bilder sofort mit dem Flugzeug nach Berlin gebracht wurden.

⁶⁸ Zitiert nach L. de Jong, *De Bezetting I*, a. a. O., S. 84 und II, S. 30. Vgl. dazu auch *Het Proces Mussert*, a. a. O., S. 55.

⁶⁹ Am 24. Juni schrieb Mussert nach einem Gespräch mit dem Reichskommissar an Göring einen Brief, in dem er ihm die Turmglocke „offiziell“ anbot. Vgl. *Mussert-Tagebuch* v. 24. 6. 1940. Nach dem Krieg erklärte Mussert, daß er dieses „Opfer“ in dem Glauben brachte, Göring würde nun die Niederlande vor dem Annexionismus der SS schützen. Erst ein Jahr später habe er zu seiner größten Bestürzung festgestellt, daß Göring „die gleiche Meinung wie Himmler“ vertrete. Vgl. *Het Proces Mussert*, a. a. O., S. 187.

⁷⁰ Das NSB-Archiv 14 d im RvO, Amsterdam enthält zahlreiche handschriftliche Originale dieser Reden; vgl. z. B. die Reden v. 11. 7. 1940 in Den Haag, vom 1. 8. 1940 in Amsterdam und vom 27. 7. 1940 in Emmen.

formverbot und Beamtenverbot für die einheimischen Nationalsozialisten auf. Musserts SA-ähnliche Formationen, die Weerafdelingen (WA), wurden neu organisiert und verstärkt, um sie zu befähigen, durch Kampfbereitschaft und Geschlossenheit den von Seyss-Inquart gewünschten Eindruck in der Bevölkerung zu erwecken. Aber gerade diese „disziplinierten Aufmärsche“ der schwarzen WA waren für die meisten Niederländer ein Greuel und eine Provokation zugleich.

Bereits am 14. und 19. Juni 1940 hatten sich Bewohner von Rotterdam-Süd und Delft Straßenschlachten mit Mussertanhängern geliefert⁷¹. Am Geburtstag des Prinzen Bernhard und in den folgenden Wochen und Monaten kam es im ganzen Land zu Auseinandersetzungen, Ausschreitungen und Prügeleien zwischen einheimischen Nationalsozialisten und der Bevölkerung⁷².

Enttäuscht über das Schweigen Hitlers, besorgt über die heterogenen Strömungen in der deutschen Zivilverwaltung⁷³, beunruhigt über die Einsetzung der beiden „Stillhaltekommissare“ und bestürzt über die Errichtung der „Niederländischen Union“, suchte Mussert nach einer Möglichkeit, sich gleichsam durch die Hintertür die Machtübernahme seiner NSB zu erschleichen. In juristischen und staatsrechtlichen Fragen völlig unerfahren, fand er in seinem „Rechtsberater“ Dr. Johan Herman Carp⁷⁴ einen Helfer, der ihm einen erfolgversprechenden Plan, den Staatsratplan⁷⁵, lieferte. In einem Brief vom 26. Juli 1940 setzte Carp seinem „hochverehrten Leider“ auseinander⁷⁶, daß es mit einigem guten Willen und nicht allzu genauer und historischer Interpretation, möglich sei, den Artikel 46 der niederländischen Verfassung anzuwenden und den bestehenden Staatsrat als „zentrale niederländische Staatsgewalt“ (centraal Nederlands gezag) unter der „höheren Gewalt“ (hoogere gezag) des Reichskommissars einzuschalten. Der Artikel 46 sah vor, daß bei Abwesenheit des Staatsoberhauptes und bei unsicherer Erbfolge die königliche Staatsgewalt durch den Staatsrat (Raad van State) auszuüben sei. Dieser Staatsrat, so schrieb Carp, „kann deshalb alle Handlungen verrichten, zu denen im Normalfall nur der König befugt“ ist. Und dies lasse sich zu einer umfassenden Lenkung der zentralen Staatsaufgaben (einschließlich der Gesetzgebung) erweitern, wenn der Reichskommissar bestimmen würde, daß alle Angelegenheiten, die nach der Ver-

⁷¹ B. A. Sijes, *De Februari-Staking*, a. a. O., S. 4.

⁷² RvO, Amsterdam. SD-Meldungen v. 6. 7. und 22. 10. 1940.

⁷³ Mussert unterschied die „Freundschaftspolitik“ Schmidts, Bormanns und Hitlers, die „Annexionspolitik“ Himmlers und Rauters und die „Ausbeutungspolitik“ Görings und Fischboecks. Vgl. *Vijf nota's van Mussert aan Hitler*, Inleiding (A. E. Cohen, a. a. O., S. 5) und *Het Proces Mussert*, a. a. O., S. 236.

⁷⁴ Carp wurde am 19. 6. 1893 in Den Haag geboren. Nachdem er 1921 in Leiden sein Jurastudium mit der Promotion abgeschlossen und in der Provinzverwaltung Süd-Holland gearbeitet hatte, avancierte er durch die deutschen Behörden zum Verwaltungschef der Provinzbehörden. 1941 wurde er zum Präsidenten des Friedensgerichts in Den Haag ernannt.

⁷⁵ Vgl. dazu auch die Aussage von Carp, in: *Het Proces Mussert*, a. a. O., S. 44f.

⁷⁶ RvO, Amsterdam. NSB-Archiv 14 a. Teilweise abgedruckt in: *Het Proces Mussert*, a. a. O., S. 45.

RvO, Amsterdam. RvT 112 81859. Brief Rost van Tonningens an Schmidt v. 30. 8. 1940 und 81860. Brief Rost van Tonningens an Mussert v. 28. 10. 1940.

fassung dem Gesetzgeber vorbehalten oder durch Gesetz zu regeln sind, durch allgemeine Verwaltungsmaßnahmen angeordnet werden können. Auf diese Weise wäre dieser Staatsrat imstande, in kurzer Zeit eine Revision der gesamten Gesetzgebung vorzunehmen und zu einem Führerstaat überzuleiten, in dem der Leider (d. h. Mussert) die Regentschaft dieses Staatsrates übernehmen könne.

Die Absicht war klar, Seyss-Inquart sollte die jetzigen Staatsratmitglieder mit der Begründung, sie seien zu alt und für die Führung in der neuen Zeit nicht brauchbar, entlassen⁷⁷ und an ihre Stelle ergebene Mussertanhänger ernennen, die dann auf dem vorgesehenen Wege einen neuen „Führerstaat“ unter dem „Reichsverweser“ Mussert vorbereiten konnten⁷⁸. Die Verwirklichung dieses „Staatsratsplanes“ hätte dem Faschistenführer auch, wie ihm sein findiger Rechtsberater am 3. August 1940 mitteilte⁷⁹, in den Stand gesetzt, durch den Staatsrat alle anderen politischen Konzentrationsbestrebungen überflüssig zu machen, oder gar als staatsfeindlich zu verbieten und so vor allem die Niederländische Union auszuschalten. Der Staatsrat sollte ferner unter Musserts „Regentschaft“ die Friedensverhandlungen mit Deutschland führen, den Anspruch auf Niederländisch-Ostindien wahren und auch sonst die „nationale Unabhängigkeit“ verteidigen.

Dieser „Staatsratplan“⁸⁰ fand jedoch bei Seyss-Inquart keine Gegenliebe. Wie kaum anders zu erwarten, spürte der Reichskommissar wenig Lust, dem „Leider“ der NSB durch diese Hintertür eine Machtergreifung zu ermöglichen, die auch für die deutsche Besatzungspolitik ein starker Hemmschuh sein konnte. Als Mussert am 16. August 1940 dem Reichskommissar den „Staatsratplan“ präsentierte, lehnte dieser den Plan „als zu eingreifend“ ab⁸¹. Eine Machtübernahme der NSB, die bisher von Hitler überhaupt nicht in Erwägung gezogen worden war, hätte außerdem mit einem Schlag der von Seyss-Inquart auf breiterer Basis versuchten „unauffälligen Nazifizierungspolitik“ den Todesstoß versetzt und möglicherweise gar die Gefahr eines Bürgerkrieges heraufbeschworen⁸².

⁷⁷ RvO, Amsterdam. NSB-Archiv 14a. Brief Carps an Mussert vom 3. 8. 1940.

⁷⁸ Vgl. dazu Het Proces Mussert, a. a. O., S. 45/46.

⁷⁹ Vgl. Anm. 1.

⁸⁰ Vgl. dazu die von Carp ausgearbeiteten Entwürfe für die radikale Änderung der niederländischen Verfassung, als Beilage zum Brief Carps an Mussert v. 3. 8. 1940.

⁸¹ RvO, Amsterdam. Mussert-Tagebuch v. 16. 8. 1940. Trotz dieser Ablehnung gab Mussert seinen „Staatsratsplan“ nicht auf. In einem Brief an den Parteiführer vom 7. 10. 1940 sprach Carp davon, die ausgearbeiteten Verfassungsentwürfe, die als Grundlage für die neue Staatsregelung und als Bedingung für die Anerkennung der niederländischen Unabhängigkeit dienen sollten, den deutschen Behörden vorzulegen, um zu einem günstigen Zeitpunkt die Machtübernahme der NSB einzuleiten. RvO, Amsterdam. NSB-Archiv 14a. Aber erst im Februar 1942 versuchte Mussert noch einmal, den Reichskommissar für seinen Plan zu gewinnen. Vgl. dazu auch: Het Proces Mussert, a. a. O., S. 47 ff. Obwohl die NSB im Dezember 1941 zur einzigen zugelassenen Partei erklärt und in Norwegen der Faschist Quisling am 1. Februar 1942 zum Ministerpräsidenten ernannt worden war, konnte sich auch zu diesem Zeitpunkt Seyss-Inquart nicht mehr für den „Staatsratsplan“ begeistern.

⁸² Vgl. dazu RvO, Amsterdam. SD-Meldungen aus den Niederlanden Nr. 5 vom 21. 7. 1940, Nr. 14 vom 14. 9. 1940 und Nr. 16 vom 16. 10. 1940.

Der „Leider“ der NSB freilich gab seine Hoffnungen noch immer nicht auf. Im Gegenteil, tief beunruhigt über die innenpolitische Entwicklung, suchte er nach einem neuen Weg der Machtergreifung. Eine Ermutigung hierzu sah er vor allem darin, daß sich Hitler im August 1940 bereit fand, Mussert die langersehnte „Audienz“ zu gewähren. Allem Anschein nach hatten Seyss-Inquart und Schmidt, die beide am 7. August 1940 nach Berlin gefahren waren⁸³, Hitler empfohlen, den durch die bisherige deutsche Politik enttäuschten Parteiführer wenigstens zu empfangen. Vierzehn Tage später konferierten sie mit Mussert in Den Haag, um dieses Gespräch mit Hitler vorzubereiten. Dieser schrieb darüber in seinem Tagebuch⁸⁴: „Der R. K., offenerherziger als früher; über die Linie, wie das zukünftige Verhältnis zwischen den Niederlanden und Deutschland (aussieht), gesprochen. Ich habe begriffen, daß von mir erwartet wird, das eine oder andere näher zu umreißen. Vom 15. Mai an glaubte ich, der Führer bittet mich zu kommen, um meine Gedanken mündlich vorzutragen. Anscheinend wünscht man etwas schriftlich Fixiertes, bevor man zu einem Gespräch kommt. Ich habe gesagt, die Angelegenheit zu überdenken und sie in einem Rapport niederzulegen.“

Unmittelbar nach dieser „offenherzigen“ Unterredung rief Mussert seine engsten Mitarbeiter zu sich. Er bestellte seinen „Verbindungsmann“ zu den deutschen Behörden, den Grafen d'Ansembourg, seinen Stellvertreter (und Mitbegründer der NSB) van Geelkerken, seinen politischen Bildungsleiter van Genechten sowie den Leiter der Parteiabteilung für „Indische Angelegenheiten“ Harloff und den Propagandaleiter, Generalsekretär Huygen, nach Lunteren, wo man in einer dreitägigen „Klausurtagung“ die künftige Marschrichtung der Partei abstimmte. Bezeichnend für das Mißtrauen und die innere Zerrissenheit der Partei war die Tatsache, daß weder Rost van Tonningen noch J.H. Feldmeijer, die exponierten Vertreter des völkischen, „annexionistischen“ Parteiflügels, zu diesen „vertraulichen Zusammenkünften“ hinzugezogen wurden. Am 25. August 1940 schrieb Mussert eine erste „Note“ für Hitler nieder, deren endgültige Fassung zwei Tage später fertiggestellt wurde.

In diesem „politischen Glaubensbekenntnis“, so überschrieb der Parteiführer die Denkschrift vom 27. August 1940⁸⁵, schlug er Hitler vor, einen „Bund der germanischen Völker“ zu stiften und ein künftiges „großdietsches“ Reich als „Bundesmitglied“ aufzunehmen⁸⁶. Die neue Entwicklung in der Welt und in Europa, so führte Mussert aus, verlange eine „Ordnung“ basierend auf dem völkischen bzw. dem Rasse-Prinzip. Im nördlichen Europa werde „ein Bund der germanischen Völ-

⁸³ RvO, Amsterdam. Mussert-Tagebuch v. 7. 8. 1940.

⁸⁴ RvO, Amsterdam. Mussert-Tagebuch v. 21. 8. 1940.

⁸⁵ Gedr. in: *Vijf nota's van Mussert aan Hitler*, a. a. O., S. 16–32. Vgl. auch RvO, Amsterdam. NSB-Archiv 15 e. Auszug aus dem deutschen Text, in: *Het Proces Mussert*, a. a. O., S. 13 ff. Vgl. dazu auch die vier späteren Denkschriften Musserts vom 4. 7. 1941, 17. 5. 1943, 26. 10. 1943 und 17. 11. 1944.

⁸⁶ Brief Musserts an Hitler v. 29. 8. 1940, in: *Vijf nota's van Mussert aan Hitler*, a. a. O., S. 14.

ker unter Führung des deutschen“ entstehen⁸⁷. Diesem Bund würden sich das deutsche, das niederländische, das schwedische, norwegische, dänische und schweizerische Volk anschließen. Und an der Spitze des Staatenbundes sollte Hitler als „Germanischer Führer“, nicht als „deutsches Staatsoberhaupt“ stehen⁸⁸.

Obwohl Mussert sich auf keine staatsrechtlichen Einzelheiten einließ, versuchte er doch, Hitler für seinen „Staatenbund“ zu gewinnen, indem er erklärte, daß dieser Bund auf der Grundlage der „Blutsverbundenheit“, der „gemeinsamen (nationalsozialistischen) Weltanschauung“, der „gemeinsamen Wehrmacht“ und der „gemeinsamen Wirtschaft“ (Lebensraumwirtschaft) aufgebaut werden müßte. Dabei sei es „selbstverständlich“, daß der Führer als „Oberster Befehlshaber der Bundeswehrmacht“, die als „ein einziges Ganzes geführt und ausgebildet“ werden müßte, auftreten werde. Das entscheidende Motiv jedoch, das Mussert veranlaßte, 3 ½ Monate nach der Besetzung seines Landes, sein „politisches Glaubensbekenntnis“ niederzuschreiben, entsprang seiner Erwartung, daß ihm dieser „Bund der germanischen Völker“ die ersehnte und durch die augenblickliche deutsche Besatzungspolitik aussichtslos gewordene Machtergreifung bescheren und seine „deutschen“ Wunschträume erfüllen würde. Als Gegenleistung forderte Mussert, daß sich die Gründung dieses Bundes „nur in einer solchen Form und in einer solchen Fassung“ vollziehen dürfe, die klar zum Ausdruck bringe, daß eine Beherrschung oder Einverleibung dadurch vermieden wird, da es eine NSB gibt „und dank der Tatsache, daß der Führer das Vertrauen hat, daß die NSB unter meiner Führung das niederländische Volk zum Nationalsozialismus bringen wird . . .“

Am späten Nachmittag des 28. August 1940 übergab Mussert die Denkschrift dem Reichskommissar, der ihm versprach, sie sofort durchzulesen und dem Führer zuzustellen⁸⁹. Wenige Tage später, am 3. September, erfuhr Mussert von Generalkommissar Schmidt⁹⁰, daß Seyss-Inquart am nächsten Morgen nach Berlin fahren und die Note mitnehmen werde. Gleichzeitig ließ Schmidt in vorsichtiger Form durchblicken, daß er zwar nicht wisse, ob dieser „Bund“ errichtet werden würde, aber er rate ihm, sich im „Interesse von Volk und Vaterland“ bedingungslos hinter den Führer zu stellen. Schmidt empfahl ihm auch, ein Schreiben, das dies zum Ausdruck bringe, noch vor dem beabsichtigten Besuch in Berlin, an Hitler zu senden⁹¹. Dieser Brief, der wahrscheinlich am 4. September 1940 als Telegramm an Hitler abgesandt wurde, offenbart deutlich die zunehmende Abhängigkeit Musserts: „Am Vorabend der großen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und England“, so

⁸⁷ Im „südlichen Europa“ sollte unter der Führung Italiens ein „Bund der romanischen Völker“ entstehen. Über die Zukunft Osteuropas vermochte der Faschistenführer keine Angaben zu machen.

⁸⁸ Nach dem Krieg erklärte Mussert, er sei unterrichtet gewesen, daß Hitler unmittelbar nach einem Endsieg als deutsches Staatsoberhaupt abtreten wolle, um sich als „Germanischer Führer“ über die anderen Staatsoberhäupter stellen zu können. Vgl. *Het Proces Mussert*, a. a. O., S. 15.

⁸⁹ RvO, Amsterdam. Mussert-Tagebuch v. 28. 8. 1940.

⁹⁰ Ebd. v. 3. 9. 1940.

⁹¹ Vgl. *Vijf nota's van Mussert aan Hitler*, a. a. O., S. 12–14.

schrrieb der Parteiführer, „lege ich Ihnen, Führer, das Wohl des niederländischen Volkes in die Hand. In dem Bewußtsein, daß alle Ihre Entscheidungen und Befehle letzten Endes auch zum Wohl des niederländischen Volkes sind, erwarten wir Ihre Befehle.“

Damit hatten Seyss-Inquart und Schmidt den „Leider“ der NSB zu einer Unterwerfung unter Hitler gezwungen, ohne ihm auch nur das geringste politische Zugeständnis zu machen. Musserts Denkschrift war zwar vom Reichskommissar angenommen worden, aber bevor sie überhaupt nach Berlin weitergeleitet wurde, mußte Mussert sich „bedingungslos“ hinter Hitler stellen und ihn als „Führer“ offiziell anerkennen. Dem Brief an Hitler wurde noch größere Bedeutung dadurch zuteil, daß Mussert ihn am Vormittag des 4. September zusammen mit van Geelkerken und Rost van Tonningen in Den Haag in Gegenwart von Schmidt, Rauter und Wimmer mit einer entsprechenden Erklärung feierlich dem Reichskommissar übergab⁹². Dieser wandte sich daraufhin mit folgenden Worten an die niederländischen „Kameraden“: „Ihr seid hierher gekommen, um vor mir eine Erklärung abzulegen und sie zu unterzeichnen, in der Ihr den Führer (Hitler) als Führer anerkennt: Ich wünsche Euch Glück zu dieser Erklärung, die Ihr am Vorabend von sehr wichtigen Entscheidungen im Hinblick auf England abgelegt und ich kann Euch schon jetzt versichern, daß der Führer es sehr zu würdigen weiß, daß Ihr diese Erklärung ablegt⁹³“.

Nachdem Seyss-Inquart im „Zeichen der kameradschaftlichen Verbundenheit“ über die „Schicksalsverbundenheit der germanischen Völker“ gesprochen und betont hatte, daß Hitler nicht allein als „Deutscher“, sondern als „Germanischer Führer“ angesehen werden müsse, der sich auch für die anderen germanischen Völker verantwortlich fühle, antwortete der Parteiführer in seinem kurzem Schlußwort: „Ich tue das in der festen Überzeugung, meinem Volk und meinem Vaterland am besten zu dienen, sonst hätte ich das niemals getan⁹⁴“.

Noch am 4. September 1940 fuhr Seyss-Inquart nach Berlin. Einen Tag später übergab er Hitler die Denkschrift und die „Anerkennungserklärung“ des Faschistenführers. Inzwischen hatte Mussert auch seine Zustimmung zur Bildung einer niederländischen SS und zur Ernennung Rost van Tonningens zum stellvertretenden Parteiführer gegeben.

Nach seiner Rückkehr aus Berlin rief der Reichskommissar am Morgen des 6. September 1940 den „Leider“ wieder zu sich und teilte ihm mit, Hitler werde ihn so bald wie möglich empfangen⁹⁵. In dem stichwortartigen Bericht v. Geelkerkens über die neuerliche Unterredung heißt es: „Freitag, 6. September 1940, 11.30 Uhr,

⁹² RvO, Amsterdam. Mussert-Tagebuch v. 3. 9. 1940.

⁹³ Zitiert nach der Aufzeichnung van Geelkerkens, in: *Het Proces Mussert*, a. a. O., S. 316. Van Geelkerken datiert diesen Empfang irrtümlicherweise auf den 3. 9. 1940. Vgl. dazu ebd., S. 22f. und 61 f.

⁹⁴ RvO, Amsterdam. Mussert-Tagebuch v. 4. (Aug.) Sept. 1940. Es ist merkwürdig, daß Mussert fast alle Ereignisse des September auf den August zurückdatiert.

⁹⁵ *Het Proces Mussert*, a. a. O., S. 316f.

der gleiche Ort wie am 4. September 1940 und die gleichen Personen; der Reichskommissar teilte mit, daß die Erklärung durch den Führer angenommen war, daß die Gedanken, die der „Leider“ der NSB in dem Memorandum niedergelegt hat, seine Zustimmung hätten, daß der Nationalsozialismus in den Niederlanden durch die NSB unter Führung Musserts verwirklicht werden solle, daß der Führer innerhalb weniger Tage einen Termin für den Empfang für die Unterzeichneten festlegen wird“⁹⁶.

Mussert mußte sich noch vierzehn Tage gedulden, ehe ihm am 21. September 1940 Generalkommissar Schmidt mitteilte, daß der langersehnte Besuch am 23. September 1940 stattfinden könne. Am 22. September traten Mussert, v. Geelkerken und Rost van Tonningen zusammen mit Seyss-Inquart die Reise nach Berlin an. Über vier Monate hatte der „Leider“ der NSB auf diesen Tag gewartet. Blind auf die inhaltenden Versprechungen des Reichskommissars vertrauend, hatte er sich zu Zugeständnissen, Anerkennungs- und Gehorsamserklärungen erpressen lassen. Er hatte sich Hitler bedingungslos unterworfen und seine Zustimmung zur Errichtung einer niederländischen SS gegeben, und sich so dem Willen und der Entscheidung Hitlers völlig ausgeliefert. Er glaubte nunmehr durch dieses „Entgegenkommen“ das Vertrauen und die Anerkennung des Führers gewonnen zu haben, und von ihm persönlich mit der Machtübernahme in den Niederlanden beauftragt zu werden.

Am Nachmittag des 23. September 1940, um 16.00 Uhr, wurden die drei niederländischen Nationalsozialisten im Beisein des Reichskommissars, des politischen Generalkommissars Schmidt sowie des Reichsleiters Bormann und des Chefs der Reichskanzlei, Reichsminister Lammers, von Hitler in der Reichskanzlei empfangen⁹⁷. Nachdem Mussert noch einmal sein „Gehorsamsgelöbnis“ wiederholt und von Hitler zu hören bekommen hatte, daß er für diese „schwere Entscheidung“ vollstes Verständnis habe, riß Hitler das „Gespräch“ an sich. In einem seiner üblichen Monologe durchschritt er fast zwei Jahrtausende deutscher Geschichte. Ausgehend von dem „auseinanderlaufenden Lebensweg der germanischen Stämme seit Hermann dem Cherusker“ versuchte er seinen staunenden und schweigenden Zuhörern zu zeigen, „daß die gegenseitige Achtung zwischen den Bayern und Mecklenburgern, den Sachsen und Holsteinern damals ebenso selbstverständlich gewesen wäre wie ihre Feindschaft“. Heute aber sei es für ihn eine „Selbstverständlichkeit“, daß das „Deutsche Reich in Europa bis zur historischen Alpengrenze seinen Willen durchsetzen“ werde. Ebenso „unabwendbar“ sei auch der „Konflikt“ mit den Engländern, die durch ihren „Hochmut“ und „Wahnsinn“ all seine Friedensversuche zurückgewiesen hätten. Was das mächtige niederländische Kolonialreich angehe, für das er sehr viel Achtung habe, so versichere er, „daß nichts verloren gehen würde, was durch germanische Völker erobert worden sei, und was ihnen genommen wurde, würde ihnen zurückgegeben werden“. Er wolle lieber ein mächtiges niederländisches Reich als ein armes, da er „auch einmal einen reichen Bundesgenossen haben“

⁹⁶ Ebd., S. 317.

⁹⁷ Nach dem Bericht v. Geelkerkens, in: *Het Proces Mussert*, a. a. O., S. 317 f.

wolle. Hatte sich Hitler im ersten Teil seines zweistündigen Monologes in weit-schweifigen, im Grunde nichtssagenden Darlegungen verloren, so begnügte er sich auch im zweiten Teil mit „wohlwollenden“ Erklärungen und Andeutungen, die jeder nach eigenem Belieben interpretieren konnte. So gab er dem Faschistenführer zu verstehen, daß er dessen „Bund der germanischen Völker“ zwar schätze, auf die Frage jedoch, ob, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form er diesen „Staatenbund“ zu stiften beabsichtige, blieb er eine Antwort schuldig. Er betonte lediglich, daß das niederländische Volk nach dem deutschen den zweiten Platz in diesem Bund einnehmen und die Selbständigkeit der Niederlande gewahrt werde⁹⁸. Seine „Rassegelehrten“ hätten ihm mitgeteilt, daß in den Niederlanden und in Norwegen „die besten Vertreter der germanischen Rasse“ lebten. Ebenso vermied es Hitler sorgsam, sich auf einen Termin für die Machtübernahme der NSB festzulegen. Nach dem Bericht v. Geelkerkens gab er jedoch dem Parteiführer die Versicherung, „daß der Reichskommissar in den Niederlanden die Aufgabe habe, den Weg für eine Machtübernahme Musserts zu ebnen . . .“

Auch wenn diese „Zusage“ vorsichtig interpretiert werden muß und keineswegs als eine „Blankovollmacht“ für den Parteiführer angesehen werden darf, so zeigt sie doch, daß Hitler im September 1940 bereit war, Mussert und der NSB die „Machtübernahme“ wenigstens in Aussicht zu stellen. Im Grunde genommen versprach Hitler jedoch nicht mehr, als was bereits am 5. Juni 1940 Seyss-Inquart dem „Leider“ angekündigt hatte: Erst wenn die NSB die Massen mobilisiert und die Bevölkerung für den Nationalsozialismus gewonnen habe, werde sie mit der ersehnten „Machtübernahme“ belohnt werden. Insofern brachte der Besuch in Berlin dem Parteiführer eine Enttäuschung, die allenfalls dadurch ausgeglichen wurde, daß statt der bisherigen Versprechungen Seyss-Inquarts jetzt eine, freilich ebenso unbestimmte, persönliche Zusage Hitlers vorlag. Hinzu kam, daß er und nicht sein Rivale Rost van Tonningen als führender Mann der NSB anerkannt war und den Auftrag erhalten hatte, das niederländische Volk zum Nationalsozialismus zu führen.

Als die niederländische Bevölkerung von dem Empfang unterrichtet wurde, glaubte sie, daß eine „Berufung“ Musserts zum Ministerpräsidenten nicht mehr aufzuhalten sei⁹⁹. Der Kampf gegen die NSB nahm noch schärfere Formen an¹⁰⁰. Falls Mussert an die Macht komme, so hieß es in der SD-Meldung vom 8. Oktober 1940, würde das mit einem „Fiasko“ und mit einem „Blutbad“ enden. Diese Voraussagen kämen aus allen Teilen der Bevölkerung.

Die Förderung und öffentliche Unterstützung der NSB durch die Deutschen bewirkte genau das Gegenteil dessen, was sich Seyss-Inquart erhofft hatte. Statt einer dem Nationalsozialismus ergebenen Bevölkerung sah er sich im Herbst 1940 einer

⁹⁸ Nach dem Bericht Nr. 33 v. 26. 9. 1940 über die Dienstbesprechung bei GK Schmidt. RvO, Amsterdam. HSSPF 54a.

⁹⁹ RvO, Amsterdam. SD-Meldungen Nr. 16 v. 1. 10. und Nr. 16 v. 8. 10. 1940.

¹⁰⁰ Vgl. dazu B. A. Sijes, *De Februari-Staking*, a. a. O., S. 12f. S. Stokman, *Het verzet van de Nederlandsche bisschoppen tegen nationaal-socialisme en duitse tyrannie*, Utrecht 1945, S. 27 f.

„scharf antideutsch“¹⁰¹ eingestellten Bevölkerung gegenüber. Wie sehr sich der „Leider“ und Generalkommissar Schmidt auch bemüht hatten, die NSB in den Sommermonaten 1940 zu einer schlagkräftigen Massenpartei auszubauen, so war das Unternehmen doch kläglich gescheitert. Zwar hatte sich die Zahl der NSB-Mitglieder durch den Zustrom von Glücksrittern in den ersten Monaten der deutschen Besetzung von 29 000 auf 50 000 erhöht¹⁰², aber die überwiegende Mehrheit empfand für diese „Verräterpartei“ nur abgrundtiefen Haß und Verachtung¹⁰³. Zu derselben Zeit, als sich die Führung der SS von der kleinbürgerlichen, nationalistischen NSB zu distanzieren begann, weil sie in der im September 1940 errichteten „niederländischen SS“ ein brauchbares Instrument zur Nazifizierung der Bevölkerung gefunden zu haben glaubte, mußte Musserts eigener Verbindungsmann zu den deutschen Behörden in einem Brief an Generalkommissar Schmidt eingestehen, daß der von Seyss-Inquart gewünschte „Einbruch in die Massen“ nicht geglückt sei¹⁰⁴.

Der niederländische Faschistenführer freilich konnte sich zu einem solchen Eingeständnis niemals bequemen. Selbst noch nach dem Kriege versuchte er seinen Richtern einzureden¹⁰⁵, daß er nur einen Finger hätte ausstrecken müssen, um im Jahre 1940 an die Spitze einer niederländischen Regierung gestellt zu werden. „Ich mußte mich nur“, so erklärte er wörtlich, „Heinrich Himmler unterwerfen. Wenn ich sein Statthalter geworden wäre, dann wäre im Oktober 1940 eine Regierung Mussert gebildet worden. Aber das niemals! . . . Der einzige Weg, der dorthin führen konnte, wenn man keine direkte Ernennung durch den Führer wünschte, und das wünschte ich nicht (!), war der Weg über Staatsrat-Regentschaftsrat-Regent-Regierung. Ich habe keineswegs die verfassungsrechtliche Regierungsform antasten wollen. Mein Ziel war es, von Hitler eine Verkleinerung des schädlichen deutschen Regierungsapparates zu erreichen, der sich hier wie ein Ölfleck ausbreitete, da es viele Deutsche gab, die sich hier wohler als in Polen fühlten . . . Ich wollte, daß es eine niederländische Regierung von Menschen geben sollte, die völlig niederländisch fühlten, ob NSB-Mitglied oder nicht, und die über die niederländischen Belange wachen sollten . . .“

¹⁰¹ RvO, Amsterdam. SD-Meldung Nr. 16 v. 8. 10., Nr. 17. v. 15. 10., Nr. 18 v. 22. 10. und Nr 20 v. 12. 11. 1940.

¹⁰² Documentatie. Status en werkzaamheid van organisaties en instellingen uit de tijd der Duitse Bezetting, o.J., S. 215. Ferner: L. de Jong, Die Niederlande im Zweiten Weltkrieg, a. a. O., S. 9f. Am 18. 6. 1941 schrieb Mussert an Seyss-Inquart (RvO, Amsterdam. NSB-Archiv 15c), daß die Mitgliederzahl der NSB auf 100 000 angestiegen sei. Vgl. dazu auch W. Janke, Regungen des neuen Geistes, in: Die Niederlande im Umbruch der Zeiten, a. a. O., S. 46. Nach dem Jahresbericht 1942 des SD (RvO, Amsterdam) stieg die Zahl der Mitglieder bis zum 21. 10. 1942 einschließlich der sog. „sympathisierenden Mitglieder“ auf 100 894. Vor dem Bijzonder Gerechtshof in Den Haag schätzte Mussert die Zahl seiner Anhänger auf „mehr als 80 000“. Vgl. Het Proces Mussert, a. a. O., S. 219.

¹⁰³ Vgl. dazu L. de Jong, De Bezetting II, a. a. O., S. 35.

¹⁰⁴ RvO, Amsterdam. NSB-Archiv 15d. Brief d'Ansembourgs an Generalkommissar Schmidt v. 26. 11. 1940.

¹⁰⁵ Zitiert nach seiner Aussage, Het Proces Mussert, a. a. O., S. 114f.

Diese Sätze sind, sofern man ihre (subjektive) Aufrichtigkeit unterstellt, vor allem interessant als Zeugnis hochgradigen Wunschdenkens, zugleich aber auch der eitlen und anmaßenden Selbstüberschätzung dieses „Leiders“ einer kleinen, verhassten, in sich gespaltenen faschistischen Partei, die die Herrschaft über das niederländische Volk beanspruchte. Diese Eigenschaften erklären zugleich, weshalb Mussert fast automatisch mehr und mehr in die Arme der Deutschen getrieben werden mußte, so daß er letztlich unfähig wurde, sich ihren Wünschen, Zielen und Intrigen zu widersetzen und damit sein Land, seine Bewegung und sich selbst verriet. „Mein größter Fehler ist gewesen“, so bekannte Mussert schließlich vor seinen Richtern, „daß ich nicht an die Exzesse des deutschen Nationalsozialismus geglaubt habe. Das ist ein Fehler, der viel Leid und viel Unglück verursacht hat.“

Der „Bijzonder Gerechthof“ in Den Haag verurteilte den „Leider“ der NSB nach dem Krieg zum Tode. Das Urteil wurde am 7. Mai 1946 vollstreckt.

VI. DIE WEITERE ENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN BESATZUNGSPOLITIK

Der Besuch Musserts in Berlin und die im Zusammenhang damit forcierte direkte Indienstnahme seiner faschistischen Partei durch die NS-Führung in Berlin und Den Haag markierte den Anfang vom Ende der ersten Phase der deutschen Besatzungspolitik in den Niederlanden. Diese war von der Vorstellung ausgegangen, daß es angesichts des militärischen Triumphes Hitler-Deutschlands und der katastrophalen Niederlage der westlichen Demokratien bei „großzügiger Behandlung“ der Niederlande möglich sein werde, die „blutsnahe“ holländische Bevölkerung zu bewegen, mehr oder weniger selbsttätig und freiwillig eine völkisch-autoritäre Neuordnung im Innern auf breiter politischer Basis zu vollziehen und sich auch außenpolitisch der, wie es schien, unvermeidlichen deutschen Hegemonie in Kontinentaleuropa einzufügen. Noch Ende November 1940 erklärte Seyss-Inquart in einem Interview mit dem „Völkischen Beobachter“, daß sich eine „innerholländische politische Neuordnung gemäß den Grundsätzen der Ehre, des Blutes und der Arbeit“ vollziehen werde und daß er keinen Zweifel habe, wie sich das niederländische Volk entscheiden werde¹. Tatsächlich war aber zu dieser Zeit bereits die gegenteilige Entscheidung gefallen. Abgesehen von der unter dem Zwang der Umstände herbeigeführten wirtschaftlichen Gleichschaltung, die in unserem Zusammenhang außer Betracht bleiben kann, war doch der Versuch, eine umfassende politische und ideologische Gleichschaltung zu induzieren, schon zu dieser Zeit im wesentlichen gescheitert. Der verstärkte Rückgriff auf die Mussert-Bewegung und die Forcierung der SS-Politik zur Gewinnung germanischer SS-Verbände war einerseits Ursache, zugleich aber Ausdruck des Mißlingens einer breiter angelegten politischen Kollaboration unter Einschluß wesentlicher Kräfte auch der bürgerlich nationalen Mitte, wie sie ähnlich zunächst auch in Norwegen nach dem Mißerfolg des ersten Quisling-Experiments versucht worden war.

Wenn dieser Versuch in den Niederlanden Schiffbruch erlitt, so nicht zuletzt deswegen, weil er von Anfang an nicht einheitlich und mit überzeugendem Nachdruck verfolgt wurde. Wie die Absicht der „schonenden Behandlung“ der Niederlande durch die Maßnahmen und Verordnungen nach dem „Nelken-Tag“ erstmals deutlich durchbrochen wurde, so konnte sich der Reichskommissar auch nicht zu einer konsequenten Politik zur Gewinnung der bürgerlich-nationalen Parteien entschließen bzw. sich damit nicht durchsetzen. Hätte dies doch nach Lage der Dinge vor allem erfordert, die niederländischen Nationalsozialisten fallen zu lassen und möglichst auch darauf zu verzichten, über die politische Kooperation hinaus eine weltanschauliche Gleichschaltung und Indoktrinierung anzustreben. Eben solche Zurück-

¹ RvO, Amsterdam. FS Nr. 1190 v. 28. 11. 1940.

haltung und Toleranz fehlte aber und war wohl infolge der Natur des Nationalsozialismus nicht zu erwarten. Vielmehr lief auch im Frühsommer 1940, als Seyss-Inquart vor allem auf die „Unie“ setzte, die Zusammenarbeit mit den faschistischen Parteigängern Musserts und Rost van Tonningens gleichsam als zweite Alternative der Kollaborationspolitik des Reichskommissars nebenher. Die Tatsache, daß die deutsche Politik sich gleichzeitig der „Unie“, der faschistischen Parteien und der Stillhaltekommissare bediente, zeigt ihre Uneinheitlichkeit. Diese Uneinheitlichkeit aber war nicht nur auf das Bemühen zurückzuführen, gleichzeitig verschiedene Eisen im Feuer zu halten, sondern sie war mindestens ebenso sehr Ausdruck der separaten politischen Macht und der besonderen Interessen der SS und NSDAP, die es dem Reichskommissar wahrscheinlich auch dann unmöglich gemacht hätten, eine Politik aus einem Guß durchzusetzen, wenn er es stärker versucht hätte und nicht von vornherein den „Vorschlägen“ der Generalkommissare Schmidt und Rauter weit „entgegengekommen“ wäre. Die Uneinheitlichkeit bedeutete aber für die niederländische Bevölkerung vor allem Doppeldeutigkeit. Sie gab Anlaß zu verstärktem Mißtrauen und machte die anfängliche Toleranz, z. B. gegenüber der „Unie“, bald unglaubwürdig und damit weitgehend wirkungslos.

Die Beendigung der anfänglichen, relativ schonenden und auf breite Zustimmung bedachten Politik des Reichskommissars war aber nicht nur eine Folge ihrer mangelnden Konsequenz und daraus resultierenden Erfolgslosigkeit. Auch die Veränderung der Kriegssituation und der Zukunftsaussichten, die sich daraus ergaben, daß es Hitler im Spätsommer 1940 nicht gelang, die Luftherrschaft über England zu gewinnen, woraufhin im Herbst die geplante Invasion Englands (Unternehmen „Seelöwe“) vertagt und stattdessen die Vorbereitung des Rußlandfeldzuges in Angriff genommen wurde, wirkte sich direkt und indirekt auf die deutsche Politik in den Niederlanden (wie auch in Norwegen) aus. Einmal insofern, als dadurch die Perfektionierung der deutschen Hegemonie über Westeuropa auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben wurde, deshalb nicht mehr als so unvermeidlich erschien wie noch im Juni/Juli 1940 und sich infolgedessen, wie wir gesehen haben, eine Art Regeneration der zunächst tief deprimierten demokratischen Kräfte des Landes bemerkbar machte, die sich dem opportunistischen Strom der „Unie“ entgegenstellten. Die Rückwirkung bestand aber besonders darin, daß sich mit der veränderten Kriegsplanung nun auch das Interesse der deutschen Führung von Westen nach dem Osten zu verlagern begann: Die Möglichkeit, den Krieg im Westen zu beenden, rückte in größere Ferne, damit aber auch die Möglichkeit definitiver „Neuordnung“ in West- und Nord-Europa. Hitler mußte in größeren Zeiträumen denken. Und je geringer unter diesen Umständen die Aussichten wurden, in Holland und Norwegen eine stabile Kollaboration mit breiten bürgerlich-nationalen Sammlungsbewegungen herzustellen, um so mehr suchte sich die deutsche Führung der „verlässlichen“ einheimischen Faschisten zu bedienen.

Wenn sich auch der Kurswechsel der Besatzungspolitik in Holland weniger abrupt als in Norwegen vollzog, so war es doch symptomatisch, daß am 24. September 1940, einen Tag nach Musserts Besuch bei Hitler, gleichzeitig Seyss-Inquart und Terboven

von Hitler empfangen² und offenbar mit ähnlichen Instruktionen versehen wurden. In Oslo wurden die Folgen sehr schnell sichtbar. Unmittelbar nach seiner Rückkehr, am 25. September 1940, gab Terboven in einer Rundfunkansprache in Oslo die Ernennung von kommissarischen Ministern bekannt, die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, aus dem faschistischen Lager stammten. Und der norwegische Faschistenführer Quisling erhielt die Zusage, „daß er im kommenden Frühjahr 1941 die Leitung der Regierungsgeschäfte übernehmen könne“³. Dem „Leider“ der NSB war zwar bereits am 7. September 1940 von Generalkommissar Schmidt versichert worden, daß die NSB weitgehend in die Besatzungsverwaltung eingespannt und als einzige Partei von den Deutschen unterstützt werden würde⁴, aber Hitler hatte ihm die ersehnte „Machtübernahme“ nur unter bestimmten Voraussetzungen „versprochen“. Im Unterschied zu Norwegen wurden in den Niederlanden die „bürgerlichen Systemparteien“ und die Niederländische „Unie“ eine Zeitlang toleriert. Es sollte noch mehrere Monate dauern, ehe der Reichskommissar am 4. Juli 1941 die bürgerlichen Parteien und im Dezember 1941 die „Unie“ sowie die rivalisierenden faschistischen Parteien auflöste und die NSB anläßlich des 10. Jahrestages ihres Bestehens zur einzigen von deutscher Seite zugelassenen Partei erklärte.

Allein die NSB erwies sich also schließlich als „brauchbar“. Der stets gut unterrichtete Bene berichtete schon am 16. 1. 1941 dem Auswärtigen Amt, daß „die letzten Monate dazu nötig waren, den Niederländern die Möglichkeiten zu geben, innenpolitisch unter sich zu einer Klärung zu kommen“. Diese Klärung sei mittlerweile soweit erfolgt, als deutlich geworden sei, „daß für Deutschland zur Zeit nur die NSB als brauchbar erscheinen kann. Diese wird in den nächsten Monaten zeigen müssen, ob sie das Zeug und die Kraft dazu aufbringen kann, um die innenpolitische Führung in den Niederlanden zu übernehmen bzw., um die Niederlande von sich aus nationalsozialistisch zu machen. Die NSB ist heute noch unfertig und unreif, hat innere Schwierigkeiten zu überwinden, und zwischen Mussert und Rost van Tonningen besteht keine klare Freundschaft. Es scheint aber so, als ob mit entsprechender Hilfestellung von deutscher Seite mit der Zeit etwas aus ihr werden kann“⁵.

Vierzehn Tage später berichtete Bene einschränkend: „Die NSB muß erst begreifen lernen, daß sie selbst etwas vorstellen und leisten muß, ehe man ihr die Macht geben kann oder ehe sie die Macht erringen kann. Während der Dauer der Besetzung dürfte das wohl kaum in Frage kommen, und die Besetzung wird solange dauern müssen, bis die Gewähr dafür gegeben ist, daß sich Deutschland auf ein nationalsozialistisches Niederland verlassen kann. Es wird also Politik auf Jahre hinaus gemacht werden müssen“⁶. Wie utopisch das Ziel einer nationalsozialistischen Gleichschaltung der Niederlande war, zeigten kurz darauf die großen Arbeiter-

² RvO, Amsterdam, Not. Nr. 75. A.E. Cohen, *Eenige formeele gegevens betr. Hitler's bemoenis met Nederlandse aangelegenheden*.

³ Nach H. D. Looek, *Zur „großgermanischen Politik“ des Dritten Reiches*, a. a. O., S. 48.

⁴ RvO, Amsterdam. Mussert-Tagebuch v. 7. 9. 1940.

⁵ RvO, Amsterdam. FOSD 4659. 211079–84.

⁶ Ebd., FOSD 4659. 211089–91.

unruhen, die am 25. und 26. Februar 1941 die Niederlande erschütterten⁷. Sie bewiesen die Erfolglosigkeit der bisherigen Nazifizierungsversuche um so mehr, als sie sich an den seit dem Herbst 1940 einsetzenden Judenverfolgungen und dem dabei zutage tretenden Terror der schwarzen Schlägerkolonnen Musserts entzündeten.

Allein aus taktischen Gründen hatte Hitler vor der Besetzung der Niederlande seinen Generälen den Befehl gegeben, „jedes Aufrollen der Rassenfrage“ zu vermeiden. Seiner politischen Zivilverwaltung ließ er jedoch bald freie Hand, erste „administrative“ Maßnahmen gegen die Juden zu treffen. Bereits im Sommer 1940 waren zwei von der Bevölkerung allerdings noch wenig beachtete antijüdische Verordnungen erlassen worden, die die Entfernung der Juden aus dem Luftschutzdienst und das Verbot des rituellen Schlachtens verfügten. Während man den „blutsnahen“ Niederländern das Privileg anbot, am „nationalsozialistischen Heil“ teilzunehmen, wurde in der Folgezeit hinter verschlossenen Türen das Schicksal ihrer „artfremden“ Landsleute erörtert. Am 24. August 1940 sprach Generalkommissar Schmidt mit einem Vertreter des SD über die weitere „Judenaktion“ in den Niederlanden⁸. Eine Reihe antijüdischer Verordnungen über die Registrierung, Kennzeichnung der Geschäfte und Entfernung aus dem kulturellen Leben lagen schon bereit. Mit der Schwenkung zu einer unverblühten Nazifizierungspolitik war im Herbst 1940 auch der Zeitpunkt gekommen, die Judenverfolgung zu forcieren. Im Oktober wurden die niederländischen Beamten gezwungen, eine Erklärung zu unterzeichnen, daß sie keine Juden seien. Fast alle kamen der Aufforderung nach. Die jüdischen Beamten wurden zwei Monate später aus dem Dienst entlassen. Auch jüdische Hochschul-Professoren waren davon betroffen. In Delft und Leiden riefen Studenten und Professoren zu Solidaritätskundgebungen für die abgesetzten jüdischen Professoren auf.

Anfang Januar 1941 kam es zu neuen Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung in Amsterdam. Musserts Schlägerkolonnen veranstalteten provozierende Demonstrationen in dem historischen Judenviertel, die wiederholt zu Schlägereien zwischen einheimischen Nationalsozialisten und jüdischen Selbstschutzgruppen führten. Als dabei ein niederländischer WA-Mann tödlich verletzt wurde, ließ die Antwort des Reichsführers-SS nicht lange auf sich warten. Am 22. und 23. Februar 1941 wurden auf seinen Befehl hin 425 niederländische Juden im Alter von 18 bis 35 Jahren verhaftet und in das berüchtigte Konzentrationslager Mauthausen deportiert, wo sie alle den Tod fanden. Die Verhaftungen riefen einen Sturm der Entrüstung hervor. Am 25. und 26. Februar folgten, vor allem in Amsterdam, im Zaangebiet, in Hilversum und Utrecht, zahlreiche Niederländer einem von der verbotenen kommunistischen Partei verbreiteten Streikaufruf und legten die Arbeit nieder. Dieser Februarstreik, der rücksichtslos niedergeschlagen wurde, war der erste große Massenstreik in einem von den Nationalsozialisten besetzten Gebiet in Europa.

⁷ Vgl. dazu die bereits vielfach zitierte Studie B. A. Sijes über den Februarstreik, a. a. O.

⁸ RvO, Amsterdam. HSSPF 54a. Bericht Nr. 23 über die Dienstbesprechung bei GK zbV. Schmidt vom 24. 8. 1940.

Gleichwohl trieb die Besatzungsmacht, trotz einzelner Proteste auch der Kirchen, ihre Judenverfolgung weiter. Durch die allmähliche Übertragung der im Reich erlassenen antijüdischen Gesetze gelang es ihr, auch unter Einschaltung des von ihr errichteten Judenrates, die Juden Schritt für Schritt aus dem öffentlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu entfernen⁹. Verschiedene Widerstandsgruppen, vor allem die über das ganze Land verbreitete „Ländliche Organisation“ (LO), halfen den vor der Verfolgung untergetauchten Menschen. Offizielle Dokumente und Lebensmittelkarten wurden gefälscht, Anschläge auf Einwohnermeldeämter und Verteilungsbüros verübt, um Personalunterlagen zu zerstören und in den Besitz begehrter Dokumente zu gelangen. Verhaftungen, Razzien, Geislerschießungen und Todesurteile waren die Reaktionen der Besatzungsmacht. Aber Hitlers politische Statthalter gaben ihre Hoffnung auf ein „nationalsozialistisches Holland“ noch immer nicht auf.

Bei der Verfolgung dieses Zieles verschärften sich nun aber die Meinungsverschiedenheiten zwischen NSDAP und SS, die sich schon bald nach der Errichtung des Reichskommissariats an der Frage des einzuschlagenden Weges und vor allem an der Person des „Leiders“ entzündet hatten.

Mussert hatte zwar am 23. September 1940 in Berlin Hitlers wohlwollende Versicherung¹⁰ vernommen, „daß der Reichskommissar die Aufgabe habe, den Weg für eine Machtübernahme Musserts zu ebnen“¹¹, aber bereits Ende des Jahres 1940 glaubte die SS-Führung ihr Ziel nur über die Ausschaltung des Parteiführers erreichen zu können. SS-Untersturmbannführer Dr. Josef Grohmann, der Anfang Dezember 1940 vom Rasse- und Siedlungshauptamt nach Utrecht entsandt worden war, um als „Eignungsprüfer“ die Musterungen für die Allgemeine niederländische SS durchzuführen, erstattete Ende Dezember 1940 in Berlin persönlich Bericht und erklärte dabei¹²: Die NSB sei keine nationalsozialistische Bewegung „im deutschen Sinne“, sondern nach faschistischen und korporativen Grundsätzen aufgebaut. Noch bis vor kurzer Zeit hätten Juden und Freimaurer „leitende Stellungen“ der Bewegung innegehabt, die nur auf deutschen Druck aus der Partei entfernt worden seien¹³. Auch handele es sich bei den Geldgebern der NSB „fast durchweg

⁹ Zur Judenverfolgung: J. Presser, *Ondergang. De vervolging en verdelging van het nederlandse Jodendom*. A. Herzberg, *De Kroniek der Jodenvervolging*. Amsterdam 1956. H. Wielek *De oorlog die Hitler won*. Amsterdam 1947. L. de Jong, *De Bezetting I, III und IV*, a. a. O. Ders., *Jews and Non-Jews in Nazi-occupied Holland*, in: *On the Tracks of Tyranny*. Ed. by E. Below. Wiener Library. London 1962. Ferner: R. Hilberg, *The destruction of the European Jews*. Chicago 1961 und G. Reitlinger, *Die Endlösung*. Berlin 1961.

¹⁰ RvO, Amsterdam. HSSPF 54 a. Berichte über die Dienstbesprechungen bei GK Schmidt, Nr. 33, 26. 9. 1940.

¹¹ Vgl. den Bericht des Stellv. Leiters der NSB, v. Geelkerken, über das Gespräch Mussert-Hitler v. 23. 9. 1940, in: *Het Proces Mussert*, a. a. O., S. 317.

¹² RvO, Amsterdam. BDC H 81. 80–82. Rapport von Rowatsch für Berger (ohne genaues Datum). Da Berger verhindert war, stellte Rowatsch den Bericht für den SS-Hauptamtschef zusammen.

¹³ Zu den sog. „NSB-Juden“ vgl. J. Presser, *Ondergang I*, a. a. O., S. 436–439.

um Eingeborenenbastarde“ aus den niederländischen Kolonien¹⁴. Da die Partei das „Gesetz des Blutes und der Rasse“ nicht anerkenne¹⁵, stehe sie im „krassen Gegensatz zum rassischen Empfinden des Volkes“. Ebenso lehne sie die „gemeinsame germanische Sache“ ab, so daß auch die Angehörigen der SS und die Freiwilligen der Waffen-SS „tiefe Abscheu“ vor Mussert empfinden.

Grohmann forderte daher, unverzüglich die Allgemeine niederländische SS von der NSB zu trennen, da sich sonst die SS niemals zu einem „weltanschaulichen Machtfaktor“ entwickeln könne. Auch SS-Hauptamtschef Berger, dem der Bericht Grohmanns wahrscheinlich vorgelegt worden war, ließ in einem Brief vom 7. Januar 1941 an SS-Standartenführer Rudolf Brandt, den Persönlichen Referenten Himmlers, keinen Zweifel daran, daß die Mussertbewegung auf die Dauer nicht tragbar sei: „Es braucht im politischen Leben alles seine Zeit, und nachdem der Reichskommissar sich so sehr auf Mussert festgelegt hat, um die SS nicht hochkommen zu lassen (?), muß nun dieses Spiel ausklingen“¹⁶.

Ein „Fallenlassen“ des niederländischen Faschistenführers hätte zu diesem Zeitpunkt aber nicht nur eine radikale Kursänderung der deutschen Besatzungspolitik bedeutet, sondern auch zu einer völligen Machtverschiebung innerhalb des Reichskommissariats geführt. Obwohl die SS in der Folgezeit das Ziel der Ausschaltung Musserts ständig im Auge behielt, vermochte sie sich nicht völlig durchzusetzen.

Heinrich Himmler gelang es zwar im Februar 1941 den „Leider“ zu bewegen, seine Zustimmung zum Eintritt seiner Anhänger in die Waffen-SS zu geben. Aber auch dieses Zugeständnis, das Mussert im Juni 1940 noch als „Landesverrat“ angesehen hatte, konnte nicht verhindern, daß das Urteil, das führende Vertreter der deutschen Besatzungsmacht über ihn abgaben, weiterhin negativ blieb. „Mussert ist ein typischer Niederländer mit jenem Minderwertigkeitskomplex, der den meisten Niederländern eigentümlich ist, dazu noch sehr mißtrauisch, überdies geltungsbedürftig, um nicht zu sagen eitel“, urteilte Seyss-Inquart nach fast vierzehnmonatiger Amtszeit in Den Haag in seinem zweiten für Hitler bestimmten „Sonderbericht über die Entwicklung und Lage in den besetzten niederländischen Gebieten“ vom 21. September 1941¹⁷. Musserts fehlendes Verständnis „für die nationalsozialistische Idee“, sein Glaube an die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Niederlande in einem „germanischen Staatenbund“ waren nach Meinung Seyss-Inquarts die Gründe, die eine „Machtergreifung“ der NSB nicht angeraten sein ließen.

Als sich im Sommer 1941 die Spannungen zwischen der SS und der NSB wieder

¹⁴ Mussert hatte vor Kriegsbeginn etwa 70 000 Gulden jährlich aus Indonesien erhalten. Von Mussolini erhielt er kein Geld. Deutschland hatte die NSB lediglich durch billige Papierlieferungen für ihre Zeitungen unterstützt. Vgl. dazu L. de Jong. *De Bezetting II*, S. 25.

¹⁵ „Mussert selbst“, so erklärte Grohmann, „ist das leuchtende Vorbild des Führers: er lebt in Blutschande mit der Schwester seiner Mutter. Außerdem gewinnt er Unterstützung bei den Pfaffen.“ Diese letzte Behauptung ist falsch. Gerade die niederländischen Kirchen haben die NSB seit ihrer Entstehung auf das heftigste bekämpft. Richtig hingegen ist, daß Mussert mit seiner Tante verheiratet war.

¹⁶ RvO, Amsterdam. BDC H 81. 79. Brief Bergers an Brandt v. 7. 1. 1941.

¹⁷ RvO, Amsterdam. BDC H 218.

zugespißt und Mussert abermals eine „Note“ an Hitler gerichtet hatte¹⁸, wurde er am 12. Dezember 1941 in Berlin in Anwesenheit von Lammers, Bormann, Seyss-Inquart und Schmidt erneut vom Führer empfangen, wobei er seine Loyalität mit folgendem Eid bekräftigte: „Ich schwöre Dir, Adolf Hitler, als germanischen Führer Treue bis in den Tod, so wahr mir Gott helfe“¹⁹. Zur Belohnung für diesen Eid, den Mussert sorgsam vor seinen Parteigenossen geheimhielt, wurde die NSB schließlich zur einzig legalen politischen Partei in den Niederlanden erklärt.

Wie wenig dies Musserts Stellung hob, zeigte sich jedoch daran, daß wenige Monate später der Reichsführer-SS die niederländische SS in Anwesenheit Musserts nicht auf den „Leider“, sondern auf „Adolf Hitler“ vereidigte. Die niederländische SS wurde dabei außerdem in „Germanische SS in den Niederlanden“ umbenannt, und der HSSPF Rauter erhielt die Dienstaufsicht über die „Germanische Leitstelle, Dienststelle Niederlande“, die sich immer mehr zum besonderen Organ Himmlers bei der Durchführung seiner „germanischen Politik“ in den besetzten niederländischen Gebieten entwickelte²⁰. Mit der Anordnung A 54/42 vom 12. August 1942²¹ gelang es der SS, alle Fragen der „gemeinsamen germanisch-völkischen Belange“ in ihrer Hand zu monopolisieren und insofern auch den rivalisierenden Einfluß der NSDAP weitgehend auszuschalten. Sie vermochte allerdings nicht, den „Leider“ der NSB von seinem Posten zu verdrängen. Da Hitler selbst im September 1940 den Reichskommissar beauftragt hatte, die „Machtübernahme“ Musserts „vorzubereiten“, hielten Seyss-Inquart und Schmidt weiterhin an Mussert fest. Obwohl auch sie die politischen Qualitäten des Faschistenführers durchaus in Zweifel zogen, fühlten sich doch Seyss-Inquart und Schmidt an die Anordnung Hitlers gebunden, die niederländischen Nationalsozialisten nicht im Stich zu lassen. Damit war jedoch der Zusammenstoß mit der SS unvermeidlich. In einem höchst aufschlußreichen Brief schrieb Seyss-Inquart noch am 29. 5. 1943 an Himmler: „Ich hatte letzthin wieder die Gelegenheit, mit dem Führer über die niederländischen Verhältnisse zu sprechen. Ich verwies nochmals auf die Schwierigkeiten, die sich aus der derzeitigen nach Entscheidung drängenden Situation mit dem Hin- und Herzerren in verschiedene Richtungen ergeben . . . Der Führer verwies darauf, daß man einen Mann (Mussert), den man einmal herausgestellt habe, nicht durch irgendeine Kritik kleiner machen dürfe – im Gegenteil, ebensowenig wie man ja seine Waffen nicht als die schlechtesten, sondern als die besten bezeichnen müsse. Das heißt also, wir müssen die Politik mit Mussert weitermachen und dürfen nicht durch ein begreifliches und temperamentvolles, aber politisch unkluges Verhalten die vom Führer nun einmal bestimmte Linie stören . . .“²²

¹⁸ „Note über die Entwicklung der NSB seit September 1940 vom 4. Juli 1941, in: Vijf nota's van Mussert aan Hitler, a. a. O., S. 47. Diese Note hat Hitler jedoch niemals erreicht.

¹⁹ Ebd., S. 61.

²⁰ Vgl. H. D. Loock, Der politische Werdegang der SS-Obergruppenführers und Generals der Waffen-SS Hanns A. Rauter. Gutachten des IFZ München.

²¹ RvO, Amsterdam. BDC H 79. Korrespondenzen zur VO 54/42. Vgl. auch H. D. Loock, Zur „großgermanischen Politik“ des Dritten Reiches, a. a. O., S. 59f.

²² RvO, Amsterdam. BDC H 218. Brief Seyss-Inquarts an Himmler vom 29. Mai 1943.

Solange Schmidt das Vertrauen Bormanns besaß und die Partei das Übergewicht über die SS hatte, brauchte sie die entgegengesetzte politische Linie der SS nicht allzu sehr zu beunruhigen, wobei sich jedoch zeigte, daß der „Alte Kämpfer“ Schmidt vor allem eigene machtpolitische Ziele und Ambitionen verfolgte. Hatte er in den ersten Monaten der deutschen Besetzung noch in der NSB den „einzigen Freund“ Deutschlands erblickt und versucht, in „freundschaftlicher und kameradschaftlicher Weise“ durch eine Machtübernahme Musserts die politische Neuordnung des Landes mitzubestimmen, so schwand dieser Enthusiasmus in der Folgezeit rasch. Von den politischen Fähigkeiten des „Leiders“ ebensowenig wie Seyss-Inquart überzeugt, sah Schmidt in dem ihm völlig ausgelieferten Parteiführer mehr und mehr nur noch ein gefügiges Werkzeug. Um den Zweifrontenkampf gegen den Annexionismus der SS und gegen seine eigenen „völkischen“ Parteigenossen bestehen zu können, suchte und fand Mussert die notwendige Rückendeckung und Unterstützung bei Schmidt. Je heftiger Mussert von der SS attackiert wurde, desto enger schloß er sich dem Günstling Bormanns an, blind auf dessen Zusicherung vertrauend, daß die „Machtübernahme“ vorbereitet werde.

Im Oktober 1942 hatte der „Leider“ sein Ziel beinahe erreicht. Der Reichskommissar ließ sich von Schmidt überreden, Hitler die Ernennung Musserts zum Ministerpräsidenten zu empfehlen. Diese plötzliche Aktivität des Generalkommissars stand mit der bereits erwähnten Parteianordnung A 54/42 vom 12. August 1942 im Zusammenhang und war insofern auch ein Versuch Schmidts, durch die politische Aufwertung Musserts zugleich seine eigene Stellung gegenüber dem Einfluß der SS zu stärken²³. Andere wesentliche Beweggründe ergeben sich aus einer Mitteilung Unterstaatssekretär Luthers an Steengracht v. Moyland vom 8. 10. 1942, in der es u. a. heißt²⁴: „Vor der Meldung beim Führer besuchte mich der Generalkommissar zbV Parteigenosse Schmidt und erzählte mir von der Absicht des Reichskommissars, den er zum Führer begleiten würde, den Führer darum zu bitten, sich mit der Einsetzung Musserts als Ministerpräsident einverstanden zu erklären. Schmidt gab mir hierfür zwei Gründe an:

1. es sei beabsichtigt, im nächsten Frühjahr in Holland 300 000 wehrpflichtige Holländer auszuheben, um sie als Polizeitruppe nach dem Osten zu schicken. Eine Aushebung durch die deutsche Besatzungsmacht widerspreche dem Völkerrecht und sei im übrigen nicht zweckmäßig und erfolgversprechend. Aus diesem Grunde wolle der Reichskommissar vorher Mussert zum Ministerpräsidenten berufen und es ihm überlassen, entsprechende Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen.
2. Schmidt ist ein alter Anhänger der Idee, Mussert an die Macht zu berufen. Er erzählte mir aber bei diesem Gespräch, daß es nicht in seiner Absicht läge, Mussert auf die Dauer an der Macht zu belassen. Die Holländer würden ihn auch nicht sehr lange ertragen. Schmidt ist der Ansicht, daß einige Jahre Mussert-

²³ RvO, Amsterdam. BDC H 79. Korrespondenzen zur VO 54/42.

²⁴ Ebd., FOSD 3910. 60201-2. Faks. in L. de Jong, *De Bezetting II*, a. a. O., S. 49.

Herrschaft genügen würden, den Holländern zu zeigen, daß der direkte Anschluß an Deutschland das kleinere Übel sei und er glaubt demgemäß, daß es in 6 bis 10 Jahren möglich sein wird, die Holländer von sich aus zum direkten Anschluß zu bewegen.“

Am 10. Dezember 1942 durfte Mussert Hitler endlich seine Aufwartung machen. Aber wieder behielt sich Hitler die endgültige Entscheidung für einen „späteren Zeitpunkt“ vor. Jeder Versuch, so betonte er im Beisein von Himmler, Seyss-Inquart, Schmidt, Lammers und Bormann, in den Niederlanden eine Regierung einzusetzen, bringe „Schwierigkeiten“, da diese Regierung „harte Maßnahmen“ treffen und mit einem „Riesengeschrei“ in der Bevölkerung rechnen müsse. Wörtlich erklärte er: „Für einen Quisling wäre es besser gewesen, wenn er nicht an die Regierung gekommen wäre.“ Es sei „völlig unmöglich einen Status für die Zukunft festzulegen, da zweifellos staatliche Korrekturen vorgenommen werden müßten“. Erst wenn dieser Krieg, der ihm die Hegemonie in Europa sichere, gewonnen sei, könne man weitere Zukunftspläne erörtern. Außerdem, so fuhr Hitler fort, nützten uns heute die „schönsten Erklärungen“ nichts, denn in Flandern und Norwegen würde die Bevölkerung auch nicht durch Deklarationen „für uns gewonnen und zur Einsicht gezwungen“. Er wolle nicht „das alte römische Reich deutscher Nation aufrichten“, sondern er strebe nach einer „ganz festgefühten Konstruktion gegen die künftigen Oststürme“. Die Bezeichnung dieser „Konstruktion“, in der die Niederlande „als wertvolle Ergänzung . . . einkalkuliert würden, sei völlig nebensächlich“. Mussert könne von ihm nicht mehr verlangen „als die eigene Heimat“. Wien sei 500 Jahre die Hauptstadt des deutschen Reiches gewesen und sie sei von ihm erobert worden, weil es der „Reichsgedanke“ und der „Reichszusammenhalt“ erforderten. In gleicher Weise wie er seine Heimat einordne, müsse auch Mussert die Niederlande einordnen²⁵.

Der „Leider“ der NSB war lediglich mit der Ermächtigung getröstet worden, daß er sich künftig „Führer des niederländischen Volkes“ nennen und ein Büro, das sogenannte „Politische Staatssekretariat“, errichten dürfe, das dem Reichskommissar „Ratschläge“ erteilen könne. Mehr sollte Mussert auch später nicht bei Hitler erreichen, den er am 5. Dezember 1943 das letzte Mal besuchen durfte. Die Auseinandersetzungen innerhalb der NSB nahmen immer schärfere Formen an. Zwar konnte Mussert noch in den letzten Kriegstagen seine beiden Stellvertreter, Rost van Tonningen und v. Geelkerken, aus der Partei ausschließen, aber die niederländische Bevölkerung nahm zu diesem Zeitpunkt „keine Notiz mehr von dem, was Mussert tat oder unterließ“²⁶.

Infolge seiner eitlen Selbstüberschätzung und in völliger Verkennung des Nationalsozialismus hat Mussert das Doppelspiel seines „Freundes“ Schmidt niemals durchschaut. Während er in Schmidt den Mitstreiter und Beschützer sah, der die

²⁵ RvO, Amsterdam. BDC H 101. 641. Aktenvermerk Bormanns über die Unterredung Hitlers mit Mussert v. 14. 2. 1942.

²⁶ L. de Jong, Die Niederlande im Zweiten Weltkrieg, a. a. O., S. 19.

Niederlande vor einer Annexion durch die SS in das „Großgermanische Reich“ zu bewahren suche, benutzte dieser ihn selbst nur, um den direkten Anschluß an das „Großdeutsche Reich“ vollziehen zu können. Als „Leiter des Arbeitsbereiches der NSDAP“ in den Niederlanden sah sich Fritz Schmidt bereits als zukünftiger „Gaulleiter“ dieses Landes. In welcher Form sich dieser Anschluß auch immer vollziehen mochte, für ihn waren die Niederlande nur „ein Nebenland des Großdeutschen Reiches“²⁷, in dem er die alleinige politische Führung beanspruchte. Vor der niederländischen Öffentlichkeit betonte Schmidt vielfach, daß der Nationalsozialismus keine allgemeine „Exportware“, sondern, so erklärte er in einer Rede vor Mitgliedern der NSB am 22. 3. 1941, allein für germanische Völker die gemäße Form und Idee sei²⁸. Diese Idee sei aber nur soviel wert, „als sich Menschen dafür finden, die sich dafür totschiessen lassen“. Da aber diese Idee „im tiefsten Sinne die letzte Verteidigung der weißen Rasse“ bedeute, gebe es nur ein Für oder Wider! „... wer nicht für uns ist, ist gegen uns, und alle Hetzer werden wir restlos vernichten.“

Als Schmidts Versuche, die „germanischen“ Niederländer für den Nationalsozialismus zu gewinnen, völlig gescheitert waren und die SS in den Jahren 1942/43 den Einfluß der Partei in den „germanisch-völkischen Belangen“ weitgehend ausschalten konnte, ließ Bormann seinen einstigen Vertrauensmann fallen. In einem Aktenvermerk für den Hauptdienstleiter der Parteikanzlei in München, Dr. Friedrich, notierte Bormann am 16. 2. 1943²⁹: „Ich habe über Schmidt gehört, daß er keine zielklare Politik treibe, sondern laufend versuche, einzelne Personen und Gruppen gegeneinander auszuspielen. Ich halte solche Beispiele für gefährlich, weil sie niemals Erfolg bringen, denn die Betrogenen werden sich immer gegen die Betrüger wenden (!). Eindeutig möchte ich klarstellen, daß ich für das, was der Pg. Schmidt-Münster als Politik bezeichnet und tut, keinerlei Verantwortung trage oder übernehmen möchte.“

Damit war das Schicksal des „politischen“ Generalkommissars und Parteiführers Schmidt in den Niederlanden besiegelt. Am 26. Juli 1943 nahm er sich während einer Eisenbahnfahrt zum Atlantikwall in Frankreich infolge „nervöser Überreizung“ das Leben³⁰.

Aber auch die Nazifizierungsversuche und Propagandafeldzüge der SS hatten die Niederländer nicht zu „bewußten Germanen“ erziehen können. Wohl schlug der eifrige SS-Hauptamtschef Berger seinem Reichsführer vor, die germanischen Staaten in „Reichsgaue“ umzuwandeln³¹, aber die deutsche Zivilverwaltung nahm angesichts der veränderten Kriegslage und des zunehmenden Widerstandswillens der Niederländer zu einer Besatzungspolitik Zuflucht, die nicht mehr auf die „Ge-

²⁷ Vgl. A. E. Cohen, Not. No. 26.

²⁸ RvO, Amsterdam. NSB-Archiv 35 f. Bericht über die Rede von GK Schmidt v. 22. 3. 1941.

²⁹ Ebd., BDC H 579. Aktenvermerk Bormanns v. 16. 2. 1943.

³⁰ Zu dem „mysteriösen“ Selbstmord – Mussert und Schmidts Angehörige glaubten an einen durch die SS verübten Mord. – Vgl. *Niederland in Oorlogstijd*, 3. Jg., 1948, S. 48–55 und S. 68–70.

³¹ NO-1469. Brief Bergers an Himmler v. 21. 10. 1942.

winnung“ des „blutnahen“ Volkes ausgerichtet sein konnte. Je länger der Krieg dauerte und je radikaler er geführt wurde, desto rücksichtsloser wurde die Besatzung gehandhabt. Der Kampf gegen die immer stärker werdende Resistance, die Geiseler-schießungen, der Arbeitseinsatz, die restlose wirtschaftliche Ausbeutung und vor allem die erbarmungslose Judenverfolgung führten die Nazifizierungsversuche ad absurdum, enthüllten mehr und mehr nur noch den nackten Machtanspruch der deutschen Führung und ließen für germanische Partnerschaft immer weniger Raum.

Als der Wehrmachtbefehlshaber in den Niederlanden, General Christiansen, am 29. April 1943 bekanntgab, daß Hitler befohlen habe, die im Mai 1940 aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen 300 000 Soldaten wieder zu internieren und zum „Arbeitseinsatz“ nach Deutschland zu überführen³², riefen in Hengelo, Almelo und anderen Industriestädten im Osten des Landes niederländische Arbeiter zum Generalstreik auf. Einen Tag später hatten sich die Unruhen – bis auf die großen Städte im Westen – über das ganze Land ausgebreitet. Fast eine Million Niederländer legten die Arbeit nieder. Der Aufstand, der als „April-Mei-Staking“³³ in die niederländische Geschichte eingegangen ist, brach freilich schon am 1. Mai 1943 zusammen, nachdem die Besatzungsmacht das Standrecht verkündet und ungefähr 100 Streikende erschossen hatte.

Die Jagd nach billigen Arbeitsklaven für die deutsche Kriegsrüstung ging weiter. Die dritte große Streikbewegung begann schließlich im Herbst 1944, nachdem die niederländische Exilregierung im Hinblick auf die alliierten Luftlandeoperationen bei Eindhoven, Nijmegen und Arnheim den „Eisenbahnerstreik“³⁴ angeordnet hatten. Fast das gesamte Eisenbahnerpersonal kam dieser Aufforderung nach, so daß der Schienenverkehr innerhalb weniger Tage beinahe völlig zum Erliegen kam. Der deutsche militärische Nachschub und die Versorgung wurden empfindlich gestört. Aber auch die Bevölkerung stand vor einem katastrophalen Hungerwinter, der Hunderttausende an die Grenze des Existenzminimums brachte und fast 15 000 Todesopfer forderte.

Angesichts des drohenden militärischen Zusammenbruchs beantwortete man nunmehr jede Aktion der Resistance mit brutalen Vergeltungsmaßnahmen. Als Anfang Oktober 1944 eine kleine Gruppe niederländischer Widerstandskämpfer einen deutschen Offizier bei Putten schwer verwundete, wurde dieses Dorf dem Erdboden gleichgemacht. 75 Häuser wurden abgebrannt, 7 Menschen sofort erschossen und 660 Einwohner in das Konzentrationslager Neuengamme deportiert. Nur 115 von ihnen kehrten in die Niederlande zurück. Nach einem ähnlichen Attentat, bei dem zufällig der verhaßte HSSPF Rauter verwundet wurde, ließ der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD, Dr. Schöngarth, 250 Niederländer erschießen.

³² Vgl. dazu die grundlegende Untersuchung von B. A. Sijes, *De arbeidsinzet 1940–1945. De gedwongen arbeid van Nederlanders in Duitsland 1940–1945.* 's Gravenhage 1966.

³³ P. J. Bouman, *De April-Mei-Staking van 1943.* 's Gravenhage 1950.

³⁴ A. J. C. Rüter, *Rijden en Staken. De Nederlandse spoorwegen in Oorlogstijd.* 's Gravenhage 1960.

Inzwischen war auch die bisherige „Arbeitsvermittlung“ der Besatzungsmacht vielfach durch organisierten Menschenraub ersetzt worden. In zahlreichen Städten des Landes wurden Massenrazzien durchgeführt. Am 10./11. November 1944 trieb die Polizei allein in Rotterdam³⁵ und Schiedam 54 000 Niederländer zusammen, von denen 40 000 nach Deutschland deportiert, die übrigen zur Arbeit im östlichen Teil der Niederlande verpflichtet wurden. So hart das Los der zum Arbeitseinsatz verschleppten Niederländer auch war – bei Kriegsende arbeiteten noch immer etwa 200 000 bis 300 000 im Reichsgebiet – so sollten sie doch fast alle die Befreiung ihres Landes erleben.

Ihren jüdischen Landsleuten wurde diese Chance des Überlebens hingegen nicht gewährt. Als die technischen Vorbereitungen für den Massenmord der Juden getroffen waren, setzten im Sommer 1942 auch in Holland die Deportationen ein. „Am 15. Juli 1942 begann“, so hieß es im Jargon der NS-Behörden, „die erste planmäßige Abschiebung der niederländischen Juden nach den vom Reich bestimmten Plätzen.“ Von dem „polizeilichen Durchgangslager“ Westerbork fuhren die Züge nach einem sorgfältig ausgearbeiteten Fahrplan in die Vernichtungslager in Polen. Insgesamt verließen 98 Züge das Land, der letzte am 13. September 1944, als die alliierten Truppen bereits die belgisch-niederländische Grenze erreicht hatten.

Das Ausmaß dieses Verbrechens mögen einige Zahlen belegen: Rund 112 000 niederländische Juden wurden deportiert, 5 000 nach Theresienstadt, 4 000 nach Bergen-Belsen, 43 000 nach Sobibor, 60 000 nach Auschwitz. Weniger als 3 000 von ihnen überlebten und kehrten nach Kriegsende zurück: 300 aus Theresienstadt, 1 100 aus Bergen-Belsen, rd. 500 aus den Vernichtungslagern Auschwitz und Sobibor³⁶.

So haben Terror und Widerstand nach der kurzen und trügerischen Phase der Ruhe im Sommer und Herbst 1940 immer stärker das Bild der nationalsozialistischen Herrschaft in den Niederlanden bestimmt, während Unterstützung für die Ziele nationalsozialistischer „Neuordnung“ nur von einer winzigen Minderheit holländischer Faschisten geleistet wurde, deren Führer dadurch moralisch gänzlich diskreditiert und politisch isoliert wurden.

Unser naturgemäß nur sehr kursorischer und lückenhafter Überblick über die späteren Jahre der deutschen Besatzung in den Niederlanden mag immerhin genügen, um deutlich zu machen, daß den Händen der deutschen Führung eine einigermaßen aussichtsreiche *Politik* zur Gewinnung der niederländischen Bevölkerung seit dem Herbst 1940 mehr und mehr entglitt und sie stattdessen in zunehmendem Maße mit direkten *Maßnahmen* der Gewalt ihre jeweiligen kriegsbedingten oder ideologischen Zielsetzungen und ihren Anspruch auf absolute Herrschaft dennoch zu retten suchte. Als Beispiel des Versuchs *politischer Neuordnung* sind deshalb nur die Monate vom späten Frühjahr bis zum Herbst 1940 einigermaßen ergiebig. Später befand man sich auf der Einbahnstraße des Zwanges und der Gewalt, auf der diese Ansätze binnen kurzem niedergewalzt wurden.

³⁵ B. A. Sijes, *De razzia van Rotterdam 10–11 November 1944*. 's Gravenhage 1951.

³⁶ Nach L. de Jong, *De Bezetting III*, a. a. O., S. 49.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Nach der Darstellung der grundlegenden Anfänge der deutschen Kriegführung und Besetzung in den Niederlanden lassen sich die einleitend aufgeworfenen Fragen nach der Natur dieser Politik, ihrer Ziele und ihres Stellenwertes im Gesamtumkreis der im Zweiten Weltkrieg erstrebten und etablierten nationalsozialistischen Hegemonie in Europa klarer beantworten.

War der Angriff auf die Niederlande auch ganz überwiegend oder ausschließlich militärisch motiviert, so stellten sich nach dem militärischen Triumph schnell weitreichende, wenn auch unklare politische Kriegsziele ein. Der gewaltsame Bruch der Neutralität, der aus der aggressiven, auf perfekten Anfangs- und Überraschungserfolgen basierenden Blitzkrieg-Strategie folgte, schlug in politisches Expansionsstreben um. Nachdem die militärische Herrschaft über das Land gewonnen war, verfestigte sich rasch der Wille der NS-Führung, die Niederlande, so oder so, auch künftig im eigenen Machtbereich zu halten. Nach der militärischen Eroberung „entsann“ man sich gleichsam der völkisch-rassistischen Weltanschauung, die nun als besondere Antriebskraft und Rechtfertigungsideologie wirkte. Die abrupte Übertragung der vollziehenden Gewalt an den Reichskommissar, die damit verbundene Ablösung der von militärischer Seite entwickelten Grundsätze einer unpolitischen, an das Völkerrecht gebundenen interimistischen Militärverwaltung durch eine politisch geführte Zivilverwaltung, die stattdessen erteilten Instruktionen zur Herbeiführung einer dauerhaften politisch-weltanschaulichen Gleichschaltung der Niederlande und ihrer künftigen stattdessen-territorialen Bindung an das Reich lassen diesen politischen Willen und die nachträglich aufgestellten Kriegsziele deutlich erkennen. Insofern ist die völkerrechtswidrige Besatzungspolitik in den Niederlanden nicht – wie Ernst Nolte meint – unter den Sammelbegriff des „europäischen Normalkrieges“ zu subsumieren.

Die Tatsache, daß den Niederländern (und Norwegern) als „Germanen“ ein vergleichsweise bevorzugter Platz im Rahmen der hegemonialen nationalsozialistischen Neuordnung Europas zudedacht war, verschonte die Masse der „arischen“ Niederländer zunächst vor pauschalen Diskriminierungen und Verfolgungen, wie sie sich in den besetzten Gebieten Polens oder der UdSSR abspielten. Aber im Prinzip bedeutete das positive völkisch-rassepolitische Interesse der NS-Führung an den „Germanen“, ebenso wie das negative Interesse an den „Slawen“, daß die Besetzung hier von vornherein stärker unter politisch-ideologischen Vorzeichen stand, und sich mithin ein besonders ausgeprägtes Kriegsziel-Interesse und ein besonders intensiver Herrschaftsanspruch entwickelten.

Daß in Norwegen und den Niederlanden politische Reichskommissare eingesetzt wurden und in dem zur Hälfte flämischen Belgien die Einsetzung einer politischen

Zivilverwaltung lange Zeit von Hitler angestrebt war, während im besetzten Frankreich anscheinend nie an etwas Ähnliches gedacht wurde, vielmehr neben der deutschen Militärverwaltung eine französische Regierung toleriert wurde, die, zumindest bis 1942 „nicht einfach Objekt, sondern zugleich Partner Hitlerscher Politik“ war¹, unterstreicht diesen Sachverhalt. Während Kollaboration mit der Vichy-Regierung möglich war, lief in den besetzten „germanischen“ Ländern alle Kollaboration mehr oder weniger auf Nazifizierung hinaus. Da ein irgendwie geartetes „großgermanisches Reich“ für Hitler und seine Helfer selbstverständlich nur unter nationalsozialistischer Führung und im Zeichen der nationalsozialistischen Weltanschauung vorstellbar war, konnte in den Niederlanden (anders als in Frankreich) eine bürgerlich-nationale Sammlungsbewegung wie die „Unie“ noch nicht als brauchbarer Kollaborationspartner gelten, wenn sie sich zwar von der Tradition des demokratischen Parteienstaates abwandte, aber nicht – wie anfangs von Seyss-Inquart erwartet – zur Über- oder Hinnahme des Nationalsozialismus bereit war. Mit anderen Worten: Das unter der Bedingung nationalsozialistischer Führung angestrebte „großgermanische Reich“ zwang zu strengeren politisch-ideologischen Maßstäben in der Frage der Auswahl kollaborationswilliger Partner und in der Behandlung der existierenden politischen Gruppen in den Niederlanden. Damit verbaute aber dieses Konzept *selbst* maßgeblich den nicht von vornherein ungangbaren Weg einer breiter angelegten Kollaboration, veranlaßte den Reichskommissar und seine Organe erst zu dem Versuch der Nazifizierung des öffentlichen Lebens und schließlich zur Ausschaltung, zum Verbot oder zur Verfolgung der widerspenstigen nicht-faschistischen Kräfte. So lag es in der Konsequenz gerade der vermeintlich bevorzugten Behandlung der Niederlande, daß die politische Toleranzgrenze besonders eng gezogen, das politische Monopol schließlich allein den einheimischen Faschisten eingeräumt und der ideologische Herrschaftsanspruch und die daraus resultierende Überfremdung besonders intensiviert wurden.

Hier wird aber zugleich deutlich, daß die gigantische Zukunfts-Konzeption, die für die deutsche Herrschaft in den Niederlanden bestimmend war, doch im konkreten Detail planlos war. Real und konkret war der Herrschafts*wille*, unbestimmt und illusorisch dagegen die Herrschafts*form*. Die entscheidenden Fragen – wie den Niederländern der Nationalsozialismus beizubringen sei und wie die innere Ordnung und Kompetenzverteilung in einem germanischen Reich beschaffen sein sollte – hatte Hitler unbeantwortet gelassen, nicht nur aus taktischer Zurückhaltung, sondern weil er ebenso wenig wie seine Beauftragten eine Antwort wußte. Die Vereinigung der „germanischen“ Völker zu einem Groß-Reich unter nationalsozialistischer Führung – das war vager, romantischer Wunschtraum, fern der Wirklichkeit, ein Selbstbetrug, der verschleierte, daß es auch hier nur um Expansion der Macht und Herrschaft ging. Wenn dieses Weltanschauungs-Wunschgebilde, das sich infolge seiner chimärischen Natur gar nicht zu einem konkreten politischen Programm eignete, gleichwohl zur „Richtschnur“ gemacht wurde, so

¹ E. Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa, Stuttgart 1966, S. 11.

bedeutete dies praktisch gerade Verzicht auf eine realistische, durchführbare *Politik* zur Gewinnung der Niederländer, vielmehr Überantwortung der tatsächlichen Herrschaft und Entscheidung an diejenigen Besatzungsorgane, die über die reale exekutive Macht verfügten, aber in erster Linie nur ihre partikularen Zwecke im Auge hatten. Unter den Händen des politischen Generalkommissars Schmidt verwandelte sich das unerreichbare Ziel der „Bekehrung der Niederländer zum Nationalsozialismus“ in das zynische Bestreben, mit Hilfe der korrumpierten Mussert-Bewegung eine eigene Hausmacht und einen eigenen Führungsanspruch zu etablieren, und unter den Händen der SS denaturierte die großgermanische Reichsidee zur Ersatz-Beschaffung für die Waffen-SS.

Da eine klare Fixierung der Neuordnung vertagt wurde und wohl gar nicht möglich war, blieben permanente Aushilfen und Improvisationen das einzige reale Herrschaftsmittel. Sie aber liefen auf pure Ausbeutung des wirtschaftlichen ebenso wie des ideologisch-politischen Kapitals hinaus. Angesichts der relativ schwachen Stellung Seyss-Inquarts gewannen die Exponenten der SS und Partei in den Niederlanden die eigentliche Macht und lieferten sich bei der Verfolgung ihrer jeweiligen Ziele einen direkten Machtkampf. Die Schwäche des Reichskommissars verstärkte mithin den Einfluß der partikularen Machtinteressen innerhalb des Besatzungsregimes und verhinderten erst recht eine einheitliche Politik. Die im Herbst 1940 vollzogene Abkehr von der anfänglich von Seyss-Inquart verfolgten Kollaborationspolitik auf breiterer Basis hing offensichtlich auch mit dem gewachsenen Einfluß Schmidts und Rauters zusammen.

Aus der Verselbständigung und Rivalität einzelner Organe der Besatzungsmacht mochte sich im Einzelfall für die Niederländer (einschließlich der Mussert-Bewegung) eine Neutralisierung oder Milderung der Herrschaftswirkung ergeben. Charakteristischer aber war, daß die isolierten Aktionen, gerade weil sie nicht die politischen Erfordernisse insgesamt, sondern nur die jeweilig begrenzten Ausbeutungszwecke im Auge hatten, um so gewaltsamer ausfielen, den Widerstand um so mehr provozierten, und mit neuen Repressalien und neuem versteiftem Widerstand die Spirale der Gewalttätigkeit zunehmend heraufschraubten.

Die Auflösung einheitlicher Herrschaft in streitende Machtgruppen und die Auflösung des utopischen Zukunftszieles in einzelne handfeste Machtinteressen stand dabei in einem engen, sich aus der Natur des Nationalsozialismus ergebenden Zusammenhang. Zynisches Zweckmäßigkeitskalkül bei der Verfolgung improvisierter konkreter Aktionen stand nur scheinbar im Widerspruch zu der irrationalen Utopie vom germanischen Reich. Hypertrophiertes politisches Wunschdenken und technisch-rationale Handhabung der Macht bildeten in Wirklichkeit keine Gegensätze, sondern die durchaus zusammengehörigen, komplementären Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft.

Die ersten Monate der deutschen Besatzung in den Niederlanden, jene Phase, in der die Chancen für eine politische Neuordnung und die Bildung tragfähiger niederländischer Kollaborationsgruppen noch am größten waren, können gleichsam als ein Modell dafür angesehen werden, daß die Abfolge isolierter, jeweils verabsolutierter

Zwecksetzungen mehr oder weniger zwangsläufig die Möglichkeit konstruktiver Politik zersetzte und zu einer irreversiblen Eskalation der Gewalt führte. So belastete der aus militärischem Perfektionismus stammende Entschluß zum Bruch der holländischen Neutralität und zur Besetzung Gesamt-Hollands, der wegen des gewünschten Überraschungsmomentes auch keinen ernsthaften Versuch vorbereitender diplomatisch-politischer Fühlungnahme zuließ, von vornherein die Möglichkeit „friedlicher“ Besatzungsverwaltung. Der ungerechtfertigte Vorwurf niederländischer Neutralitätsverletzungen provozierte die Kritik maßgeblicher Sprecher des Landes (General Winkelman) und führte zu ersten Repressalien der Besatzungsmacht, die wiederum das Prestige der kollaborationswilligen Gruppen (Unie) schmälerten. Auch die Flucht der Königin war letztlich vor allem eine Folge des aggressiven militärischen Überfalls, der in den Augen der Monarchin keinen Raum für ein politisches „adjustment“ ließ, dadurch aber Hitler die formelle Handhabe gab, anstelle einer unpolitischen Militärverwaltung eine politische Zivilverwaltung einzusetzen. Diese aber glaubte nunmehr, schon das Bekenntnis der Bevölkerung zum Hause Oranien nicht zulassen zu dürfen. Daran scheiterte der erste Versuch einer Sammlungsbewegung der nationalen niederländischen Parteien, die ein wirklicher repräsentativer Partner für die Besatzungsmacht hätte sein können. Es folgte das erste demonstrative Bekenntnis der Bevölkerung zum Hause Oranien am „Anjerdag“ (29. 6. 1940), das den psychologischen Ausgangspunkt für das Anwachsen passiver und aktiver Resistance bildete und die Kollaborationsmöglichkeiten weiter einschrumpfen ließ.

Damit aber kamen auch diejenigen Organe des Reichskommissariats stärker zum Zuge, die von der anfänglichen vorsichtigen und zurückhaltenden Politik Seyss-Inquarts wenig hielten, und lieber mit „fester“ als mit „sanfter Hand“ zu regieren suchten und durch unbeirrbar Verfolgung ihrer partikularen Zwecke und Interessen einer „schonenden Behandlung“ der Niederländer faktisch mehr und mehr den Boden entzogen. Insbesondere die anfangs vermiedene, im Sommer 1940 dann aber unverkennbar hervortretende Protektion und Steuerung der holländischen faschistischen Gruppen durch die Besatzungsmacht, die mit ihrer Hilfe begonnene massive Gleichschaltung der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien („Stillhaltekommissare“) und das gleichzeitige Bestreben der SS, durch die Bildung niederländischer SS-Freiwilligen-Einheiten und einer niederländischen allgemeinen SS auf direktem Wege Proselyten und Instrumente zu gewinnen, machten die Hoffnung auf ein freiwilliges Arrangement der Mehrheit der niederländischen Bevölkerung mit der nationalsozialistischen Neuordnung zunichte.

Nachdem auf diese Weise die Chancen, die deutsche Herrschaft auf eine politische Zusammenarbeit mit einigermaßen repräsentativen niederländischen Gruppen zu stellen, schon im Spätsommer und Herbst 1940 größtenteils verspielt worden waren, setzte sich erst die Schraube der Gewalttätigkeiten eigentlich in Bewegung, die nicht mehr einem einheitlichen politischen Konzept entsprachen, sondern isolierte Aktionen einzelner Organe der Besatzungsmacht darstellten. Die Instrumentierung der Mussert-Bewegung, die Anwerbung von SS-Freiwilligen, ebenso wie die 1941 angekurbelten Zwangsmaßnahmen gegen Juden, die „Beschaffung“ niederländischer Ar-

beitskräfte und die kriegswirtschaftliche Ausbeutung des Landes waren jeweils singuläre ad-hoc-Maßnahmen einzelner Dienststellen des Reiches und ihrer Exponenten in den Niederlanden, die gleichsam nur noch routinemäßig über den Reichskommissar liefen, von ihm aber nicht mehr zu *einer* Politik zusammengefaßt und nur noch formell von ihm verantwortet werden konnten. Der Mangel einer klaren und permanenten Gesamtleitung und Gesamtverantwortung, der nicht dadurch behoben werden konnte, daß Hitler in großen Abständen irgendwelche meist mehrdeutig auslegbaren Weisungen erteilte, – diese reale Kehrseite der Führerverfassung des NS-Regimes – war schließlich die Hauptursache für die Inflation der Gewaltmaßnahmen, die zur Befriedigung machtpolitischer, ideologischer und kriegswirtschaftlicher Ansprüche von partikularen Instanzen zu Lasten der niederländischen Bevölkerung ergriffen wurden. Lange ehe die deutsche Besatzungsmacht auch militärisch zum Rückzug gezwungen wurde, war sie politisch gescheitert und auf einen Kurs destruktiver Gewalt abgeglitten.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

A. Unveröffentlichte Quellen

1. Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie Amsterdam (RvO, Amsterdam)

a) FOSD-Collectie.

Dokumente aus dem Auswärtigen Amt und der Reichskanzlei, die das RvO als Photokopien aus dem Foreign Office und dem State Departement empfangen hat.

b) BDC-Collectie.

Dokumente aus SS-Archiven, Adjutantur des Führers und Parteikanzlei, die das RvO als Photokopien aus dem Berlin Document Center empfangen hat.

c) Nürnberg-Collectie.

Dokumente und Protokolle der Nürnberg-Prozesse.

d) CDI-Collectie.

(Collectie Duitse Instellingen)

Originale, Abschriften und Photokopien aus den verschiedenen Archiven deutscher Instanzen außerhalb der Niederlande (z. B. OKH, OKW, OKM, Reichsministerien).

e) CNO-Collectie.

(Collectie Nederlandse Overheidsinstellingen)

Notulen van het College van Secretarissen Generaal (SS-GG).

f) Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete.

Präsidialabteilung.

Generalkommissar zBv. Referat 73d. Sonderfragen. Stimmungsberichte.

Generalkommissar für das Sicherheitswesen. HSSPF 54a. Berichte über die Dienstbesprechungen bei GK Schmidt.

Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD. SD-Meldungen aus den Niederlanden.

Sammlung von Fernschreiben, die vom Reichskommissariat empfangen oder abgesandt wurden.

g) NSB-Archiv.

h) Mussert-Tagebuch.

i) Colijn-Tagebuch.

j) Fragments of the Goebbels-Diary.

k) Notities voor het geschiedwerk.

No. 9 L. de Jong, Bohle en Nederland.

No. 16 A. E. Cohen, Opzet en structuur van het Duitse Rijkscommissariaat in Nederland.

No. 26 A. E. Cohen, Onstaan en betekenis van „Der Arbeitsbereich der NSDAP in den Niederlanden“.

No. 29 A. E. Cohen, De uitstelling van het Rijkscommissariaat in Nederland in het licht van het Noorse Percedent.

No. 60 Dr. Colijn's beleid in 1940.

No. 80 J. C. H. de Pater, Doel van het Duitse bestuur in Nederland.

No. 80a A. E. Cohen, Opmerkingen over notitie voor het geschiedwerk No. 80.

No. 91 A. E. Cohen, Het onstana van het Duitse Rijkscommissariaat voor Nederland.

No. 103 J. C. H. de Pater, De organisatorische en culturele werkzaamheid van de Landesgruppe Niederlande van Mei tot November 1940.

- No. 130 N. K. C. A. In't Veld, Faschismus und Nationalsozialismus in den Niederlanden zwischen den Weltkriegen.
2. Institut für Zeitgeschichte München (IFZ-München)
Dokumente der Nürnberger Nachkriegsprozesse (PS, NG, NOKW, NO, C, D, EC, L, NI, R, TC, USSR).
 3. Berlin Document Center (BDC)
 - a) SS-Personalhauptamt
Akte Dr. Arthur Seyss-Inquart
Hanns A. Rauter
Gottlob Berger
Heinrich Himmler
 - b) Parteikanzlei Korrespondenz
Akte Dr. Arthur Seyss-Inquart
Fritz Schmidt
 - c) Dokumente aus dem Persönlichen Stab des Reichsführers-SS (sog. „Himmler-Files“).

B. Veröffentlichte Quellen

a) *Dokumentensammlungen und zeitgeschichtliche Dokumentationen.*

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes. Serie D (1937–1945). Bd. I–XI, Baden-Baden 1950–1956 und Frankfurt a.M. 1961–1964. Bd. XI, 1. und 2. Bonn 1965. (zit.: ADAP D).

Auswärtiges Amt: Weitere Dokumente zur Kriegsausweitungspolitik der Westmächte. Die Generalstabsbesprechungen Englands und Frankreichs mit Belgien und den Niederlanden. Berlin 1940.

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg. 14. November 1945–1. Oktober 1946. Die 42bändige Ausgabe gliedert sich wie folgt:

- | | |
|----------------|------------------------|
| Bd. I | Einführungsband |
| Bd. II–XXII | Verhandlungsprotokolle |
| Bd. XXIII–XXIV | Indexband |
| Bd. XXV–XXXII | Prozeßdokumente |
- (zit.: IMT)

Reichsgesetzblatt 1940. Berlin 1940 (zit.: RGBl).

Verordnungsblatt für die besetzten niederländischen Gebiete. 5 Bde., Den Haag 1940–1945. (zit.: VOBl. Niederlande).

Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie:

Max Blokzijl. Zijn berechting en veroordeeling. Serie Bronnenpublicaties Nr. 1, Processen Nr. 1, 's Gravenhage 1946.

Van Genechten. Zijn berechting en veroordeeling. Serie Bronnenpublicaties Nr. 2, Processen Nr. 2, 's Gravenhage 1946.

Het Proces Christiansen. Bronnenpublicaties, Processen Nr. 4, 's Gravenhage 1950.

Het Proces Rauter. Bronnenpublicaties, Processen Nr. 5, 's Gravenhage 1952.

Het Proces Mussert. Serie Bronnenpublicaties Nr. 4, Processen Nr. 3, 's Gravenhage 1948.

Vijf Nota's van Mussert aan Hitler over de samenwerking van Nederland en Duitsland in een Bond van Germaansche Volkeren 1940–1944. Serie Bronnenpublicaties Nr. 3, 's Gravenhage 1947.

- Het woord als wapen. Keur uit de Nederlandse ondergrondse pers 1940–1945. Bronnenpublicaties Diversen Nr. 1. 's Gravenhage 1952.
- Dagboekfragmenten 1940–1945. Bronnenpublicaties, Serie Diversen Nr. 2, 3. Aufl., 's Gravenhage 1955.
- Correspondentie van Mr. M. M. Rost van Tonningen. Deel I 1921 – Mei 1942. Ingeleid en uitgegeven door E. Fraenkel-Verkade. Bronnenpublicaties. Documenten Nr. 1. 's Gravenhage 1967.
- Documentatie. Status en werkzaamheid van organisaties en instellingen der Duitse bezetting van Nederland. Samengesteld ten behoeve van de Bijzondere Rechtspleging op last van de Procereur Fiscaal bij het Bijzonder Gerechtshof. (Amsterdam 1947?)
- Dokumente der deutschen Politik. Hrsg. v. F. A. Six. Reihe: Das Reich Adolf Hitlers. Bd. VII: Das Werden des Reiches 1939. Berlin 1941, Bd. VIII: Der Kampf gegen den Westen. T. 1, 2. Berlin 1943 (zit.: DDP).
- Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus. Hrsg. v. H.-A. Jacobsen und W. Jochmann. Bielefeld 1961–1964.
- 1939–1940. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten. Hrsg. v. H.-A. Jacobsen. 5. Aufl., Darmstadt 1961.
- Der Zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten. Hrsg. v. H.-A. Jacobsen. Fischer-Bücherei 645/46. Frankfurt/M. 1965.
- Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzuges. Hrsg. von H.-A. Jacobsen. Göttingen-Berlin-Frankfurt/M. 1956.
- Dokumente zum Westfeldzug 1940. Hrsg. von H.-A. Jacobsen. Göttingen-Berlin-Frankfurt/M. 1960.
- Enquêtecommissie Regeringsbeleid 1940–1945. Verslag houdende de uitkomsten van het onderzoek. 8 dln., 's Gravenhage 1949–1956. Jeder Band besteht aus drei Teilen:
- A. Bericht der Untersuchungskommission
 - B. Dokumente
 - C. Aussagen
- Gliederung:
- Bd. I Algemene inleiding/Militair beleid 1939/1940. 1949.
 - Bd. II Neutraliteitspolitiek/Vertrek van de Regering/ De eerste maanden in Londen. 1949.
 - Bd. III Financieel en economisch beleid. 1949.
 - Bd. IV De Nederlands geheime diensten te Londen/De verbindingen met het bezette gebied. 1950.
 - Bd. V Ministers-en kabinetcrises/ Voorbereiding terugkeer (Staten-Genraal, Militair Gezag, Vertrouwensmannen). 1950.
 - Bd. VI De vertegenwoordiging van Nederland in het buitenland/Het beleid ten aanzien van Nederlanders die ten gevolge van de oorlog hulp van node hadden. 1952.
 - Bd. VII Leiding en voorlichting aan ambtenaren en burgers in de bezette gebieden/Het contact met en de politiek ten aanzien van de verzetsbeweging in Nederland. 1955.
 - Bd. VIII Militair beleid 1940–1945/Terugkeer naar Nederlandsch-Indië. 1956.
- Posthumus Meyes, H. C.: De Enquêtecommissie is van oordeel . . . Samenvatting van het parlementair onderzoek naar het regeringsbeleid in de oorlogsjaren. Met een woord vooraf van L. de Jong. Amsterdam-Arnheim 1958.
- Gerbrandy, P. S.: Eenige Hoofdpunten van het regeringsbeleid in Londen gedurende de oorlogsjaren 1940–1945. 's Gravenhage 1946.

- Hoe Groningen streed. Provinciaal Gedenkboek van het verzet 1940–1945. Groningen 1949.
- Hitler, A.: *Mein Kampf*. München 1934.
- Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Eingeleitet und kommentiert von G. L. Weinberg. Mit einem Vorwort v. H. Rothfels. Stuttgart 1961.
- Picker, H. (Hrsg.): *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942*. Neu hrsg. von P. E. Schramm in Zusammenarbeit mit A. Hillgruber und M. Vogt. Stuttgart 1963. (Erstausgabe unter dem gleichen Titel, eingeleitet von G. Ritter, Bonn 1951).
- Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945. Dokumente des OKW. Hrsg. von W. Hubatsch. Frankfurt/M. 1962 (zit.: Hubatsch, *Hitlers Weisungen*). Erweiterte engl. Ausgabe: *Hitler's War Directives 1939–1945*. Ed. by H. R. Trevor-Roper. London 1964.
- Klietmann, K. G.: *Die Waffen-SS. Eine Dokumentation*. Osnabrück 1965.
- OKW. *Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab)*. Hrsg. v. P. E. Schramm in Zusammenarbeit mit A. Hillgruber, W. Hubatsch und H. A. Jacobsen. 4 Bde., Frankfurt/M. 1961–1965 (zit.: *KTB OKW*).
- Schenk, M. G. und J. B. Th. Spaan: *De Koningin sprak. Proclamaties en redevoeringen van H. M. Koningin Wilhelmina gedurende de oorlogsjaren, 1940–1945*. Utrecht 1945.
- Seyss-Inquart, A.: *Vier Jahre in den Niederlanden. Gesammelte Reden*. Amsterdam 1944.
- Vries, L. de Paape, A. H. und H. de Vries: *De jaren '40–45'*. Amsterdam 1961.
- Winkel, L. und L. de Jong: *Toen . . . 1940–1945*. Amsterdam 1960.

b) *Tagebücher*

- Ciano, G.: *Tagebücher 1939–1943*. Bern 1947.
- Frank, H.: *Auszüge aus dem Tagebuch*, in: St. Pietrowski, *Hans Franks Tagebuch*. Warschau 1963.
- Gilbert, G. M.: *Nürnberger Tagebuch*. Fischer-Bücherei 447/448. Frankfurt/M. 1962.
- Goebbels-Tagebücher aus den Jahren 1942–1943. Mit anderen Dokumenten hrsg. von L. P. Lochner. Zürich 1948.
- Hassell, U. v.: *Vom anderen Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944*. Freiburg i. B. 1946.
- Halder, F.: *Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstaabes des Heeres 1939–1942*. Bearbeitet von H.-A. Jacobsen. 3 Bde., Stuttgart 1962–1964. (zit.: Halder *KTB*).
- Jodl, A.: *Das dienstliche Tagebuch des Chefs des Wehrmachtsführungsstabes im OKW, Generalmajor Jodl, für die Zeit vom 13. 10. 1939 bis 30. 1. 1940*, hrsg. von W. Hubatsch, in: *Die Welt als Geschichte* 1952, S. 274 ff. und 1953, S. 58 ff. Für die Zeit vom 1. 2. 1940 bis 26. 5. 1940, in: *IMT XXVIII, PS-1809*, S. 397 ff. (zit.: Jodl-Tagebuch).
- Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs 1933/34 und 1939/40*. Hrsg. von H. G. Seraphim. Göttingen-Berlin-Frankfurt/M. 1956.
- Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres General der Artillerie Eduard Wagner*. Hrsg. von Elisabeth Wagner. München-Wien 1963.

C. Literatur

a) *Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Niederlande während des Zweiten Weltkrieges*

- Jong, L. de: Nederland in de Tweede Wereldoorlog. In: Algemene Geschiedenis der Nederlanden. XII, Utrecht 1958. Deutsche Übersetzung: Die Niederlande im zweiten Weltkrieg, o.J. (Hektogr. im RvO, Amsterdam)
- De Bezetting I-V. Een weergave in boekvorm van de uitzendingen der Nederlandse Televisie-Stichting over Nederland in de Tweede Wereldoorlog. Amsterdam 1961-1965. Erw. einbändige Ausgabe: Amsterdam 1966.
- Meulenbelt, J. De Duitse tijd. Vijf jaar Vaderlandse Geschiedenis. 2. Aufl., Utrecht 1959.
- Onderdrukking en Verzet. Nederland in Oorlogstijd (Red.: J.J. Bolhuis, C.D.J. Brandt, H.H.M. Randwijk en B.C. Slotemaker). 4 Bde., Amsterdam-Arnhem 1948-1955 (zit.: OeV).
- Warmbrunn, W. The Dutch under German Occupation 1940-1945. Stanford 1963.
- Einen Überblick über die nationalsozialistische Herrschaft in den Niederlanden gibt auch die vom Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie Amsterdam herausgegebene Zeitschrift „Nederland in Oorlogstijd“. 1946-1950.

b) *Monographien*

- Anatomie des SS-Staates, hrsg. v. H. Buchheim, M. Broszat, H. A. Jacobsen und H. Krausnick. 2 Bde., Olten u. Freiburg/Br. 1965.
- Beknopt overzicht van de krijgsverrichtingen der Koninklijke Landmacht 10-19 mei 1940. Leyden 1947.
- Best, P.S.: The Venlo incident. London 1951.
- Best, W.: Die deutsche Polizei. Darmstadt 1941.
- Böhme, H.: Der deutsch-französische Waffenstillstand im Zweiten Weltkrieg. Bd. I: Entstehung und Grundlagen des Waffenstillstandes von 1940. Stuttgart 1966.
- Bouman, J.P.: De April-Mei-stakingen van 1943. (Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Monografieën Nr. 2). 's Gravenhage 1950.
- Broek, H.J. v.d.: Hier Radio Oranje. Vijf jaar radio in oorlogstijd. Amsterdam 1950.
- Broszat, M.: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945. Stuttgart 1961.
- Burdick, Ch.: German War Plans for the War in the West, 1935-1940. (Diss. phil.) Stanford 1954.
- Couvee, D.H.: De meidagen van '40. 3. Aufl., Den Haag 1960.
- Doorman, P.L.G.: Military Operations in the Netherlands from 10th-17th May 1940. London 1944.
- A Nation at War. New York o.J.
- Ellis, L.F.: The War in France and Flanders. London 1953.
- Grassmann, G.O.: Die deutsche Besatzungsgesetzgebung während des Zweiten Weltkrieges. Tübingen 1958.
- Gruchmann, L.: Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer „deutschen Monroedoktrin“. Stuttgart 1962.
- Hartog, L.J.: En morgen de hele wereld. Amsterdam 1960. Deutsche Ausgabe: Und morgen die ganze Welt. Gütersloh 1961.
- Herdeg, W.: Grundzüge der deutschen Besatzungsverwaltung in den west- und nord-europäischen Ländern während des Zweiten Weltkrieges. Tübingen 1953.
- Herzberg, A.: De Kroniek der Jodenvervolging. Amsterdam 1956. (Auch in Onderdrukking en Verzet III, S. 5-255).

- Herzfeld, H.: *Das Problem des deutschen Heeres*. Wiesbaden 1952.
- Hilberg, R.: *The destruction of the European Jews*. Chicago 1961.
- Hillgruber, A.: *Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940–1941*. Frankfurt/M. 1965.
- Hilten, D. A. v.: *Van capitulatie tot capitulatie. Een beknopte historische en technische beschrijving van de militaire gebeurtenissen in Nederland tijdens de Duitse bezetting van Mei 1940 tot Mei 1945*. Leiden 1949.
- Hubatsch, W.: *Weserübung. Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940*. Göttingen-Berlin-Frankfurt/M. 1960.
- Jacobsen, H.A.: *Fall Gelb. Der Kampf um den deutschen Operationsplan zur Westoffensive 1940*. Wiesbaden 1957.
- Jäckel, E.: *Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg*. Stuttgart 1966.
- Jong, L. de: *Je Maintiendrai I–IV, London 1941–1945*.
Holland Fights the Nazis. London 1941.
 and J. W. F. Stoppelman: *The Lion Rampant. The Story of Holland's Resistance to the Nazis*. New York 1943.
Jews and Non-Jews in Nazi-occupied Holland. In: *On the Tracks of Tyranny*. Ed. by E. Below, Wiener Library, London 1962.
- De Duitse Vijfde Colonne in de Tweede Wereldoorlog*. Amsterdam 1953. Engl. Ausgabe: *The German Fifth Column in the Second World War*. London 1953. Deutsche Ausgabe: *Die deutsche Fünfte Kolonne im zweiten Weltkrieg*. Stuttgart 1959.
- De verslagen van de parlementaire enquêtecommissie „Regeringsbeleid 1940–1945“ en hun waarde als historische bron*. Groningen 1958.
- Zwischen Kollaboration und Resistance*. In: *Das Dritte Reich und Europa. Bericht über die Tagung des Instituts für Zeitgeschichte in Tutzing, Mai 1956*. München 1957.
- Jansma, T. J.: *Het bezettingsrecht in de practijk van de Tweede Wereldoorlog*. (Diss. Phil.) Utrecht 1953.
- Kleffens, E. N. v.: *The Rape of the Netherlands*. London 1940. Amerikanische Ausgabe: *Juggernaut over Holland*. New York 1940. Niederländische Ausgabe: *Overzicht van de gebeurtenissen tijdens de oorlogsdagen van 10–14 mei 1940, benedens hetgeen daaraan voorafging en daarop volgde*. London 1941.
- Kok, E.: *Unterdrückung und Widerstand. 5 Jahre deutsche Besetzung in den Niederlanden 1940–1945*. Hrsg. v. Kulturamt der Stadt Dortmund. Dortmund-Brackel 1960.
- Kooy, G. A.: *Het Echec van een volkse Beweging. Nazificatie en Denazificatie in Nederland 1931–1945*. Assen 1964.
- Kordt, E.: *Wahn und Wirklichkeit. Die Außenpolitik des Dritten Reiches. Versuch einer Darstellung*. Stuttgart 1948.
Nicht aus den Akten. Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg. Stuttgart 1950.
- Kosthorst, E.: *Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug*. 3. Aufl. Bonn 1957.
- Kriegsgeschichtliche Abteilung des niederländischen Generalstabes Den Haag: *De strijd op Nederlands grondgebied tijdens de Wereldoorlog II*.
- Inleiding en algemeen overzicht van de gevechtsdagen 10–19 mei 1940*. III/1, 1957.
- De Krijgsverrichtingen in Zuid-Limburg mei 1940*. III/2, A. 1952.
- De verdediging van Noord-Limburg en Noord-Brabant mei 1940*. III/2, B. 1953.
- De verdediging van het Maas-Waalkanaal en de Over-Betuwe mei 1940*. III/2, C. und D.

- Krijgsverrichtingen ten Oosten van de IJssel en in de IJssellinie mei 1940, III/2, E. 1952.
- De territoriale verdediging van de noordelijke provincieën. III/2, F. 1952.
- De operaties van het veldleger en het Oostfront van de Vesting Holland mei 1940. III/3. 1955.
- Algemeen overzicht van de strijd om en in de Vesting Holland (zonder het Oostfront) en de strijd tegen de luchtlandingstroepen rondom 's Gravenhage mei 1940. III/4, A. und D. 1954.
- De strijd om Rotterdam mei 1940. III/4, C. 1952.
- De stelling van Den Helder mei 1940. III/5, 1960.
- De strijd in Zeeland mei 1940. III/6, 1954.
- Leeuw, A. J. v. d.: Huiden en leder 1939–1945. Bijdrage tot de economische geschiedenis van Nederland in de Tweede Wereldoorlog. (Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Monografieën Nr. 7) 's Gravenhage 1954.
- Lemkin, R.: Axis Rule in occupied Europe. Washington 1944.
- Lüdde-Neurath, W.: Regierung Dönitz. Göttingen 1950.
- Maas, G.: Kroniek van de Februari-staking. Amsterdam 1961.
- Michaelis, H.: Der Zweite Weltkrieg. In: Handbuch der Deutschen Geschichte (Brandt-Meyer-Just) Konstanz 1964.
- Milward, S.: Die deutsche Kriegswirtschaft. Stuttgart 1965.
- Neumann, H. J.: Arthur Seyss-Inquart. Het leven van een Duits onderkoning in Nederland. Utrecht/Antwerpen 1967.
- Die Niederlande im Umbruch der Zeiten. Alte und neue Beziehungen zum Reich. Im Auftrage des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete Reichsminister Dr. Seyss-Inquart hrsg. und bearb. von Dr. Freiherr M. du Prel unter Mitwirkung von W. Janke. Würzburg 1941.
- Nolte, E.: Der Faschismus in seiner Epoche. München 1963.
- Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen. dtv-Weltgeschichte des 20. Jh., Bd. 4. München 1966.
- Postma, J.: A Reichskommissariat. German Civil Government in the Netherlands. Dep. of history, University of Kansas 1962 (Ms. im RvO, Amsterdam).
- Presser, J.: Ondergang. De vervolging en verdelging van het nederlandse jodendom 1940–1945. 2 Bde., (Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Monografieën Nr. 10) 4. Aufl., 's Gravenhage 1965.
- Puchinger, G.: Colijn. Momenten uit zijn leven. Kampen o. J.
- Reitlinger, G.: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945. 4. Aufl., Berlin 1961.
- Reynders, I. H.: De wisseling in het Opperbevel van Land-en Zeemacht in februari 1940. Hare oorzaken en gevolgen. Den Haag 1945.
- Rothfels, H.: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Fischer-Bücherei 198. Frankfurt/M. 1961.
- Rüter, A. J. C.: Rijden en staken. De Nederlandse Spoorwegen in Oorlogstijd (Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie. Monografieën Nr. 8). 's Gravenhage 1960.
- Sanders, P.: Het Nationaal Steun Fonds. Bijdrage tot de geschiedenis van de financiering van het verzet 1941–1945 (Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie. Monografieën Nr. 9). 's Gravenhage 1960.
- Schöffer, I.: Het nationaal-socialistische beeld van de geschiedenis der Nederlanden. Een historiografische en bibliografische Studie. Arnhem 1956.
- Sijes, B. A.: De Februari-staking 25–26 februari 1941 (Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie Amsterdam. Monografieën Nr. 5). 's Gravenhage 1954.

- De arbeidsinzet 1940–1945. De gedwongen arbeid van Nederlanders in Duitsland 1940–1945. Monografieën Nr. 11, 's Gravenhage 1966.
- Sommer, Th.: Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935–1940. Tübingen 1952.
- Stein, George H.: The Waffen SS. Hitler's Elite Guard at War 1939–1945. New York 1966.
- Stokman, S.: Het verzet van de Nederlandsche bisschoppen tegen nationaal-socialisme en Deutsche tyrannie. Utrecht 1945.
- Telders, B.M.: Verzamelde Geschriften I-IV.
- Trip, L.J.A.: De Deutsche bezetting van Nederland en de financiële ontwikkeling van het land gedurende de jaren der bezetting (Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie. Kleine Serie Geschriften Nr. 1). 's Gravenhage 1946.
- Touw, H.C.: Het verzet der Hervormde Kerk. 2 Bde., 's Gravenhage 1946.
- Vries, Ph.: M C (Medisch Contact). Geschiedenis van het verzet der artsen in Nederland. Haarlem 1949.
- Wilek, H.: De oorlog die Hitler won. Amsterdam 1947.
- Wilson, J.J.C.P.: Vijf oorlogsdagen en hun twintigjarige voorgeschiedenis. Assen 1960.
- Winkel, L.: De ondergrondse pers 1940–1945. (Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie Amsterdam, Monografieën Nr. 6) 's Gravenhage 1954.

c) Biographien und Memoiren

- Drees, W.: Van mei tot mei. Persoonlijke herinneringen aan bezetting en verzet. Assen 1958.
- Hirschfeld, H.M.: Herinneringen uit de bezettingstijd. Amsterdam 1960.
- Kersten, F.: Totenkopf und Treue. Hamburg 1952.
- Monchy, S.J.R. de: Twee ambtsketens. Arnhem 1946.
- Puchinger, G.: Titanus vertelde mij zijn leven. Kampen 1966.
- Liss, U.: Westfront 1939/40. Erinnerungen eines Feindbearbeiters im OKH. Neckar-gemünd 1959.
- Schellenberg, W.: Memoiren. Köln 1959.
- Tempel, J.v.d.: Nederland in Londen. Ervaringen en beschouwingen. Haarlem 1956.
- Weizsäcker, E.v.: Erinnerungen. München-Leipzig-Freiburg i. B. 1950.
- Wilhelmina: Eenzaam maar niet alleen. Amsterdam 1959. Deutsche Ausgabe: Einsam und doch nicht allein. Stuttgart 1961.

d) Wissenschaftliche Aufsätze

- Baum, W.: Vollziehende Gewalt und Kriegsverwaltung im „Dritten Reich,“ in: Wehrwiss. Rundschau 1956.
- Booms, H.: Der Ursprung des 2. Weltkrieges. Revision oder Expansion, in: GWU 16. Jg., 1965.
- Buchheim, H.: Die Höheren SS- und Polizeiführer, in: VJHZG, 11. Jg., 1963, S. 362 ff. Die SS in der Verfassung des Dritten Reiches, in: VJHZG, 3. Jg., 1955, S. 127 ff.
- Dickmann, F.: Machtwille und Ideologie in Hitlers außenpolitischer Zielsetzung vor 1933. in: Spiegel der Geschichte. Festgabe für M. Braubach. Hrsg. v. K. Repken und St. Skalweit. Münster 1964.
- Higgins, H.: The Netherlands. Political Antecedents to the German Offensive, in: Survey of International Affairs 1959, S. 122 ff.
- Jacobsen, H.-A.: 10. Januar 1940. Die Affaire Mechelen, in: Wehrwiss. Rundschau 1954.

- War die deutsche Westoffensive eine Präventivmaßnahme? In: Wehrwiss. Rundschau 1958.
- Der deutsche Luftangriff auf Rotterdam, in: Wehrwiss. Rundschau 1958.
- Hitlers Gedanken zur Kriegsführung im Westen (Winter 1939–1940), in: Wehrwiss. Rundschau 1955.
- Jong, L. de: Documentatie et recherches concernant l'histoire des Pays-Bas pendant la seconde guerre mondiale, in: Rev. hist. de la deux. guerre mond. 13, 1963, H. 50, S. 31–56.
- Les Pays-Bas dans la seconde guerre mondiale, in: Rev. hist. de la deux. guerre mondiale 13, 1963, H. 50, S. 1–26.
- Hartog, L.J.: Het bombardement van Rotterdam op 14 mei 1940, in: De Gids (Utrecht) 1959.
- Kluke, P.: Politische Form und Außenpolitik des Nationalsozialismus, in: Geschichte und Gegenwartsbewußtsein. Festschrift für Hans Rothfels. Göttingen 1963, S. 428 ff.
- Nationalsozialistische Europaideologie, in: VJHZG, 3. Jg. 1955.
- Kaehler, S.A.: Geschichtsbild und Europapolitik des Nationalsozialismus, in: Die Sammlung, 9. Jg. 7./8. Heft 1954, S. 337 ff.
- Krausnick, H.: Hitler und die Morde in Polen, in: VJHZG 8. Jg., 1960.
- Leeuw, J.R. v. d.: Deutschland und die Niederlande im Zweiten Weltkrieg, in: Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht, Bd. 6, 1957, S. 98 ff.
- Loock, H.-D.: Zur „Grossgermanischen Politik“ des Dritten Reiches, in: VJHZG, 8. Jg., 1960.
- Zeitgeschichte Norwegens, in: VJHZG, 13. Jg., 1965.
- Die deutsch-skandinavischen Beziehungen im Spiegel der deutschen Literatur, in: Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht, Bd. 8, 1961/62.
- Mason, H.L.: War comes to the Netherlands. September 1939–May 1940, in: Political Science Quarterly 78, 1963, S. 548–580.
- Moltmann, G.: Weltherrschaftsideen Hitlers, in: Europa und Übersee. Festschrift für Egmont Zechlin. Hamburg 1961, S. 197 f.
- Paape, A.H.: Le mouvement national-socialiste en Hollande, in: Revue hist. de la deux. guerre mondiale 1967, S. 31–60.
- Posthumus, N.W.: The Netherlands during German Occupation, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science CCXLV, May 1946.
- Regout, R.: De rechtstoestand in bezet gebied, in: Studien. Katholiek Cultureel Tijdschrift, Juni 1940.
- Ruys, L.J.: Het „Sonderkommando von Künsberg“ en het lotgevallen van het archief van het Ministerie van Buitenlandse Zaken, in: Nederlands Archievenblad 1961. S. 135–153.
- Stein G.H. und H.P. Krosby: Das Finnische Freiwilligen Bataillon der Waffen-SS, in: VJHZG, 14. Jg., 1966.
- Trevor-Roper, H.: Hitlers Kriegsziele, in: VJHZG, 8. Jg., 1960, S. 121–133.
- Vanwelkenhuysen, J.: Die Krise vom Januar 1940, in: Wehrwiss. Rundschau 1955.
- Die Niederlande und der Alarm im Januar 1940, in: VJHZG, 8. Jg., 1960 S. 17 ff.
- In't Veld, N.K.C.A.: Cinq lettres de Rauter à Himmler, in: Revue hist. de la deux. Guerre mondiale 1961, S. 43–56.

VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

AA	Auswärtiges Amt
ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik
AO	Auslandsorganisation
AR	Anti-Revolutionaire Partij
AOK	Armeeoberkommando
BDC	Berlin Document Center
BdS	Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes
CDI	Collectie Duitse instellingen
CdZ	Chef der Zivilverwaltung
CHU	Christelijk-Historische Unie
CPN	Communistische Partij Nederland
CVJM	Christlicher Verein junger Männer
Doc.	Dokument
FOSD	Foreign Office/State Departement
FS	Fernschreiben
GenQu	Generalquartiermeister
GFP	Geheime Feldpolizei
GK	Generalkommissar
HGr.	Heeresgruppe
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
IMT	Internationales Militärtribunal
KL	Konzentrationslager
KTb	Kriegstagebuch
Lib.	Liberales Staatspartij
Not.	Notitie voor het geschiedwerk
MVSt.	Militärverwaltungsstab
NSB	Nationaal-Socialistische Beweging der Nederlanden
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSNAP	Nationaal-Socialistische Nederlandse Arbeiders Partij
NVV	Nederlands Verbond van Vakverenigingen
ObdH	Oberbefehlshaber des Heeres
ObdM	Oberbefehlshaber der Kriegsmarine
OeV	Onderdrukking en Verzet
OFK	Oberfeldkommandantur
OK	Ortskommandantur
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OQu	Oberquartiermeister
Qu	Quartiermeister
RAM	Reichaußenminister
RFSS	Reichsführer-SS
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RK	Reichskommissar

RK	Rooms-Katholieke Staatspartij
RMdI	Reichsminister des Innern
RSAP	Revolutionair-Socialistische Arbeiders Partij
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RuSHA	Rasse- und Siedlungshauptamt
RvO	Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Amsterdam
RvT	Rost van Tonningen
SA	Stormafdeling
SD	Sicherheitsdienst
SDAP	Sociaal-Democratische Arbeiders Partij
Sipo	Sicherheitspolizei
SS	Schutzstaffel
SS-GG	Notulen van het College van Secretarissen-Generaal
St.	Stab
VD	Vrijzinnig Democratische Bond
Verdinaso	Verbond van Dietsche Nationaal Solidaristen
VJ	Verwaltung/Justiz
VJHZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VO	Verordnung
VOBl.	Verordnungsblatt
WA	Weer-Afdeling
WBN	Wehrmachtsbefehlshaber der Niederlande
zbV	zur besonderen Verwendung

VERZEICHNIS DER PERSONEN,
INSTITUTIONEN UND ORGANISATIONEN

- Alld deutscher Verband 9
 Ansembourg, M. V. E. H. J. H., Graf de
 Marchant et d' 77f., 126, 133, 138
 Anti-Revolutionaire Partij 73, 97f., 118
 Arbeiterpresse 127f.
 Arbeitsbereich der NSDAP in den Nie-
 derlanden 89f., 149
 Armeeabteilung Nord 10
 Auslandsorganisation der NSDAP 87ff.
 Auswärtiges Amt 12, 21, 24ff., 44, 54f.,
 58, 76f., 80f., 92, 142

 Bach-Zelewski, Erich von dem 58
 Bene, Otto 44, 55, 58, 80f., 84, 94ff., 119,
 142f.
 Benzler, Felix 55, 58
 Berger, Gottlob 67f., 110ff., 145, 149
 Bernhard, Prinz der Niederlande 121ff.,
 131
 Bernsdorff, Graf Albrecht von 25
 Best, S. Payne 21f.
 Best, Werner 70
 Beus, J. G. de 24f.
 Bland, Neville 19f.
 Bock, Fedor von 16, 46, 52, 54
 Bohle, Ernst Wilhelm 87ff.
 Bormann, Martin 58, 62, 81, 86ff., 94,
 124, 131, 136, 146ff.
 Bräuer, Curt 12
 Brandt, Rudolf 145
 Brauchitsch, Walther von 16, 30, 33, 36,
 38, 46, 52f., 56, 59
 Bülow-Schwante, Vicco von 19ff.
 Bürckel, Josef 47, 90
 Butting, Otto 88
 Bijzonder Gerchthof 159

 Carp, Johan Herman 131f.
 Chef der Zivilverwaltung 31ff., 61, 66
 Christelijk-Historische Unie 73, 97f.
 Christiansen, Friedrich Chr. 56f., 61,
 124f., 150
 Churchill, Winston 126
 Colijn, Hendrik 97f., 117f., 125

 Comité van Nationale Eensgezindheid
 99f.
 Communistische Partij Nederland 108,
 127, 145

 Davignon, Vicomte Jacques 18
 Degrelle, Léon 77
 Deutsch-Österreichischer Volksbund 47
 Dietrich, Otto 18
 Devisenfahndungskolonnen 36
 Drees, W. 97f., 99
 Dijkhoorn, A. Q. H. 19f.

 Einthoven, L. 97f.
 Etzdorf, Hasso von 18
 Eykman, J. 119

 Falkenhausen, Alexander von 45f., 52f.,
 54, 59ff., 63f., 69
 Feldgendarmarie 66
 Feldkommandanturen 32f., 35, 37, 44f.
 Fentener van Vlissingen, F. H. 46, 54,
 99f.
 Fischboeck, Hans 57f., 79f., 81, 84, 131
 Frank, Hans 47, 49, 57, 79, 85, 91
 Frederiks, K. J. 122
 Freikorps Oberland 84
 Friedrich (Hauptdienstleiter) 149

 Geelkerken, C. van 133, 135, 137, 148
 Geer, Jan Dirk de 16, 19f., 21
 Geheime Feldpolizei 34, 66
 Genechten, R. van 133
 Generalsekretäre 40, 45f., 52, 59, 71f.,
 122f.
 Germanische Leitstelle, Dienststelle Nie-
 derlande 146
 Gestapo 41
 Geuzenaktion 43
 Glasmeier (Rittmeister a. D.) 35
 Goebbels, Joseph 51, 67
 Goedhuys, W. 127
 Goerdeler, Carl 19

- Göring, Hermann 16, 57, 62, 65, 67, 78, 92, 130f.
 Goethals (belg. Militärattaché) 20, 25
 Greifelt, Ulrich 111f.
 Grohé, Josef 65, 67f.
 Grohmann, Josef 144f.
- Haersma de With, Jonkheer Hendrik Maurits van 18, 27f.
 Halder, Franz 15, 34f., 52ff.
 Hansen, Christian 75
 Harloff, A. J. W. 133
 Harster, Wilhelm 81, 124
 Heeresgruppe A 22, 34f.
 Heeresgruppe B 16, 22, 30f., 33ff., 38, 45ff., 52ff.
 Heinrich (Landesgruppenleiter) 88
 Hellmich, Heinz 31 ff., 35, 37, 45ff., 52f.
 Heß, Rudolf 58, 86, 89
 Heydrich, Reinhard 81, 92, 124
 Hildebrandt, Richard 111f.
 Himmler, Heinrich 9, 21, 36, 48f., 58, 63, 68, 81 ff., 86, 91, 94f., 107, 109ff., 130, 138, 143, 145f., 148f.
 Hitler, Adolf 7ff., 15f., 18f., 21, 23, 26f., 30, 32f., 36ff., 42, 44, 46ff., 54ff., 62ff., 67, 74, 77ff., 84, 91ff., 95f., 103, 108ff., 112, 116f., 124ff., 130, 133ff., 141, 143f., 146ff., 150, 153, 155f.
 Höherer SS- und Polizeiführer 82ff. (siehe auch Rauter)
 Hoßbach, Friedrich 7, 9
 Huygen, C. J. 133
- Jacobsen, Hans-Adolf 24
 Janke, Willy 100
 Jeschonnek, Hans 16
 Jodl, Alfred 23, 50
 Jonge, Jonkheer B. C. de 99
 Judenrat 144
 Juliana, Königin der Niederlande 40, 121
- Kaltenbrunner, Ernst 68
 Keitel, Wilhelm 24, 33, 52, 54, 56, 62ff.
 Kiewitz, Werner von 23ff.
 Kleffens, E. N. van 19ff., 29, 40
 Klop (Leutnant) 21f.
 Körner, Paul 67
 Kordt, Erich 18
 Koßmann, Richard 30, 32f.
 Kraushaar, von (Regierungsvizepräsident) 34, 45f., 52f.
- Krüger, Friedrich Wilhelm 85
 Kruyt, C. J. A. 105
 Kückler, Georg von 41
 Kühlmann, Richard von 24ff.
 Kuusinen, Otto 74f.
- Ländliche Organisation 144
 Laman Trip, Jonkheer W. 123
 Lammers, Hans Heinrich 53, 62ff., 136, 146, 148
 Leib Karl, 109
 Lemmens, J. 21
 Leopold III., König von Belgien 17ff., 63f.
 Liberale Staatspartij 73, 97f.
 Likus, Rudolf 44, 76f., 93
 Linthorst Homan, J. 97ff.
 Luther, Martin 76, 93, 147
- Meyer, Arnold 104
 Meyer (Gauleiter) 87
 Militärverwaltung
 -Belgien 63ff., 79
 -Niederlande 11, 30ff., 42ff., 49ff., 61ff., 75, 150, 155
 -Frankreich 66, 79, 153
 -Polen 30f.
 -Serbien 110f.
 Militärverwaltungsstab 34ff., 54
 Minke (SS-Standartenführer) 113
 Monchy, S. J. R. de 42
 Müller, Eugen 30, 34f., 38, 53
 Mussert, Anton Adriaan 44, 65, 71ff., 93, 95, 104ff., 112f., 115, 126, 129ff., 140ff.
 Mussertgarde 115
 Mussolini, Benito 77, 104, 145
- Nagel (Oberst) 34
 Nasjonal Samling 12
 Nationaal Front 104f.
 Nationaal-Socialistische Beweging der Nederlanden (NSB) 60, 71ff., 93, 103ff., 113ff., 118f., 125, 129ff., 140ff., 154ff.
 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 9, 12, 30, 36f., 44, 47, 57, 78, 81f., 84ff., 105, 121, 144ff., 154f.
 Nationaal-Socialistische Nederlandse Arbeiders Partij (NSNAP) 76, 105

- Nationaal Comité 97 f.
 Naujocks, Alfred Helmuth 21
 Neubacher, Hermann 47
 Nederlandse Gemeenschap 97 f.
 Nederlandse Unie 96 ff., 109, 118 ff., 132, 141 f., 153, 155
 Nederlands Verbond van Vakvereeningen (NVV) 108, 127 f.
 Nockemann (SS-Standartenführer) 92, 96, 98, 124 f.
 Nolte, Ernst 8, 152
- Oberkommando des Heeres (OKH) 15 ff., 23, 30 32 f., 36 ff., 49, 56, 61, 63
 Oberkommando der Wehrmacht (OKW) 12, 16 ff., 20, 22 f., 26 f., 36 ff., 63 f.
 Oorschot, J. W. van 22
 Oranien, Haus von 40 f., 98 ff., 118, 121 ff., 125, 158
 Oster, Hans 20, 24
- Piesbergen (Leiter der Präsidialabteilung) 79, 93
 Politisches Staatssekretariat der NSB 148
- Quay, J. E. de 97 ff., 118
 Quisling, Vidkun 12, 43, 49, 74 f., 132, 142, 148
- Raad van State (Staatsrat) 131 f.
 Rabl, Kurt O. 121 f.
 Raeder, Erich 74
 Rappard, E. H. Ridder van 105
 Rasse- und Siedlungshauptamt (RuSHA) 111 f.
 Rauschnig, Hermann 7
 Rauter, Hanns Albin 47, 58 f., 80 ff., 90, 94 ff., 104, 109 ff., 113 ff., 121 f., 124 ff., 131, 135, 146, 150, 154
 Reeder, Eggbert 33 ff., 52 f., 63, 67
 Reichenau, Walter von 16
 Reichsfinanzministerium 36
 Reichsinnenministerium 61, 63 ff.
 Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums 111
 Reichskommissariat
 -Belgien 61, 63 ff., 152 f.
 -Niederlande 11, 48 ff., 55 ff., 61 ff., 70, 78 f., 81, 83, 94, 152 ff.
 -Norwegen 12 f., 62 f., 83, 152 f.
 -Ostland 62
 -Ukraine 62
- Reimke (Hofrat) 25
 Reinink, H. J. 97 f.
 Rengelink, J. W. 127
 Revolutionair-Socialistische Arbeiders Partij (RSAP) 108
 Reynders, I. H. 19 ff.
 Rhijn, A. A. van 40
 Ribbentrop, Joachim von 18 f., 24 f., 27 ff., 44, 55, 58, 76 f., 81, 88, 90, 92
 Rodell, Fred 24
 Röell, Jonkheer W. 122
 Rooms-Katholieke Staatspartij 73, 97 ff.
 Rosenberg, Alfred 62, 74
 Rost van Tonningen, M. M. 73, 75, 104, 107 f., 112, 127 ff., 133, 135 ff., 141 f., 148
 Rothfels, Hans 25
 Ruberg (Stabsleiter) 87 ff.
- Santen, van (Vorsitzender des niederländischen Nationalen Jugendverbandes) 123
 Sas, G. J. 20, 24 f.
 Sauckel, Fritz 67
 Schacht, Hjalmar 87
 Scheuermann (Abwehrbeauftragter) 74
 Schmidt, Fritz 58, 80 f., 86 ff., 96, 98, 101, 104, 109, 124 f., 127, 130 f., 133 ff., 138, 142 f., 146 ff., 154
 Schmidt, Paul 8
 Schöngarth, Eberhart 150
 Scholten, P. 120
 Schuschnigg, Kurt von 47
 Severen, Joris van 77, 105
 Seyss-Inquart, Arthur 11, 46 ff., 53 ff., 65, 69 ff., 76, 78 ff., 89 ff., 100, 102, 104, 106 ff., 112, 115 ff., 121, 124 ff., 129 ff., 140 ff., 144 ff., 154 ff.
- Sicherheitsdienst (SD) 22, 82, 127, 143
 Sicherheitspolizei (Sipo) 34, 82
 Snouck Hurgronje, Jonkheer A. M. 20 f.
 Sonderkommando von Künsberg 88
 Sociaal-Democratische Arbeiders Partij (SDAP) 73, 97 f., 108, 127 ff.
- SS
 -allgemein 30, 36 f., 44, 57, 64, 81 ff., 107, 109 ff., 121, 138, 140, 144 ff., 149, 154 f.
 -niederländische 109 ff., 112 f., 135 f., 144 ff., 154 f.
 -Standarte Westland 112 f., 122 ff.

- Stalin, Jossif Wissarionowitsch 11 f.
 Steenberghe, M. P. L. 40
 Steengracht von Moyland, Adolf 147
 Steierischer Heimatschutz 47, 58, 84, 90
 Stevens, Major R. H. 21 f.
 Stillhaltekommissare 107 ff., 126 ff., 141, 155
 Studienkommission der HGr. B 34 f.
 Stormafdeling (SA) 105
 Stuckart, Wilhelm 63, 65 ff.
- Telders, B. M. 120
 Terboven, Josef 12 f., 49, 55, 68, 79, 83, 85, 141 f.
 Todt, Fritz 24
 Töpfer (Leutnant) 75 f., 78
 Trevor-Roper, Hugh R. 7
 Turner (Ministerialdirektor) 34
- Veen, Y. G. van der 127
 Verdinaso 105
 Verschuur, T. J. 97 f.
 Völkerbund 17
 Volksdeutsche Mittelstelle 111 f.
 Voorhoeve, Ernst 105
 Vorrink, J. J. (Koos) 128 f.
 Vrijzinnig Democratische Bond 73, 97 f.
- Waffen-SS 82 f., 109 ff., 145, 154
 Wagner, Eduard 30 ff., 34
 Wagner (Legationsrat) 27, 29
 Weer-Afdeling (WA) 115, 131, 143
 Wehrmachtsbefehlshaber der Niederlande (WBN) 56 ff., 61 (siehe auch Christiansen)
 Weizsäcker, Ernst von 19 f.
 Welter, Ch. J. I. M. 26
 Wenninger (Militärattaché) 26
 Werkmeister, Karl 45 f., 52 f.
 Wiardi Beckman, H. B. 119 f.
 Wilhelm II, deutscher Kaiser 31
 Wilhelmina, Königin der Niederlande 17 ff., 23 ff., 26 f., 40, 49 f., 126, 155
 Wimmer, Friedrich 57 f., 79, 84, 93, 121 f., 122, 135
 Winkelman, H. G. 19, 40 f., 54, 59, 71 f., 77, 123 f., 155
 Winterfeld, von (Beauftragter des Reichskommissars) 121
 Wohltat, Hellmuth C. H. 92
 Woudenberg, C. 127
 Woudenberg, H. J. 108
 IJzerdraat, Bernard 43
- Zech von Burkersroda, Graf Julius 17
 19 ff., 23, 26, 29, 45 f., 54 f., 58
 Zwart Front 104